



Plenarprotokoll

76. Sitzung

Donnerstag, 11. Dezember 2014

Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten Günter Friedrich.....

6257

Bericht und Beschlussempfehlung
des Finanzausschusses
Drucksache 18/2480

Gemeinsame Beratung

a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)

6258

Änderungsantrag der Fraktion der
CDU
Drucksache 18/2553

Änderungsantrag der Fraktion der
FDP
Drucksache 18/2554

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/2100

Änderungsantrag der Fraktion der
PIRATEN
Drucksache 18/2555

b) Zweite Lesung des Entwurfes eines Haushaltsbegleitgesetzes 2015

6258

Änderungsantrag der Fraktionen von
SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2556

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/2101

c) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalprüfungsgesetzes

6258

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 18/1467			
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/2503			
d) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur institutionellen Förderung des Landesfeuerwehrverbandes	6258		
Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/1151			
Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 18/2508			
e) Schleswig-Holstein zukunftsfähig und generationengerecht gestalten - Konsolidieren und Investieren	6258		
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/2493			
f) Schuldenbremse einhalten - Investitionen erhöhen	6258		
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/2405			
Die Zukunftsfähigkeit Schleswig-Holsteins sichern	6258		
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2453			
Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 18/2511			
g) Transparenter Haushalt für den Verfassungsschutz	6258		
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/1972			
Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 18/2512			
		h) Ausweitung des Regelungsbereiches der Erschweriszulagenverordnung auf Berufsfeuerwehrbeamtinnen und -beamte ...	6258
		Antrag der Fraktionen von FDP und CDU Drucksache 18/1940 (neu)	
		Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 18/2513	
		i) Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2012	6259
		Bericht der Landesregierung Drucksache 18/1360	
		Bemerkungen 2014 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 2012	6259
		Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 18/2514 (neu)	
		j) Entlastung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2012	6259
		Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 18/2515	
		k) Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2013	6259
		Bericht der Landesregierung Drucksache 18/2492	
		Barbara Ostmeier [CDU], Bericht-erstatteerin.....	6259
		Thomas Rother [SPD], Bericht-erstatte.....	6259
		Daniel Günther [CDU].....	6260, 6301, 6333
		Dr. Ralf Stegner [SPD].....	6267, 6303, 6333
		Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6275
		Dr. Heiner Garg [FDP].....	6280
		Torge Schmidt [PIRATEN].....	6284, 6335
		Lars Harms [SSW].....	6289, 6316
		Torsten Albig, Ministerpräsident...	6295

Tobias Koch [CDU].....	6305, 6327		
Lars Winter [SPD].....	6307, 6320		
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6307		
Wolfgang Kubicki [FDP].....	6310		
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	6313		
Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	6321		
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	6322		
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6323		
Uli König [PIRATEN].....	6324		
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6326		
Simone Lange [SPD].....	6327		
Heike Franzen [CDU].....	6329		
Hartmut Hamerich [CDU].....	6330		
Birgit Herdejürgen [SPD].....	6331		
Martin Habersaat [SPD].....	6332		
Beschluss: 1. Ablehnung der Ände- rungsanträge 18/2553, 18/2554 und 18/2555			
2. Verabschiedung der Gesetzentwürfe Drucksachen 18/2100 und 18/2101 in der Fas- sung der Drucksache 18/2480 ein- schließlich des angenommenen Änderungsantrags Drucksache 18/2556			
3. Ablehnung des Gesetz- entwurfs Drucksache 18/1467 in namentlicher Abstimmung			
4. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/ 1151 in der Fassung der Drucksache 18/2508			
5. Ablehnung der Anträge Drucksachen 18/1972, 18/1940 (neu), 18/2405 und 18/2493			
6. Annahme des Antrags Drucksache 18/2453			
7. Erteilung der Entlas- tung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2012			
8. Annahme der Be- schlussempfehlung Drucksache 18/2514 (neu) Nummer 2			
9. Erteilung der Entlas- tung des Landesrechnungshofs für das Haushaltsjahr 2012			
10. Überweisung des Be- richts Drucksache 18/2492 an den Finanzausschuss.....	6347		
		Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Lan- desbeamtengesetzes (LBG)	6347
		Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordne- ten des SSW Drucksache 18/2494 (neu) - 2. Fas- sung	
		Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Ge- schäftsordnung.....	6347
		Beschluss: Überweisung an den In- nen- und Rechtsausschuss.....	6347
		Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung des Ge- setzes des Zwölften Buches Sozial- gesetzbuch (AG-SGB XII)	6347
		Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/2499	
		Hans-Jörn Arp [CDU], zur Ge- schäftsordnung.....	6347
		Beschluss: Überweisung an den Sozi- alausschuss.....	6347
		Rehabilitierung verurteilter homo- sexueller Menschen	6347
		Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2329	
		Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Men- schen	6347
		Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/2560	
		Simone Lange [SPD].....	6348
		Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	6348
		Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6349
		Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	6350
		Torge Schmidt [PIRATEN].....	6351
		Flemming Meyer [SSW].....	6353
		Dr. Kai Dolgner [SPD].....	6354

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa.....	6354	
Beschluss: 1. Ablehnung des Ände- rungsantrags Drucksache 18/2560 2. Annahme des Antrags Drucksache 18/2329.....	6356	* * * *
Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. Juli 2014 bis 30. September 2014	6356	Regierungsbank:
Drucksache 18/2477		Torsten Albig, Ministerpräsident
Uli König [PIRATEN], Berichter- statter.....	6357	Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen- de, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten
Beschluss: Kenntnisnahme des Be- richts Drucksache 18/2477 und Bestätigung der Erledigung der Petitionen.....	6357	Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufs- bildung
Entwurf eines Gesetzes zur Ände- rung des Landesbeamtengesetzes (LBG)	6358	Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul- tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2494 (neu)		Monika Heinold, Finanzministerin
Dr. Axel Bernstein [CDU].....	6358	Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund- heit, Wissenschaft und Gleichstellung
Simone Lange [SPD].....	6358	
Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	6359	* * * *
Lars Harms [SSW].....	6360	

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 28. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Wegen dienstlicher Verpflichtungen auf Bundesebene beurlaubt sind seitens der Landesregierung Herr Minister Meyer und Herr Minister Studdt.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Der Schleswig-Holsteinische Landtag trauert um sein ehemaliges Mitglied, den früheren Abgeordneten Günter Friedrich, der in der vergangenen Woche verstorben ist.

Der 1925 in Pommern Geborene absolvierte zunächst ein berufspädagogisches Studium an der Universität Hamburg und - von 1948 bis 1950 - eine Lehre im Maurerhandwerk. 1955 legte er das zweite Examen für das Lehramt an Berufsschulen ab und blieb dann - bis 1971 und erneut von 1983 bis 1984 - im schleswig-holsteinischen Schuldienst.

Seine politische Heimat fand Günter Friedrich in der CDU. Sein Weg in die Landespolitik begann, wie für viele von uns, auf kommunaler Ebene. Günter Friedrich wurde 1959 Stadtverordneter in Elmshorn. Von 1962 bis 1974 und von 1978 bis 1982 war er Stadtrat. Von 1974 bis 1978 und wieder von 1982 bis 1986 war er Bürgervorsteher der Stadt Elmshorn. Überdies gehörte er vier Jahre lang dem Pinneberger Kreistag an. Bei der Landtagswahl 1967 wurde Günter Friedrich als Direktkandidat der CDU zum ersten Mal in den Schleswig-Holsteinischen Landtag gewählt, dem der Regierungsschuldirektor mit einer kurzen Unterbrechung zu Beginn der 10. Wahlperiode fast 20 Jahre lang angehörte.

Die Liste der Ausschüsse und Gremien, denen Günter Friedrich im Rahmen seiner parlamentarischen Arbeit angehörte, ist lang. Doch besonders erwähnen möchte ich drei Bereiche, die sich gleichsam wie ein roter Faden durch das politische Wirken Günter Friedrichs zogen. Da ist zunächst der Ausschuss für Heimatvertriebene zu nennen, dessen Mitglied das einstige Bundesvorstandsmitglied der Pommerschen Landsmannschaft in der 6. Wahlperiode war. Parlamentarische Akzente setzte Günter Friedrich aber auch von 1975 bis 1983 als Vorsitzender des Eingabenausschusses sowie als Mitglied der Ausschüsse für Jugend und Sport und für Ju-

gendfragen beziehungsweise Kultur, Jugend und Sport, denen er während seiner gesamten Zeit als Abgeordneter angehört hatte, sowie von 1967 bis 1979 im Volksbildungsausschuss. Auch die Arbeit im Landeswahlausschuss von 1971 bis 1983 sowie als Stiftungsrat der Stiftung Pommern darf bei dieser Aufzählung der wichtigsten politischen Wegstationen im Landtag nicht fehlen.

Günter Friedrich war ein Abgeordneter, der sich mit voller Kraft, aber auch mit Herz und Verstand für die Bürgerinnen und Bürger eingesetzt hat. Er war ein Parlamentarier durch und durch, der sich durch seine ausgleichende, stets an der Sache orientierte Art auszeichnete, der aber dennoch klar und fest für seine Überzeugung einstand; übrigens auch als langjähriger Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft, bei der er sich für einen Weg des europäischen Miteinanders und der Verständigung in der Ostseeregion einsetzte.

Man wusste bei Günter Friedrich immer, woran man war. Auch deshalb war er ein in allen Fraktionen gleichermaßen geschätzter Kollege. Für seine Verdienste um unser Land wurde Günter Friedrich mit dem Verdienstkreuz erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und mit der Freiherr-vom-Stein-Medaille ausgezeichnet. Auch die ihm zur Heimat gewordene Stadt Elmshorn zeichnete ihn mit ihrer Verdienstmedaille aus.

Meine Damen und Herren, der Schleswig-Holsteinische Landtag gedenkt seines früheren Abgeordneten Günter Friedrich in Dankbarkeit. Unsere Anteilnahme gilt seinen Angehörigen. Ich bitte Sie nun, einen Moment im Gedenken an unseren verstorbenen Kollegen innezuhalten. - Sie haben sich zu Ehren Günter Friedrichs von Ihren Plätzen erhoben, ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 7, 13, 18, 19, 20, 22, 24 bis 28, 30, 34, 40 und 41 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 5, 17, 31, 32, 42, 43 sowie 45. Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 3, 4, 9, 15, 35, 36, 37, 38, 39 und 44, Haushaltsberatungen 2015.

Anträge zu einer Fragestunde oder zu einer Aktuellen Stunde liegen nicht vor. Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen wer-

(Präsident Klaus Schlie)

den, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 28. Tagung. Wir werden heute und morgen jeweils unter Einschluss einer einstündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. - Ich höre keinen Widerspruch, wir werden so verfahren.

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Viöl-Ohrstedt. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Bitte begrüßen Sie auch unsere Minderheitenbeauftragte Frau Renate Schnack. - Herzlich willkommen, Frau Schnack!

(Beifall)

Ich rufe auf die Tagesordnungspunkte 3, 4, 9, 15, 35, 36, 37, 38, 39 und 44:

Gemeinsame Beratung

a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/2100

b) Zweite Lesung des Entwurfes eines Haushaltsbegleitgesetzes 2015

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/2101

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 18/2480

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/2553

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2554

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/2555

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2556

c) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalprüfungsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1467

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 18/2503

d) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur institutionellen Förderung des Landesfeuerwehrverbandes

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/1151

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 18/2508

e) Schleswig-Holstein zukunftsfähig und generationengerecht gestalten - Konsolidieren und Investieren

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2493

f) Schuldenbremse einhalten - Investitionen erhöhen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/2405

Die Zukunftsfähigkeit Schleswig-Holsteins sichern

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2453

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 18/2511

g) Transparenter Haushalt für den Verfassungsschutz

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/1972

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 18/2512

h) Ausweitung des Regelungsbereiches der Ersthelferzulagenverordnung auf Berufsfeuerwehrbeamten und -beamtinnen

(Präsident Klaus Schlie)

Antrag der Fraktionen von FDP und CDU
Drucksache 18/1940 (neu)

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 18/2513

i) Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2012

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/1360

Bemerkungen 2014 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 2012

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 18/2514 (neu)

j) Entlastung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2012

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 18/2515

k) Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2013

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/2492

Zur zweiten Lesung des Kommunalprüfungsgesetzes erteile ich zunächst das Wort der Frau Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Abgeordneten Barbara Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Herr Präsident! Ich verweise auf die Vorlage.

Präsident Klaus Schlie:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. - Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht.

Zu den weiteren Punkten, zu denen eine Beschlussempfehlung des Finanzausschusses vorliegt, erteile ich das Wort dem Herrn Berichterstatter des Finanzausschusses, dem Herrn Abgeordneten Thomas Rother.

Thomas Rother [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Krumbek scheint seine

Unterlagen geordnet zu haben. Ich glaube, wir können mit den Beratungen beginnen.

(Heiterkeit)

„Das Land ist auf dem Weg zur Schuldenbremse ab 2020 gut vorangekommen. Es nimmt auch unter den Konsolidierungshilfempfängerländern eine gute Position ein. 2013 hat Schleswig-Holstein beim Abbau des Defizits erheblich von Sondereffekten profitieren können. Ab 2015 muss es bis 2020 - nach den Eckwerten für den Haushaltsentwurf 2015 - noch ein strukturelles Finanzierungsdefizit von 410 Mio. € abbauen. Doch nicht nur dieses Defizit ist abzubauen. Sanierungsstau und vernachlässigte Instandhaltungen führen zu einem für Landtag und Öffentlichkeit schwer durchschaubaren, verdeckten strukturellen Finanzierungsdefizit. Die Finanzierung durch Sondervermögen außerhalb des Haushalts darf nur eine Übergangslösung sein. Das Land muss sich darauf vorbereiten, ab 2020 die Bauunterhaltung und Instandsetzung vollständig aus dem Landeshaushalt finanzieren zu können. Der Finanzausschuss fordert deshalb das Land auf, den weiteren Abbau des Defizits voranzutreiben und hierbei das verdeckte strukturelle Finanzierungsdefizit einzubeziehen. Das Land darf in seinen Anstrengungen nicht nachlassen.“

Meine Damen und Herren, das ist die Beschreibung der **aktuellen Haushaltslage**, der im Finanzausschuss alle Mitglieder zugestimmt haben. Es ist Bestandteil der Voten auf den Seiten vier und fünf der Drucksache 18/2514 - die allerdings nicht insgesamt einstimmig beschlossen worden sind - und der Voten zu den Bemerkungen des Landesrechnungshofs, die dem Landtag heute ebenfalls zur Beschlussfassung vorliegen.

Bei unserer Arbeit für das Wohl des Landes müssen wir in allen Politikbereichen neben der **Instandsetzung und Instandhaltung** sowie der Zukunftssicherung auch immer das Ziel der **Haushaltskonsolidierung** im Blick behalten, wenn wir tatsächlich nachhaltige Wirkungen erreichen wollen. Von diesem übergeordneten finanzpolitischen Ziel und natürlich unterschiedlichen politischen Vorstellungen waren die Beratungen über den Landeshaushalt 2015 geprägt, die der Finanzausschuss unter Beteiligung der Fachausschüsse zwischen erster Lesung im September und zweiter Lesung heute durchführte. Dabei haben wir eine kleine Änderung in der Darstellungsweise der Beantwortung der Fragen

(Thomas Rother)

aus den Fraktionen durch die Regierung vorgenommen und diese nicht mehr nach Fraktionen, sondern nach der Haushaltssystematik geordnet. Das ist eine kleine Maßnahme, hat aber eine große Wirkung. Die Beratungen konnten so übersichtlicher gestaltet werden. Außerdem gingen sie sehr viel zügiger vonstatten.

Ich möchte mich bei allen Kolleginnen und Kollegen auch der Fachausschüsse für ihre konstruktive Arbeit ebenso herzlich bedanken wie bei der Verwaltung für die zuverlässige Mitarbeit, besonders bei Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Frau Ministerin Heinold, und natürlich auch für die kritische Begleitung durch den Landesrechnungshof bei Ihnen, Frau Dr. Schäfer.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dass wir den Vorschlägen des Rechnungshofs inhaltlich nicht eins zu eins folgen, liegt in der Natur der Sache. Gestatten Sie mir allerdings den Hinweis, den ich eben schon einmal gemacht habe, zu wiederholen, dass in den Voten zu den diesjährigen **Bemerkungen des Landesrechnungshofs** zwei Punkte kontrovers geblieben sind, nur zwei Punkte immerhin; aber ich glaube, darüber wird im Folgenden sicherlich noch debattiert werden.

Die Haushaltsberatungen hatten in diesem Jahr zudem eine Besonderheit. Neben der eigentlichen Nachschiebeliste der Landesregierung im November gab es weitere Änderungsvorschläge. Im Wesentlichen ging es dabei um die Verständigung mit den Kommunen zur Neufassung des Ausführungsgesetzes zum SGB XII und zur Schulbegleitung sowie mit dem Bund über eine finanzielle Entlastung bei der Aufnahme von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern.

Im Finanzausschuss am letzten Donnerstag wurden fast alle Anträge der Opposition abgelehnt und die Anträge der Koalition einschließlich der Änderungsvorschläge der Landesregierung als Koalitionsanträge angenommen. Der Antrag der CDU-Fraktion zur Finanzierung neuer Konferenzsprechanlagen für die Fraktionen wurde einstimmig angenommen.

Durch die Beratungen des Finanzausschusses konnte die Investitionsquote im Ergebnis von 6,7 auf 7,3 % erhöht werden. Allerdings steigt auch die Nettokreditaufnahme gegenüber dem Regierungsentwurf auf 262 Millionen €.

Das Gesamtvolumen des Landeshaushalts liegt bei über 10 Milliarden €. Abschließend noch ein beson-

derer Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung, die trotz aller elektronischer Hilfsmittel enorme Mengen - immer noch enorme Mengen - von Papier zu bewältigen hatten und ein Auge darauf hatten, dass alles zuverlässig abgearbeitet wurde. Daher noch einmal herzlichen Dank an Ole Schmidt, unseren Geschäftsführer, und seine Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im Namen der Mehrheit des Finanzausschusses bitte ich Sie, das Haushaltsgesetz, das Haushaltsbegleitgesetz und den Plan des Landeshaushaltes für das Jahr 2015 in der Fassung der Ihnen mit Drucksache 18/2480 vorliegenden Beschlussempfehlung anzunehmen. Alle weiteren Änderungen liegen bei Ihnen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. - Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht.

Wir werden, was die Worterteilung angeht, in der bewährten Art und Weise verfahren. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Vorsitzende der Fraktion der CDU, der Herr Oppositionsführer Daniel Günther.

(Beifall CDU)

Daniel Günther [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Landesregierung hat 10 Milliarden € zur Verfügung. Sie kann 1 Milliarde € mehr ausgeben, als wir in unserem letzten Haushaltsjahr 2012 ausgeben konnten.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber nicht nur der Landesrechnungshof, sondern auch die Menschen bei uns im Land fragen sich, was Sie eigentlich mit diesem Geld machen. Sie investieren weniger als im Jahr 2012. Sie machen in diesem Haushalt mehr Schulden als im letzten Haushalt. Sie haben keinen Cent zusätzlich für die Hochschulen zur Verfügung gestellt. Wohin versickert eigentlich das ganze **Geld**, das diese Landesregierung **zusätzlich zur Verfügung** hat?

(Beifall CDU)

(Daniel Günther)

Dass es anders geht, haben die Oppositionsfraktionen mit ihren Haushaltsanträgen bewiesen. Mit unseren Änderungsanträgen wollen wir mehr Geld in Bildung, mehr Geld in Hochschulen und mehr Geld in Straßen investieren.

Was für einen Unsinn werfen Sie uns vor, um von Ihrer verfehlten Haushaltspolitik abzulenken? In Beton werde jetzt investiert statt in kluge Köpfe. - Das sagen ausgerechnet Sie, die Sie es bei diesen Haushaltsmehreinnahmen hinbekommen, dass die **Bildungsquote** in unserem Haushalt sinkt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Obwohl wir 1 Milliarde € mehr zur Verfügung haben, wird weniger Geld in Bildung gesteckt. Ich finde: Das ist eine unverantwortliche Politik, die Sie betreiben.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Frau Heinold bettelt mit so plakativen Sätzen um Applaus wie Kinder seien wichtiger als Straßen. Wenn das jetzt das Niveau unserer Politik ist, solche Gegensätze zu bilden, sage ich: Straßen sind auch Zukunftsprojekte, sie sind auch wichtig für unser Land!

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Unerhört! - Zuruf SPD: Wo sie recht hat, hat sie recht!)

Wer solche Gegensätze bildet, versündigt sich an den Zukunftschancen unseres Landes, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Standing Ovation bei der CDU?)

Vor allen Dingen lenkt das davon ab, Frau Heinold, dass Sie nicht das Gegenteil davon tun, dass Sie das nicht berücksichtigen, sondern Sie investieren weder in Straßen noch in Bildung. Das ist doch die Wahrheit über das, was Sie in Schleswig-Holstein machen.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Weil ich als Erster rede, möchte ich gleich darum bitten, dass wir uns in dieser Haushaltsdebatte wirklich über den **Haushalt 2015** unterhalten.

(Lachen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf SPD: Über was denn sonst?)

Wir sollten nicht das machen, was Sie sonst jedes Mal bei den Haushaltsdebatten machen,

(Zurufe SPD und Dr. Heiner Garg [FDP])

denn Sie ziehen immer nur Vergleiche. Sie reden immer nur über den Haushalt 2012. Wir reden über die Zukunft. Wir reden über diesen Haushalt. Sie

müssen sich dafür rechtfertigen, was Sie vorgelegt haben. Nichts anderes steht heute im Mittelpunkt.

(Beifall CDU und Oliver Kumbartzky [FDP])

Ihr Problem, warum Sie nicht über die aktuellen Zahlen reden und auch nicht über den Haushalt 2015 sprechen wollen,

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben doch noch gar nicht geredet!)

liegt darin, dass bei Ihnen Anspruch und Wirklichkeit in einer Art und Weise auseinanderklaffen, die wirklich unverfroren ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall CDU - Lachen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben uns mittlerweile daran gewöhnt, dass Sie für diese Periode - offen gesagt - nichts mehr vorhaben, weil die Finanzministerin immer vollmundig ankündigt, was alles in der nächsten Wahlperiode von Ihnen ausgegeben werden wird. Als würde das nicht ausreichen, haben Sie sich jetzt auch schon auf die übernächste Wahlperiode konzentriert. Denn das, was Sie den Hochschulen versprechen, hat nicht einmal bei der Periode 2017 bis 2022 etwas zu suchen, sondern Sie reden schon über 2022, weil Sie nichts mehr zu bieten haben.

Fangen Sie endlich an zu arbeiten! Sie haben nur noch zwei Jahre Zeit, bevor Sie abgewählt werden.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP - Lachen Dr. Ralf Stegner [SPD])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Günther, gestatten Sie eine Zwischenfrage beziehungsweise -bemerkung des Herrn Abgeordneten Andresen?

Daniel Günther [CDU]:

Das lasse ich zu.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege. - Ich bin auch sehr dafür, dass wir über das Hier und Jetzt reden. Ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass unsere Landesregierung beispielsweise eine **Sanierungsvereinbarung** mit der **Christian-Albrechts-Universität** über ein Volumen von 160 Millionen € abgeschlossen hat. Damit sind schon die ersten Projekte begonnen worden, beispielsweise

(Daniel Günther)

bei den Angerbauten, die bei der Christian-Albrechts-Universität eine große Rolle spielen.

Ich bitte Sie aber auch, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Planung und Umsetzung der Sanierungsmaßnahmen zwar von uns zusammen mit der Hochschule schon eingeleitet wurden, aber dass das alles ein paar Jahre dauert, unter anderem weil es vorher verschlafen wurde.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

- Zunächst einmal nehme ich Ihre Frage zur Kenntnis. - Nehmen Sie bitte umgekehrt zur Kenntnis, dass alle Investitionen, die Sie dort tätigen, aus einem **Sondervermögen** kommen, das Sie bilden konnten, weil wir im Jahr 2012 so sparsam gewirtschaftet haben. Nichts anderes bekommen die Hochschulen.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP - Lachen SPD und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, vielleicht können wir die Diskussion jetzt so weiterführen, wie es unsere Geschäftsordnung vorsieht. - Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage beziehungsweise -bemerkung des Herrn Abgeordneten König?

Daniel Günther [CDU]:

Das kann ich ihm nicht versagen, nachdem ich dem Kollegen Andresen eine Zwischenfrage gewährt habe.

Uli König [PIRATEN]: Mein lieber Oppositionsführer, ist Ihnen bekannt, dass die CAU sagt, dass die 160 Millionen €, die der Kollege Andresen immer gebetsmühlenartig ins Feld führt, gerade einmal für ein Drittel der anstehenden Sanierungen reichen?

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

- Das ist mir bekannt. Mir ist auch bekannt, dass diese Landesregierung, weil sie so wenig zu bieten hat, ohnehin immer die Zahlen aufbauscht, indem sie immer über zehn Jahre spricht.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: 15!)

Sie redet natürlich nicht darüber, dass es in jedem Jahr nur 16 Millionen € sind, die sie investiert, sondern sie dreht immer das ganz große Rad, weil das

nach so dramatisch viel Geld klingt. Sie investieren viel zu wenig Geld in diesen Bereich; das wissen Sie auch ganz genau.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Sie feiern sich im Übrigen für Sachen, die selbst zur Zeit der schwierigsten Haushaltslage, die wir in Schleswig-Holstein in den Jahren 2010 und 2011 gehabt haben, selbstverständlich waren. Da war es selbstverständlich, dass wir die Bundesmittel kofinanzieren. Sie loben sich dafür. Da war es selbstverständlich, dass wir natürlich die Personalkostensteigerungen aufnehmen. Sie lassen sich jetzt dafür abfeiern, dass Sie das fortsetzen, was wir früher auch schon gewährleisten konnten.

Jetzt steht Ihnen mehr Geld zur Verfügung, und nichts geht an die Hochschulen. Das ist die Wahrheit, und das ist Ihnen peinlich.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Ich bin sehr gespannt auf die Demonstration, die nachher vor dem Landeshaus stattfinden wird.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann geht der Kollege Andresen raus und sagt, wie toll das alles ist! - Weitere Zurufe)

- Genau, der Kollege Andresen hat angeblich hinter den Kulissen so wahnsinnig viel gekämpft.

Die Wahrheit ist: Die Hörsäle sind überfüllt und gleichzeitig marode. Die Studenten müssen ihren eigenen Klappstuhl mitbringen, wenn sie überhaupt den Professor in den Vorlesungen hören wollen. Das ist die Wahrheit unter Ihrer Regierungsverantwortung in diesen Jahren.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Herr Albig, Sie haben dem Präsidenten der CAU bei seiner Amtseinführung - ich kann mich noch genau entsinnen, wie Sie ihm das großartig in einer halben Stunde erklärt haben - gesagt, was Sie zukünftig in der Hochschule machen und dass die Hochschulen sich auf Sie verlassen können. Sie würden ihnen Planungssicherheit zur Verfügung stellen.

Die Leute haben zu diesem Zeitpunkt sogar noch geglaubt, dass sie einen Teil der BAföG-Mittel bekommen könnten. Deswegen sind sie lange ruhig gewesen. Sie waren so töricht, wenn ich das so sagen darf, Ihren Worten Glauben zu schenken. Jetzt sehen Sie, was Sie davon haben, wenn Ihnen jemand glaubt, Herr Albig. Nichts machen Sie für die Menschen.

(Daniel Günther)

(Beifall CDU, FDP und Uli König [PIRATEN])

Ich frage insbesondere BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was denken Sie eigentlich darüber, was Sie damals in Oppositionszeiten alles versprochen haben? Jetzt sitzen Sie in der Regierungsverantwortung. Was denken Sie darüber?

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Können Sie nicht über das Jetzt reden?)

Was denkt insbesondere der heutige Minister Habbeck, der mit uns gemeinsam im Landtag dafür gestritten hat, dass endlich das **Kooperationsverbot** auf Bundesebene abgeschafft wird?

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer regiert denn im Bund?)

Die Begründung war damals, dass unser klammes Land Schleswig-Holstein die Hochschulen nicht ausfinanzieren könne. Wir bräuchten mehr Geld vom Bund. Jetzt ist das Kooperationsverbot weg. Der Bund gibt uns 36,4 Millionen €, und Sie lassen davon keinen einzigen Cent in die Hochschulen fließen. Das ist doch völlig unglaubwürdig!

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Günther, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Erdmann?

Daniel Günther [CDU]:

Jetzt würde ich gern, liebe Anke Erdmann, ein bisschen weiterreden. Ihr habt ja noch die Chance, etwas dazu zu sagen.

Dann spielen Sie **Schulen** auch noch gegen **Hochschulen** aus. Das finde ich besonders unverantwortlich. Sie haben in den Hochschulen wirklich allen Ernstes die Mär verbreitet, die ihnen manche auch noch geglaubt haben: Wir können euch das Geld nicht geben, weil es in den Schulen besser aufgehoben ist. - Dann haben einige von denen noch gesagt: Nein, wir wollen jetzt nicht in eine blöde Diskussion kommen, dass wir das Geld wieder den Schulen wegnehmen. - Die Wahrheit aber ist: Sie investieren ja nicht einmal in die Schulen bei uns im Lande; vielmehr bunkern Sie das Geld in einem **Vertretungsfonds**,

(Zurufe von der SPD: Was?)

den Sie so schlecht ausstatten, dass Sie jetzt schon wissen, dass Sie die Mittel im Jahre 2015 überhaupt nicht ausbezahlen können.

(Beifall Martin Habersaat [SPD])

Das sehen Sie bereits am jetzigen Vertretungsfonds. Nicht einmal den jetzigen Vertretungsfonds bekommen Sie ausgeschöpft, weil Sie so schlechte Regelungen getroffen haben, dass das Geld überhaupt nicht in den Schulen ankommen kann.

(Beifall CDU)

Stattdessen wandert das Geld in ideologiegetriebene **Schulreformen**. Ihre Lehrplanstellen brauchen Sie doch nur, weil Sie Ihre unsinnigen Bildungsreformen umsetzen wollen. Da wandert jetzt das Geld von den Hochschulen hin. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall CDU)

Schauen Sie sich den **Sozialbereich** an. Da träumt Herr Stegner als Einziger in der Regierungskoalition noch davon, zukünftig in den Kitas Beitragsfreiheit einzuführen. Das muss er deshalb machen, um davon abzulenken, dass der Anteil, den Sie in die **Kindertagesstätten** stecken, auf 20 % gesunken ist. Deswegen steigen übrigens die Elternbeiträge. Das Land zieht sich hier aus der Verantwortung zurück. Das ist Ihre tolle Sozialpolitik bei uns im Land.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Beim Thema **Investitionen** in diesem Haushalt ist es wirklich besonders augenscheinlich. Sie haben die Investitionsquote zurückgefahren. Sie haben eine Milliarde € mehr zur Verfügung und investieren im Jahre 2015 35 Millionen € weniger als im Jahre 2012. 1 Milliarde € mehr Einnahmen und 35 Millionen € weniger Investitionen - wie peinlich ist das denn, liebe Kolleginnen und Kollegen?

(Beifall CDU)

Schauen Sie sich nur die **Landesstraßen** an; da ist das augenscheinlich. 800 km Landesstraße sind bei uns im Land sanierungsbedürftig. Da Sie da so wenig Geld hineinstecken, kommen Sie zu so innovativen Konzepten zu sagen: Wenn wir nicht genug Geld haben, dann flicken wir eben nur jedes zweite Schlagloch. - Was sind das denn für peinliche Bilder? Da wird, weil nicht genügend Geld da ist, ein Schlagloch ausgelassen und nur jedes zweite Schlagloch geflickt. Was ist denn das für eine Politik? Augenscheinlicher kann doch Ihr Versagen den Menschen nicht mehr dokumentiert werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Daniel Günther)

(Beifall CDU und FDP)

Nicht einmal Ihr Schreien nach der **Bundesebene** bringt etwas. Da Sie es hier im Land nicht hinkriegen, ist der Bund immer noch derjenige, der Ihnen noch helfen könnte. Dort gibt es Investitionsprogramme. Damit sollen Umgehungsstraßen entsprechend finanziert werden. Nur die Wahrheit ist: Das Geld wandert in 15 Bundesländer, und es kommt in Schleswig-Holstein nicht an, weil Ihr Verkehrsminister es in zweieinhalb Jahren nicht geschafft hat, auch nur einen einzigen Kilometer Baureife bei uns im Land hinzubekommen. Wie peinlich ist das denn?

(Beifall CDU und FDP)

Was haben Sie der **Wirtschaft** nicht alles versprochen? Was wollten Sie nicht alles für die Wirtschaft bei uns im Land tun? Die Wahrheit ist: Das Einzige, was Sie durch Ihre Gesetze geschaffen haben, Herr Albig, ist mehr Bürokratie und nicht weniger Bürokratie. Am Grünkohlessen des Unternehmensverbandes nehmen Sie nicht teil, obwohl da hochrangige Vertreter der Wirtschaft zusammenkommen. Da gehen Sie nicht einmal hin. Ihr Wirtschaftsminister wird in der Einladung als Redner angekündigt, aber nicht einmal der geht zu einer solchen Veranstaltung. Was dort gesagt wird, ist doch völlig richtig: Sie wollen mit der Wirtschaft nichts mehr zu tun haben, weil Sie beleidigt sind, dass Ihnen in der Meinungsumfrage so schlechte Noten ausgestellt worden sind. Sie empfinden das als Majestätsbeleidigung. Ihr Verhalten ist doch peinlich, Herr Ministerpräsident.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das hat sehr viel mit Haushalt zu tun, Frau Kollegin von Kalben. Das hat deshalb etwas mit Haushalt zu tun, weil Sie 55 Millionen € mehr in Verwaltung stecken, obwohl der Ministerpräsident vor der Wahl angekündigt hat: Ich werde dafür sorgen, dass die Verwaltungskosten bei uns im Land um 25 % gesenkt werden. Nichts haben Sie gemacht, Herr Albig. Die Kosten sind gestiegen und nicht gesunken.

(Beifall CDU und FDP)

Das liegt auch daran, dass Sie **Haushaltsdisziplin** überhaupt nicht interessiert. Das haben Sie in den letzten Wochen auch dokumentiert, als es um das Prüfrecht des Landesrechnungshofs bei der Eingliederungshilfe ging. Da wurden offenkundig unterschiedliche Auffassungen vertreten. Aber die völlig falsche Auffassung hat sich - wie häufig bei Ihnen -

am Ende durchgesetzt, weil Sie nämlich entschieden haben, dass der Landesrechnungshof dort nicht prüfen kann. Sie interessieren sich dafür, welcher Cent in der Kameradschaftskasse der Feuerwehr umgedreht wird, aber interessieren sich nicht für 700 Millionen € Eingliederungshilfe. Wie peinlich ist das denn?

(Beifall CDU und FDP)

In keinem einzigen Bereich machen Sie wirklich substantielle Sparvorschläge. Das mag im Moment ganz bequem sein. Es sind ja genug Einnahmen da. Da brauchen wir ja nicht zu sparen.

Der einzige Bereich, in dem Sie bei uns im Land den Rotstift ansetzen, ist die **Polizei**. Das muss man sich einmal vorstellen. Was für Herausforderungen hat die Polizei bei uns im Land zu bewältigen? Lesen Sie eigentlich Zeitung? Wissen Sie, was bei uns im Land los ist, was es im Bereich der Kriminalität für Herausforderungen gibt? Ihnen fällt nichts Besseres ein, als die Polizeistationen im Land plattzumachen, Planstellen zu streichen, obwohl die Überstunden bei der Polizei wachsen und wachsen. Was ist denn das für eine Prioritätensetzung, die Sie dort haben?

(Beifall CDU und FDP)

Was haben Sie den Menschen nicht alles versprochen? Ohne Not haben Sie gesagt, die **Kommunen** bekommen 120 Millionen € zurück. Nichts haben Sie denen zurückgegeben. Sie haben Ihnen mehr Aufgaben gegeben und lassen sich dafür feiern, dass Sie diese Aufgaben ein bisschen mit Geld ausfinanzieren. Das ist doch die Wahrheit. Mehr haben Sie denen nicht gegeben. Ferner nehmen Sie den Landkreisen über 40 Millionen € zusätzlich weg, und der Ministerpräsident lädt zu einem Demografiegipfel ein und sagt: Wir müssen die ländlichen Räume bei uns im Land stärken. - Wie unglaublich ist denn eine solche Politik, Herr Ministerpräsident?

(Beifall CDU und FDP)

Was hat sich die Finanzministerin am Anfang immer feiern lassen für ihre **vorsorgende Haushaltspolitik**, die sie hier mache; alle Ansätze würden möglichst pessimistisch ausgelegt. Sie haben in diesem Haushalt mit den meisten Steuereinnahmen alles ausgereizt, was möglich ist, um die Versprechen einzulösen, die Sie vorher gemacht haben. Um das Geld in vielen Bereichen einfach nur so hinauszuerwerfen, dafür haben Sie den Haushalt entsprechend umgedreht, Frau Heinold. Das hat doch nichts mehr mit vorausschauendem Investieren zu tun. Sie ma-

(Daniel Günther)

chen 262 Millionen € Schulden. Wie wollen wir denn die Null erreichen, wenn wir nicht einmal in dem Jahr, das nachweisbar das Jahr mit der stärksten Steigerung bei den Steuereinnahmen ist, eine schwarze Null erreichen? Wie wollen Sie das denn in Zukunft machen, wenn Sie schon jetzt nicht die Kraft dazu haben?

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Ihr Problem ist, dass Sie einen Ministerpräsidenten haben, der dieses Land im Blindflug regiert, der keine Führung in seinem Haus hat. Deswegen wird in diesen Bereichen überhaupt nicht nachhaltig gearbeitet. Das ist bei den Hochschulen so. Das ist bei den „Urwaldplänen“ des Umweltministers so.

Das ist bei der **Flüchtlingspolitik** so. Man muss ja nur ab und zu einmal den Pressespiegel lesen, dann weiß man, was für Herausforderungen auf uns zukommen. Es hätte Ihnen gut getan, wenn Sie es bei der Flüchtlingspolitik getan hätten, angeblich ein Herzstück Ihrer Regierungsarbeit; darum wollten Sie sich kümmern. Die Wahrheit ist: Es war absehbar, dass die Anzahl der Flüchtlinge bei uns im Land steigen würde. Es war absehbar, aber Sie haben sich überhaupt nicht um Unterkünfte gekümmert. Sie haben sich nicht darum gekümmert, dass die Möglichkeit geschaffen wird, dass die Flüchtlinge in den Schulen Deutschunterricht erhalten. Diese Probleme sind jetzt augenscheinlich, weil Sie zu spät gehandelt haben. Der Landtag hat Sie vor über einem Jahr einstimmig aufgefordert zu handeln. Sie aber kommen dem erst jetzt nach. Wenn Sie früher angefangen hätten zu arbeiten, dann hätten wir die Probleme heute nicht, Herr Ministerpräsident.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Bei den **Hochschulen** - ich kann Ihnen das wirklich nicht ersparen, und es macht einfach an einem solchen Tag wie heute immer wieder Sinn, Sie daran zu erinnern - ist auch noch das Problem: Wir werden im Jahr 2016 die doppelten Abiturjahrgänge haben. Wir reden seit acht Jahren darüber, dass das auf uns zukommen wird. Jetzt haben Sie Geld vom Bund zur Verfügung, und es ist absehbar, dass 2016 der größte Ansturm kommen wird. Dann muss man doch jetzt anfangen, Geld in diesem Bereich einzusetzen, und nicht erst in einem Jahr oder wann immer Sie sich das von den Grünen erträumen.

(Beifall CDU und FDP)

Im Übrigen geht es auch anders. Das haben die Oppositionsfraktionen mit Ihren heute vorgelegten Anträgen gezeigt.

(Lachen Dr. Ralf Stegner [SPD])

Deswegen nenne ich Ihnen in aller Kürze die zehn Punkte, mit denen man das in Schleswig-Holstein anders machen kann.

Erstens. Wir investieren in **Bildung** und unsere Kinder, und wir lösen den Investitionsstau auf den Straßen auf. Unser Haushaltsantrag zeigt, dass wir insgesamt 400 zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung stellen können, und dafür verzichten wir auch auf Schulassistenten, denn Sie wissen doch nicht einmal, was überhaupt deren Aufgaben sind. Wir wollen lieber qualifizierte Sonderpädagogen in den Schulen haben und nicht Ihr komisches Modell, das völlig unausgegoren ist.

(Beifall CDU)

Zweitens. Bei uns erhalten die **Hochschulen** auch Geld. Wir haben übrigens glaubhaft nachgewiesen, woher dieses Geld kommt. Die bekommen auch Investitionszuschüsse, um sich auf die doppelten Abiturjahrgänge vorzubereiten.

Drittens. Wir investieren mehr Geld. Wir steigern die **Investitionsquote** von 7,1 auf 7,8 %. 800 Millionen € Investitionen wären das nach unserem Haushaltsantrag, sogar mehr als im Jahr 2012.

Viertens. Wir investieren auch in die **Landestraßen**. Das könnten Sie auch machen, wenn Sie weniger Geld in Verwaltung stecken würden. Wir stellen 90 Millionen € bereit. Wir wollen den guten Zustand von 1990 wieder bei uns im Land und nicht den schlechtesten Zustand, den wir jemals gehabt haben.

(Beifall CDU und FDP)

Fünftens. Sie stehen auf der Bremse, wenn es um **Planung** für Zukunftsprojekte geht. Deswegen haben wir mehr Geld eingestellt auch für die Planung, nicht nur für zusätzliche Investitionen in Straßen. Wir wollen, dass auch die Planungsabteilung vernünftig ausgestattet wird. Dafür haben wir 5 Millionen € zusätzlich zur Verfügung gestellt.

(Beifall CDU)

Sechstens. Wir wollen nicht mehr **Bürokratie**, sondern wir wollen weniger Bürokratie. Deswegen haben wir beantragt, 38 Millionen € weniger in Verwaltung bei uns im Land zu stecken. Das ist doch ein Ziel, dem man sich einmal verpflichten sollte, und nicht, richtig viel Geld nach draußen zu schmeißen.

Siebtens. Anstatt an der inneren Sicherheit zu sparen, erhöhen wir Zahl der **Polizisten**, und wir

(Daniel Günther)

schließen die strategische Lücke mit 40 zusätzlichen Anwärterstellen, damit wir mittelfristig 160 zusätzliche Polizeibeamte für uns im Land haben, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist möglich.

(Beifall CDU)

Achtens. Anders als Sie kürzen wir nicht bei den **Kommunen**, sondern wir stellen ihnen 11,3 Millionen € zusätzlich zur Verfügung. Sie bekommen sogar noch 10 Millionen € über Bundesmittel, das zukünftig in Straßen investiert wird. Auch das ist möglich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall CDU)

Neuntens. Während Sie uns im **Sportbereich** hinterherlaufen, weil Ihnen nicht so wahnsinnig viel einfällt, was man dort machen kann: Wir investieren 4 Millionen € zusätzlich in die Sportstätten, in jedem Jahr, das jetzt kommt, damit der Sanierungsstau endlich aufgelöst wird.

(Beifall CDU)

Zehntens - auch das ist uns besonders wichtig -: Wir reduzieren die **Neuverschuldung**. Unsere Mehrausgaben sind vollständig und strukturell gegenfinanziert. Auch das ist in einem solchen Haushalt möglich, wenn man es denn will.

Nur, Sie wollen das ja überhaupt nicht. Herr Stegner erklärt groß und breit, er möge keine **schwarzen Nullen**. Herr Stegner, da kann ich Ihnen nur sagen, dann wird es Zeit, dass Sie sich langsam aus der Politik zurückziehen.

(Beifall CDU)

Ich muss Sie enttäuschen, Sie glauben vielleicht, dass Sie alles durchsetzen können, wenn Sie es nur wollen, aber wir haben in die Landesverfassung hineingeschrieben, dass es eine schwarze Null geben muss. Wir haben es ins Grundgesetz hineingeschrieben.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Das ist eine Lüge!)

Diese schwarze Null wird irgendwann kommen, Herr Stegner. Sie sollten sich sowohl von der Landes- als auch von der Bundesebene verabschieden, weil diese schwarze Null von Ihnen nicht mehr aufgehoben werden wird, und das ist auch gut so, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Herr Ministerpräsident, in diesen Punkten unterscheiden wir uns auch. Das ist uns auch überhaupt nicht unangenehm. Es gibt eine Alternative zu Ih-

rem Haushaltsentwurf. Die Menschen haben das auch nur allzu gut verstanden. Ihre **Umfrageergebnisse** sind so katastrophal, wie Sie sind. Auch wenn Ihr neuer Sympathiecoach Ralf Stegner Ihnen als Zielvorgabe ganz nach planwirtschaftlichem Gusto aufgegeben hat: jeden Monat ein Prozentpunkt an Sympathie gewinnen - man hätte auch festlegen sollen, welches Prozent der Bevölkerung denn sympathisch ist, es wäre dann leichter gewesen, da nachzuarbeiten -, sage ich Ihnen, weil Sie uns das früher auch immer vorgeworfen haben: Vertrauen werden Sie nicht mit dem Rechenschieber gewinnen. Vertrauen gewinnt man durch verlässliche und verantwortungsvolle Politik. Darum sollten Sie sich kümmern.

(Beifall CDU)

Die Menschen in unserem Lande können nach dieser Haushaltsdebatte entscheiden, was sie zukünftig wollen. Wollen sie die 38 Millionen € in Verwaltungskosten stecken, so wie Rot-Grün und SSW es gemeinsam wollen, oder wollen sie lieber 800 Millionen € bei uns im Land investieren? Das können sie entscheiden. Wollen sie 1 Million € in innovative Fahrradinfrastruktur stecken oder lieber 90 Millionen € in Landesstraßen? Das können sie entscheiden. Wollen sie weiterhin rot-grün-blaue Sparpolitik zulasten unserer Hochschulen, oder wollen sie 18,2 Millionen € zusätzlich in Hochschulen stecken? Wollen sie lieber Millionen in Urwälder, wie Herr Habeck, stecken, oder wollen sie lieber, dass die Polizei in der Fläche erhalten bleibt, so wie wir es wollen?

(Beifall CDU und FDP)

Diese Alternativen liegen auf dem Tisch. Die Menschen wollen von Ihnen nicht hören, wann irgendwo irgendwann einmal etwas gekürzt worden ist, sie wollen wissen, wofür heute ihre Steuergelder ausgegeben werden. Ihre Entscheidungen von heute entscheiden über die Zukunft des Landes. Also übernehmen Sie endlich auch Verantwortung für das, was Sie im Moment hier tun! Erklären Sie, weshalb Sie nicht genügend Geld für die Hochschulen und den Straßenbau in unserem Land haben! Das kann draußen niemand verstehen.

Herr Ministerpräsident, mit Ihrem Haushalt versündigen Sie sich an der Zukunft unseres Landes. Ihr Haushalt ist das Dokument des Scheiterns dieser Landesregierung.

(Lang anhaltender Beifall CDU und Beifall FDP - Von der Besuchertribüne werden Zettel in den Plenarsaal geworfen)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich gehe einmal davon aus, dass sich solche Zwischenfälle wie eben auf der Tribüne nicht wiederholen. Wir befinden uns am Beginn der Debatte, und ich hoffe, dass wir sie wirklich vernünftig über die Runden bringen. Deshalb bitte ich Sie, Frau Abgeordnete Herdejürgen, Ihren Zwischenruf „Das ist eine Lüge!“ bei entsprechender Gelegenheit aus der Welt zu räumen.

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jedes Jahr treffen wir in diesem Haus zahlreiche politische Entscheidungen, einmal im Jahr beraten wir den jeweiligen Haushalt, und dabei entscheiden wir, welche politischen Ideen wir auch mit finanziellen Mitteln umsetzen wollen. Kurz: Es geht um politische Glaubwürdigkeit. Die Küstenkoalition aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW ist fest entschlossen, ihre Glaubwürdigkeit auch mit dem Haushalt 2015 unter Beweis zu stellen. Wir tun, was wir sagen. Sie scheuen den Vergleich, Herr Oppositionsführer. Mit schwarzen Nullen kennen Sie sich in der Tat besser aus als ich, das räume ich ein. Aber wenn ich Ihre Rede gehört habe, fällt mir Goethe ein, der gesagt hat: Durch Heftigkeit ersetzt der Irrende, was ihm an Kraft und Einsicht fehlt. - Das konnte man bei Ihnen deutlich merken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Damit es nicht dazu kommt, sorgen wir dafür, dass der Haushalt der Logik unseres 2012 begonnenen Politikwechsels für gute Bildung, soziale Gerechtigkeit und eine nachhaltige Politik auf allen Ebenen folgt. Die Landesregierung hat ihren Haushalt nunmehr vorgelegt. Wir haben ihn im September ausführlich debattiert. Heute legen wir dem Landtag unsere Änderungsanträge vor. Auch die Oppositionsfraktionen haben Änderungsanträge formuliert, über die später noch zu reden sein wird. Keine Sorge, ich komme darauf. Wir debattieren darüber, wo Finanzmittel eingesetzt werden und wo nicht. Angesichts der Haushaltslage unseres Landes und der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse geht es auch darum, wo Einsparungen vorgenommen werden und wo eben auch nicht.

Die Küstenkoalition wird ihren **Konsolidierungskurs** auch 2015 fortsetzen und zugleich in die Zu-

kunft des Landes investieren. Ein Teil dessen ist nicht zuletzt unser 32-Millionen-€-Investitionspaket. Ja, um 19 Millionen € erhöhen wir die **Neuverschuldung**. Das haben wir bei uns debattiert. Wir glauben, dass das richtig ist, weil wir nochmals Akzente für die Zukunft setzen, für Städtebau, für Mobilität, für Wissenschaft und Krankenhäuser. Wir dürfen nämlich nicht vergessen, dass wir im Sinne zukünftiger Generationen nicht nur die finanziellen Buchschulden reduzieren müssen, sondern auch eine intakte Infrastruktur hinterlassen sollten. In diesem Sinne unterstützen wir ausdrücklich die Politik der Landesregierung, die mit dem Infrastrukturbericht Neuland betritt und, wie Finanzministerin Heinoold schon im Sommer angekündigt hat, mit einem **Investitionspaket** von jährlich 100 Millionen € mittelfristig genau diese Aufgabe beherzt angehen will.

(Christopher Vogt [FDP]: In der nächsten Legislaturperiode!)

- Das ist nicht wahr, lieber Kollege Vogt. Sie haben ein bisschen zu früh dazwischengerufen. Deshalb tun wir jetzt schon, was möglich ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Leider nicht!)

30 Millionen € werden in den kommenden drei Jahren insgesamt für die **Modernisierung von Krankenhäusern** zusätzlich zur Verfügung gestellt.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich weiß, der Bedarf ist riesig, gerade bei den kommunalen Krankenhäusern. Wir wollen mit diesem Geld immerhin einen Anfang machen und zeigen, dass wir nicht nur in unser UKSH investieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

16 Millionen € stehen für soziale und energetisch relevante Bauprojekte zur Verfügung, knapp 4,5 Millionen € zusätzlich zur Kofinanzierung der Städtebauförderung, sodass wir alle Bundesmittel binden können, 1,3 Millionen € zur Kofinanzierung der „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, zusätzlich 3 Millionen € für die Kommunen zur Errichtung von Unterkünften für Flüchtlinge, 2 Millionen € für studentisches Wohnen und 1 Millionen € für Bauprojekte an der Christian-Albrechts-Universität und der Fachhochschule Kiel, 1,8 Millionen € für das Landeslabor, 2 Millionen € für Sportstätten und Schwimmbäder. Auch hier ist uns bewusst, dass der Bedarf natürlich noch größer ist. Wir wollen im Rahmen unserer Möglichkeiten

(Dr. Ralf Stegner)

das Mögliche tun. Der Sport leistet viel für unsere Gesundheit wie auch für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Für die **Verkehrsinfrastruktur** stehen weitere 5 Millionen € bereit. Herr Kollege Günther, das Wort „Baureife“ sollten Sie wirklich nicht in den Mund nehmen, bei vier Verkehrsministern der CDU in sieben Jahren. Was Sie uns hinterlassen haben, ist Chaos. Es muss fast überall neu angefangen werden, weil Sie schlecht geplant haben. Das ist das, was man sagen muss.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dass Sie darüber spotten, dass wir auch etwas für den Fahrradverkehr tun, bleibt Ihnen unbenommen. Wir glauben, auch dieser Teil der Mobilität ist wichtig.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es hat nach meiner Erinnerung in den letzten 20 Jahren keine Haushaltsberatung gegeben, bei der die Regierungsfractionen den Schwerpunkt ihrer Anträge so umfassend auf den **Investitionsbereich** gelegt haben.

(Lachen CDU und FDP - Dr. Heiner Garg [FDP]: Der war gut!)

Es sind wichtige und dringende Investitionen in die Zukunft unseres Landes. Weitere Mittel fließen in die Bereiche Soziales, Bildung und Kultur sowie Verbraucherschutz.

Aus Glücksspieleinnahmen stärken wir die **Feuerwehren**. Übrigens war das, was Sie zur Feuerwehr gesagt haben, lieber Kollege Günther, unanständig, wie vieles, was Sie vorgetragen haben, und in der Sache nicht wahr. Das wissen Sie. Frau Kollegin Herdejürgen hat das vielleicht ein bisschen temperamentvoll zum Ausdruck gebracht. Aber richtig war es trotzdem, was sie gesagt hat.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich denke, uns ist insgesamt ein gutes Paket gelungen. Zu vielen Punkten haben die Oppositionsparteien Anträge gestellt, auf die ich noch kommen werde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch künftig werden wir natürlich die **Schuldenbremse** einhalten. Sie steht in der Verfassung. 2013 hat

Schleswig-Holstein erstmals seit 1962 einen Haushaltsüberschuss erwirtschaftet, 142.000 €. Die verfassungsmäßigen Vorgaben zur Schuldenbremse werden auch 2015 eingehalten. Wir bauen das strukturelle Defizit stärker und schneller ab, als es unsere Vorgaben erzwingen würden.

(Daniel Günther [CDU]: Was?)

Übrigens nehmen wir in diesem Kontext die Einschätzungen der Frau Rechnungshofpräsidentin interessiert zur Kenntnis. Belehrungen zur Einhaltung der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse an den Herrn Ministerpräsidenten und an meine Adresse sind allerdings vor dem Hintergrund der Daten und Fakten der letzten beiden und auch dieses Haushalts - sagen wir einmal - eher dem Über-eifer flott formulierter öffentlicher Stellungnahmen geschuldet, als in der Sache begründet.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dennoch sind wir uns der Herausforderung bewusst und werden den leider notwendigen Personalabbau fortsetzen und auch beraten, wo wir - nach einer Aufgabenkritik - Bürokratie abbauen können.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die schlimmsten Schuldenmacher aller Zeiten!)

- Regen Sie sich nicht so auf, Herr Kollege. Auf Sie hört zurzeit kaum noch jemand. Aber vielleicht können Sie einen Moment zuhören. Das wäre vielleicht auch nicht schlecht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, beim **Soli**, über den wir morgen debattieren, bin ich der Frau Bundeskanzlerin für ihre Klarstellung dankbar, dass wir die Mittel auch weiterhin dringend brauchen: für Zukunftsinvestitionen in Bildung und Infrastruktur in Ost und West. Jetzt muss es darum gehen, eine faire Nachfolgeregelung für Bund und Länder auszuhandeln.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gern wiederhole ich den wichtigen Grundsatz unserer rot-grün-blauen Haushaltspolitik: Es ist möglich, die Schuldenbremse einzuhalten und gleichzeitig eine gerechte Politik zu gestalten, die sich nicht gegen die Bürger wendet, indem man - wie Sie früher - für wenige viel und für viele wenig tut.

Sie sagen, wir hätten einfach Glück mit den **Steuereinnahmen** gehabt. Abgesehen davon, dass das Glück auf Dauer nur mit den Tüchtigen ist, muss ich sagen: Gute Steuereinnahmen hatten auch andere Länder. Wir aber haben uns im Vergleich zu an-

(Dr. Ralf Stegner)

deren Ländern, auch Haushaltsnotlageländern, verbessert und alles minutiös eingehalten, was mit dem Stabilitätsrat vereinbart wurde, und das, obwohl wir vieles zu korrigieren hatten, was unsere schwarz-gelbe Vorgängerregierung mit dem Rotstift im Bildungs- und Sozialbereich angerichtet hatte. Das ist der Punkt.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Trotz Ihrer falschen Weichenstellung haben wir das alles geschafft und noch mehr. Es ist deshalb ein Segen für unser schönes Land, dass die traurige schwarz-gelbe Dürrephase nur zweieinhalb Jahre währen durfte. Das ist Fakt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollege, **Bildung, Wissenschaft** und **Kultur** waren, sind und bleiben Eckpfeiler in der Politik der Küstenkoalition, um allen Kindern einen Zugang zu guter Bildung zu ermöglichen und keines zurückzulassen. Wir wissen genau, welche Kraftanstrengung das für die nächsten Jahre noch sein wird. Die Herausforderung zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung bleibt groß. Wir werden die Entwicklung der Schülerzahlen genau im Blick behalten. Ich erinnere aber noch einmal daran - das werde ich Ihnen nie ersparen, auch wenn es Ihnen unangenehm ist, Herr Kollege Günther -, dass es schon schwierig genug gewesen ist, den schwarz-gelben Kahlschlagkurs bei den Lehrern zu verlassen. Sie wollten alle durch den Schülerrückgang möglichen **Lehrerstellen** abbauen. Wir haben versprochen, nur die Hälfte dieser „demographischen Rendite“ abzubauen. Wir haben noch draufgelegt. Wir haben viel mehr getan als Sie. Dann nützen Ihre ganzen Zahlenspielerien nichts, mit denen Sie Ihr Versagen nachträglich zu kaschieren versuchen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das sieht man bei uns sehr deutlich: bei Ihnen null, bei uns zwei Drittel. Das ist der Unterschied zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün-Blau, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Die Nachschiebeliste setzt die Ankündigung um, die durch die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern frei gewordenen BAföG-Landesmittel zugunsten einer besseren Unterrichtsversorgung einzusetzen. 2017 werden das 728 Lehrstellen sein.

Im Gegensatz zur Opposition wissen wir allerdings auch, dass wir diese Mittel pro Jahr nur einmal ausgeben können und dass wir nicht das Füllhorn über Hochschulen, Schulen und Kindertagesstätten gleichermaßen ausgießen können.

Es ist schon dreist, wie Sie vor kurzer Zeit viel mehr gekürzt und in Ihre mittelfristige Finanzplanung eingestellt haben, um jetzt in der Opposition in einen Überbietungswettbewerb mit uns einzutreten, um gleichzeitig eine sparsamere Finanzpolitik anzunehmen. Eine Schlangenlinie wäre geradezu ein Muster an Solidität im Vergleich zu dem, was Sie sich mit Ihrem Schlingerkurs bei der Haushaltspolitik geleistet haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist schon unfassbar, wie Sie versuchen zu verdrängen, was Sie bis vor Kurzem gemacht haben.

Zugleich arbeiten Schulministerium, Schulaufsicht und Schulleitungen Hand in Hand zusammen, wenn es darum geht, Unterrichtsausfall auf das Ausmaß zu beschränken, das objektiv nicht vermeidbar ist. Niemand kann versprechen und niemand kann ernsthaft fordern, dass ausnahmslos jede Stunde, deren Lehrkraft kurzfristig ausfällt, nahtlos durch Unterricht im selben Fach ersetzt werden kann. Je kleiner die Schule, desto aussichtloser dieses Unterfangen. Krankheitsausfälle lassen sich nicht planen, und Mittel für Ersatzlehrkräfte an allen Schulen haben wir schlicht nicht. Wer genau dies dennoch den Menschen verspricht, kann auch gleich viereckige Kugeln anpreisen. Aber wer auf seinen Plakaten nicht einmal den Unterschied zwischen Mann und Frau erklären kann, der schafft vielleicht auch das.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist in der Tat bemerkenswert.

Auch die **Hochschulen** gehen bei uns keineswegs leer aus, wie der Kollege Günther sagt, der doch mehr hochschulpolitischer Sprecher geblieben als Oppositionsführer geworden ist - wie wir gemerkt haben. Wir fördern den angesichts des bevorstehenden doppelten Abiturjahrgangs dringend notwendigen Bau von studentischem Wohnraum durch das Studentenwerk und ermöglichen dem Studentenwerk die Einrichtung eines psychosozialen Beratungszentrums, das hoffentlich einen wichtigen Beitrag dazu leistet, die Zahl der Studienabbrecher zu senken.

Wir wissen, dass die schleswig-holsteinischen Hochschulen im Bundesvergleich schlecht finan-

(Dr. Ralf Stegner)

ziert sind. Das ist unter früheren SPD-geführten Landesregierungen so gewesen. Daran hat sich unter den CDU-geführten Landesregierungen nichts geändert. Auch wir haben leider nicht die finanziellen Spielräume, um daran strukturell etwas zu ändern. Was wir den Hochschulen allerdings bieten, sind klare **vertragliche Vereinbarungen**: die Übernahme der Tarifsteigerungen durch das Land und ein wahrlich großes bauliches Sanierungsprogramm. Dabei sind unsere Bemühungen um eine Sanierung und Stabilisierung des UKSH noch nicht einmal eingerechnet.

Über den **Hochschulpakt III** stecken Bund und Land 450 Millionen € in unsere Hochschulen. Dazu kommt die klare Zusage dieser Koalition, die Mittel des Hochschulpakts mit plus 30 Millionen € jährlich auch darüber hinaus dauerhaft fortzuschreiben. Das ist ein großer Unterschied zu anderen Ländern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Da können Sie polemisieren, Herr Kollege Günther, das können Sie nicht wegreden.

Die Koalitionsfraktionen setzen aber auch einen Akzent im Bereich der **Weiterbildung** mit 620.000 € zusätzlich für die Volkshochschulen und die Bildungsstätten. Das sind Finanzmittel, die übrigens auch unsere Kulturlandschaft bereichern werden; ich denke an die Landesmusikakademie Nordkolleg oder die Kulturarbeit unserer Minderheiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, über das **Landesprogramm Arbeit** wollen wir in den nächsten Jahren mehr für Beschäftigung und Fachkräftesicherung, mehr für soziale Inklusion sowie Armutsbekämpfung tun und mehr in Bildung und lebenslanges Lernen im Volumen von 240 Millionen € investieren. Zusätzlich soll eine Beratungsstelle gerade auch positive Anreize für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem EU-Ausland geben und sie bei Fragestellungen im komplizierten Geflecht aus Arbeits- und Sozialrecht begleiten.

Wir stärken unsere **Ernährungswirtschaft** - ob 1,8 Millionen € für das Landeslabor oder 15.000 € für Vermarktungskonzeptionen regional erzeugter landwirtschaftlicher Produkte - und sichern damit gute Arbeit und Wertschöpfung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im Sozialbereich - Herr Kollege Günther, ich finde es wirklich dreist, dass Sie sich überhaupt getraut haben, den **Sozialbereich** anzusprechen - könnte

ich viele Akzente nennen, die wir mit unseren Änderungsanträgen setzen: Ich möchte den Aufbau einer vertraulichen Spurensicherung für Opfer von sexueller Gewalt als interfraktionelles Anliegen ebenso nennen wie die Aufstockung der Mittel für Suchthilfe und dezentrale Psychiatrie oder die Aufstockung der Mittel für die Jugendverbände. Auch bei den Themen Eingliederungshilfe und Schulbegleitung arbeiten wir intensiv an langfristigen Lösungen. Über die Eingliederungshilfe wollen wir in dieser Plenartagung ja auch noch beraten. Ihre pauschalen Verdächtigungen weisen wir zurück.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe Dr. Heiner Garg [FDP] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Schwerpunkt dieser Regierungskoalition bleibt die **Flüchtlingspolitik**. Das hat schon der Haushaltsentwurf der Landesregierung sehr eindrucksvoll, gerade auch im Vergleich mit anderen Ländern, unter Beweis gestellt: 14 Millionen € mehr für die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern, zusätzliche Mittel für Sprach- und Integrationskurse und Gespräche des Innenministeriums über die Nutzung ehemaliger Kasernen waren angekündigt. Wir haben Wort gehalten. Wir stellen uns weiterhin der Herausforderung der Flüchtlingswellen.

Wir haben gemeinsam mit anderen Bundesländern im Bund erfolgreich erkämpft, dass es Unterstützung bei der Unterbringung von Flüchtlingen in den Kommunen gibt. Auch dazu sage ich Ihnen, dass es mit rein materieller Unterstützung nicht getan ist. Flüchtlinge brauchen darüber hinaus ein Angebot an Hilfen, das wir aus Landesmitteln mit fördern. Dabei geht es um Sprachunterricht, psychosoziale Beratung, Integration der Kinder in schleswig-holsteinischen Kitas und Schulen. Wir wollen, dass möglichst jeder Flüchtling sofort ein Sprach- und Integrationsangebot erhält, damit sich die Versäumnisse der Vergangenheit nicht wiederholen. Wir sind übrigens ein Land, das in der Vergangenheit viele Flüchtlinge aufgenommen hat, und wir wissen, dass viele Menschen vor den Nazis flüchten mussten. Wir haben deshalb eine Verpflichtung, Menschen zu helfen, die vor Krieg, die vor Verfolgung, die vor bitterer Armut zu uns gekommen sind.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir wissen, dass es darauf ankommt, dass es gerecht zugeht, dass wir Chancen anbieten und, wo es nötig ist, auch zusätzliche Hilfen. Gerade was den

(Dr. Ralf Stegner)

Umgang mit Flüchtlingen angeht, will ich nochmals sagen, Herr Kollege Günther, dass wir Ihrer Abschiebung-first-Politik niemals folgen werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch die Kritik von Ihnen und Herrn Liebing an der humanitären Flüchtlingspolitik mit Blick auf den **Winterabschiebestopp** des Innenministeriums teilen wir überhaupt nicht. Ich kann nicht verstehen, dass Sie glauben, mit einer solchen Haltung im Land Erfolg zu haben.

Gerade die schändlichen PEGIDA-Aktionen mit den ganzen Ressentiments gegen Flüchtlinge und Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen, zeigen doch, dass dies ein brandgefährlicher Weg ist, der den Rechtspopulisten Zulauf verschaffen kann. Über die hanebüchene Aktion Ihrer bayrischen Schwesterpartei von vergangener Woche nach dem Motto: „Bei uns wird gefälligst auch zu Hause Deutsch gesprochen“, könnte man ja noch lachen, wenn es nicht so traurig wäre und unterirdischem politischem Kalkül entspräche. Man biedert sich bei Rechtspopulisten nicht an, man bekämpft sie mit aller Entschiedenheit. Grundlage unserer Flüchtlingspolitik ist und bleibt die Humanität.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe CDU und FDP)

Kein Wort von Ihnen dazu, kein Wort von Ihnen in der Debatte zu diesem Thema. Das charakterisiert Ihre Haltung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe CDU und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, getroffene Hunde bellen, sagt man im Volksmund.

(Zurufe FDP: So ist es!)

Konkrete Hilfen leisten, sich kümmern, das ist das, was wir tun. Dafür steht auch die Übernahme von **nicht eintreibbaren Schmerzensgeldansprüchen** von Beschäftigten des Landes - hier denke ich besonders an die Polizistinnen und Polizisten -, die im Dienst Opfer von Gewalt wurden; dafür stellen wir 100.000 € zur Verfügung. Ich will mich ausdrücklich dafür bedanken, dass wir zumindest an dieser Stelle mit der CDU eine gemeinsame Lösung erarbeitet haben und ein gutes Signal an die Beschäftigten und ihre Familien ermöglichen. Bei allem Streit um Stellenausstattungen darf hier nie in Zweifel stehen, dass wir an der Seite derer sind, die ihre Gesundheit und manchmal sogar ihr Leben für unser Gemeinwesen einsetzen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Anträge, von denen ich nur auf einige kurz eingehen konnte, sind keine nice to have, wie ich das heute in der Zeitung gelesen habe, sie sind vielmehr logische Folge und Erweiterung eines Politikwechsels, der 2012 auf der Basis dessen begonnen hat, was CDU und FDP uns hinterlassen haben: Wir haben den Scherbenhaufen kräftig aufgeräumt, den Sie uns vor die Tür gekippt haben.

(Widerspruch Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir haben uns mit den Kommunen in wichtigen Fragen geeinigt und den 120-Millionen-€-Eingriff in den **kommunalen Finanzausgleich** über die Erhöhung der Grunderwerbsteuer sowie zusätzliche Mittel für Schulsozialarbeit, Infrastruktur und Kitas zurückgenommen.

Die Erhöhung der Ausgaben des Landes für die Betriebskosten der **Kindertagesstätten** ist mir besonders wichtig: 2015 um weitere 20 Millionen €, 2017 werden es dann 80 Millionen € sein. Des Weiteren werden **Familienzentren** ab 2015 mit einer Summe von 2,5 Millionen € zusätzlich und die Fachberatung mit 1,5 Millionen € gefördert. Für Sprachbildung in Kindertageseinrichtungen erhalten die Kreise und kreisfreien Städte jährlich 4 Millionen €.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die dringend notwendige, aber zugleich sehr komplexe Reform des **kommunalen Finanzausgleichsgesetzes** haben wir sorgfältig im Dialog erarbeitet. Sie wissen, dass das ein gutes Gesetz ist, zu dem Sie nie den Mut hatten. Klagen Sie ruhig, etwas anderes haben Sie eh nicht zu bieten, zumal Sie ja bis 2017 die Hände in den Schoß legen wollten. Das kann sich eine Regierung nicht leisten, eine Opposition natürlich schon. Das nehmen wir zur Kenntnis. Wir handeln und machen ein gutes FAG.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Mittel für die **Schulsozialarbeit** steigen von 4,6 Millionen auf gut 17,7 Millionen €. Das ist eine gute Verbesserung für die Schulen in diesem Lande.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und wer hat das eingeführt?)

Bei den **Minderheiten** haben wir alle Kürzungen zurückgenommen und die Gleichstellung der

(Dr. Ralf Stegner)

Schulen wieder eingeführt. Die Ausstattung der Landespolizei, Verbesserung der Schutzausrüstung, auch das Beförderungspaket und endlich auch eine Erhöhung der Erschwerniszulage, von der bei Ihnen nie die Rede war, tragen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen dort bei.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben die Anzahl der landesgeförderten Schulplätze zur Altenpflegeausbildung um jährlich 200 erhöht, um unserem Ziel einer kostenlosen Pflegeausbildung für alle Auszubildenden näherzukommen.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Sie können lärmern, soviel Sie wollen. Sie mögen die Fakten nicht hören. Die sind einfach besser als bei Ihnen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der Opposition.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Traurige Opposition: dazwischenrufen, meckern, maulen, keine Konzepte, schlechtere Ergebnisse, das ist Ihre Arbeit.

(Zurufe Dr. Heiner Garg [FDP] und Wolfgang Kubicki [FDP])

- Schreien Sie ruhig. Sie sind schlechter, Sie wissen das.

(Christopher Vogt [FDP]: Und das sagt der Schuldenkönig Nummer 1! - Zurufe Dr. Heiner Garg [FDP] und Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Präsident, ich kann auch über die hinwegreden, das schaffe ich auch, aber vielleicht könnten Sie sie ja ein bisschen in die Schranken weisen.

Präsident Klaus Schlie:

Ja, ich werde in Zukunft bei allen Rednern dafür sorgen, dass die gleiche Ruhe herrscht. - Sie haben das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Präsident. - Wir haben darüber hinaus die Kürzungen bei den **Frauenhäusern** rückgängig gemacht und ab 2013 die Förderung von Angeboten der Frauenhäuser und -beratungsstellen um rund 550.000 € angehoben. Damit wurde es möglich, die Frauenhäuser in Lü-

beck und Wedel wieder in die Förderung aufzunehmen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ihre Mehrforderungen in diesem Bereich sind angesichts dessen, was Sie auf dem Kerbholz haben, wirklich scheinheilig. Aufgrund des adventlichen Friedens verzichte ich hier auf eine schärfere Formulierung; ich könnte es tun.

(Zurufe CDU und FDP)

Wir haben die Förderung des **ökologischen Landbaus** wieder aufgenommen, die Sie zuvor gestrichen haben, um uns damals bundesweit zu isolieren.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben schwarz-gelbe Kürzungen bei europapolitisch aktiven Verbänden und Initiativen zurückgenommen. Wir sind nach Ihrem Wackelkurs wieder Vorreiter bei der **Energiewende** dank deutlicher Akzente bei der Förderung von Maßnahmen und Studien zum Ausbau der erneuerbaren Energien, zur Steigerung der Energieeffizienz und Energieeinsparung sowie zum Klimaschutz. Natur- und gerade auch der Küsten- und Meeresschutz sind für uns von großem Wert, damit auch die Arbeit der **Naturschutzverbände**.

Ich könnte viele weitere Bereiche nennen, in denen wir schwarz-gelbe Kürzungen zurückgenommen haben, ohne die Schuldenbremse zu gefährden. Ich weise noch einmal darauf hin: bei den Freiwilligendiensten, dem Blindengeld, dem Sozialvertrag II, beim Landesfrauenrat, im Innenbereich, bei der Migrationssozialberatung oder bei der Förderung von Migrantenorganisationen. Es ist schon eindrucksvoll, wie lang die Liste ist, mit der wir Ihre falsche Politik grundlegend geändert haben, und das in gerade einmal zweieinhalb Jahren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich könnte die Liste lange fortführen, aber ich sehe an Ihren Gesichtern und höre an Ihren Zwischenrufen, dass Ihnen das so unangenehm ist, dass ich Sie damit nicht länger behelligen will.

(Widerspruch CDU und FDP)

Ich komme jetzt zu Ihren Anträgen zum Haushalt 2015, weil ich finde, dass die damit sehr viel zu tun haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, in einigen Bereichen schlagen Sie In-

(Dr. Ralf Stegner)

vestitionen und Mehrausgaben vor, teilweise sogar in den gleichen Bereichen wie wir. Wenn aber zwei das Gleiche tun, ist es noch lange nicht dasselbe. So stelle ich mir angesichts Ihrer Vorschläge in Höhe und Gegenfinanzierung dieselbe Frage, die der Filmmacher Woody Allen einmal so formuliert hat:

„Und ich fragte mich, ob eine Erinnerung etwas ist, das man hat, oder etwas, das man verloren hat.“

Das wird bei Ihnen nirgendwo so deutlich wie in der **Hochschulpolitik**. Sie scheinen zu glauben, dass sich an unseren Hochschulen eine allgemeine Amnesie breitgemacht hat, was die angeblich so ruhmreiche Hochschulpolitik von Ihnen angeht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nicht schon wieder!)

Mit diesem anbiedernden Versuch der Kollegen der CDU, deren hochschulpolitischer Sprecher Sie ja bis vor Kurzem waren, Herr Kollege Günther, ist es so, als wenn man Wellen schlägt, manches Hochschulboot fast zum Kentern bringt und nun behauptet, man sei der Einzige, der das Hochschulschiff retten könne. Das ist klassische, politische Hochstapelei, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der Tribüne: Besser als die CDU zu sein, ist auch kein Maßstab! - Zahlschein-Kassenbelege werden von der Tribüne in den Plenarsaal geworfen)

Präsident Klaus Schlie:

Würden Sie das bitte unterlassen!

(Unruhe - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das waren begeisterte Fans von Stegner!)

- Ich bitte Sie, meine Damen und Herren! Das Wort hat Herr Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Genau das, was Sie hier mit Ihren Anträgen tun, Herr Kollege Günther, hat vom AStA der CAU eine wohlverdiente Antwort erhalten. Ich zitiere den hochschulpolitischen Beauftragten des AStA der CAU:

„Es ist geradezu zynisch, dass die Parteien, die eine Hochschule schließen und mehrere Studiengänge streichen wollten, jetzt versuchen, unseren Protest zu vereinnahmen.“

- Soweit der Kollege vom AStA der CAU. Dem ist wirklich nichts hinzuzufügen, meine Damen und Herren, nichts.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Sie fordern in Ihren Anträgen, die BAFöG-Mittel zum Teil an die Hochschulen zu geben. - Gut, das kann man machen, aber dann kann man sich nicht hinter jede Elterninitiative gegen Unterrichtsausfall stellen, sondern dann muss man offen sagen: Das sind dann 350 Lehrkräfte weniger an den Schulen. Das ist Fakt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten König?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Nein, die gestatte ich nicht.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Die Frage ist also: Was denn nun? Gilt das eine oder das andere? Hören Sie auf, den Menschen zu erzählen, zwei und zwei sei fünf.

(Lachen und Beifall FDP)

So wie die Bürgerinnen und Bürger wissen, dass sie nur vier Kerzen auf ihrem Adventskranz brennen haben, so durchschauen sie Ihre Klippschulen-Mathematik.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was ist denn Klippschulen-Mathematik?)

Opposition ist mehr, als nur Dinge zu versprechen, die keine Regierung einhalten kann, obwohl ich sagen muss, dass man da auch etwas Pessimismus heraushört, was Ihre Chancen 2017 angeht. Sonst würden Sie realistischere Anträge stellen. Das kann man hören.

(Zurufe Hans-Jörn Arp [CDU], Volker Dornquast [CDU] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Insofern: Blasen Sie sich ruhig auf, Herr Oppositionsführer, argumentativ war das noch ein bisschen dünn, was Sie heute geboten haben, Parteitagsrhetorik, aber wenig Inhalt.

(Zurufe)

Unsere Investitionen sind nie hoch genug, und Sie sind eben leider nicht bereit, den alten Begriff der **Investitionsquote** infrage zu stellen. Investitionen in Bildung, Investitionen, die durch unsere Zuschüsse erst getätigt werden, finden keine Berück-

(Dr. Ralf Stegner)

sichtigung. Beton zählt als Investition, Lehrer nicht. Wir halten dies nach wie vor für falsch.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Unabhängig davon muss man sagen: Wir haben die Kürzungspolitik in guter beziehungsweise die Betroffenen haben sie in schlechter Erinnerung; Mehrausgaben, schneller schwarze Nullen erreichen und dann noch das Gegenteil von dem fordern, was man selbst gemacht hat - das ist die Logik fast aller Ihrer Änderungsanträge, fast aller, aber nicht überall. Es stellt sich also die Frage, ob die Opposition an diese Politik anknüpfen will oder eine Annäherung an die Politik der Küstenkoalition erfolgt. Angesichts Ihrer vorgeschlagenen Einsparungen müssen wir wohl Ersteres vermuten.

Es ist jedes Jahr das Gleiche: erst einmal Rotstift bei den **Minderheiten**. Das trägt zwar zur Haushaltssanierung nichts bei, legt aber die Axt an das Modell einer Minderheitenpolitik, das wir in Schleswig-Holstein erarbeitet haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wo haben wir das gemacht? - Weitere Zurufe FDP)

Die Hoffnung, dass Sie irgendwann aus Ihren Fehlern lernen, muss man wohl aufgeben. Minderheitenpolitisch sind und bleiben Sie neben der Spur, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Unruhe - Glocke Präsident)

Das ist so.

(Zurufe Dr. Heiner Garg [FDP], Wolfgang Kubicki [FDP] und Ministerin Anke Spoorendonk)

- Schauen Sie doch einmal in die Antragslisten hinein, Herr Kollege Kubicki, dann müssen Sie nicht so dumm dazwischenrufen.

(Unruhe)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie können diese Fragen gern in der weiteren Debatte klären, aber nicht jetzt mit der Frau Ministerin. Das geht nicht, auch beim besten Willen nicht. - Das Wort hat wiederum Herr Abgeordneter Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Vielen herzlichen Dank. - Lang und länger ist auch die Einsparliste der CDU bei **Natur- und Umweltschutz**. Von der Stiftung Naturschutz über die Biotopkartierung, den Wiesenvogelschutz bis zum ökologischen Anbau - leider oftmals unterstützt durch die FDP -: Alles, was nach Ökologie klingt, steht bei Ihnen auf dem Index. Das ist die Logik Ihrer Anträge.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Recycelt werden auch Ihre Vorschläge im **Sozialbereich**: Freiwilligendienste, kommunale Gleichstellungsbeauftragte - unsere Erhöhungen sollen alle rückgängig gemacht werden. Dass Ihre Gleichstellungspolitik von vorgestern ist, zeigt ja Ihr dauerhafter Widerstand gegen die Quote. Sie schaffen es nicht einmal, Ihr wirklich bescheidenes Frauenquorum auf dem Bundesparteitag unfallfrei hinzukriegen. Nicht einmal das schaffen Sie. Daran sieht man Ihre Gesinnung.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie ja auch nicht!)

Insofern: In diesen Bereichen immer zu kürzen, zeigt nur Rückständigkeit, sonst nichts.

Am Stärksten finde ich allerdings, dass Ihre **Gegenfinanzierungsvorschläge** wieder einmal den Bereich gute Arbeit betreffen. Unser Markenkern bleibt Ihr schwarz-gelbes Sparschwein: Mindestlohn, Tariftreue, Mitbestimmung, fairer Wettbewerb. Das wollen Sie alles streichen. Ich sage Ihnen: Das ist weder arbeits-, noch wirtschafts- oder finanzpolitisch sinnvoll. Es zeigt aber, dass Sie immer noch eine Politik für richtig halten, die sich gegen die berechtigten Interessen der arbeitenden Menschen in Schleswig-Holstein richtet. Das werden die sich merken.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Sie wollen keine gute Arbeit, Sie wollen das streichen. Wir sind für das Gegenteil. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich bin deswegen froh, dass wir Ihre Gegenanträge haben, weil jeder nachlesen kann, was Sie streichen wollen und was Sie von uns unterscheidet.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sagen Sie einmal: Streikt ver.di nicht bei Ihnen?)

Das ist das Gute am Parlamentsverfahren:

(Dr. Ralf Stegner)

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Gott sei Dank!)

Sie wollen weniger Gerechtigkeit, weniger Ökologie, weniger Minderheitenpolitik,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau!)

weniger gute Arbeit. Was Sie wollen, ist, Klientelpolitik zu betreiben und Dinge, die Sie überhaupt nicht einhalten können.

(Zurufe)

Gott sei Dank sind Sie in der Opposition, deswegen werden alle diese Anträge auch von der Mehrheit in diesem Hause abgelehnt werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich freue mich immerhin - so viel in dieser vorweihnachtlichen Zeit dann doch -, dass einige Anträge oder zumindest einige Anliegen fraktionsübergreifend getragen werden. Andere wiederum belegen die Unterschiede zwischen den Fraktionen. Gute Politik besteht nämlich im Gegensatz zu dem, was die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP meinen oder zu meinen scheinen, nicht nur aus Rotstift, Kennzahlen und Beton. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geht es um eine gerechte Gesellschaft, um eine Gesellschaft, in der alle die gleichen Chancen haben.

Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben Anträge vorgelegt, die unseren Vorstellungen grundsätzlich widersprechen. Sie werden nachvollziehen können, dass wir diese ablehnen, aber in manchen Bereichen - das muss man sagen -, sind sie schon erschreckend konsequent, wenn ich sehe, wo Sie überall streichen wollen.

Die Frage muss jede und jeder für sich entscheiden. Wir sagen, was wir tun und tun, was wir sagen. Wir wollen uns daran auch messen lassen. Es ist in der Tat so, dass wir einen Politikwechsel wollten. Den setzen wir in der Haushaltspolitik konsequent um. Die Menschen wissen, was wir ihnen gesagt haben. Das tun wir auch. Sie können sich auf uns verlassen. Ich halte das für das einfachere, aber auch für das bessere Prinzip.

Schleswig-Holstein ist bei der Regierung von Torsten Albig und bei der Küstenkoalition weiterhin in guten Händen. Stimmen Sie unserem Haushaltsentwurf zu, er ist gut für die Menschen in unserem Land, er ist nicht rückständig wie Ihre Vorschläge, er weist nach vorn. Gut, gerecht, finanziell solide - das ist das, was wir tun. Vielen herzlichen Dank, ich bitte Sie um Zustimmung.

(Lang anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Friedrichsgabe, Norderstedt, sowie Gäste aus unserer Partnerregion Pays de la Loire und Herrn Bock, den Geschäftsführer der Verbraucherzentrale. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, Frau Abgeordnete Eka von Kalben.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP] - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auf die FDP setzen wir die ganze Hoffnung!)

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete von Kalben.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Günther!

(Unruhe)

- Lieber Herr Günther!

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU] - Hans-Jörn Arp [CDU]: Da können wir einmal klatschen!)

Ich würde gern damit anfangen, dass ich Ihnen für Ihre Rede danke.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Sie hat uns viel Gelegenheit gegeben, noch einmal deutlich zu machen, wo die Unterschiede zwischen uns und der Opposition liegen. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Hans-Jörn Arp [CDU]: Gott sei Dank!)

Lieber Herr Günther, Sie tun hier so, als schäumten Sie vor Wut, dabei schlagen Sie nur Schaum. Sie fangen damit an, dass Sie Frau Heinold dafür kritisieren, dass sie zuspitzt, wo die Unterschiede zwischen unseren politischen Vorstellungen sind, und dann verkünden Sie hier nacheinander - ich darf das andere Wort nicht nutzen - verdrehte Wahrheiten

(Eka von Kalben)

und stellen Dinge einander gegenüber, die überhaupt nichts mit der Realität zu tun haben.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Wenn das jetzt eine ehrlichere und bessere Haushaltsrede ist, dann wundere ich mich, ehrlich gesagt, sehr.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Die Alternativen jedenfalls, die Sie uns hier vorgestellt haben, machen deutlich, was die Regierung vorhat und was die Opposition vorhat. Ich sagen Ihnen deutlich: Die Alternativen, die Sie aufgezeigt haben, gefallen uns nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Heute können die Bürgerinnen und Bürger in aller Deutlichkeit sehen, wofür die Politik der Koalition steht, dass wir die Lebensbedingungen der Menschen in Schleswig-Holstein verbessern, dass wir Schleswig-Holstein zukunftsfest machen. Dafür steht der Haushalt dieser Koalition.

Meine Damen und Herren, wir haben gemeinsam über die Parteigrenzen hinweg entschieden, die immer weitergehende **Neuverschuldung** einzudämmen. Wir schützen damit unser Land und bewahren es für die kommenden Generationen. Auch sie sollen die Freiheit haben, es zu gestalten. Aber wir müssen auch unsere Möglichkeiten nutzen und im überschaubaren Rahmen auch dann in die Zukunft investieren, wenn das nur mit Schulden machbar ist. - Ja, wir machen neue Schulden, um unsere Ausgaben zu finanzieren. Noch schaffen wir es nicht, diese Ausgaben ohne Schulden zu finanzieren. Das war allerdings auch nie unsere Erwartung, denn wir haben uns ja bewusst für eine **Schuldenbremse** im Jahr 2020 und einen Konsolidierungspfad dahin entschieden - den werden wir auch nicht verlassen. Im Gegenteil: Wir bleiben auch im Jahr 2015 unterhalb dessen, was wir nach dem Regelwerk der Schuldenbremse an Verschuldung machen dürften.

Denn die Schulden der Vergangenheit drücken schon jetzt. Sie kosten Zinsen, und die können auch wieder steigen. Und sie binden uns für die Zukunft. Schulden nehmen Gestaltungsräume für die Zukunft.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Es gilt aber, bei den Gestaltungsräumen der Zukunft auch die heutigen Aufgaben im Blick zu behalten. Denn auch wenn wir an zukünftige Genera-

tionen denken, dürfen wir die heutige nicht vergessen. Eine **schwarze Null** kann auch Stillstand bedeuten. Schlimmer noch, sie kann für kaputte Straßen stehen, weil die nicht saniert werden. Sie kann für schlechte Schulen stehen, weil der Unterricht ausfällt; oder für schlechte Krankenhäuser, weil die Patientinnen und Patienten in den Fluren vor sich hin dösen. Dann ist auch eine schwarze Null zwecklos.

(Zurufe CDU und FDP)

Und die Haushaltskonsolidierung in unserem reichen Wohlstandsland gegen menschenunwürdige Flüchtlingsunterkünfte auszuspielen, das wäre geradezu schäbig. Das wäre eine würdelose schwarze Null.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Für uns Grüne ist klar: Wir wollen ausgeglichene Haushalte. Wir wollen die Kinder von heute nicht mit unnötigen Schulden belasten. Aber wir wollen genau diesen Kindern auch gute Bildungschancen und ein lebenswertes Umfeld bieten. Der Spagat besteht darin, dass die Einsparungen von heute nicht zu den Schulden von morgen werden.

Wir wollen mit diesem Haushalt das Leben in Schleswig-Holstein noch besser machen. Was heißt besser? Wie soll man das spüren? - Man wird es hören auf der Großbaustelle des UKSH, auf den regionalen Baustellen in Krankenhäusern, die von unserer Aufstockung profitieren. Man wird es spüren auf den sanierten Straßen, wenn das Schlagloch plötzlich verschwunden ist - im Auto oder auf dem Fahrrad. Dafür haben wir das **Sondervermögen** aufgestockt.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Die Zukunft spüren kann man auch in den Wohnbezirken, in denen wir in die **Städtebauförderung** investieren. Das ist wichtig, um bezahlbaren Wohnraum zu bekommen, für Menschen ohne hohes Einkommen, für Studierende und Einwandernde. Und wir korrigieren den schwarz-gelben Lehrerbaupfad. Lieber Herr Günther, es tut mir leid, an der Stelle muss man auch einmal auf das zurückkommen, was von Ihnen als Abbaupfad gemeldet wurde. Dank der Bafög-Mittel können wir in dieser Legislaturperiode 1.000 Stellen retten. Damit haben wir im Sommer angefangen, und damit machen wir jetzt weiter. 1.000 **Lehrerstellen** können wir retten!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

(Eka von Kalben)

An vielen Orten und in vielen Lebensbereichen werden die Menschen unsere heutigen Beschlüsse spüren.

Unser Land hat verschiedene Herausforderungen zu bewältigen. Das ist ein Spiel mit vielen Bällen. Wer sich nur auf einen konzentriert, verliert die anderen. Wir halten sie alle in der Luft.

(Lachen CDU und FDP)

Unser Haushalt ist vernünftig und ausgeglichen. Dafür sorgt auch unsere vernunftbegabte und meistens ausgeglichene Finanzministerin.

(Beifall und Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Meine Damen und Herren von der **CDU**, mit Interesse haben wir Ihre **Haushaltsanträge** gelesen. Es gibt sogar einige Punkte, die wir gemeinsam fordern, zum Beispiel die Hilfe für traumatisierte Flüchtlinge. Das freut uns sehr. Leider bleiben solche Anträge bei der CDU eine Ausnahme. Insgesamt sprechen sie eben doch eine andere Sprache: Beton statt Menschen.

(Christopher Vogt [FDP]: Oh Gott!)

Ihre Anträge sind populistisch und nicht umsetzungstauglich.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben stets versucht, die Finanzministerin auf dem Feld der **Haushaltskonsolidierung** zu schlagen. Die hat Ihnen aber schon längst das Wasser abgegraben. Deswegen präsentieren Sie der Öffentlichkeit jetzt eine Konsolidierungsattrappe und hoffen, der Trick fällt nicht auf.

42 Millionen € weniger Schulden, und wie machen Sie das? - Indem Sie Personalrücklagen auflösen, die gar nicht mit Budget hinterlegt sind und indem Sie auf Mehreinnahmen aus der Erbschaftsteuer spekulieren. Dann hätten Sie die 42 Millionen € auch als Schulden stehen lassen können - es sei denn, Sie wissen irgendetwas, was wir nicht wissen, über das Vermögen im Land. Doch Sie hoffen auf Schlagzeilen und verabschieden sich endgültig von ehrlicher Haushaltspolitik.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Gleichzeitig weichen Sie den **Stellenabbaupfad**, den Sie selber ausgearbeitet haben, auf. Das ist ja so auch viel bequemer. Erst zeichnen sie Schreckensbilder - das war heute hier wieder zu hören - zur inneren Sicherheit im Land, dass man sich

kaum noch auf die Straße trauen könne, dann fordern Sie mehr Polizistinnen und Polizisten, obwohl sie selbst den Aderlass der Polizei beschlossen haben. Wer denn bitte glaubt, dass das redlich ist?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Trotzdem erfüllen Sie mit Ihren Haushaltsanträgen nicht einmal Ihre eigenen Versprechen, die Sie hier im Laufe des Jahres verkündet haben. Wo sind denn beispielsweise die 36 Millionen € für den kommunalen Finanzausgleich? Können Sie die etwa doch nicht herbeizaubern? Und wo ist die Unterstützung der Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen, und wo ist das Geld für Sprachunterricht, das Sie noch vor wenigen Wochen und eben gefordert haben? Darum kümmern Sie sich nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Stattdessen präsentieren Sie uns ein **Streichkonzert** in den Bereichen **Soziales und Umwelt**: weniger für Minderheiten, weniger für Migrantinnen und Migranten und weniger für die Gleichstellungsauftragte. Zudem greift die CDU in den Topf zur „Bekämpfung von Rechtsextremismus“ und will die Mittel für eine Willkommenskultur in den Kommunen streichen. In Zeiten von HoGeSa-Aufmärschen finde ich so ein Signal wirklich außerordentlich gefährlich. Diese Entwicklung besorgt mich sehr.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Auf mich wirkt das wie eine rechte Revolte, das Ende einer vernunftbegabten CDU. Zur AfD hin brechen Sie derzeit alle Dämme.

Ich bin froh, dass dieses Land für eine **humane Flüchtlingspolitik** entsteht. Gerade gestern gab es einen Empfang bei einer Beratungsstelle, die ihre Arbeit für traumatisierte Flüchtlinge vorgestellt hat. Dort ist noch einmal sehr eindringlich beschrieben worden, was es bedeutet, Menschen mit schweren Traumata zu behandeln, wenn sie ständig Angst haben müssen, abgeschoben zu werden. Dort wurde von Verfahrenstraumatisierung gesprochen. Deshalb freue ich mich außerordentlich, dass wir in Schleswig-Holstein einen - wenn auch hart kritisierten - Winterabschiebestopp erlassen haben. Ich danke der Regierung mit Herrn Minister Studt dafür ausdrücklich, dass sie das gemacht hat. Ich kann mir vorstellen, dass das im Kreis Ihrer Kollegen nicht einfach ist. Herzlichen Dank an Sie.

(Eka von Kalben)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich möchte Ihnen und Ihrer Regierung, Herr Albig und Herr Studt, auch noch mitteilen, dass dort gestern auf der Veranstaltung eine Besucherin gesagt hat, sie sei seit langer Zeit wieder einmal stolz darauf, Schleswig-Holsteinerin zu sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Liebe CDU, noch einen Punkt zu Ihren Kürzungen im Bereich **Umwelt**: weniger für Ressourceneffizienz und Energieberatungen, weniger für Artenschutz, weniger für Klimaschutz, weniger für Ökolandbau, weniger für alles, was irgendwie nach Umwelt klingt. Ihre vollmundigen Worte, Herr Günther, ich kann sie nicht ernst nehmen. Wollten Sie nicht grüne Wählerinnen und Wähler aus der Mitte zurückgewinnen? Machen Sie das, indem Sie alle umweltpolitischen Maßnahmen zusammenstreichen? Ich bin ehrlich gesagt etwas überrascht. Der Gottesbezug in der Verfassung, der ist Ihnen heilig. Aber die reale und spürbare Bewahrung der Schöpfung ist ihnen keinen Cent wert. Das ist konservativ im schlechtesten Sinne.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, die CDU in Schleswig-Holstein ist unsozial, unökologisch und realitätsfern. Und über alledem ist sie auf dem Weg nach rechts. Das wird Ihnen schaden, nicht Nutzen bringen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen CDU)

Meine Damen und Herren, auch die **FDP** trumpft mit leeren Versprechungen auf. Sie sagen, Sie würden die Investitionsquote um 1 % steigern. Dafür präsentieren Sie gut 90 Millionen € für Investitionen, von denen Sie aber fast die Hälfte mit unseren Investitionsausgaben gegenfinanzieren wollen. Ihre Nettomehrinvestitionen würden die Investitionsquote gerade einmal um 0,5 % erhöhen. Das ist die Hälfte von dem, was Sie versprechen. Ist das bewusste Täuschung oder - so vermute ich - Unwissenheit?

(Wortmeldung Tobias Koch [CDU])

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete von Kalben?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu.

Ganz abgesehen davon laufen Sie mit offenen Augen in die gleiche Falle wie Ihre Oppositionskollegen. Sie fordern 30 Millionen € für **Krankenhäuser**. Es ist gar keine Frage, der Bedarf ist noch wesentlich höher. Man könnte auch 50, 100 oder 200 Millionen € fordern.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie haben nichts für Krankenhäuser gefordert!)

Das klingt erst einmal gut. Wir investieren auch in Krankenhäuser. Es ist aber Unsinn, alles innerhalb eines Jahres einzuplanen. So schnell kann nicht überall gebaut werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Heiner Garg [FDP]: Davon verstehen Sie etwas!)

Das ist ein Placebo, mehr nicht. Es bringt nichts, am Anfang des Jahres eine tolle Investitionsquote zu versprechen und am Ende festzustellen, dass die Gelder gar nicht abfließen konnten. Sie betreiben eine Politik, die sich hinter Zahlen versteckt; Papier statt Substanz.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Meine Damen und Herren, die **Investitionsquote** ist zentraler Bestandteil unserer Haushalts- und Wirtschaftspolitik. Sie ist ein Indikator mit Aussagekraft, aber sie ist gleichzeitig ein Indikator mit einer beschränkten Aussagekraft. Straßen, Krankenhäuser und Wohnraum sind wichtig, sie sind unersetzbar. Am Ende aber ist all dies nur ein Teilausschnitt. All dies ist wichtig, aber es ist nur ein Teil des Ganzen. Nicht jede Investition ist wirklich eine Entlastung für die Zukunft. Das haben etliche Fehlinvestitionen aus der Vergangenheit gezeigt, die heute Folgekosten in unschätzbbarer Höhe produzieren, nämlich in Brokdorf, in Brunsbüttel und in Krümmel. Wir halten die Investitionsquote im Bereich von 7,3 % unserer Ausgaben. Meine Damen und Herren von der Opposition, das ist ein unterdurchschnittlicher Wert; im historischen Vergleich und im Bundesvergleich. Aber die Quote ist nicht alles. Sie ist nur eine Kennzahl.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Aber eine wichtige!)

Die Wahrheit ist: In unserem Haushalt stecken viel höhere Investitionen als die Quote von 7,3 %.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Na, wo denn?)

(Eka von Kalben)

Sie stecken zum Beispiel in **Investitionen in Bildung**: Lehrerstellen, Schulsozialarbeit und Kita-Ausbau. Das sind Investitionen in die Zukunft der Köpfe. Wir heißen **Zuwanderer** mit einer Fülle an Maßnahmen willkommen. Das ist auch eine Investition in die Zukunft. Wir stärken die **Minderheiten und Kulturstätten**, um unsere gemeinsame Identität zu stärken. Das ist eine Investition in die Zukunft. Wir stärken den **Verbraucherschutz**, das ist eine Investition in die Sicherheit der Konsumenten. Wir kartieren das ganze Land nach ökologischen Flächen.

(Zurufe CDU und FDP)

- Ja, das ist eine Investition in den **Naturschutz** von heute und morgen.

(Zurufe CDU und Wolfgang Kubicki [FDP])

Mit Blick auf die Investitionsquote noch ein Gedanke: Derzeit wird viel Geld gespart, vor allem privat und in den Unternehmen. Teilweise ist schon die Rede vom Anlagenotstand. Wie viel in einem Land investiert wird, hängt nicht nur von staatlichen Investitionen ab. Als Landespolitikerinnen und -politiker müssen wir den Rahmen schaffen, in dem Unternehmen und Privatleute gern investieren. Wir müssen zum Beispiel den Rahmen für gute Fachkräfte schaffen. Wir brauchen Anreize für zukunftsweisende Investitionen in erneuerbare Energien, in den Tourismus, in die Gesundheitsindustrie, in das digitale Zeitalter und in eine nachhaltige Verkehrsinfrastruktur. Mit unserer Politik schaffen wir diesen Rahmen. Auch das ist grüne Investitionspolitik.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die große Kunst ist, sich nicht von einzelnen Zahlen und Indikatoren blenden zu lassen. Wir sehen die Realität hinter den Zahlen. Wir planen langfristig, gewinnen Meter und finden den Ausgleich zwischen Investition und Konsum, zwischen Bildung, Straßen und Flüchtlingen, zwischen Krankenhäusern und Kultur, zwischen Haushaltskonsolidierung und politischer Gestaltung.

Das ist der Kern: Sie werfen uns alles vor, nämlich dass wir nicht genügend für die Straßen, für die Bildung und für die Krankenhäuser tun und dass wir nicht genügend sparen. Das funktioniert nicht. In diesem Zusammenhang funktioniert das nicht.

(Zuruf CDU: Genau!)

Man kann nicht alles fordern und alles wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, wer gestalten will, der muss Kompromisse machen. Ich bin gespannt, ob gleich noch einmal Zettel fliegen. In den letzten Wochen hat es zahlreiche Aktionen der **Hochschulen** gegeben. Die Studierenden haben zu Recht auf Missstände hingewiesen. Niemand bestreitet, dass die Universitäten eine größere finanzielle Ausstattung gebrauchen könnten. Die Mängel im Bildungsbereich sind insgesamt so groß, dass wir sie nicht alle auf einmal beseitigen können. Mit dem Sanierungsvertrag der Landesregierung für die Kieler Universität werden mit 160 Millionen € wichtige Baustellen angegangen. Das dauert natürlich. Die Instandsetzungen können leider nicht von heute auf morgen abgeschlossen werden, aber wir fangen an, und wir kommen voran.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ein weiteres Problem sind die vielen befristeten Verträge, die zum Ende des **Hochschulpakts** im nächsten Jahr auslaufen werden. Die neue Phase des Hochschulpakts, bei der wir als Land 225 Millionen € in die Hochschulen investieren, beginnt allerdings erst 2016. Wir Grüne sagen dazu: Wir werden uns in der Koalition um eine Übergangslösung kümmern. Sobald wir konkrete Zahlen auf den Tisch bekommen, werden wir Lösungsvorschläge erarbeiten.

Uns ist bewusst, dass die größte Baustelle die chronische Unterfinanzierung der **Grundhaushalte** ist. Im Koalitionsvertrag ist verankert, dass wir die Hochschulen stärker unterstützen wollen; neben den anderen Dingen, die auch im Koalitionsvertrag verankert sind. Wir arbeiten deshalb an Vorschlägen, die finanzpolitisch durchtragen und die Hochschulen stärken, aber in diesem Jahr lag der bildungspolitische Schwerpunkt in den **Schulen**. Dafür gab und gibt es gute Gründe. In den Schulen legen wir nämlich die Grundlagen dafür, dass es Kinder unabhängig von Herkunft und Geldbeutel der Eltern überhaupt schaffen, an die Hochschulen zu kommen. Auch dies ist ein ganz wichtiger Punkt einer gerechten Bildungspolitik.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, wir können jeden Euro nur einmal ausgeben. Das ist eine Wahrheit. Kita, Schule, Hochschule, Sprachkurse, lebenslanges Lernen; von den Investitionen in die Köpfe unserer Kinder hängt die Zukunft unseres Landes stärker ab als von mancher Autobahn. Deshalb bleibt unser

(Eka von Kalben)

Haushaltsschwerpunkt auch in den nächsten Jahren die Bildung.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Sie spielen eins gegen das andere aus, das ist unerhört!)

- Unerhört ist es, wenn Sie immer wieder fordern, alles zu tun, ohne zu sagen, wie wir alles finanzieren können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das hat nichts damit zu tun, dass man das eine gegen das andere ausspielt. In den Haushaltsberatungen höre ich ständig: Ich will doch nicht das eine gegen das andere ausspielen, wir wollen beides. Ich will auch alles. Ich hätte auch gern alles, aber alles gibt es nicht.

(Zurufe CDU)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hält Maß, die Opposition fordert maßlos. Wir gehen einen vernünftigen Mittelweg. Sie von der Opposition verteilen Mittel, die es gar nicht gibt. Am Ende wollen Sie dies dann als Konsolidierungskurs verkaufen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dieser Haushalt macht das Leben der Menschen besser, und zwar unmittelbar und langfristig. Ihre Vorschläge tun das nicht. Wir setzen den ausgeglichenen Weg der vergangenen Jahre fort. So machen wir auch in Zukunft weiter. Das wollen wir, und das wollen die Menschen. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Welt kann - jedenfalls nach Auffassung der Regierungsfractionen - sehr einfach sein. Sie sind die Guten, da sitzen die Bösen. Da ist die gute Regierung, die ein gutes Schleswig-Holstein will, da ist die böse Opposition, die soziale Kahlschläge zu verantworten hat.

(Beifall Lars Harms [SSW])

- Freuen Sie sich nicht zu früh, Herr Kollege Harms. - Da ist der Kollege Dr. Stegner, der in der Tat die Chuzpe hat, in die Richtung der CDU zu sa-

gen: An Rechtspopulisten biedert man sich nicht an. Herr Dr. Stegner, ich sage: Mit Linkspopulisten regiert man nicht und freut sich noch darüber.

(Beifall FDP und CDU)

Hören Sie doch auf. Ausgerechnet Sie belehren die CDU, nachdem Sie sich über die Regierungsbildung in Thüringen und über den ersten linken Ministerpräsidenten Ramelow so gefreut haben. Das ist doch lächerlich.

Herr Kollege Dr. Stegner, hören Sie auf, von dem Märchen zu erzählen, dass Sie irgendetwas wegräumen müssten, was andere Ihnen hinterlassen haben. Sie müssen nichts wegräumen, Sie profitieren bis heute von dem, was die Vorgängerregierung tatsächlich geschafft hat. Das ist die Wahrheit.

(Beifall FDP und CDU - Widerspruch SPD)

Wenn wir schon beim Wegräumen sind: Wissen Sie, was die Vorgängerregierung wegräumen musste? - Ein Haushaltsdefizit, das Sie in Höhe von 1,7 Milliarden € hinterlassen hatten. Das ist eine Rekordverschuldung in diesem Land, die Sie als Finanzminister zu verantworten hatten.

(Beifall FDP und CDU)

Also tun Sie hier nicht so, als ob Sie der Kassenwart des Landes Schleswig-Holstein seien, der irgendetwas Gutes für die Menschen tun will. Ich will Ihnen gleich sagen, wo Sie es versäumen, wirklich etwas Gutes, beispielsweise für Menschen mit Behinderung, zu tun.

Dieser Haushalt, über den heute abschließend beraten und entschieden wird - Herr Kollege Günther hatte Ihnen schon ein Dokument des Scheiterns genannt; ich sage, die Steuerquellen sprudeln wie noch nie, und wir haben Niedrigzinsen, und Sie haben sich auch noch mit der neuen Methodik der Trendsteuerberechnung Luft nach oben geschaffen -, enthält von Ihnen nicht einen einzigen strukturellen Vorschlag in dieser Legislaturperiode, wie Sie das **Defizit** weiter **abbauen** wollen. So sieht die Wahrheit aus - nicht einen einzigen, Frau Ministerin!

(Beifall FDP und CDU)

Sie haben Ihre Unschuld als Oberrichterin über die Finanzen dieses Landes genauso verloren wie der Kollege Dr. Stegner schon vor Jahren, um nicht zu sagen vor Jahrzehnten.

Herr Stegner, wenn das alles so falsch gewesen ist, was der Kollege Günther zum **Prüfungsrecht** des **Landesrechnungshofs** gesagt hat, dann gehe ich

(Dr. Heiner Garg)

doch davon aus, dass nachher die SPD-Fraktion in namentlicher Abstimmung unserem Gesetzentwurf zum Kommunalprüfungsgesetz zustimmen wird. Davon bin ich dann doch fest überzeugt.

(Beifall FDP)

Ihre Aussage, das sei eine pauschale Verdächtigung gegen wen auch immer - Sie haben ja offen gelassen, wer da wegen was verdächtigt wird -, zeigt, wie ernst Sie sich offensichtlich selbst nicht nehmen; denn Sie haben noch bei der letzten Haushaltsberatung in diesem Parlament mit Ihrer Stimme die Empfehlung zu den Voten zum Landesrechnungshofbericht verabschiedet. Da stand ganz klar drin, dass der Landesrechnungshof ein Prüfungsrecht bekommen soll. Das haben Sie doch selbst mit verabschiedet, und heute wollen Sie davon nichts mehr wissen. Wie peinlich ist das denn, Herr Dr. Stegner?

(Beifall FDP und CDU)

Wissen Sie, was Sie bei einer Frage, die dieses Parlament seit 22 Jahren diskutiert und fast immer mit einstimmigen Beschlüssen über alle Fraktionen hinweg verabschiedet hat, schier fabrizieren? Sie verweigern sich dem größten Einzeletat des Landeshaushalts, der inzwischen rund 660 Millionen € ausmacht, der bis 2020, wenn nichts passiert, auf über 1 Milliarde € anwachsen wird. Sie bringen es nach wie vor nicht fertig und verweigern sich nach wie vor, dass der Landesrechnungshof - im Übrigen zugunsten der **Menschen mit Behinderung** - ein Prüfungsrecht eingeräumt bekommt. Das ist schlicht ein Skandal, Herr Dr. Stegner, den Sie federführend zu verantworten haben.

(Beifall FDP und CDU)

Sie kümmern sich lieber im Finanzausschuss um 1.000 € für Salatbars zur gesunden Ernährung. Dazu stellen Sie eine halbe Stunde lang Fragen, wenn auch nicht eher persönlich. Das interessiert Sie. Aber es interessieren Sie nicht diese rund 660 Millionen €. Die Frage, wie dieses Geld am besten passgenau für Menschen mit Behinderung eingesetzt werden könnte, interessiert Sie nicht, und nachgeprüft werden soll das auch nicht. Stattdessen verneigen Sie sich lieber vor den Funktionsträgern von Arbeiterwohlfahrt, Paritätischem Wohlfahrtsverband und Diakonie auch in Ihrer eigenen Fraktion. Herzlichen Glückwunsch zu so viel Mut, Herr Dr. Stegner!

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ich will mir gar nicht vorstellen, was Sie dazu sagen würden, wenn wir es wagen würden, uns in einer solch wichtigen Frage so zu verhalten.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Kollege Andresen, ich kann ja verstehen, dass Ihnen das wehtut; das nehme ich Ihnen auch ab. Sie haben sich in dieser Frage ja auch nicht anders geäußert. Ich weiß, dass das den Grünen und im Übrigen auch dem SSW wehtut. Aber offensichtlich haben Sie es nicht geschafft, kraftvoll, wie Sie sein wollen, in Ihrer Koalition die paar SPD-Abgeordneten, die ganz offensichtlich die Mehrheitsbildung in der Fraktion herbeigeführt haben, davon zu überzeugen, dass es nach 22 Jahren eine richtige Geschichte gewesen wäre, dass sich dieses Parlament auch einmal selber ernst nimmt. Wie ernst nehmen Sie sich denn mit Ihren Beschlüssen, die Sie hier Jahr für Jahr fassen? Morgen wollen Sie hier eine Resolution für mehr Wahlbeteiligung verabschieden. Aber wenn Sie hier dokumentieren, dass Sie sich selber nicht ernst nehmen, dann gehen die Menschen auch nicht an die Wahlurne. So einfach ist das.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, an einer Stelle sind Sie dann ganz tapfer, an einer Stelle setzen sie dann den Rotstift an, nämlich genau dort, wo der Kollege Dr. Stegner mit Krokodilstränen die Arbeitsbelastung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten angesprochen hat. Da sind Sie mutig und setzen den Rotstift an.

Ganz besonders mutig ist der Innenminister, der nämlich erst nach dieser Haushaltsdebatte, also in der Zeit zwischen dem 15. und dem 16. Dezember 2014, endlich bekannt gibt, wo er eigentlich streichen will. Wir wollen das nicht. Wir schließen die strategische Lücke bei der **Polizei**, und wir machen auch die Finanzierbarkeit der Erhöhung der Erschwerniszulage möglich. Wir dokumentieren das mit den Haushaltsansätzen in Höhe von 8,5 Millionen €, die wir in diesen Bereich hineingeben wollen. Das, was Sie hier gerade vorgetragen haben, Herr Dr. Stegner, ist jedoch nichts anderes als das Weinen von Krokodilstränen.

Frau Kollegin von Kalben, Sie haben gesagt, die Opposition wolle einfach alles. Das stimmt überhaupt nicht. Das werfen Sie uns aber dauernd vor. Sie werfen uns dauernd vor, dass wir in der vergangenen Legislaturperiode das Land kaputtgespart hätten, Sie werfen uns vor, die Haushaltsanträge seien frauenfeindlich, unsozial, umweltfeindlich,

(Dr. Heiner Garg)

minderheitenfeindlich. Das können sie doch gar nicht sein, wenn wir wirklich alles wollten.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Haushaltspolitik, insbesondere in einem Land wie Schleswig-Holstein, bedeutet Schwerpunktsetzung.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und zur **Schwerpunktsetzung** braucht man Mut. Genau diesen Mut haben wir bei der **Verkehrsinfrastruktur** bewiesen. Wir zeigen Ihnen, wie man wirklich ordentlich investiert. Ja, wir sind so mutig und sagen ganz klar: Wir wollen Ihre innovativen Radwegeplanungen für 1 Million € nicht, sondern wir wollen lieber 90 Millionen € in die Sanierung von Landesstraßen stecken, Frau von Kalben.

(Beifall FDP und CDU)

Es ist ja schon fast traurig, dass der arme Kollege Dr. Stegner immer noch auf die vier Wirtschafts- und Verkehrsminister der CDU zurückgreifen muss. Demnächst regieren Sie seit fast drei Jahren, und Sie haben es immer noch nötig, Ihr eigenes Versagen bei der Planung mit der Arbeit von vier CDU-Ministern zu entschuldigen. Sie sind doch angetreten, alles besser zu machen. Warum haben Sie denn nicht damit angefangen, irgendetwas besser zu machen?

(Beifall FDP und CDU)

Nichts haben Sie bisher getan. Sie haben zwar dicke Backen gemacht, haben aber nichts angefangen.

Auch Ihr wunderbares Bekenntnis, Herr Ministerpräsident, möchte ich hier ansprechen. Am Anfang bin ich immer so begeistert davon gewesen, mit welchem Elan Sie dieses Land voranbringen wollen. Ich habe Ihre **Bekanntnisse zur A 20** gehört.

(Zurufe Birgit Herdejürgen [SPD] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Liebe Frau von Kalben und liebe geschätzte Frau Kollegin Herdejürgen, von dem Elan ist nichts geblieben. Das ist eine Mischung aus Lustlosigkeit und Überheblichkeit, mit der der Herr Ministerpräsident hier zu Werke geht. Der hat ja sogar seinen Repräsentationstitelansatz fast verdoppelt, weil er offensichtlich lieber repräsentiert, anstatt zu regieren. In Wirklichkeit tun Sie in Bezug auf die A 20 gar nichts.

(Christopher Vogt [FDP]: Doch, blockieren!
- Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ja, das auch. Die Opposition hat alles versemelt. Aber, Herr Kollege Stegner, ich sage noch einmal: So schmerzhaft es ist, dass diese Vorgängerregierung mittlerweile zweieinhalb Jahre regieren konnte, so viel versemeln kann eine Regierung in zweieinhalb Jahren gar nicht,

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

dass wir für alles herhalten müssen, was Sie in mehr als 20 Jahren Regierungsbeteiligung nicht geschafft haben, Herr Kollege Dr. Stegner.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Als wir im Verfassungsreformausschuss saßen und über die Frage von mehr Bürgerbeteiligung und mehr Demokratie wagen gesprochen haben, habe ich mir auch nicht träumen lassen, dass Sie Bürgerbeteiligung und mehr Demokratie wagen so ernst nehmen wie die Volksinitiative zur A 20, Herr Dr. Stegner. Da gab es Bürgerbeteiligung; da gab es 28.000 Unterschriften. Und was sind Ihnen die wert? Gar nichts, weil das nicht in Ihr Konzept passt, weil Sie keine Antwort darauf haben. Es ist schlicht und ergreifend schäbig, wie Sie mit dieser Initiative umgegangen sind.

(Beifall FDP und CDU)

Dass Sie sich wirklich trauen, Herr Kollege Stegner, die Finanzierung für **Krankenhäuser** in den Mund zu nehmen, hat mich allerdings ganz besonders gefreut. Wissen Sie, was wir erst einmal wegräumen mussten? Ein Finanzierungsmodell, das auf Ihrem Mist gewachsen ist, eine Schuldenfinanzierung, für die wir heute schon mehr Kredite aufnehmen müssten, um 50 Millionen € Investitionen auszulösen. Nach Ihrem Modell hätten wir fast 60 Millionen € Neuschulden machen müssen, und die Einwohnerbeträge der Kommunen wären auf fast 20 € pro Einwohner gestiegen. Das haben wir 2010 mit einem vernünftigen Finanzierungsmodell weggeräumt, Herr Dr. Stegner.

(Beifall FDP und CDU)

Es wäre jetzt endlich einmal an Ihrer Regierung und Ihrer Gesundheitsministerin, den Krankenhäusern **Planungs- und Investitionssicherheit** zu geben, indem Sie dieses Modell zwischen Finanzministerium, Innenministerium und Gesundheitsministerium weiterverhandeln, damit es bis 2030 durchträgt. Sie hatten bis heute nicht den Mut dazu. Sie können nachher unserem Änderungsantrag zustimmen.

(Beifall FDP und CDU)

(Dr. Heiner Garg)

Das machen Sie nicht, weil Sie es nicht können, Herr Dr. Stegner.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ich hätte der Kollegin von Kalben gern Folgendes angeboten, da sie behauptet hat, wir würden zu viel Geld dort hineinstecken: Lassen Sie uns gern nächstes Jahr durch sämtliche 77 Krankenhäuser dieses Landes gehen, die einen Investitionsstau von einer halben Milliarde € vor sich herschieben, und sie fragen, ob sie nicht in der Lage sind, im nächsten Jahr 30 Millionen € zu verbauen. Darauf bin ich wirklich gespannt.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Das zeigt aber, wie wenig Sie sich in Wahrheit darum kümmern, wie es in unseren Krankenhäusern aussieht. Amtschef Nägele ist bedauerlicherweise gerade nicht da. Er hat den Krankenhausdirektoren - doch, ich sehe, dass er hinter der Regierungsbank steht - mit stolz geschwellter Brust erzählt, die Krankenhäuser hätten auch etwas von gut sanierten Straßen, denn die Patienten kämen dann schneller dorthin. - Ich sage Ihnen: Die Patienten haben nichts davon, wenn die OP-Decken einfallen. Sie müssen schon den Weg gehen und in beides ordentlich investieren: sowohl in Straßen als auch in Krankenhäuser.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf von der Regierungsbank)

- Dass jetzt der Zuruf von der Regierungsbank kommt: „Und in Schulen!“, freut mich ganz besonders. Denn jetzt kommen wir zur peinlichsten Veranstaltung dieser Landesregierung überhaupt.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben doch schon fünf Minuten geredet! - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ihre wunderbare, alljährlich vorgetragene Melodie, keine Landesregierung vor Ihnen habe mehr für **Bildung** ausgegeben als Ihre Landesregierung, ist schlichtweg falsch. Sie geben absolut und prozentual weniger für die Bildung aus als 2012 dafür ausgegeben wurde.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ich weiß: Das ärgert Sie, Herr Dr. Stegner, weil Sie bei dem erwischt worden sind, was Sie erzählt haben und weil es schlicht und ergreifend nicht wahr ist.

(Lebhafter Beifall FDP und CDU - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Falsch!)

Der Kollege Andresen verlässt jetzt lieber fluchtartig den Plenarsaal.

(Heiterkeit FDP und CDU)

Er bemühte sich, noch zu sagen: Es ist deswegen weniger, weil wir jetzt auch weniger Lehrer im System haben. - Sie sind doch mit diesem Ministerpräsidenten angetreten und haben gesagt, Sie machten alles besser, und besonders besser machten Sie die Bildung.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das tun wir auch, Herr Kollege!)

Sie wollten das meiste Geld dort hineingeben. Jetzt geben Sie weniger Geld dort hinein als 2010, 2011 und 2012.

Schämen sollten Sie sich, dass Sie das immer noch behaupten! Schämen sollten Sie sich!

(Anhaltender lebhafter Beifall FDP und CDU - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Dr. Stegner, ich nehme an: Wahrscheinlich kommen die Demonstrationzüge der Studenten heute, weil sie Christstollen mit Ihnen essen und Kaffee mit Ihnen trinken wollen zum Dank für Ihre **Hochschulpolitik**, die Sie in den letzten drei Jahren zu verantworten hatten.

(Lebhafter Beifall FDP und CDU - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das haben Sie gerade nötig! - Weitere Zurufe)

Es ist leider schon vergessen, was für ein Chaos die ehemals tollste und stärkste Wissenschaftsministerin, Waltraut Wara Wende, in der Schulpolitik angerichtet hat. Um die Hochschulpolitik hat sie sich nie gekümmert. Die strukturelle Unterfinanzierung der Grundhaushalte der Universitäten besteht nach wie vor.

Dass Sie sich hier hinstellen und ernsthaft die Bildungspolitik als Schwerpunkt dieser Küstenkoalition verkaufen, ist doch lächerlich, Herr Dr. Stegner. Das glaubt Ihnen doch kein Mensch mehr.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Kollege Dr. Stegner, das tut Ihnen weh; ich kann das verstehen.

(Lachen Dr. Ralf Stegner [SPD])

Sie teilen mit solchen Attitüden in Gut und Böse ein und reagieren mit Empfindlichkeit darauf, wie die Opposition mit Ihnen umgeht; gleichzeitig teilen Sie kräftig gegen die Opposition aus. Herr Kollege Dr. Stegner, ich kann mich an manche Ihrer

(Dr. Heiner Garg)

Reden erinnern, die Sie in der letzten Legislaturperiode als Oppositionsführer gehalten haben. Ich sage Ihnen: Was wir, aber vor allem die Menschen in Schleswig-Holstein ertragen müssen, ist

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Die FDP!)

die schlechteste Regierung, die dieses Land jemals erdulden musste - mit Abstand die schlechteste.

(Beifall FDP und CDU)

- Ich bin da ausgesprochen entspannt. Wir werden dann sehen, ob die Menschen Ihnen in Scharen zuströmen, weil Sie ein solch überzeugender und Wahlversprechen erfüllender Sympathieträger der Sozialdemokratie sind, oder möglicherweise denjenigen, die in der Tat den Mut gehabt haben, harte und wirklich strukturelle Einschnitte vorzunehmen, um diesem Land wieder eine Zukunft zu geben.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD]: Brauchen Sie ein Taschentuch?)

Ich sage Ihnen, Herr Dr. Stegner: Wenn spätestens 2017 die Menschen die Wahl haben

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

zwischen der Luftblasen- und Ankündigungspolitik, die Sie hier betreiben - man könnte das im einen oder anderen Feld auch als „Verdummungspolitik“ bezeichnen; das tue ich aber selbstverständlich nicht - -

(Heiterkeit Christopher Vogt [FDP])

- Selbstverständlich würde ich das nie tun.

(Zurufe)

- Aber Clowns sind doch lustig und tragen zur Unterhaltung bei.

Herr Dr. Stegner, das unterscheidet uns. Ich lache, bin fröhlich und freue mich des Lebens. Das können Sie bedauerlicherweise nicht. Auch das ärgert Sie.

(Zurufe Dr. Ralf Stegner [SPD] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den regierungstragenden Fraktionen, Sie haben nachher die Chance, bei den Einzelanträgen, die die Opposition insbesondere im Hochschulbereich oder zum Prüfungsrecht des Landesrechnungshofs stellt, zu beweisen, dass Sie es ernst meinen und dass Sie dem Land eine Zukunft geben wollen. In Wahrheit stellt der von Ihnen vorgelegte Haushalt zukunftsvernichtende und keine generationengerechte Politik dar. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Fraktionsvorsitzende, der Abgeordnete Torge Schmidt.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Besucher auf der Tribüne! Die **Steuerschätzung** im November war für uns alle keine schöne Botschaft. Nach den Berichten, die wir gehört haben, war zu erwarten, dass unsere Wirtschaft nicht mehr so stark wie in den letzten Monaten und Jahren wächst und dass unsere Steuereinnahmen weder steigen noch so kräftig sprudeln wie in der Vergangenheit. Das Glück ansteigender Steuereinnahmen schwächt sich also ab. Vor diesem Hintergrund kann die Landesregierung nur hoffen, dass diese Steuerschätzung die Ausnahme war.

Das Ziel, 2020 einen **strukturell ausgeglichenen Haushalt** zu erreichen, wird zunehmend schwerer zu erreichen. Wir müssen uns also die Frage stellen, wie wir das strukturelle Defizit bis 2020 so nachhaltig senken und einen ausgeglichenen Haushalt haben, ohne dass wir uns in der Substanz kaputtsparen. Das ist also die Aufgabe, vor der wir stehen.

Mit diesem Haushaltsentwurf präsentiert die Landesregierung leider gar nichts. Das Einzige, was die Landesregierung bei dieser Aufgabe einfällt, sind zwei Sachen.

Erstens wird durch die Änderung beim Grenzsteuerepfad der strukturelle Anteil unserer Steuereinnahmen größer. Das kann man so machen. Am Ende sparen wir dadurch aber keinen Cent.

Zweitens reduziert die Landesregierung die Zinsausgaben, um ihre Nachschiebeliste gegen zu finanzieren.

Das ist übrigens etwas, was Sie bei der Opposition regelmäßig kritisiert.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU und FDP)

Es wird also der Puffer bei den Zinsausgaben abgebaut. Falls der Leitzins in der Zukunft wieder steigt, wird dieser Titel gesprengt werden, und wir kommen in eine Haushaltsnotlage. Dass dies nächstes Jahr der Fall sein wird, halte ich für sehr unwahrscheinlich. Wenn ich Nachrichten über die Zinsentwicklung in der Zukunft lese, glaube ich jedoch,

(Torge Schmidt)

dass das nicht auf Dauer so sein wird. Eine **Reduzierung der Zinsausgaben** ist definitiv kein Weg zur Konsolidierung unseres Haushalts.

(Beifall PIRATEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, in diesem Haushalt gibt es keine weiteren Maßnahmen und Ideen, um das **strukturelle Defizit** zu senken. Eher im Gegenteil: Es sollen sehr viele neue Ausgaben getätigt werden.

So werden mit diesem Haushaltsentwurf 200 Lehrerstellen weniger gestrichen - zusätzlich zu den 228, die bereits im Nachtragshaushalt im letzten Jahr weniger gestrichen wurden. Bis 2020 - so ist der Plan dieser Landesregierung - sollen 728 **Lehrerstellen** mehr im System belassen werden. Das ist grundsätzlich zu begrüßen. Die PIRATEN haben schon am 1. August dieses Jahres, also vor dem Nachtragshaushalt, gefordert, den Stellenabbau bei den Lehrern auszusetzen, und zwar aus dem Grund, dass wir von einer hundertprozentigen Unterrichtsversorgung weit weg sind, und vor allem, weil uns weiterhin eine Lehrerbedarfsprognose fehlt.

Gerade vor dem Hintergrund der **Inklusion** und des **neuen Schulgesetzes** ist es richtig, nicht mehr Kapazitäten abzubauen, gerade wenn wir nicht wissen, wo genau der Schuh drückt. Hier gibt uns der Landesrechnungshof sogar recht. Lesen Sie doch einmal die Bemerkungen des Landesrechnungshofs zu diesem Haushaltsentwurf durch. Er schreibt recht deutlich: Es ist nicht nachvollziehbar, warum das Land eine so weitreichende und kostenintensive Entscheidung ohne verlässliche Bedarfsprognose trifft.

(Beifall PIRATEN)

Das hätten auch wir PIRATEN schreiben können.

Deswegen, liebe Frau Ernst: Es ist ja bald Weihnachten, und ich will auch ganz artig sein. Ihre Vorgängerin hat leider immer gemauert, wenn es um eine **Bedarfsprognose** ging. Mein Wunsch zu Weihnachten ist es, dass wir in Zukunft endlich eine bekommen. Sie können diese auch gerne vom Osterhasen liefern lassen. Aber sorgen Sie bitte dafür, dass die 728 Stellen wirklich dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten benötigt werden.

(Beifall PIRATEN)

Kommen wir zu den **Hochschulen**. Wir alle wissen, dass durch die Einführung von G 8 ein doppelter Abiturjahrgang auf uns zukommt. Das heißt auch, dass dieser doppelte Abiturjahrgang 2016 zum Großteil studieren möchte und somit in einem

Jahr die Zahl der Studierenden, die sich um einen Studienplatz bewerben, drastisch ansteigen wird. Dieser Effekt wird sich natürlich über die nächsten Jahre ausgleichen. Dennoch hilft das den Schülerinnen und Schülern nicht, die sich für G 8 entschieden haben und jetzt studieren möchten. Sie werden womöglich ein Problem haben, einen Studienplatz zu finden. Auch ohne diesen **doppelten Abiturjahrgang** haben wir schon **Kapazitätsprobleme** an unseren Hochschulen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ja nicht so überraschend und plötzlich geschehen, dass dieser doppelte Abi-Jahrgang vor der Haustür steht. Das hätte man auch kommen sehen können. Es wurde jedoch nichts gemacht, und die Probleme werden auf die Universitäten geschoben. Jetzt haben wir den Salat. Die 10 Millionen €, die wir PIRATEN einmalig zur Vorbereitung auf den doppelten Abiturjahrgang fordern, kommen eigentlich schon zu spät. Vorausschauende Politik wäre gewesen, wenn man sich rechtzeitig auf den doppelten Abiturjahrgang an den Hochschulen vorbereitet hätte. Dies hätte nicht nur dem doppelten Abiturjahrgang geholfen, sondern auch allen folgenden Generationen von Studierenden.

Liebe Ministerin Alheit, die Politik hat versagt, wenn Studierende in der Zukunft auf die Kreativität der Hochschulen hoffen müssen. De facto werden die Hochschulen derzeit mit diesem Problem alleingelassen. Der Zug ist leider schon fast abgefahren, und ich bin gespannt darauf, wie Sie das Kind aus dem Brunnen retten wollen. Seien wir doch ehrlich: Wollen Sie die Ministerin sein, die dafür sorgt, dass wir in Schleswig-Holstein Studierende abweisen müssen, weil, um dem Ansturm gerecht werden zu können, der NC flächendeckend angehoben werden muss? Die heutige Demonstration macht doch sehr deutlich, wie die Zustände sind. Hören Sie doch den Studierenden zu. Die Hörsäle platzen aus allen Nähten. Es geht hier um die Zukunft unseres Landes. Es geht hier darum, junge Menschen in Schleswig-Holstein zu halten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kennen Sie eigentlich die Internetseite „Uni ohne Geld“? Nach all den Zetteln, die hier durch die Gegend geworfen worden sind, ist das sicher so. Wenn Sie sie aber nicht kennen, sollten Sie einmal Ihr iPad nehmen und diese Internetseite aufrufen, bevor wir zur Endabstimmung kommen; denn „**Uni ohne Geld**“ ist die Internetseite derjenigen, die hier heute vor dem Landeshaus demonstrieren. Ich finde, auf dieser Seite wird recht eindrücklich geschildert, wie die Situation an den Hochschulen ist. Fakt ist doch,

(Torge Schmidt)

dass die Hochschulen in Schleswig-Holstein nach wie vor strukturell unterfinanziert sind. Gerade wenn wir Drittmittel für die Forschung einwerben wollen, brauchen die Hochschulen doch eine vernünftige Grundausstattung.

Fragen wir uns doch einmal, wie die heutige Demonstration zu der Regierungserklärung von Ministerpräsident Albig passt, die er im letzten Monat gehalten hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie die Faust aufs Auge!)

Herr Albig, ich unterstütze Ihr Ziel, dass Sie mehr **Studierende in Schleswig-Holstein** wollen. Sie haben recht damit, dass wir diese Fachkräfte für unser Land brauchen. Ich unterstütze auch ausdrücklich, und ich finde es sogar sehr gut, dass Sie den **Hochschulpakt** finanzieren wollen. Da geht eine Menge Geld an die Hochschulen. Ich finde auch gut, dass Sie mit 165 Millionen € den **Investitionsstau** an der CAU angehen wollen, auch wenn dies angesichts der riesigen Summe an ausgebliebenen Investitionen in der Vergangenheit nur der Anfang sein kann. Das Problem ist nur, dass auch andere Bundesländer den Hochschulpakt finanzieren werden. Die schleswig-holsteinischen Hochschulen bleiben also im Vergleich zu anderen Bundesländern unterfinanziert. Die Lücke wird sich dadurch nicht schließen.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU und FDP)

Wir werden Mittel und Wege finden müssen. Wir haben deswegen beantragt, die Hälfte der BAföG-Mittel an die Hochschulen zu geben. Das würde den Grundetat der Hochschulen um 18,2 Millionen € aufstocken. Wenn es nach uns geht, binden wir die Hochschulrektorenkonferenz in die Verteilung der Mittel ein. Ich glaube, dann landet das Geld auch fair verteilt da, wo es wirklich am meisten gebraucht wird.

(Beifall PIRATEN)

Herr Habeck, bei der ganzen Debatte um die BAföG-Millionen und Lehrerstellen vergessen wir eines: Es darf nicht darum gehen, Hochschule gegen Schule auszuspielen. Ein Entweder-oder hilft uns nicht weiter, gerade wenn wir Bildung zum Schwerpunkt machen und es als Zukunftsinvestition definieren. Wer dies machen will, muss dies konsequent tun. Es geht nicht nur darum, Lehrerstellen und Hochschulstruktur aus den BAföG-Millionen zu erwirtschaften, sondern dieser Schwer-

punkt muss aus dem Gesamtetat sinnvoll zusammengebracht werden.

Kommen wir zu einem anderen Punkt, der uns PIRATEN in der Bildung ganz wichtig ist. Das ist die **digitale Ausstattung** an unseren **Schulen**. In unseren digitalen Hausaufgaben steht, dass wir hier noch viel zu tun haben. Laut einer ICILS-Studie liegen Achtklässler, die in Deutschland zur Schule gehen, mit ihren Computerkenntnissen im internationalen Mittelfeld. Ich finde das, ehrlich gesagt, sehr traurig. Aber es passt in das Bild.

(Beifall PIRATEN)

Man könnte doch meinen, dass dies in einem Land, dessen wirtschaftlichen Schwerpunkte in Hochtechnologiebranchen wie der Auto- oder der Erneuerbaren-Energie-Branche liegen, ganz anders aussieht. Aber das ist leider nicht so. Laut einer Studie teilen sich im Schnitt 11,5 Schüler einen Computer. Nur 6,5 % der deutschen Schulen können Tablets stellen. Der EU-Durchschnitt liegt bei 15,9 %. Tschechien, das in der Studie weit vorne liegt, hat die IT-Ausstattung größtenteils durch EU-Förderprogramme finanziert.

(Zuruf: Die gibt es gar nicht mehr!)

- Genau! Herr Albig, deswegen habe ich auch einen Vorschlag. Lassen Sie uns doch einmal eine gemeinsame Presseerklärung herausgeben und auf Bundesebene die Forderung aufstellen, dass in das große 300 Milliarden € Investitionspaket der EU, von dem die Kanzlerin so schön erzählt, auch dieser Schwerpunkt aufgenommen wird.

(Beifall PIRATEN)

Sie haben die Reichweite, ich habe die Ideen. Ich glaube, das wäre eine gute Investition in unsere Zukunft.

Aber weg von der Bildung hin zu einem anderen Punkt, der uns PIRATEN besonders am Herzen liegt: die **Verbraucherzentralen**. Leider sind wir bei dem Erhalt der Verbraucherzentralen nur ein Stück weitergekommen. In dem jetzt zur Abstimmung stehenden Entwurf stehen Projektmittel für Präventionsmaßnahmen im wirtschaftlichen und technischen Verbraucherschutz in Höhe von 115.000 € zur Verfügung. Das ist natürlich viel Geld, das an die Verbraucherzentralen geht. Jedoch löst dies nicht dauerhaft das Problem, vor dem die Verbraucherzentralen stehen. Die **Projektfinanzierung** ist nicht das richtige Mittel, um den Verbraucherzentralen strukturell zu helfen.

(Beifall PIRATEN)

(Torge Schmidt)

Hier ist mit verhältnismäßig wenig Mitteln viel zu erreichen. Gerade einmal 86.000 € würden reichen, um den Verbraucherzentralen zu helfen. Es müssten keine Berater entlassen werden, und kein Standort müsste geschlossen werden. Daher bitte ich Sie, liebe Koalition: Stimmen Sie doch unserem Änderungsantrag zu den Verbraucherzentralen zu!

(Beifall PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor dem Hintergrund all der Herausforderungen, vor denen wir in diesem Land stehen, müssen wir uns die Frage stellen, wie wir unseren Haushalt langfristig aufstellen wollen. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Bildungsstrukturen, Hochschulen und Schulen, ausreichend strukturell finanziert sind. Hier entscheidet sich unsere Zukunft.

Wir müssen auch dafür sorgen, dass unser Sozialstaat erhalten bleibt und dass Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, diese auch bekommen. Herr Dr. Stegner, an dieser Stelle erlaube ich mir einen Hinweis auf die Urheberschaft. Die anonyme Spurensicherung, für deren Umsetzung Sie sich in Ihrer Rede so gelobt haben, ist eine Initiative der Piratenpartei gewesen.

(Beifall PIRATEN)

Wir haben den Antrag eingebracht, falls Sie sich erinnern.

(Daniel Günther [CDU]: Zusammen mit der CDU!)

- Sogar mit der CDU zusammen! Entschuldigung, liebe Kollegen! Herr Stegner, das war kein Projekt, das Sie angestoßen haben.

Wir müssen auch dafür sorgen, dass unsere Infrastruktur, das heißt auch Straßen, Breitband, Krankenhäuser, Universitätsgebäude und so weiter, dauerhaft in einem guten Zustand ist. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Polizei in der Fläche dafür sorgen kann, dass wir sicher und friedlich leben, und dass unsere Justiz vernünftig arbeitet. Wir müssen auch dafür sorgen, dass die Natur in unserem schönen Bundesland erhalten bleibt. Das sind Aufgaben, auf die wir uns konzentrieren müssen. Ich muss festhalten, dass der **Erhalt** unserer **Infrastruktur** weiterhin nicht voll im Haushaltsentwurf abgebildet ist. Hier muss die Devise lauten, dass wir erst einmal den Erhalt sichern, bevor wir etwas Neues bauen.

(Beifall PIRATEN)

Ich habe noch eine Bitte: Bauen Sie doch erst einmal die ganzen Sondervermögen ab.

(Beifall PIRATEN)

Meine Damen und Herren, Sondervermögen sind einfach nicht die Lösung.

(Beifall PIRATEN)

Das Ausgliedern von Ausgaben in Sondervermögen ist das Flickschustern mit den vorhandenen Spielräumen. Dauerhaft kann dies nicht die Lösung sein. Ab 2020 muss unsere Infrastruktur strukturell im Haushalt verankert sein.

Ich muss außerdem festhalten - das finde ich, ehrlich gesagt, ein großes Unding; Herr Garg hat es schon angesprochen, Herr Günther auch -, dass diese Landesregierung - genau genommen nur die SPD - es nicht will, dass der **Landesrechnungshof** die **Eingliederungshilfe** prüft. Seit über 20 Jahren wird hier in diesem Parlament darüber gesprochen, und wir haben auch schon einige Debatten in dieser Legislaturperiode dazu geführt. Über 20 Jahre! Ich möchte Ihnen einmal deutlich machen, was dies wirklich bedeutet. Ich war damals noch nicht einmal in der Grundschule, als diese Debatten geführt wurden. Liebe SPD, wir haben es im Finanzausschuss doch rauf- und runterdiskutiert. Alle Argumente sind ausgetauscht. Ich verstehe nicht, warum Sie diesen Gesetzesentwurf blockieren.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt CDU und FDP)

Der Lobbyismus der Zuwendungsempfänger scheint wirklich zu wirken. Aber so ist das nun einmal, die SPD möchte es sich wohl nicht mit ihrem eigenen Klientel verscherzen. Wo kämen wir denn hin, dass der Landesrechnungshof prüft, wie die Mittel verwendet werden? Wir wollen doch alle nur, dass das Geld bei den Menschen, die es wirklich brauchen, im System ankommt und nicht dort versandet. Es ist doch wirklich dringend Zeit, dass in diese Black Box Eingliederungshilfe endlich einmal Licht kommt. Transparenz ist hier dringend notwendig, und dagegen sperren Sie sich, liebe SPD.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich halte es für höchst undemokratisch, wenn fünf von sechs Fraktionen eigentlich für einen Gesetzesentwurf sind und dieser trotzdem nicht beschlossen wird.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU)

Liebe Koalition, ich kann es verstehen, dass ihr euch nicht einigen konntet, keinen Konsens habt und deswegen alle dagegenstimmt. Aber das ist

(Torge Schmidt)

doch ein Punkt, den die Menschen nicht verstehen. Durch solche Aktionen entsteht doch Politikverdross.

(Beifall PIRATEN)

Es sind sich doch fast alle hier einig. Trotzdem wird ein Gesetzentwurf nicht beschlossen. Das ist für mich keine Sternstunde der Demokratie.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt CDU und FDP)

Aber nachdem wir viel über Ausgaben geredet haben, fragen wir uns doch einmal, wo wir auch etwas sparen können. Man kann im Kleinen anfangen und sich die Posten wie zum Beispiel die von mir auf Twitter kritisierten Repräsentationsmittel, die später die FDP aufgenommen hat, nehmen und diese wieder auf Ursprungsniveau zurückkürzen. Wenn man die Summe der Titel nimmt, kommt bestimmt ein guter Betrag zusammen. Das ist natürlich eine richtig Fleißarbeit. Die CDU-Fraktion zum Beispiel hat sich die Mühe gemacht, ist aber leider etwas über das Ziel hinausgeschossen.

Es gibt aber auch noch andere Posten. Ein größerer Posten wäre zum Beispiel das Sondervermögen ZGB. Das steht für „**Zentrales Grundvermögen zur Behördenunterbringung**“. Das sage ich, damit auch ihr das versteht. Konkret geht es um vier Bauvorhaben. Die mögen vielleicht sinnvoll sein. Aber warum ein weiteres Sondervermögen?

(Beifall PIRATEN)

Warum werden diese vier Bauvorhaben nicht einfach ganz normal im Einzelplan 12 eingeplant wie jedes andere Bauvorhaben auch? Das Land braucht vieles, aber nicht immer mehr und mehr neue Sondervermögen.

(Beifall PIRATEN)

Sondervermögen sind in diesem Land nicht mehr die Ausnahme, sondern mittlerweile die Regel.

Aber wo kann man sonst noch sparen? Wie wäre es zum Beispiel mit dem **Standortmarketing**? Der echte Norden ist nicht wirklich ein toller Erfolg, und es ist fraglich, ob sich die Ausgaben rentieren. So schauen wir uns einmal im Wirtschaftsbereich um. Dort gibt es vieles, was man hinterfragen kann. Wie sieht es zum Beispiel mit den Innovationsassistenten oder mit der Innovationsförderung an den Werften aus? Gerade im Bereich der **Wirtschaftssubventionen** gibt es einiges, was bei den Hochschulen sicherlich eine viel bessere Wirtschaftsförderung wäre.

(Beifall PIRATEN)

Zum Schluss möchte ich für mich und meine Fraktion bei aller Kritik Danke sagen. Ich möchte wirklich Danke dafür sagen, dass diese Regierung jetzt Geld in die Hand nimmt, um den vielen **Flüchtlingen** zu helfen. Wir können uns trefflich im Detail streiten, aber das alles geht nicht, ohne dass wir das nötige Geld bereitstellen. Einzig und allein bei der Versorgung von traumatisierten Flüchtlingen würde ich mir mehr wünschen.

(Beifall PIRATEN und Daniel Günther [CDU])

Ein weiteres Lob muss ich auch noch unterbringen. Auch wenn unser Antrag heute hier abgelehnt wird, ist es dennoch ein kleiner Erfolg für uns PIRATEN: Der **Haushalt des Verfassungsschutzes** ist dieses Jahr nach unserem Antrag ein deutliches Stück transparenter geworden. Ich finde das ausgesprochen gut.

(Beifall PIRATEN)

Unser Antrag wurde in großen Stücken umgesetzt. Ich hätte mir jedoch gewünscht, Sie hätten sich noch den letzten Ruck gegeben und die Stellenpläne des Verfassungsschutzes mit veröffentlicht.

(Beifall PIRATEN)

So bleibt der Verfassungsschutz noch eine persönliche Black Box. Das finde ich schade. Aber ich möchte Ihnen, Herr Studt, auch noch einen Wunsch für das nächste Jahr mitgeben. Vielleicht schaffen wir es auch im nächsten Entwurf.

Somit gehen die Haushaltsberatungen für dieses Jahr wieder zu Ende. Die PIRATEN werden dem Haushaltsentwurf nicht zustimmen. Ich denke, ich habe das ausführlich begründet.

(Beifall PIRATEN)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen im Finanzausschuss, ich hätte noch eine Anregung. Wir alle reden vom Königsrecht des Parlaments. Wenn wir dieses Königsrechts wirklich ernst nehmen, dann lassen Sie uns doch bitte im Frühjahr eine Debatte führen und der Landesregierung die Punkte mit auf den Weg geben, die wir gerne im nächsten Haushaltsentwurf sehen wollen. Ich glaube, wenn wir das machen, können die nächsten Haushaltsberatungen deutlich fruchtbarer sein, und das Ergebnis wird sicherlich besser ausfallen. Ich jedenfalls bin auf die Debatten im nächsten Jahr gespannt. Ich freue mich auf die Abstimmung.

(Torge Schmidt)

(Beifall PIRATEN und Daniel Günther
[CDU])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute sprechen wir nicht nur über den Haushalt 2015, sondern wir können auch eine **Halbzeitbilanz** unserer **Regierungsarbeit** ziehen. Ich kann sagen, dass diese Bilanz durchaus positiv für die Menschen in unserem Land ist. Wir haben in der Tat umgesteuert und viele von der vorherigen Regierung als unumgänglich bezeichneten Einschränkungen im sozialen und im kulturellen Bereich zurückgenommen und wieder **neue Akzente** gesetzt. Darüber hinaus haben wir die Bildung zu einem unserer Schwerpunkte erklärt und diesen Schwerpunkt auch ausgebaut. Das mag man kleinräumerisch kritisieren, aber trotzdem war dies nach unserer festen Überzeugung unumgänglich.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was vorher war, war falsch, und das, was jetzt ist, ist genau das Richtige.

Insofern stören mich weder Kommentare vom Landesrechnungshof noch vom Bund der Steuerzahler, die kritisieren, dass das, was wir für **Bildung, Soziales** oder **Kultur** ausgeben, etwas ist, was man sich hätte sparen können, sozusagen nice to have sei. Nein, es ist nicht etwas, was man nur dann ausbauen und fördern darf, wenn man ohnehin etwas Geld über hat. Nein, Investitionen in die Bildung, Investitionen in die soziale Infrastruktur und Investitionen in die Kultur und in die Identität unseres Landes sind unverzichtbare Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Wer diese Grundpfeiler infrage stellt, bringt unseren gesellschaftlichen Konsens zum Einsturz.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist also nicht nice to have, sicher finanzierte Frauenhäuser oder besser finanzierte Familienbildungsstätten zu haben. Es ist auch kein Luxus, wesentlich mehr Lehrerstellen zu haben als Schwarz-Gelb, und es ist schon gar kein Geld, das man zum Fenster hinaus wirft, wenn man sich um bezahlbaren Wohnraum kümmert. Das alles ist dringend notwendig, um unsere Gesellschaft zusammenzu-

halten. Eine gute Koalition muss gerade dieses Ziel - eine Gesellschaft, die zusammenhält - im Auge behalten.

Im diesen Sinne sehen wir auch die Bemühungen darum, dass das Geld aus dem Landeshaushalt immer so ausgegeben wird, dass es den Betroffenen den größtmöglichen Nutzen ermöglicht. Wir hätten es deshalb gerne gesehen, dass der Landesrechnungshof - trotz aller Kritik an anderer Stelle - eine Möglichkeit bekommen hätte, die Kommunen bei ihren Prüfungen in Bezug auf Leistungen **nach dem SGB XII** zu unterstützen. Dabei geht es nicht um Einsparungen im größten eigenen Haushaltsbereich, den wir im Landeshaushalt haben, sondern vielmehr um eine effektivere Verwendung der Mittel im Sinne der Betroffenen. In diesem Bereich unterscheiden sich die Leistungen für die Betroffenen massiv, je nachdem, welcher Träger zuständig ist, und je nachdem, in welcher Kommune die Leistung gewährt wird. Deshalb wäre ein **Prüfungsrecht für den Landesrechnungshof** in diesem Bereich die Chance gewesen, hier einen landesweiten Überblick zu bekommen und landesweite Standards auf der kommunalen Ebene und mit den Trägern entwickeln zu können.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Leider haben wir uns in der Koalition hierüber nicht einigen können, sodass es nicht zu einer Änderung des Kommunalprüfungsgesetzes kommen wird. Ich möchte hier ganz deutlich sagen, dass der SSW an seiner Auffassung - seit 22 Jahren! - weiterhin festhält und dass wir es bedauern, dass hier keine Lösung möglich war, obwohl alle rechtlichen Hindernisse der Vergangenheit ausgeräumt worden sind. Es ist schade, dass hier nicht mehr für die Betroffenen erreicht werden konnte, die darunter leiden, dass sie nicht die Leistung aus dem knappen Budget bekommen können, die sie möglicherweise bekommen könnten, wenn man die Mittelvergabe effektiver steuern würde.

Trotz dieses Wehrmutstropfens kann man mit Fug und Recht sagen, dass wir eine Haushaltspolitik machen, die das Ganze im Auge hat und sich eben nicht nur um einzelne Klientelgruppen kümmert. Aber das ist der Unterschied in unseren politischen Auffassungen hier im Landtag. Wir stehen für eine Politik, die sich um die konkreten Probleme der Menschen kümmert und die einzelnen Gruppen und Interessenlagen nicht gegeneinander ausspielt. Jeder einzelne Bereich, den wir hier in den Haushaltsberatungen benannt haben, ist unterfinanziert. Zumindest könnte man sich immer mehr vorstellen als das, was wir heute vorfinden. Wenn man einen

(Lars Harms)

Landeshaushalt so betrachten würde wie die Bilanz eines Unternehmens, dann ist klar, dass man nur noch darauf schaut, was sich rechnet beziehungsweise wie man in Infrastruktur, zum Beispiel Straßen und Gebäude, investieren kann, um dann fleißig abzuschreiben. Ein **Staat** hat aber noch weitere Aufgaben, die auch darauf ausgerichtet sind, für die Bürgerinnen und Bürger eine **Serviceinfrastruktur** aufrechtzuerhalten. Das heißt, meine Damen und Herren, wir brauchen gut aufgestellte Verwaltung. Wir brauchen Polizisten, wir brauchen Lehrer, wir müssen viele unterstützen, die durch ihre hauptamtliche, aber eben auch ehrenamtliche Tätigkeit für die Menschen im Lande arbeiten. Für diese ehrenamtlichen Tätigkeiten, die wir finanziell unterstützen, möchte ich mich an dieser Stelle einmal bedanken.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Peter Lehnert [CDU])

Denn all das, meine Damen und Herren, trägt nämlich sehr zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei. Wegen der knappen Finanzen kann man es nicht in allen Bereichen hinbekommen, dass man ideale Zustände schafft. Zumindest schafft man das nicht kurzfristig. Was man kann, ist, dass man besonders wichtige Bereiche besonders stark fördert und andere Bereiche erst einmal zurückstellt. Das würde im Übrigen jede Regierung und jede Koalition machen. Früher wurde im sozialen Bereich gespart, Lehrerstellen wurden massiv abgebaut und Kultur als Steinbruch für Einsparungen gesehen. Wir machen das anders, und das ist gut für die Menschen im Land, und um die geht es eigentlich, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte einige Beispiele für Förderungen von wichtigen Themen für unser Land nennen, und Sie können dann selbst entscheiden, ob das tatsächlich Bereiche sind, die nice to have sind.

Wir haben die U3-Betreuungsplätze um ein Viertel erhöht und eine Betreuungsquote von über 30 % erreicht. Im kommenden Jahr geben wir 188 Millionen € für den Kita-Ausbau und die Betreuungskosten aus. Das heißt, hier investieren wir direkt in die **frühkindliche Bildung** und helfen so, soziale Probleme der Zukunft schon im Vorwege durch mehr Bildung abzuwenden. Jedes Kind aus schwierigen Verhältnissen, das hierdurch einen Kindergartenplatz erst bekommen kann, hat so größere Chancen im Leben. Jedes Kind mit Migrationshintergrund, das hier zum ersten Mal systematisch mit deutscher

Sprache und Kultur in Kontakt kommen kann, wird man genauso wie auch seine Familie besser integrieren können. Wenn man eine seelenlose Buchhalternahe darunter macht, dann sind das alles nur Kosten. Dann wird man sich mit den Kommunen um jeden Euro in diesem Bereich streiten und sogar Gerichtsverfahren anstreben. Wenn man das Land weiterentwickeln will, wenn man mehr Chancengerechtigkeit will und wenn man nicht nur über Integration fabuliert, sondern etwas tun will, dann tut man das, was wir tun, nämlich genau hier Geld reinstecken.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich lassen wir 1.480 **Lehrerstellen** zusätzlich im System - diese Lehrerstellen werden uns über Jahrzehnte finanziell binden; das wird eine teure Tasse Tee -, und das, obwohl die Schülerzahlen um 10 % zurückgehen werden. Auch hier würde der Buchhalter - das tut er auch - wieder sagen: Das brauchen wir alles nicht, das ist viel zu teuer. - Aber das stimmt nicht. Wir haben massenhaft Schulstunden, die ausfallen müssen. Wir haben Aufgabenstellungen für die Lehrerinnen und Lehrer, die vielfältiger geworden sind, und wir haben Schülergruppen, die facettenreicher als früher sind. Darauf sind wir verpflichtet zu reagieren, und deshalb ist es notwendig, hier kräftig zu investieren. Das tun wir auch. Wir sind es nämlich, die diese Lehrerstellen schaffen, und wir sind es, die zusätzliche Assistenzstellen schaffen. Damit schaffen wir auch mehr Chancengerechtigkeit und mehr Integration. Auch hier quatschen wir nicht wie andere, sondern wir machen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, ja, werden die notorischen Nörgler jetzt sagen, aber die **Hochschulen** brauchen auch mehr Geld. - Ja, das ist richtig, und wir geben es ihnen. 77 Millionen € extra im Sondervermögen Hochschulbau sind kein Pappentitel. 162 Millionen € für die CAU sind auch kein Kleingeld, und die Zusage, dass wir den Hochschulen die dritte Phase des Hochschulpaktes finanzieren, spült noch einmal - über die zusätzlichen 160 Millionen € hinaus - bis 2018 weitere 240 Millionen € in die Kassen der Hochschulen. Dieses Geld ist bitter nötig, und wir machen das möglich. Auch das gehört zur Wahrheit dazu. Deshalb braucht es keine Anträge der Opposition zu den Hochschulen. Wenn der Hochschulpakt ausläuft, werden die Hochschulen dauerhaft 30 Millionen € jährlich erhalten, um die Situation an den Hochschulen verbessern zu können. Unsere Zusage,

(Lars Harms)

den Hochschulpakt III auszufinanzieren, gibt den Hochschulen die Sicherheit, dass sie für kommende Aufgaben eine verbesserte Finanzausstattung haben werden. Mehr tun kann man natürlich immer, aber Nichtstun war gestern.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Studiengänge abschaffen und Universitäten in ihrer Existenz gefährden war gestern. Hochschulen nachhaltig fördern und zukunftsgerecht investieren, das ist heute, meine Damen und Herren, und das ist auch gut so, das darf man gerne den Studenten draußen in der Mittagspause erzählen.

Es hält sich auch hartnäckig die Mär von den ach so geringen **Investitionen** in die **Verkehrsinfrastruktur**. Ja, es ist richtig, auch hier könnte man mehr tun und hätte man schon in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten mehr tun können. In den Jahren der Großen Koalition und zu Zeiten von Schwarz-Gelb hat man im Durchschnitt circa 25 bis 26 Millionen € jährlich in die Verkehrsinfrastruktur investiert. Dieses Niveau halten wir dadurch, dass wir ein Sondervermögen gebildet haben. Auch schon zu schwarz-gelben Zeiten gab es Jahre, in denen weniger investiert wurde, wie zum Beispiel im Jahre 2011 mit 18 Millionen €, und andere Jahre, in denen mehr investiert wurde. Bei uns ist das nicht anders. Während im vergangenen Jahr vergleichsweise wenig investiert wurde, wurde in diesem Jahr mit rund 30 Millionen € recht viel investiert. Es ist angesichts der Versäumnisse der Vergangenheit immer zu wenig, was wir investieren. Allerdings liegt das nur bedingt am Landeshaushalt. Hier halten wir, wie gesagt, das Niveau, das schon unsere Vorgänger an den Tag legten.

Vielmehr stellt sich die Frage nach den Mitteln, die der Bund für **große Vorhaben** zur Verfügung stellt. Wir haben die Fehmarnbelt-Querung und dessen Hinterlandanbindung, deren Finanzierung zum Beispiel als größte Maßnahme noch völlig in den Sternen liegt. Wenn sie allerdings kommt, wird sie vieles von dem auffressen, was wir sonst noch für wünschenswert erachten, zum Beispiel den Ausbau der A 7 nach Norden oder auch eine wesentlich wichtigere zweite Nord-Süd-Verbindung, wie sie in Dänemark schon konkret angedacht wird und über die man gerne mit uns sprechen würde. Auch die Tatsache, dass der ehemalige Wirtschaftsminister Austermann den Weiterbau der A 20 planerisch versemelt hat, führt dazu, dass Finanzmittel hier in weite Ferne gerückt sind. Vielen Dank, Herr Austermann! Um also an das Geld heranzukommen und zusätzliche Gelder bekommen zu können, be-

darf es zu allererst sauberer **Planungsverfahren**, die man nicht unter politischen Vorgaben unsachgemäß zu beschleunigen versucht. Wer sauber plant, ist am Ende auch schneller, und das sind wiederum wir. Wir werden sauber planen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen Dr. Heiner Garg [FDP])

Wir werden damit Erfolg haben. Dann wird sich der eine oder andere jahrelange Investitionsstau bei der Verkehrsinfrastruktur auflösen lassen.

Übrigens, wo ich schon das in Dänemark heiß debattierte Nord-Süd-Straßenprojekt angesprochen habe, möchte ich die Gelegenheit nutzen, um auch deutlich zu machen, dass die **Zusammenarbeit mit Dänemark** für uns eine enorm hohe Priorität hat. Gleiches gilt im Übrigen auch für die Ostseepolitik, die lange Zeit ein herausragendes Element schleswig-holsteinischer Politik war und es jetzt wieder ist. Auch diese Punkte sind kein Luxus, den man sich einmal so leistet, sondern seit 1990 ein integrativer Teil schleswig-holsteinischer Politik.

Eine Stärkung dieser Politik ist die Grundlage für eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit und sorgt damit auch für Arbeitsplätze und Einkommen in unserem Land.

Mit ihren guten Kontakten im gesamten Ostseeraum und ihrem unermüdlichem Einsatz, mit zahlreichen Auslandsterminen und vielen Gesprächen hat unsere Ministerin Anke Spoorendonk Schleswig-Holstein in der **Ostseepolitik** wieder nach vorn gebracht. Der STRING-Vorsitz im letzten Jahr und die Kultur als Priorität in der EU-Ostseestrategie, für die Schleswig-Holstein gemeinsam mit Polen die Verantwortung übernommen hat, sind nur zwei Beispiele.

Ich glaube, es überrascht keinen, dass es eine Ministerin aus der dänischen Minderheit geschafft hat, in der **dänisch-deutschen Zusammenarbeit** so manche Hürde abzubauen. Ich erinnere nur an den Rettungshubschrauber aus Niebüll, der auch weiter beiderseits der Grenze Leben retten wird. Das Verhältnis zu Dänemark weiter zu verbessern, die Kooperation auszubauen, dafür werden wir uns auch in den nächsten Jahren weiter einsetzen. Ich bin froh, dass unsere Europaministerin genau an der richtigen Stelle ist, um noch einiges zu erreichen.

(Vereinzelter Beifall SSW und SPD)

In der EU-Ostseestrategie und den damit verbundenen länderübergreifenden Projekten verbindet sich die **Europa- mit der Kulturpolitik**. Denn die Ostsee-Anrainer verbindet nicht nur das gemeinsame

(Lars Harms)

Meer und eine Verkehrs- und Wirtschaftspolitik, uns alle verbindet ein gemeinsamer Kulturraum.

Wie wichtig Kultur für die Entwicklung unserer Gesellschaft ist, haben wir im Kulturdialog deutlich herausgearbeitet. Ich danke der Ministerin für diesen Prozess, in dem sie trotz knapper Kassen und im **Dialog mit Kulturschaffenden** und Institutionen gemeinsame Perspektiven für Schleswig-Holstein erarbeitet hat.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese umzusetzen, wird Aufgabe der nächsten Jahre sein.

Mit den **Kulturknotenpunkten** beginnen wir 2015. Hier haben auch die Fraktionen noch etwas oben draufgelegt. Die Landesregierung hat Knotenpunkte ausgeschrieben. Wir unterstützen die Idee, durch diese Knotenpunkte die bereits vielfältig vorhandenen kulturellen Angebote in den Regionen besser zu vernetzen und damit die kulturelle Infrastruktur im Land flächendeckend zu stärken.

Auch hier könnte man - wie in der Vergangenheit - eine Buchhalternahe daruntersetzen und sagen, dass Kultur etwas sei, was man sich leisten könne, wenn man genug Geld habe. Aber genau das ist der falsche Ansatz. Kultur ist - um die Ministerin einmal zu zitieren - das Schwarzbrot in einem vielfältigen Menü. Unsere Kultur ist die Grundlage und die Basis für alles, was wir tun. Diese Grundlage muss gestärkt werden und eignet sich nicht als reiner Sparposten.

Deshalb haben neben dem Kulturdialog in diesem **Jahr der kulturellen Bildung** eine Vielzahl von Veranstaltungen stattgefunden. Sie haben uns gezeigt, wie wichtig kulturelle Bildung ist und wie viele Akteure in unserem Land bereits aktiv sind. Sie müssen nur noch vernetzt werden.

Damit die vielfältige Arbeit der **Volkshochschulen** und **Bildungsstätten** auch in diesem Bereich weitergehen kann, nehmen wir als Regierungskoalition nun endlich auch die letzten Kürzungen der Vorgängerregierung zurück und stärken so die Bildung in der Fläche nachhaltig. Das tun wir aus tiefster Überzeugung, und das ist auch eine Stärkung des ländlichen Raums.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist aber noch nicht alles, was wir angepackt haben. Morgen werden wir über ein neues **Denkmal- schutzgesetz** entscheiden. Auch das ist im Dialog

mit Betroffenen und Experten entstanden und kann nach langen Jahren der Auseinandersetzung nun endlich für Rechtsklarheit und einen modernen Umgang mit unserem kulturellen Erbe sorgen. Dass das kulturelle Erbe nicht nur aus schönen Schlössern besteht, beweisen unsere Gedenkstätten. Ich freue mich, dass wir die Arbeit an einer landesweiten Konzeption für die Erinnerungsarbeit unterstützen können, indem wir weitere Investitionsmittel für das nächste Jahr zur Verfügung stellen. Diese bedeutende Arbeit hat unsere Aufmerksamkeit verdient und erhält durch unsere Koalition nicht nur die Anerkennung, die ihr zusteht, sondern auch die finanziellen Mittel, die dafür notwendig sind.

Wenn wir an unser kulturelles Erbe denken, dann ist es klar, dass wir auch an die **Kulturen und Sprachen** unserer **Minderheiten** denken. Für uns als Küstenkoalition ist die Minderheitenpolitik von entscheidender Bedeutung. Wir wollen neue Maßstäbe setzen, und wir haben hier auch schon neue Maßstäbe gesetzt. Wir haben mit dem Nordfriisk Instituut eine Ziel- und Leistungsvereinbarung abgeschlossen, die es erstmals ermöglicht, dass wir eine grundlegende Sicherheit für die Existenz des Nordfriisk Instituut schaffen. Dass die CDU dies mit ihren Haushaltsanträgen zurückdrehen will, ist ein deutliches Zeichen dafür, dass Minderheitenpolitik, wenn sie Geld kostet, bei der CDU eben doch nur ein Thema für Sonntagsreden ist.

Wer das nicht glaubt, der kann dies auch bei den Zuschüssen für die Sinti und Roma sehen. Die vergleichsweise kleine Summe von 36.000 € - das rettet nun wirklich nicht die Welt - sollen laut CDU und FDP wieder zurückgenommen werden. Die Konsequenz wäre, dass die Begleiter für die Kinder der Sinti und Roma in den Schulen, die den Kindern helfen, hier besser Fuß fassen zu können, ihrer Arbeit nicht nachgehen können sollen. Vorsichtig gesprochen ist es schade, dass die CDU und die FDP hier keine bessere Erkenntnis haben entwickeln können.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir machen das anders und legen sogar noch etwas drauf, indem wir auch die **Sozialberatung** der **Sinti und Roma** mit Erträgen aus dem Lottospiel fördern, im Übrigen genauso, wie wir das Stiftungskapital für eine Friesenstiftung jährlich um rund 300.000 € aus Lottomitteln aufstocken. Das ist alles nicht nice to have, sondern endlich die Umsetzung von dringend notwendigen Schritten, um die Minderheitenpolitik für diese beiden Minderheiten ohne eigenen Bezugsstaat weiterzuentwickeln. Stillstand

(Lars Harms)

wäre hier Rückschritt, und die Rückschritte haben wir in der Vergangenheit gehabt. Jetzt geht es in der Minderheitenpolitik vorwärts, und Schleswig-Holstein hat endlich wieder eine Vorbildfunktion, der es gerecht wird.

Auch die **dänische Minderheit** steht nun endlich auf einem Fundament, auf dem man aufbauen kann. Da macht sich ein Kürzungsantrag der FDP für die Kulturarbeit der dänischen Minderheit schon ein bisschen anachronistisch aus. Wer es mit der Formulierung in der Landesverfassung - es ist ja noch nicht lange her, dass wir das beschlossen haben - ernst meint, dass wir den Willen haben, die kulturelle und sprachliche Vielfalt zu bewahren, der kann nicht mit den ersten Haushaltsanträgen genau das Gegenteil dazu beantragen. Wir jedenfalls wollen hier etwas weiterentwickeln und nehmen die Zielvorstellung aus der Präambel unserer Landesverfassung ernst. Deshalb werden wir zum Beispiel das Büchereiwesen der dänischen Minderheit besser fördern und in Zukunft mit dem deutschen Büchereiwesen gleichstellen.

Meine Damen und Herren, nur wenn wir es schaffen, eine nachhaltige Minderheiten- und Sprachenpolitik auf die Beine zu stellen, wird das Land Schleswig-Holstein auch in Zukunft **Vorbild** in der **Minderheitenpolitik** sein können.

(Vereinzelter Beifalls SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu zählt eine Finanzierung von Minderheitenschulen, von wissenschaftlichen Einrichtungen und von kulturellen Angeboten auf Basis einer Gleichbehandlung mit der Mehrheitsbevölkerung genauso wie eine Sprachförderung auf allen Ebenen. Dazu gehören der Schulunterricht in der Minderheitensprache, die Nutzung der Sprachen im öffentlichen Raum und die Sichtbarmachung der Sprachenvielfalt durch eine mehrsprachige Beschilderung. Hier stehen wir noch am Anfang.

Auch hier müssen und werden wir die bisherige Politik weiterentwickeln, damit wir auch hier ein Vorbild für andere Regionen sein können, in denen es heute noch minderheitengeprägte Konflikte gibt. Minderheiten- und Sprachenpolitik sind kein Luxus, sondern dringend notwendig in Zeiten, in denen andernorts Konflikte die Situation prägen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man so will, ist eine aktive Sprachenpolitik auch eine Werbung für unser Land. Ist die Mehrsprachigkeit sichtbar, dann stärkt das auch das Er-

lebnis im Tourismus. Schleswig-Holstein wird dann noch einzigartiger, als es ohnehin schon ist. Diese Einzigartigkeit muss aber auch schon im Vorwege nach außen getragen werden. Das machen die im Tourismus Verantwortlichen in hervorragender Art und Weise. Aber auch das Land hat hier eine Verantwortung und kommt dieser auch nach.

Da sind zum einen die Zuschüsse für den **Tourismus** in Schleswig-Holstein, die es ohne unsere Regierungsübernahme nicht mehr gegeben hätte, und da sind zum anderen unsere Initiativen für eine landesweit einheitliche Vermarktung. Dass CDU, FDP und auch PIRATEN dieses **Standortmarketing** nicht wollen und deshalb den Haushaltsansatz hier auf null fahren wollen, ist der Nachweis, dass ihnen der einzigartige Standort Schleswig-Holstein eben doch nicht so wichtig ist. 500.000 € für ein Standortmarketing sind eigentlich viel zu wenig. Trotz der klammen Kassen versuchen wir, mit vergleichsweise geringen Mitteln ein einheitliches Standortmarketing auf den Weg zu bringen. Lieber Kollege Koch, wer das nicht will, der will nicht, dass die Tourismuswirtschaft, die Landwirtschaft und auch das Standortmarketing der Wirtschaft hiervon profitieren. Wer Standortmarketing verhindern will - wie CDU, FDP und PIRATEN -, der schadet unserem Wirtschaftsstandort nachhaltig. Diesen Schaden wollen wir von unserem Land abhalten.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb vermarkten wir unser Land genauso, wie es auch andere Länder tun. Ich bin davon überzeugt, dass wir alle mittel- und langfristige davon profitieren werden.

Wir werden im Übrigen auch von der **vorsorgenden Haushaltspolitik** unserer Küstenkoalition profitieren. Wir halten den Abstand zu sämtlichen Grenzen, die uns die Landesverfassung oder die Absprachen mit dem Bund auferlegen. Wir werden die Neuverschuldung bis 2020 auf null drücken, wie es die Landesverfassung vorgibt. Wir werden genügenden Abstand zu den Grenzen einhalten, die uns der Bund vorgibt. Somit sind auch die besonderen Zuweisungen durch den Bund zum Landeshaushalt in Höhe von 80 Millionen € jährlich gesichert.

Das ist der Rahmen, der gesetzt ist, und dieser Rahmen wird definitiv eingehalten. Wer der Landesregierung oder der Küstenkoalition mangelnde Ernsthaftigkeit bei der Haushaltssanierung nachsagt, sagt definitiv die Unwahrheit. Wir haben einen seriösen Haushalt für 2015 vorgelegt, der nachvollziehbar und realistisch ist. Wenn die CDU Vorschläge vor-

(Lars Harms)

legt, die dadurch finanziert werden sollen, indem man einfach einmal die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer hochsetzt, dann ist das in der Tat unredlich. Erst einmal fehlen die Hinweise dafür, wie die CDU auf die wundersame Erhöhung der Todesfälle und der Erbschaftsteuereinnahmen gekommen ist,

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

aber vor allem vergisst sie dann auch gegenzurechnen, dass diese zusätzlichen Gelder natürlich beim Länderfinanzausgleich angerechnet werden.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Dem fiktiven CDU-Plus von 12,8 Millionen € bei der Erbschaftsteuer stünden so wahrscheinlich, lieber Kollege Koch, etwas mehr als 12,4 Millionen € Minus beim Länderfinanzausgleich gegenüber.

(Zuruf Torge Schmidt [PIRATEN])

Dieses Minus findet sich in den Haushaltsanträgen der CDU natürlich nicht, weil man dann alle Wohltaten, die man gern finanzieren würde, nicht mehr finanzieren könnte.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das bei denen! - Zuruf Tobias Koch [CDU])

Das ist wirklich unseriöse Finanzpolitik.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Dann will die CDU auch noch den Kommunen die **Unterstützung für freiwillige kommunale Zusammenschlüsse** streichen. Für diesen Unsinn werden sich Ihre Kommunalvertreter wahrscheinlich auch noch bedanken. Dass Sie nicht wollen, dass sich die Kommunen zusammenschließen und so die Chance auf Synergieeffekte bekommen, die ihre finanzielle Lage zu verbessern helfen, ist schon schlimm genug. Aber dass Sie dann noch nicht einmal mehr freiwillige Zusammenschlüsse unterstützen wollen, zeigt nur, dass Sie lieber die Kommunen in finanziellen Schwierigkeiten steckenlassen, als dass Sie ihnen helfen.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Lieber Kollege Koch, auf solche Freunde können die Kommunen nun wirklich verzichten.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Im Übrigen ist es auch schon ganz drollig, dass Sie als CDU im Innenministerium gerade die sächlichen Verwaltungsausgaben um über 1,5 Millionen € kürzen wollen, von denen vorwiegend die **Ausstattung der Polizei** profitiert.

(Beifall SSW und SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das! Scheinheilig sind Sie!)

Dieser Unsinn - das ist ganz wichtig - wird auch von der FDP gemäß ihrer Haushaltsanträge nicht mitgemacht, weil sie es eben besser weiß. Wenn es eines Ausweises haushaltspolitischer Ahnungslosigkeit bedurft hätte, ist er hier nun wirklich. Man singt draußen das Hohelied der Polizei, und hier drinnen kürzt man der Polizei entweder aus kaltem Kalkül

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Kaltem Kalkül!)

oder aus Dusseligkeit die notwendige Ausstattung weg.

(Tobias Koch [CDU]: Weder noch!)

Ich glaube, beides ist gleich schlimm.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Aber die Polizei muss sich keine Sorgen um ihre Ausstattung machen, sie hat ja uns.

(Beifall SSW und SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das!)

Mit den gleichen Buchungstricks versucht die CDU im Übrigen auch, in den Haushalt des **Justizministeriums** einzugreifen. Hier sollen über 19 Millionen € auch bei Auslagen in Rechtssachen eingespart werden, um Wohltaten für die konservative Klientel gegenzufinanzieren. Auslagen in Rechtssachen sind aber gesetzlich vorgegeben. Hier besteht für die Bürgerinnen und Bürger ein Rechtsanspruch, den man nicht einfach herunterrechnen kann, wie es einem vielleicht gerade passt.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das wissen die wahrscheinlich nicht!)

Selbst wenn man also zu wenig ansetzt - wie die CDU -, muss man die Auslagen später doch erstatten. Die Rechnung für die Buchungstricks der CDU würden wir alle nur später im Laufe des Jahres erhalten, wenn das Konto dann überzogen werden muss.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Lieber Kollege Garg, wir bevorzugen da eine saubere, seriöse - man könnte fast sagen: konservative - Planung anhand der prognostizierten Ausgaben. Da sind wir auf der sicheren Seite - wie im Übrigen mit dem gesamten Landeshaushalt. Das ist vorbildliche Haushaltspolitik.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Lars Harms)

An dieser vorbildlichen Haushaltspolitik werden wir festhalten und dabei nicht diejenigen vergessen, die unsere Hilfe am meisten brauchen, seien es sozial Schwache, seien es Flüchtlinge, seien es Kulturschaffende, seien es eben die Menschen, die sich auch ehrenamtlich für unser Land engagieren, die wir gern unterstützen. Es bleibt dabei: Wir machen eine sozial gerechte Politik, die Bildungschancen eröffnet, die Menschen in die Gesellschaft integriert und die seriös die Zukunft plant. Das unterscheidet uns in der Tat von unseren Kolleginnen und Kollegen aus der Opposition. Das haben wir aber - diese seriöse Planung, die soziale Gerechtigkeit und die Kulturorientierung - mit den Bürgerinnen und Bürger im Jahr 2012 abgemacht, und was abgemacht ist, wird auch durch uns weiterhin so gemacht.

(Anhaltender Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr gut! - Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bevor ich jetzt einige geschäftsleitende Bemerkungen mache, begrüßen Sie mit mir noch weitere Gäste der Landesregierung aus unserer Partnerregion Pays de la Loire. - Herzlich willkommen in unserem Landtag! Es ist nett, dass Sie bei uns sind!

(Beifall)

Nach der Mittagspause wird der Ministerpräsident seine Rede halten, danach folgen die entsprechenden Erwidern durch die Fraktionsvorsitzenden beziehungsweise anschließend mit der Restredezeit die finanzpolitischen Sprecherinnen und Sprecher. Die Dreiminutenbeiträge werden danach, also sozusagen zuletzt, geleistet. Dazu gibt es auch schon einige Anmeldungen. Die werden aber nicht auf die Restredezeit angerechnet. Die steht zunächst einmal den Fraktionsvorsitzenden und den finanzpolitischen Sprechern zur Verfügung.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Mittagspause. Wir sehen uns hier in eineinviertel Stunden, um 14 Uhr, wieder.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 12:45 bis 14:04 Uhr)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ich eröffne die Beratung wieder. Das Wort für die Landesregierung hat Herr Ministerpräsident Torsten Albig.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Ihnen heute zur Beschlussfassung vorliegende Haushalt 2015 ist solide, er ist gerecht, er ist gelebte Verantwortung unserer Regierung und der sie tragenden Parteien.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Er ist ein solider Haushalt, weil wir uns weiter auf den gemeinsam beschlossenen Weg miteinander machen, unsere in den letzten Jahrzehnten aufgebaute Verschuldung und unseren Irrweg zu korrigieren. Mit diesem Haushalt gehen wir einen weiteren Schritt in Richtung eines **ausgeglichenen Haushalts** - so, wie wir es mit allen Akteuren vereinbart haben, insbesondere mit dem Bund, aber auch in unserer Verfassung vorgegeben haben. Wir gehen einen weiteren, einen großen Schritt nach vorn in Richtung 2020. Wir werden dieses Ziel Schritt für Schritt, Jahr für Jahr erreichen.

Dieser Haushalt ist wieder einmal einer, in dem die Ausgaben geringer steigen als die Einnahmen. Dieser Haushalt - man kann viel an ihm kritisieren - ist nicht zu kritisieren für seine **Ausgabenentwicklung**.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Da hilft ein Blick auf die Ausgabenentwicklung und Ausgangssituation je Einwohner in Deutschland. Wo liegt Schleswig-Holstein bei den Ausgaben je Einwohner? Wir liegen bei 3.553 € je Einwohner. Bayern liegt bei den Ausgaben je Einwohner um fast 400 € höher. Dies ist ein Haushalt, der an jeder Stelle Sparsamkeit atmet.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

262 Millionen € Neuverschuldung, das sind 25 Millionen € weniger als in 2014. Auch hier gehen wir konsequent den Weg weiter. Das **strukturelle Defizit** wird bei 426 Millionen € liegen. Es sind 24 % weniger, als wir uns im Jahr 2010 für das Jahr 2015 vorgenommen haben. Das ist ein Erfolg konsequenter Konsolidierungspolitik.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir reden viel über strukturelles Einsparen. Wir hören viel. Dazu komme ich noch. Wir tun es. Wir gehen den Weg weiter, den auch Sie in Ihren Beschlusslagen vorgegeben haben, an denen wir nichts geändert haben, der in der Tat keine kluge Alternative hat, als dass unsere **Verwaltung** kleiner

(Ministerpräsident Torsten Albig)

werden muss. Ja, das wird sie. Das wird sie auch bei uns. 684 Stellen werden wir strukturell im nächsten Haushalt weniger haben als im Haushalt davor. Mir ist dabei Folgendes wichtig: Es ist wenig verständlich, wenn immer wieder Geschichten erzählt werden, um Menschen zu erschrecken. Nein, in diesen 684 Stellen ist keine einzige Polizistinnen- oder Polizistenstelle. Dann zu hören, das sei der einzige Bereich, bei dem wir sparten - falscher könnte man nicht argumentieren!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ja, es ist richtig, wir entziehen uns nicht der Verantwortung. Das ist übrigens auch etwas, was wir vorgefunden haben und was durchaus richtig war, dass in den Personalkörpern aller Verwaltungen - aller Verwaltungen! - Beiträge zu leisten sind. Wenn Sie am Ende des Jahrzehnts 5.000 Stellen weniger haben wollen, wird das nicht gehen, ohne dass in jedem Bereich geschaut wird. Von den 5.000 sind noch 122 zu erbringen, in kleinen Jahresraten ab 2016 aufwärts auch bei der Polizei. Wir werden das so machen, dass es eben nicht auf der Straße ankommt, dass es eben nicht in den Quartieren bemerkt wird.

Ich ärgere mich über die Diskussion über die **Strukturentscheidungen** bei der **Polizei**, die zum Ziel hat, eine bessere Polizeiversorgung im ländlichen Raum zu erhalten, indem wir aus Dienststellen herauskommen, die nur einen halben Tag oder bis 16 Uhr besetzt sind, hin zu konzentrierten Dienststellen im Raum, von denen aus die Polizistinnen und Polizisten schneller da sind, wo das Verbrechen ist. Darum geht es doch. Es geht doch nicht darum, dass da ein Häuschen ist, auf dem „Polizei“ steht, sondern dass wir Polizistinnen und Polizisten haben, die dort hinkommen, wo Polizei benötigt wird. Das werden wir sicherstellen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie uns bitte mit solchen Angstmachdebatten aufhören. Sie sind ohne jede Grundlage. Sie machen keinen Sinn. Wir werden Polizei da stärken, wo die Menschen Polizei erwarten. Der Innenminister wird seine Vorstellung dazu in den kommenden Tagen vorlegen.

Dieser Haushalt ist gerecht. Er ist gerecht, weil er aus dem Blick einer Regierung versucht, die verschiedenen Säulen, die eine gerechte Gesellschaft braucht, nach unserer Auffassung gleichmäßig zu stärken, nicht die eine gegen die andere auszuspie-

len, sodass wir in der Gesellschaft irgendeine Schiefelage haben.

Nein, wir wollen im Bereich von **Schuldenabbau** weitergehen. Wir wollen keine Haushalte, die explodieren. Wir wollen den Fehler nicht wiederholen, weil das für kommende Generationen gut und richtig ist.

Wir wollen im Bereich **Bildung**, und zwar über alle Bereiche von Bildung, von der Krippe bis zur Hochschule, etwas tun. Wir wissen - das ist der Preis, den man zahlt, wenn man Verantwortung in der Regierung trägt, und den man nicht zahlen muss, wenn man ohne Verantwortung in der Opposition sitzt -, dass es für keinen der Mitspieler befriedigend ist, weil immer noch mehr ginge, natürlich und mit guten Gründen. Wir versuchen, es in ein vernünftiges Maß zu bringen.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir tun das, indem wir in den Krippen, im Bereich der Schule und im Bereich der Hochschule investieren, und zwar in bestem Sinne investieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir wissen, dass **Infrastruktur** die Zukunft unseres Landes ist - in all ihren Facetten, vom Radweg und der Straße bis hin zum Breitband, öffentlichen Nahverkehr, unserem Kanal oder unseren Schienen. All das ist notwendig. Auch dort wären die Schritte, wenn wir in einer idealen Welt lebten, größer. Ja, das wissen wir. Wir gehen sie in der Größe, in der das verantwortlich ist. Wir gehen sie miteinander. Wir können es uns nicht erlauben, wie die Opposition Schritte zu gehen mit der einen Forderung nach links und der anderen Forderung nach rechts. Unsere Schritte gehen alle in eine Richtung, und zwar nach vorne, Schritt für Schritt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die **Kommunen** haben uns mit diesem Haushalt als einen starken und verlässlichen Partner an ihrer Seite. Dies prägt uns vom ersten Tag unseres Regierungshandelns an in all dem, was wir tun. Nach den Beschlüssen der letzten Sitzung gibt es nach guten und umfassenden Überlegungen 11,5 Millionen € mehr. Es gibt nach dem guten und verfassungsgemäßen Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich 11,5 Millionen € mehr für die Infrastruktur, 17,7 Millionen € mehr für Schulsozialarbeit und 3 Millionen € mehr für Gemeinschaftsunterkünfte. Das sind nur einige Zahlen, durch die wir zeigen,

(Ministerpräsident Torsten Albig)

dass sich die Kommunen auf diese Regierung und auf die sie tragenden Parteien verlassen können.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, wir sehen, dass nicht jeder Landkreis damit zufrieden ist. Das ist so. Ich sage Ihnen aber: Auch nicht jeder war mit dem zufrieden, was der Status quo ante war. Der Status quo, den wir jetzt endlich verfassungsgemäß machen, war verfassungswidrig. Er ist, aus welchen Gründen auch immer, nur nie beklagt worden. Hätten die kreisfreien Städte dagegen Klage erhoben, so hätten sie sicherlich gewonnen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir hingegen werden mit großer Gelassenheit beobachten, wie die Verfahren laufen. Wir sind sehr zuversichtlich, dass uns die Entscheidung des Verfassungsgerichts, so sie eingefordert wird, unterstützen wird.

Ja, es ist richtig. Eine **Investitionsquote** von 7,3 % kann nicht zufriedenstellen. Wie könnte dies auch sein. Eine Quote von 7,3 % ist eine Quote, die nicht zufriedenstellt. Sie tun aber so, als sei alles eine Funktion dieser Zahl, die das Leben in diesem Land verbessern könnte. Das ist in der Argumentation doch ein bisschen sehr schlicht. Die Lage, die wir heute haben, ist ein Ergebnis von Jahren, in denen wir Investitionsquoten im zweistelligen Bereich hatten. In diesen Jahren wurde die Grundlage dafür gelegt, dass die Infrastruktur in unserem Land so aussieht, wie sie jetzt aussieht. Es ist viel zu kurz gedacht und viel zu kurz gesprungen, so zu tun, als wären ein oder zwei Jahre mit einer solchen Investitionsquote der Grund dafür, dass die Straßen oder die Infrastruktur in einem solchen Zustand sind, in dem sie sind. Nein, das ist die Folge von falschen Ausgaben, die zwar hohe Quoten brachten, jedoch in die falschen Projekte gingen. Das ist das, was wir in den letzten Jahrzehnten erlebt haben. Wir beginnen umzusteuern. Der Infrastrukturbericht der Finanzministerin ist dabei wegweisend in die Zukunft, weil wir uns endlich über Qualitäten und nicht über reine Größenordnungen unterhalten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Natürlich könnten wir für 300 Millionen € irgendwo ein Hochhaus hinstellen. Das ergäbe eine um drei Prozentpunkte höhere Investitionsquote. Dies wäre jedoch ohne jede Bedeutung für dieses Land. Es geht um die Qualität. Wir werden nach dem In-

frastrukturbericht im Jahr 2015 die Qualität priorisieren. Herr Kollege, bis 2018 werden wir Planreife herstellen. Das wird eine Aufgabe sein, die uns die nächsten Jahrzehnte begleiten wird, weil all dies in den letzten Jahrzehnten angerichtet wurde. Diese Regierung ist die erste, die sich dieser Verantwortung stellt. Sie tut dies, weil Verantwortung zum Regieren gehört. Sie gehört nicht zur Opposition, aber das macht auch nichts.

(Beifall SPD und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Nein, Herr Kollege. Herr Kubicki, ich weiß, es ist reflexhaft, zu denken, das wären nur Sie gewesen. Nein, das waren nicht nur Sie. Das waren nur Menschen wie Sie und wie wir, die das nicht richtig gesehen haben und in politischer Verantwortung waren. Wir alle waren das. Wir alle waren in dieser Verantwortung. Wir alle haben dies falsch gemacht. Jetzt geht es darum, etwas Neues zu machen. Warum wurde von keinem von uns ein **Infrastrukturbericht** erstellt? Wo war er denn in der Vergangenheit? Dies frage ich all die Infrastrukturfetischisten. Ich sehe ihn nicht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses Land steht gut da. Dazu habe ich noch nichts gehört, aber das darf man gern einmal sagen. Wir hatten im November die niedrigste **Arbeitslosigkeit** seit über 20 Jahren. Wir haben die höchste Anzahl von **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** aller Zeiten mit fast 914.000 Beschäftigten. Ja, ich weiß, das war ich nicht allein. Ja, ich weiß, meine Umfragewerte sind schlecht. Ich habe all dies gelesen. Trotzdem stimmt es, dass wir gut dastehen. Das ist die Realität des heutigen Tages.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dieser Haushalt will das befördern, und er wird dies befördern. Lieber Herr Kollege Günther, sollte das nächste Grünkohlessen beim Unternehmerverband nicht zeitgleich mit einer Ministerpräsidentenkonferenz stattfinden, dann seien Sie versichert, dass ich dort wieder reden werde.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Seien Sie auch versichert, dass es möglich war, dort anzurufen und zu sagen: Seid ihr damit einverstanden, dass ich bei der MPK und nicht beim Unternehmerverband bin? Die Antwort lautete: Natürlich sind wir einverstanden, wir freuen uns, dass Frau

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Ernst die Rede hält. Das geht nicht immer, wenn Ministerpräsidentenkonferenzen stattfinden, aber in diesem Fall ging das.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt investiert in **Bildung**. Der U3-Bereich erhält 21 Millionen € mehr. Der Bereich Qualität erhält 5 Millionen € mehr. Für Schulassistenten gibt es 314 Millionen € mehr. Wir setzen uns für die Inklusion ein. Die Schulbegleiter erhalten 15 Millionen € mehr. Wir haben 125 Stellen für Deutsch als Zweitsprache bereitgestellt. Ja, wir investieren in Lehrerinnen und Lehrer. Wir wollen strukturell 728 Stellen mit dem Geld finanzieren, das uns die BAföG-Mittel zur Verfügung gestellt haben. Wir stellen uns den Debatten; auch der, die eben draußen stattfand und bei der meine Wissenschaftsministerin mit den Studierenden diskutiert hat. Ja, wir wissen, man hätte das auch anders machen können. Wir haben uns aber bewusst so entschieden, denn genau das verlangt Prioritätensetzung. Es wurde vorhin schon genannt: Es geht nicht, es jedem recht zu machen und keinem wehzutun. Wir müssen **Schwerpunkte** setzen, und wir setzen sie ganz bewusst. Wer hier immer erzählt, das gehe alles, ist einfach unredlich. Es geht nicht alles, weil davor unsere Verfassung ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich weiß, dass die 165 Millionen €, die wir an die Christian-Albrechts-Universität geben, angesichts des Zustands der Universität nicht ausreichen. Das ist mir bewusst. Glauben Sie mir, das treibt uns mindestens genauso um wie Sie. Wir geben diese 165 Millionen € aber. Wir sind es, die das Geld zur Verfügung stellen. Wo waren denn die anderen, die dafür verantwortlich gewesen wären, als die Bauten in den Zustand kamen, in dem sie jetzt sind? Wo waren Sie denn?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Den **Hochschulpakt III** zu unterlegen, bedeutet 450 Millionen € bereitzustellen. Wir werden die Exzellenzinitiative stützen und stärken. Ich weiß, das machen andere auch. Aber ich weiß auch: Nicht alle machen das. Es gibt Länder, in denen gesagt wird, wir können uns nur mit 60 % daran beteiligen. Wir beteiligen uns zu 100 %, weil wir zu dieser Verantwortung stehen und weil wir dies für notwendig erachten. Es könnte mehr sein, aber es könnte nur mehr sein, wenn Haushalte nach dem Motto „im Himmel ist Jahrmarkt“ gemacht werden. Wir machen keine Haushalte nach dem Motto „im

Himmel ist Jahrmarkt“. Wir machen verantwortliche und seriöse Haushalte.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mit großem Interesse habe ich das verfolgt, was Sie vorgetragen und vorgelegt haben. Vieles davon würde ich auch machen, wenn es nach dem Motto „im Himmel ist Jahrmarkt“ gehen würde. Aber irgendetwas in mir sperrt sich dagegen zu sagen, ich nehme als Gegenfinanzierung fast 40 Millionen € sachliche Verwaltungsausgaben.

Ich war bekanntlich lange im Bundesfinanzministerium. Immer dann, wenn die dort nicht weiter wussten, haben die eine **globale Minderausgabe** genommen. Ich glaube, sie verwenden jetzt das sachliche Wort Verwaltungsausgaben, 38 Millionen €, davon allein 20 Millionen € in einem Ressort, nämlich in dem Ressort der Frau Kollegin Spoorendonk. Bei 20 Millionen € denkt man: Mein Gott, was machen die da im Justizministerium, kaufen die wie verrückt Stifte, Kopierpapier? Wenn ja, dann muss das doch einmal unterbunden werden. Wir müssen ja endlich einmal Straßen davon bauen können; denn das ist ja ein Skandal, den wir da aufgedeckt haben. Meine Damen und Herren, das sind Auslagen in Rechtssachen, 2015 15 Millionen € Auslagen in Rechtssachen. Das ist bundesgesetzlich vorgegeben. Herr Kubicki nickt. Das nehme ich einmal als Bestätigung. Das ist aber vielleicht nicht ein ganz so toller Vorschlag, um damit Straßen zu bauen. 13 Millionen Erbschaftsteuer, 7 Millionen € soll der Kollege Habeck Gebühren hochtreiben bei immissionsschutzrechtlichen Veranstaltungen. 20 Millionen € nehmen wir den Leuten mehr aus der Tasche. Wenn so etwas eine christliche Partei fordert, dann nenne ich das falsch. Aber leider geht das fast alles - da hat der Kollege Koch vorhin schon genickt - in den **Länderfinanzausgleich**. Dann haben wir noch 30 Millionen € Rücklage Personal, die aufgelöst werden. Dummerweise ist das alles im Haushalt gar nicht mit Geld unterlegt.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Wenn Sie das auflösen, senken Sie damit die **Neuverschuldung**. Ja, das bestreitet auch niemand. Aber Straßen bauen Sie damit nicht, Herr Kollege.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Tobias Koch [CDU])

Aber Sie treten hier so auf, als täten Sie das.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Sie bauen die Straßen mit 13 Millionen € und mit 7 Millionen € Steuern, die wir gar nicht haben. Sie bauen sie auf mit Auslagen in Rechtsachen, die ausgegeben werden müssen. Damit bauen Sie Straßen? Ja, wie toll ist das denn, oder, um mit Ihnen zu sprechen: Wie peinlich ist das denn, meine Damen und Herren?

(Lebhafter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Heiner Garg [FDP]: Töricht!)

In der Tat habe ich drei Punkte gefunden, bei denen wir uns inhaltlich unterscheiden: Schulische Assistenten mögen Sie nicht, 8 Millionen €; Tarifreue finden Sie blöd, 4 Millionen €; ÖPNV ist auch nicht so Ihr Ding, 6 Millionen €. Ein Hinweis dazu: Die 6 Millionen € für den ÖPNV werden investitionsquotenmäßig ungefähr - lassen Sie mich rechnen - gar keine Auswirkungen haben, weil es egal ist, ob sie in Radwege oder in den Straßenbau fließen. Die Quote bleibt gleich.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das sind insgesamt 81 Millionen € **Gegenfinanzierung**, mit denen man nichts gegenfinanzieren kann. Das kann man als **Opposition** machen, das will ich auch gar nicht bestreiten. Das ist Ihr Recht. Aber für eine Regierung geht das eben nicht.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Dann denken Sie einmal an vergangene Regierungszeiten!)

- Ja, aber jetzt regiere ja ich.

(Große Heiterkeit)

Das geht nicht. Wir drei Koalitionsfraktionen arbeiten insofern ganz gut zusammen, und wir haben da eine ziemlich gleichmäßige und einheitliche Meinung, Herr Kollege. Das geht nicht; wir wollen den Menschen nichts versprechen, was nicht eingehalten werden kann. Alles das nämlich, was Sie in Ihren Anträgen versprechen, würden Sie als Regierung wieder einsammeln. Das nennt man dann, wenn man die **Regierungsverantwortung** übernimmt, Kassensturz. Dann stellt man nämlich fest: So viel Bleistifte waren es doch nicht, auch nicht so viel Kopierpapier, und bei der Erbschaftsteuer sind wir einmal ein bisschen vorsichtiger. Das alles ist legitim. Aber erzählen Sie den Leuten draußen doch nicht, dass Sie davon auch nur einen Kilometer mehr Straßen bauen würden. Wir bauen im nächsten Jahr 80 km Landesstraße, oder wir sanieren sie. Das ist eine Menge, und das wird bemerkt werden. Wir sind stolz, dass wir diesen Weg gehen.

Wir machen einen Haushalt, der in seiner ganzen Tiefe in der Tat ein Haushalt kleiner Schritte ist. Ja, das ist so. Das ist ein Haushalt kleiner Schritte. Aber mehr geht in dieser Zeit auch nicht, als kleine Schritte zu gehen. Sie versuchen stolpernde hin und her hüpfende Schritte; diese Schritte machen wir nicht mit.

Wir sollten uns miteinander - auch das ist angesprochen worden - ehrlich mit der Frage befassen: Was können wir leisten, und wozu brauchen wir Unterstützung anderer? Ich glaube, wenn wir auf **Hochschule** schauen, dann ist die Debatte, wegzukommen von dem Kooperationsverbot und hinzukommen zu einem **Kooperationsgebot** von großer Bedeutung. Das werden wir nur gemeinsam durchsetzen können, weil es immer noch Widerstände gibt. Das ist richtig, und das ist wichtig.

Wir werden uns noch stärker mit den Hochschulen auch über die Frage auseinandersetzen müssen, was genau mit den 26.000 € geschehen soll, die wir im Hochschulpakt ja nun wirklich nachhaltig unterlegen. Wir müssen uns einmal für einen kurzen Augenblick von der Tatsache trennen, dass das nicht genug ist. Aber zu sagen, es sei keine Planungssicherheit, wenn ich sage, bis 2022 ist der **Hochschulpakt** durchgeschrieben, entbehrt auch jeder Grundlage. Das jedenfalls ist Beschlusslage der MPK zusammen mit der Bundeskanzlerin.

Wir sagen darüber hinaus: Den Landesanteil von rund 30 Millionen €, egal wie das Nachfolgevehikel aussieht, schreiben wir auch durch. Ich meine, das ist die größtmögliche Planungssicherheit, die Sie geben können.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auf dieser Basis von Planungssicherheit sollten wir uns dann auch ehrlich unterhalten.

Ich freue mich sehr, dass die Wissenschaftsministerin mit gestrigem Datum die **Hochschulen** eingeladen hat, in einer **Strukturkommission** gemeinsam darüber nachzudenken: Wie nutzen wir denn diese 26.000 € für jede junge Frau und für jeden jungen Mann, die bei uns studieren wollen, um Studienbedingungen sicherzustellen, wie wir sie gemeinsam erwarten? Da gibt es überhaupt keinen Dissens. Ich verstehe jeden Protest. Aber wir müssen alle gemeinsam noch stärker darüber nachdenken, ob diese Mittel auch richtig verwandt wurden und wie wir die Mittel auch in den nächsten Jahren richtig verwenden können. In der Tat ist die Herausforderung des doppelten Abi-Jahrgangs groß. Diese Herausforderung müssen wir gemeinsam bewältigen.

(Ministerpräsident Torsten Albig)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, wenn wir es, worüber wir in Berlin argumentieren, hinbekommen, dass mancher Unsinn aufhört - wir werden darüber morgen ja auch noch einmal diskutieren -, etwa den **Solidaritätszuschlag** in seiner Wirkung auslaufen zu lassen und die rund 20 Milliarden € als Steuergeschenke an die Menschen zu verteilen, wenn wir uns dazu bekennen - wie dies die Frau Bundeskanzlerin ja auch tut -, dass das kein richtiger Weg angesichts der Herausforderungen ist, die wir bei Infrastruktur und Bildung haben, dann brauchen wir auch insoweit eine geschlossene starke Stimme. Ich setze sehr darauf, dass dies morgen, wenn wir darüber diskutieren, bei fast allen Fraktionen hier im Landtag auch spürbar wird und die Frau Bundeskanzlerin mit ihrer Auffassung nicht alleingelassen wird. Ich wünsche mir, dass sie aus dem Landtag heraus einen Schub bekommt, indem wir sagen: Ja, dieses Geld wollen wir nehmen, um das, was wir im Infrastrukturbericht festgestellt haben, in den Griff zu bekommen. Damit hätten wir nämlich bereits schon die Hälfte dessen, was wir brauchen, um die Infrastruktur wieder in den Griff zu bekommen, in den Haushalt eingepreist. Die andere Hälfte müssen wir noch erarbeiten, diese Hälfte müssen wir in den Haushalten noch sicherstellen.

Im Jahr 2018 und in den folgenden Jahren haben wir in der Planung 100 Millionen € durchgeschrieben. Wenn wir danach in Jahre kommen, in denen wir Überschüsse erzielen, müssen wir uns fragen: Was machen wir denn mit den Mitteln? Nehmen wir das nur für die Buchschuld, oder nehmen wir es auch für die Infrastrukturschuld? Vor diesem Hintergrund wird jedenfalls der Vorschlag meiner Regierung sein: Lasst uns miteinander vereinbaren, dass es zumindest in Teilen auch in die Infrastrukturschuld geht. Wenn wir uns dann den Erfolg der letzten Jahre ab 2010 ansehen, von Ihnen eingeleitet, am Ende aber von uns allen in diesem Haus erreicht, dann stellen wir fest, wir haben das **strukturelle Defizit** in den letzten Jahren um 138 Millionen € gesenkt. Das haben wir alle getan; denn Sie sind der Haushaltsgesetzgeber.

(Zuruf SPD: Das gilt aber nicht für alle hier!)

- Doch, das gilt dann auch für die Übrigen; denn alle hier sind der Haushaltsgesetzgeber. Wir alle senken das strukturelle Defizit um 138 Millionen €. Dies zeigt doch, dass wir das können, meine Damen und Herren. Wir werden das auch beim **Infrastrukturdefizit** hinbekommen. 4,85 Milliarden € sind das, was die Frau Finanzministerin zusammen

mit ihrem Team auf der Basis dessen, was wir heute wissen, erarbeitet hat. Wir sollten uns schon jetzt auf den Weg dahin machen. Ich glaube, es wird keine Regierung mehr geben, die es sich erlauben könnte, diesen Bericht nicht vorzuschreiben. Er wird vorzuschreiben sein, und er wird Blaupause für erfolgreiches Arbeiten sein.

Dazu gehört übrigens auch - und auch das ist ein Punkt, der einen manchmal ein bisschen verwundert - Folgendes: Natürlich könnte ich morgen schon allein durch eine Veränderung der relativen Preise meine Investitionsquote verdoppeln, weil nämlich jede Straße aufgrund von großer Nachfrage doppelt so teuer werden wird. Das wäre eine seriöse Politik, doppelt zu bauen, weil Sie sagen, Verschuldung ist ja doch nicht so wichtig, Herr Kollege.

(Tobias Koch [CDU]: Genau!)

Aber die Folge der Verdoppelung der Preise wäre, dass sich die **Investitionsquote** verdoppeln würde, ohne dass irgendetwas passiert. Gehen Sie doch mal raus und gucken Sie einmal in die Wirtschaft dieses Landes und fragen Sie sich: Wie viel kann ich eigentlich am Markt in Schleswig-Holstein platzieren, um tatsächlich den Mittelstand, der tatsächlich nicht unter Mangel an Aufträgen leidet, in den Genuss davon zu bringen? Vieles von dem also, was Sie insoweit in den Haushalt hineinschreiben, führt dazu, dass sich Preise verändern, ohne dass sie einen Meter vorankommen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch das gehört zur Ehrlichkeit hinzu, dass wir den Menschen sagen müssen: Das dauert in der Planung, das dauert aber auch in der Umsetzung, das dauert auch in der Fähigkeit der Wirtschaft, das zu tun. Wir schicken ja nicht irgendwelche Oberinspektionen mit Schaufeln hinaus, die Straßen reparieren, sondern das machen Unternehmen in diesem Land. Auch die brauchen eine Vorlaufzeit, um das hinzubekommen.

Auch das gehört dazu. Es werden 20 und vielleicht auch mehr Jahre sein. Das sage ich, weil Herr Arp so schaut.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

- In dieser Zeit wird auch die A 20 fertig sein. Das ist gar keine Frage.

(Volker Dornquast [CDU]: Nicht, wenn Sie weiterregieren! - Zuruf Regierungsbank: Nur dann!)

(Ministerpräsident Torsten Albig)

- Doch, wenn wir weiterregieren. Denn wenn wir regieren, Herr Kollege, berücksichtigen wir natur-schutzrechtliche Planungen so, dass diese, wenn wir das vorlegen, geprüft sind - nicht nachdem wir es vorgelegt haben, wie Sie es gemacht haben. Deswegen geht das mit uns.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn Sie mich schon so freundlich auf die rhetorische Frage des Kollegen ansprechen, so viel könne eine Regierung doch nicht falsch machen, ist die Antwort: Doch, so viel konnte sie falsch machen! An jeder Stelle, die wir vorfinden, müssen wir drei Jahre arbeiten, weil Sie es nicht getan haben.

(Lebhafter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dieser Haushalt ist gerecht. Dieser Haushalt ist solide. Er stärkt Bildung im richtigen Maße und in den richtigen Stufen. Er stärkt sie vielleicht nicht so viel, wie es einzelne Menschen vielleicht zu Recht erwarten. Aber die Antwort dieser Regierung darauf ist: Mehr geht verantwortlich nicht. Schritt für Schritt gehen wir im Bereich Bildung voran. Schritt für Schritt gehen wir im Bereich Infrastruktur voran. Schritt für Schritt gehen wir im Bereich Entschuldung voran.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Dieses Land wird mit diesem Haushalt wieder ein ganzes Stück besser, meine Damen und Herren.

Wir müssen gemeinsam im Bund dafür kämpfen, dass man uns von dort aus bei diesen Bemühungen nicht in den Rücken fällt, und wir dürfen uns nicht mit irgendwelchen Wahlkampfgeschichten überziehen, von denen wir im Augenblick lesen. Wir lesen davon, dass wir uns für Flüchtlinge einsetzen. Wir müssen Briefe beim NDR downloaden, die meinen Ministern nicht zugestellt worden sind.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Unfassbar!)

Wenn wir davon zusammen Abstand nehmen und gemeinsam kritisieren, werden wir uns mit Blick auf Gelder und Mittel im Bund erfolgreich aufstellen. Wir haben einen Haushalt vorgelegt, der Verantwortung atmet und der auf Ihre Zustimmung wartet, weil er dieses Land voranbringt.

2015 und in den darauf folgenden Jahren freue ich mich, Ihnen ähnlich gute Haushalte vorstellen zu dürfen. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, gemäß § 52 der Geschäftsordnung hat jetzt der Herr Oppositionsführer das Wort.

Vorher gebe ich die Restredezeiten der Fraktionen bekannt. Nach § 58 der Geschäftsordnung beträgt die Redezeit für die CDU 14 Minuten, für die SPD 10 Minuten, für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 10 Minuten, für die FDP 10 Minuten, für die PIRATEN 11 Minuten und für den SSW ebenfalls 11 Minuten.

Jetzt hat der Herr Oppositionsführer das Wort.

Daniel Günther [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für die Rechtfertigungsrede zum Haushalt, den Sie uns vorgelegt haben, Herr Ministerpräsident.

(Zuruf SPD: He!)

Ich habe in der Rede sehr viel „würde“, „hätte“ und „wir könnten in Zukunft“ gehört. Ich hätte mich sehr darüber gefreut, wenn Sie etwas konkreter gesagt hätten, was Sie eigentlich im Moment machen können, weil Sie genügend Gelder zur Verfügung haben.

(Beifall CDU und FDP)

Der **Opposition** allen Ernstes vorzuwerfen, dass wir so viele verschiedene **Investitionsvorhaben** vorschlagen und so viele Vorschläge machen, wo man eigentlich mehr Geld investieren sollte, ist bei dem Haushaltsentwurf, den Sie vorgelegt haben, ein wirklich starkes Stück.

Ich will Ihnen das an einigen Beispielen deutlich machen, Herr Ministerpräsident. Wer von uns hat eigentlich bezweifelt, dass Sie Geld ausgeben können? Das habe ich mich bei allen Reden, die bisher gehalten worden sind, gefragt, als Sie gesagt haben, wo Sie mehr Geld ausgeben. Das war die Replik auf uns. Aber niemand von uns hat bestritten, dass Sie Geld ausgeben können.

(Heiterkeit und Beifall CDU)

Unser Vorwurf war doch: Sie verteilen das Geld falsch. Auf diesen Vorwurf hätten Sie reagieren müssen.

Herr Ministerpräsident, wir sind eben draußen bei den Studierenden gewesen. Sie empfinden die Gegensätze, die Sie bilden, als entwürdigend. Sie stellen sich hier hin und sagen, nicht für alles sei Geld da. Sie haben formuliert: Lehrer statt Hochschulen.

(Daniel Günther)

- Wir haben bewiesen, dass auch „**Lehrerstellen und Hochschulen**“ geht. Beide können wir unterstützen.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das haben Sie in mehreren Reden gesagt. Sie haben genau diese Gegensätze gebildet. Ich habe das vorhin auch gesagt. Sie spielen die Studierenden draußen gegen die Kinder an unseren Hochschulen aus. Das ist Ihre Politik, die Sie in diesem Lande machen.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, weil Sie versucht haben, dezidiert zu widerlegen, wie die Vorschläge, die wir zu Einsparungsmöglichkeiten gemacht haben - -

(Widerspruch Ministerpräsident Torsten Albig)

- Doch, das haben Sie versucht, weil Sie über sächliche **Verwaltungskosten** geredet haben. Sie haben dargestellt, da könne man nicht kürzen. Aber Sie ziehen auch sonst immer Vergleiche zu der Zeit, als CDU und FDP miteinander regiert haben. Sie haben es in Ihrer Haushaltszeit von 2013 bis 2015 geschafft, die sächlichen Verwaltungskosten um 55 Millionen zu steigern.

(Widerspruch Ministerpräsident Torsten Albig)

Wir haben die sächlichen Verwaltungskosten von 2009 bis 2012 um 12 Millionen € gesenkt. Wenn man das will, geht das.

(Beifall CDU - Dr. Heiner Garg [FDP]: Aber das Land ist ja verelendet in der Zeit! - Beate Raudies [SPD]: Dann fragt mal die Beschäftigten!)

Liebe Eka von Kalben, bei allem Verständnis dafür, dass die Grünen natürlich über Umweltpolitik reden müssen und dass das natürlich ein Kernvorwurf gegen uns sein muss, sage ich noch einmal: Wir haben beim Thema „Urwald“, über das ich vorhin gesprochen habe, überhaupt nicht bestritten, dass es sinnvoll sein kann und bei uns im Land auch sinnvoll ist, dass man **Flächen** für den **Naturschutz** zur Verfügung stellt.

Aber ein Ministerpräsident, der in diesem Land führt, der ihm seinen Stempel aufdrückt und nicht nur rechtfertigt, hätte dafür gesorgt, dass das zwi-

schen den Ressorts koordiniert wird, weil **Ausgleichsmaßnahmen** notwendig sind. Diese Flächen hätten gekauft werden können. Dafür wäre Geld vorhanden gewesen. Das genau haben Sie nicht gemacht. Das ist Ihre Verantwortung, Herr Albig.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie sprechen hier im Landtag über die **Verantwortung des Bundes**. Ich habe es mir aufgeschrieben: Der Bund darf uns nicht in den Rücken fallen. - Aber was macht der Bund denn im Moment alles für uns in Schleswig-Holstein? Daran haben Sie - das will ich lobend erwähnen - auch einmal mitgewirkt. Darauf können Sie ein bisschen stolz sein. Aber Sie verschweigen, dass Sie an der Erstellung des Koalitionsvertrages mitgewirkt haben und schimpfen auf jeden Kompromiss, den Sie damals selbst unterschrieben haben. Herr Ministerpräsident, auch daran darf ich Sie erinnern.

(Beifall CDU und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Auf Bundesebene wird das Verhalten von Schleswig-Holstein nicht nur in der CDU, sondern auch in Ihrer Partei sehr kritisch beäugt.

(Zuruf Peter Eichstädt [SPD])

Beim Bund wird schon gesagt: Wofür stellen wir denen in Schleswig-Holstein, diesem klammen Land, eigentlich 36,4 Millionen € zur Verfügung, die in die **Hochschulen** gesteckt werden sollen, wo aber kein Cent ankommt? Sie überlegen es sich bei der nächsten Gelegenheit dreimal, ob sie Schleswig-Holstein noch Geld für so etwas zur Verfügung stellen.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Peter Eichstädt [SPD])

Zur **Flüchtlingspolitik**: Es wird auf Bundesebene auch schon sehr kritisch gesehen, dass Sie dort einen Kompromiss mit ausgehandelt haben, der Bund erhebliche Investitionen nach Schleswig-Holstein in diesem Bereich gibt und Schleswig-Holstein von dem auf Bundesebene vereinbarten Weg abweicht - durch Ihre Verantwortung, Herr Ministerpräsident.

(Beifall CDU)

Da Ihnen das so peinlich ist, ist Schleswig-Holstein übrigens auf der Innenministerkonferenz heute nicht durch den aktiven Minister, Herrn Studt, vertreten. Er sitzt hier im Plenum. Hier sitzt auch die Staatssekretärin. Da ist kein Mensch. Der einzige,

(Daniel Günther)

der Schleswig-Holstein bei der Innenministerkonferenz vertritt, ist Andreas Breitner. Herzlichen Glückwunsch! Es ist Ihnen wohl zu peinlich, bei dem, was Sie hier machen, dort Flagge zeigen zu müssen.

(Beifall CDU und FDP)

Nehmen Sie es mir nicht übel: Aber wenn beim Thema **schwarze Null** allen Ernstes Kritik in Richtung CDU geäußert wird, wenn kritisiert wird, dass wir uns zu diesem Thema entsprechend geäußert haben, insbesondere von Eka von Kalben, die ja gesagt hat, eine schwarze Null könne auch Sanierungsstau oder Unterrichtsausfall bedeuten, dann muss ich sagen: Das Einzige, was Sie unter Beweis gestellt haben, ist, dass man Sanierungsstau und Unterrichtsausfall erreichen und trotzdem neue Schulden machen kann. Das ist Ihre Politik. Herzlichen Glückwunsch dazu!

(Beifall CDU)

Ich hätte gerne eine Erklärung vom Ministerpräsidenten dazu gehört, worüber wir vorher hier im Landtag gesprochen haben, nämlich zu der Frage: Was machen Sie eigentlich mit 1 Milliarde € **Mehrausgaben**? Wenn Sie dann zum Thema Investitionsquote sagen, es ist Ihnen zu theoretisch, hier über Zahlen zu reden, dann sage ich es Ihnen so, dass Sie verstehen: Wir hätten schlicht erwartet, dass Sie mehr Geld in **Investitionen** stecken. Mir ist auch die Quote egal. Da hätte mehr Geld hingehört, und das haben Sie versäumt. Sie haben es lieber für Verwaltung ausgegeben und nicht für Investitionen.

(Beifall CDU)

Das ist dieser Haushalt. Deswegen bleibe ich dabei: Dieser Haushalt nützt Schleswig-Holstein überhaupt nicht. Dieser Haushalt ist denkbar schlecht, und deswegen werden wir ihn ablehnen.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort zu einer Erwiderung hat der Oppositionsführer - der Fraktionsführer der SPD-Fraktion. Nach dem Oppositionsführer darf er nämlich sprechen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ein Blick in die Zukunft, Herr Präsident!)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Vizepräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben natürlich recht, als Oppositionsführer konnte ich das auch besser als Herr Günther. Aber das ist heute nicht meine Rolle, sondern wir sind heute in der guten Situation, über gute Regierungspolitik reden zu können.

Herr Kollege Günther, ich dachte eigentlich, wenn Sie auf den Ministerpräsidenten antworten dürfen, würden Sie einmal darstellen, dass das, was Herr Albig Ihnen mit Ihrer **Gegenfinanzierung** erklärt hat, nicht stimmt. Dazu waren Sie nicht in der Lage, Herr Kollege Günther. Sie haben einräumen müssen, dass die Gegenfinanzierungsvorschläge der Union nichts taugen. Sie haben kein einziges Argument gebracht. Unseriöse Kartenhauspolitik ist das, nichts anderes!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf CDU: Unsinn!)

Wenn Sie sagen, Sie werfen uns gar nicht vor, dass wir mehr ausgeben - das könnten wir ja -, sondern dass wir es falsch ausgeben - das ist ja Ihr Argument: wir geben es falsch aus -, dann ist offenkundig doch das richtig, was wir festgestellt haben: Sie wollen das Geld nicht für gute Arbeit ausgeben.

(Unruhe CDU)

Sie wollen das Geld nicht dafür ausgeben, dass wir unseren Flüchtlingen besser helfen. Sie wollen das Geld nicht dafür ausgeben, dass wir etwas für eine bessere Unterrichtsversorgung ausgeben. Das alles wollen Sie nicht. Deswegen ist es gut, dass Sie gegen den Haushalt stimmen und der Haushalt eine Mehrheit findet durch diese Regierungskoalition mit ihrer guten Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Was den Urwald angeht, den Sie so oft angesprochen haben, so muss ich sagen: Ich habe bei Ihnen nur eine Urwaldökonomie festgestellt, nämlich dass Sie das, was Sie eigentlich finanzieren wollen, so zusammenrechnen, dass Sie immer alles gleichzeitig können, es am Ende aber nicht zusammenpasst. Ich kenne keinen Urwald in Schleswig-Holstein, muss ich Ihnen ehrlich sagen. Das kenne ich eher aus anderen Regionen der Welt. Also, wenn Sie das hier ständig beschreiben, sollten Sie sich vielleicht ein bisschen häufiger außerhalb des Landeshauses aufhalten. Es gibt einen **Naturwald** in Schleswig-Holstein. Aber Urwaldkonzepte gibt es eher anderswo.

(Dr. Ralf Stegner)

Was ich, ehrlich gesagt, selbst unter Ihrem Niveau finde, Herr Kollege Günther, ist das, was Sie eben zur Innenministerkonferenz gesagt haben. Das ist eine Unverschämtheit und Dreistigkeit, die ich zurückweisen möchte. Wenn wir hier Landtagssitzung haben und Ihr Nachbar zur - von mir aus gesehen - Rechten dafür sorgt, dass der Ministerpräsident zum Beispiel nicht an der Ministerpräsidentenkonferenz teilnehmen kann, weil er das Pairing aufgekündigt hat, da er sich über irgendeine Abstimmung geärgert hat, und Sie sich dann hier hinstellen und kritisieren, dass der Innenminister hier auf der Regierungsbank sitzt, ist, finde ich, wirklich dreist. Dann haben Sie noch gesagt, er tut das, weil wir uns nicht trauen würden hinzugehen: Erstens kennen Sie ihn schlecht, und zweitens muss ich sagen, dass das vielleicht bei Ihnen so wäre.

Ich will Ihnen einmal sagen, um was es bei der **Innenministerkonferenz** geht, Herr Kollege Günther. Es geht um den **Winterabschiebestopp**, den wir in Schleswig-Holstein für vier Monate haben. Die Länder dürfen das sechs Monate tun. Wir machen es vier Monate. Wir schicken Menschen nicht in die Kälte zurück, die unserer Hilfe bedürfen. Das können Sie kritisieren. Das können Sie falsch finden. Dagegen können Sie anpolemisieren. Wir machen es trotzdem, weil Humanität für uns das Stichwort ist, unter dem das abgehandelt werden muss, und nicht billiger parteipolitischer Klamauk.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Herr Ministerpräsident war ja sehr vornehm und hat es nur sehr zurückhaltend ausgedrückt. Aber es ist natürlich ein Unding, dass jemand, der Landesvorsitzender der Union ist, dafür sorgt, dass irgendwelche Briefe weiß der Kuckuck wo landen, bei öffentlich-rechtlichen Medienanstalten, aber nicht bei den Adressaten, und dass damit Politik gemacht wird, indem der Eindruck erweckt wird, wir bekämen angeblich Drohbriefe und zornige Briefe des Bundesinnenministers, in denen das kritisiert wird, was Schleswig-Holstein tut, und dass auf diese Weise ein bisschen Medienpolitik gemacht wird. Das ist eine Frechheit, das ist unseriös, und das wird hier auch zurückgewiesen, Herr Kollege Günther.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dann, muss ich ehrlich sagen, Herr Kollege Günther, dachte ich, Sie würden vielleicht das Thema ansprechen, das hier vorhin in mehreren Reden eine Rolle gespielt hat, nämlich das, was hier auf den

Straßen stattfindet, wo Leute versuchen, Ängste zu schüren vor Fremden und Flüchtlingen. Aber beim Thema **Flüchtlingspolitik** fällt Ihnen nichts ein, als a) zu sagen, wir täten nicht genug für die Kommunen, was übrigens gar nicht stimmt - wir tun erheblich mehr, als Sie gemacht haben -, und b) zu kritisieren, dass wir humanitäre Maßstäbe anlegen. Das fällt Ihnen dazu ein, aber nicht, sich gegen die zu wenden, die hier für Intoleranz auf die Straße gehen. Ich verlange von einer konservativen Partei, dass sie sich gegen das wendet, was rechts von ihr passiert. Kein Wort dazu von Ihnen!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Von wegen jung, urban, weiblich, gegen Quote: keine vernünftige Politik für die Jugend und - -

(Zurufe CDU: Na, na!)

Ich wollte Ihnen Gelegenheit geben, sich ein bisschen zu sammeln. - Was Sie tun, ist: Sie marschieren nach rechts. Nicht jung, urban und weiblich, sondern Sie machen Politik von gestern und marschieren nach rechts. Dass ist das, was Sie tun, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Union. Damit werden Sie keinen Erfolg haben, übrigens auch deswegen nicht, weil - das sage ich Ihnen voraus - die Menschen, die eine rechte Politik wollen, gleich die AfD oder andere rechtspopulistische Idioten wählen und nicht die Union wählen müssen. Damit werden Sie keinen Erfolg haben. Sie sollten sich vielmehr mit uns darum kümmern, dass das nicht auf den Straßen stattfindet und dass wir eine humanitäre Politik in Schleswig-Holstein und anderswo bekommen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dann haben Sie gesagt, der Herr **Ministerpräsident** habe einen **Kompromiss** unterlaufen, den wir gemeinschaftlich getragen hätten. Darf ich Sie darauf aufmerksam machen, dass Schleswig-Holstein im Bundesrat gegen die Unterscheidung zwischen sicheren Herkunftsstaaten und anderen Staaten gestimmt hat, weil wir der Meinung sind, dass das keine gute Unterscheidung ist. Insofern war es völlig konsequent, was die Landesregierung gemacht hat. Sie hat auch an diesem Punkt die Unterstützung der Regierungsfractionen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Falsch, Herr Kollege Günther, war übrigens auch das, was Sie zum Thema **BAföG-Umfinanzierung** gesagt haben. Sie müssen ja nicht zuhören. Sie

(Dr. Ralf Stegner)

verstehen es vermutlich sowieso nicht, weil Sie glauben, man könne Hochschulen und Schulen und alles immer gleichzeitig fördern und 1 € zweimal ausgeben. Fakt ist, dass die Länder höchst unterschiedlich mit dem umgehen, was durch die Umfinanzierung in diesem Bereich ausgehandelt worden ist. Bei uns war immer klar, es bleibt im Bildungsbereich. Jeder Euro bleibt im **Bildungsbereich**. Das ist übrigens nicht in allen Ländern so geschehen, um das einmal hinzuzufügen.

Ferner haben wir sehr wohl gesagt: Der **Bedarf** ist im **schulischen Bereich** am stärksten. Da haben wir es hineingesteckt. Zu dieser Entscheidung steht diese Koalition. Sie ist richtig. Machen Sie den Menschen nicht vor, man könne es gleichermaßen an anderer Stelle tun. Sie stellen sich hinter jede Initiative, die für mehr Unterrichtsversorgung ist. Sie stellen sich hinter jede Initiative an der Hochschule und schämen sich nicht für das, was Sie gestern gemacht haben. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir haben die Priorität zugunsten der Schulen bewusst getroffen. Das ist sehr wohl eine richtige Umsetzung dessen, was mit dem Bund verhandelt worden ist, und kein Stück anders.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dann haben Sie gesagt, wir seien nicht dankbar dafür, dass der Bund uns hilft. Da täuschen Sie sich sehr. Wir sind sehr dankbar dafür, dass der Bund ein Mindestlohngesetz beschlossen hat, durch das wir endlich faire Löhne in Deutschland bekommen. Wir sind sehr dankbar dafür, dass der Bund ein vernünftiges Rentenpaket beschlossen hat, das den Menschen den verdienten Lohn für ihre Arbeit gibt. Wir sind sehr dankbar dafür, dass es eine Quote gibt, gegen die Sie sind, durch die Gleichstellung in Deutschland aber endlich ernst genommen wird. Das macht die Bundesregierung, und das unterscheidet die Politik von der, die Sie richtig finden. Das haben wir der Union im Bund abgetrotzt. Hier in Schleswig-Holstein können Sie es nicht blockieren, weil Sie in der Opposition sitzen. Insofern sind wir außerordentlich dankbar für die gute Politik aus dem Bund.

Eines muss man ja sagen: Die Frau Bundeskanzlerin - das hat man ihr ja angemerkt - ärgert sich ein bisschen darüber, dass die Akzente in der Bundesregierung in diesen Fragen von den Sozialdemokraten gesetzt werden und nicht von der Union. Das ist so, weil wir das an den Stellen besser machen. Darüber sind wir nicht traurig. Herr Kollege Günther, wenn Sie das nächste Mal versuchen, auf den

Ministerpräsidenten zu antworten, müssen Sie noch ein bisschen zulegen. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die weiteren Restredezeiten kommen wir jetzt zu den finanzpolitischen Sprechern. Zunächst hat der Herr Abgeordnete Tobias Koch für die CDU-Fraktion das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Leider habe ich nur noch 6 Minuten Redezeit übrig, um den Unsinn klarzustellen, den die Regierungsfaktionen heute in ihren Redebeiträgen hier vorgetragen haben. Der Ministerpräsident war auch nicht besser.

Fangen wir mit ein paar Stichworten an: Konsolidierung, Einhalten der Schuldenbremse. Der Ministerpräsident sagt, durchschnittlich 138 Millionen € haben wir alle gemeinsam in den letzten Jahren bei der **Haushaltskonsolidierung** hinbekommen. Nun erreichen wir 2015 genau die Halbzeit der Schuldenbremse, müssten also das strukturelle Defizit auf 560 Millionen € abgebaut haben. Wir kommen von 1.120 Millionen €. Das haben wir gemeinsam auch erreicht. So weit, so gut. Nur lagen wir 2012 schon bei 630 Millionen €. Wir hatten die Hälfte damals schon fast erreicht. Sie haben in drei Jahren Regierungszeit noch einmal 200 Millionen € - ich sage an dieser Stelle einmal - konsolidiert. Das sind aber nicht 138 Millionen € pro Jahr, Herr Ministerpräsident, das sind lediglich 68 Millionen € pro Jahr. Ihre Regierung ist unterdurchschnittlich in der Arbeit.

(Beifall CDU)

Von wegen stärker und schneller, Herr Stegner, wie Sie es heute Morgen noch verkündet haben! Unterdurchschnittlich ist das, was Sie hier vorlegen können.

Wie haben Sie konsolidiert? Worauf geht Ihr Konsolidierungserfolg zurück, Herr Ministerpräsident?

(Ministerpräsident Torsten Albig: Auf Ihre Leistungen!)

- Auf unsere Leistungen! Wenn Sie das sagen, will ich das nicht bestreiten. - Ich wollte darauf hinaus, dass Sie ausschließlich über die **Zinsausgaben** gespart haben. Wir mussten 2012 noch über 1 Milliarde € an Zinsausgaben einplanen, Sie meinen, jetzt

(Tobias Koch)

mit 785 Millionen € auszukommen. Zusätzlich haben Sie die **Grunderwerbsteuer** erhöht. Das ist Ihr Konsolidierungserfolg.

Dann sagten Sie vorhin, Herr Ministerpräsident, Sie würden wieder einen Haushalt vorlegen, in dem weniger ausgegeben als eingenommen wird. Überlegen Sie einmal kurz: Wenn Sie weniger ausgeben, als Sie einnehmen, dann müsste doch eigentlich ein **Überschuss** herauskommen. Tut es aber nicht. Es sind irgendwie 262 Millionen € **Schulden**, die bei Ihnen herauskommen. Sie legen also keinen Haushalt vor, der weniger ausgibt, als er einnimmt, ganz im Gegenteil.

(Beifall CDU und FDP)

Wie war denn das? Sie sind mit 98 Millionen € neuen Schulden in diese Haushaltsdebatte gestartet. Dann kam die Steuerschätzung, die immer schlechter ausfiel, als bislang gedacht, und Ihnen ist nichts anderes eingefallen, als die Schulden entsprechend zu erhöhen. Dann kamen die Ministerien mit ihren Ausgabewünschen und teilweise auch unabweisbaren Mehrausgaben. Was haben Sie gemacht? Sie haben die Schulden noch weiter erhöht. Sie haben es trotzdem geschafft, selbst diese 10 Millionen € nicht durch Einsparungen im eigenen 10-Milliarden-€-Haushalt zu decken. Diese 10 Millionen €, die bei Ihnen am Ende als Spitze überblieben, haben Sie auf die Neuverschuldung draufgepackt. Dann macht die Finanzministerin noch etwas ganz Tolles. Sie stellt den Regierungsfractionen 13 Millionen € für Mehrausgaben zur Verfügung. Ein solches Spielgeld hätten wir in unserer Regierungszeit auch gerne einmal gehabt.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

13 Millionen! Dann sagen die Regierungsfractionen: Das reicht uns aber nicht. - Sie packen 19 Millionen € noch oben drauf, und auch dafür machen Sie neue Schulden.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Der Haushaltsgesetzgeber ist das Parlament, Herr Kollege!)

- Damit machen Sie auch noch einmal 19 Millionen € mehr Schulden, weil Sie der Haushaltsgesetzgeber sind. Na, Prost Mahlzeit, sage ich da nur.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist kein Konsolidierungshaushalt. Sie konsolidieren gar nicht. Sie profitieren nur von Zinssenkungen. Dieser Haushalt ist ein **Ausgabehaushalt**, bei dem Sie die Ausgaben massiv steigern.

Wir setzen dagegen die **Prioritäten** anders. Wir haben deswegen den Mut zu Umschichtungen und

Ausgabekürzungen. Genau das unterscheidet uns von Ihnen. Wir sind auch bereit, kritische Entscheidungen zu treffen, für die man nicht immer nur Lob bekommt, wenn man auch einmal Kürzungen vornimmt.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Schlechte Entscheidungen, ungerechte!)

Vieles, was Sie uns zu unseren **Deckungsvorschlägen** vorwerfen, war sachlich falsch.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Erklären Sie das einmal!)

Was aber wirklich unanständig war, war der Vorwurf, wir würden bei unseren Deckungsvorschlägen sogar an den Topf gegen Rechtsradikalismus herangehen. Alles, was wir machen - Frau Kollegin von Kalben, konzentrieren Sie sich einen Augenblick -, ist, dass wir die Mittel **gegen Rechtsradikalismus** und für **Salafismusbekämpfung**, die Sie in einen Topf zusammengeworfen haben, und diese Aufgaben sauber voneinander trennen und in unveränderter Höhe in zwei Haushaltstiteln veranschlagen. Das ist alles, was wir gemacht haben.

(Beifall CDU)

Nun will ich Ihnen nicht unterstellen, dass Sie den Vorwurf hier wider besseres Wissen erhoben haben, wir gingen an den Topf für Rechtsradikalismusbekämpfung heran, um unsere Haushaltsvorschläge zu finanzieren. Aber ich denke schon, Sie sollten Ihren Irrtum hier an diesem Podium heute klarstellen. Wir kürzen an dieser Stelle um keinen einzigen Euro.

Meine Damen und Herren, wir setzen Prioritäten anders. Es ist doch abenteuerlich, hier zu sagen, 38 Millionen € bei den **Verwaltungsausgaben** kriegen wir bei einem 10-Milliarden-€-Haushalt, bei einem Anstieg der Verwaltungsausgaben in Ihrer Regierungszeit um 55 Millionen € nicht hin. Da sagen Sie, das kriegen wir nicht hin? Sie waren diejenigen, die 25 % bei der Verwaltung, Personal und Sachausgaben, kürzen wollten. Wann sollte das denn beginnen? Auch erst 2018, oder wann?

(Beifall CDU)

Unser Haushaltsantrag ist ein geschlossenes Konzept. Es ist durchgerechnet. Wir schaffen es damit, die Investitionen auf über 800 Millionen € zu steigern. Wir schaffen es damit, den **Hochschulen** die Hälfte der **BAföG-Millionen** zukommen zu lassen, und wir schaffen es damit, weitere 200 Lehrer einzustellen.

(Tobias Koch)

Es ist doch bemerkenswert, dass Sie Ihren **Infrastrukturbericht** ausgerechnet heute vorlegen. Sie hätten ihn auch ein paar Tage vorher vorlegen können. Dann hätten Sie die Ergebnisse daraus noch im Haushalt berücksichtigen können. Nein, jetzt, heute, legen Sie einen Bericht vor, an dem Tag, an dem wir in der zweiten Lesung den Haushalt beraten, machen in diesem Haushalt aber nichts dafür, um den **Sanierungsstau** abzubauen, und verschieben alles auf 2018 und Folgereregierungen. Das ist Ihre Politik. Wir zeigen einen anderen Weg auf, meine Damen und Herren.

Ich bitte deshalb um Zustimmung zum Antrag der CDU-Fraktion: mehr Geld für Investitionen, mehr Geld für Bildung, weniger neue Schulden und eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung! - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat der finanzpolitische Sprecher Lars Winter das Wort.

Lars Winter [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe nur 2 Minuten, Herr Koch, deswegen muss ich nachher noch mit einem Dreiminutenbeitrag kommen.

Zum Haushaltsentwurf der Landesregierung, den Nachschiebelisten, hat mein Fraktionsvorsitzender schon ausführlich Stellung genommen. Er brauchte auch diese Zeit, weil es so viele gute Taten sind.

Ich möchte kurz zu den **Haushaltsanträgen** der **Opposition** kommen und mich daran ein bisschen abarbeiten, denn - das wurde schon vielfach gesagt, aber eben noch nicht von mir - beim Studium Ihrer Anträge wird deutlich, dass die CDU und die FDP in den letzten zweieinhalb Jahren überhaupt nichts dazugelernt haben.

(Beifall SPD)

Die Wählerinnen und Wähler haben die schwarze gelbe Regierung nicht nur wegen Ihrer Kürzungsarten abgewählt, nein, auch deshalb, weil Sie eine **Vorstellung von Gesellschaft in Schleswig-Holstein** haben, die im letzten oder fast vorletzten Jahrhundert stehengeblieben ist.

Gut an Ihren Anträgen ist, dass sie deutlich machen, wo die Unterschiede zwischen unserer Koalition und Ihren Vorstellungen sind. Wir sagen Gerechtigkeit, Sie sagen Straßen, wir sagen Bürgerbe-

teiligung, Sie sagen Straßen, wir sagen Willkommenskultur, Sie sagen Straßen, wir sagen Bildung, Sie sagen Straßen. Das kann man so fortführen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Da muss man gar nicht groß ins Detail gehen. So schnell lösen sich Ihre großartigen **Gegenfinanzierungen** in Luftschlösser auf. Das haben wir hier schon thematisiert, deswegen muss ich das jetzt überspringen, denn es fängt hier schon an zu blinken.

Zu der **sozialen Ungerechtigkeit**, die wir in Ihren Anträgen wiederfinden, die Ihr Antrag geradezu atmet, kommt noch hinzu, wie wir auch schon gesagt haben: keine Arbeit, kein Mindestlohn, kein Arbeitsschutz, kein Schutz vor Korruption. Sie wollen damit Dumpinglöhnen den Weg bereiten, Sie wollen heimischen Unternehmen keinen gerechten Zugang zu öffentlichen Aufträgen ermöglichen,

(Lachen CDU)

und Sie wollen mit Ihrer Art und Weise die Tarife unterwandern.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Die Entscheidung über den Haushalt für 2015 ist auch eine Richtungsentscheidung. Wir können darauf stolz sein, dass wir in die Richtung gehen, die wir gehen. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Jetzt hat der finanzpolitische Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Abgeordneter Rasmus Andresen, das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

11 Sekunden Redezeit kann aber nicht sein, Herr Präsident.

(Heiterkeit)

Ich wollte gerade meine Fraktionsvorsitzende loben, dass die Aufteilung der Redezeit auch im Vergleich zu anderen Fraktionen ganz gut klappt, und dann sehe ich hier 11 Sekunden.

(Heiterkeit)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Sie haben insgesamt noch 11 Minuten.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Hier stehen aber - ich will nicht kleinlich sein - 10 Minuten. Vielleicht können Sie die eine noch obendrauf geben.

(Heiterkeit)

Vielen Dank.

Lieber Kollege Koch und lieber Kollege Günther, ich glaube, dass Wahrheit bei Ihnen schon eine etwas dehnbare Größe ist. Ich bin nicht ganz so forsch wie die Kollegin Herdejürgen, aber auch aus meiner Sicht hatte sie heute Morgen mit ihrem Zwischenruf nicht nur in diesem Punkt recht, sondern auch mit anderen.

Ich finde, dass wir uns ein bisschen darüber unterhalten müssen, welche Mythen hier im Raum stehen und mit welchen Mythen Sie in dieser Haushaltsdebatte - nicht ganz unerfolgreich; das gestehe ich ein - arbeiten.

Der erste Mythos ist, dass Sie seriös gegenfinanzieren und dass das, was Sie hier gerade zum Besten gegeben haben, Hand und Fuß hat. Ich möchte ein paar Beispiele nennen, dass das nicht so ist.

Sie werfen uns beispielsweise vor, dass wir bei der **Polizei** zu wenig tun. Gleichzeitig - darauf sind Kollegen schon eingegangen - streichen Sie beim Einzelplan 04 die Verwaltungskosten, obwohl Sie im Ausschuss mehrfach erfahren haben - vor zwei Wochen, bevor wir über die Anträge abgestimmt haben -, dass die **Kürzung der Verwaltungskosten** vor allem die Polizei treffen würde. Denn die Steigerungen, die seit 2012 in diesem Bereich bei den Verwaltungskosten gekommen sind, sind vor allem bei der Polizei gekommen. Sie haben dieses Argument immer ausgeblendet. Sie hatten sogar noch Zeit, diesen Punkt in Ihren Anträgen nachzubessern. Das haben Sie nicht getan.

Der andere Punkt, wo Sie nicht ganz ehrlich sind, betrifft das Thema **Erbschaftsteuer**.

(Wortmeldung Tobias Koch [CDU])

Ich möchte diesen Punkt noch erwähnen, weil Sie dazu sicherlich noch eine Frage stellen werden. Bei der Erbschaftsteuer haben Sie die Einnahmeerwartung hochgesetzt. Man kann vieles sagen: ob das realistisch ist, ob Sie das besser wissen, als es die Steuerschätzung einschätzen kann. Man könnte

auch darüber reden, dass bald ein Urteil zur Erbschaftsteuer kommt, dass es Forderungen gibt, sie ganz abzuschaffen. Das will ich alles gar nicht tun. Selbst wenn man annimmt, dass Ihre Einnahmeerwartung richtig ist - was wir nicht tun, weil wir defensiver planen -, müssen Sie eingestehen, dass Sie den Teil, der in den **Länderfinanzausgleich** geht, gar nicht abgeführt haben. Auch das wurde Ihnen im Finanzausschuss deutlich erklärt. Auch da hatten Sie eine Woche lang die Möglichkeit, Ihren Antrag nachzubessern. Sie haben es nicht getan. Sie haben es in der Debatte soeben ausgeblendet.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Andresen, lassen Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Koch zu?

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Tobias Koch [CDU]: Wenn ich früher die Möglichkeit gehabt hätte, hätte ich mich auf eine Anmerkung beschränkt. Jetzt sind es zwei geworden. Erste Anmerkung: Verwaltungsausgaben im Innenministerium.

(Olaf Schulze [SPD]: Weiter weg vom Mikrofon! Dann geht es besser!)

Würden Sie mir zustimmen, dass nur - -

(Zuruf SPD: Noch weiter weg! - Heiterkeit und Beifall SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Er soll aber auch noch zur Frage kommen dürfen.

Tobias Koch [CDU]: Würden Sie mir zustimmen, dass, nur weil Sie behaupten, unsere Kürzung der Verwaltungskosten im Einzelplan 04 wären nur darstellbar, wenn bei der Polizei gekürzt wird, das noch lange nicht bedeutet, dass wir auch bei der Polizei kürzen würden, wenn wir regieren würden?

(Beifall Dr. Axel Bernstein [CDU])

Zweite Anmerkung.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sie können auch noch nachfragen.

(Rasmus Andresen)

Tobias Koch [CDU]: Das tue ich ja gerade.
Ich bin dabei, nachzufragen.

- Ich gehe darauf ein, und dann fragen Sie das Nächste. Aber anders ist es auch in Ordnung.

Präsident Klaus Schlie:

Meine Herren Abgeordneten, vielleicht können wir in ein geregeltes Verfahren kommen. Der Abgeordnete Andresen beantwortet jetzt diese Frage. Wenn Sie dann noch eine zweite Frage stellen wollen, Herr Abgeordneter Koch, melden Sie sich bitte noch einmal.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank, Herr Präsident, genau das war mein Konzept. - Sie haben natürlich insofern recht, als Sie in allen anderen Bereichen bei Verwaltungsausgaben im Innenministerium kürzen können. Sie müssen aber trotzdem zur Kenntnis nehmen, weil Sie damit immer politisch argumentieren, dass die Steigerungen so gravierend waren und dass das etwas ist, was unerhört ist und was auf keinen Fall sein darf, dass Sie sich dann damit auseinandersetzen müssen, was der Grund für die Steigerung ist. Da sage ich Ihnen: Der Grund dafür sind **Mehrausgaben bei der Polizei**. Damit müssen Sie sich auseinandersetzen, und das haben Sie nicht getan.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Damit kritisieren Sie im Endeffekt Ihren Haushaltsansatz, den Sie selber hatten. Denn ohne die Steigerungen bei der Polizei sind Sie auf dem Niveau, das auch Schwarz-Gelb hatte. Das kann man natürlich machen. Aber dann fällt Ihr Argument wie ein Kartenhaus zusammen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich habe eigentlich die zweite Frage zur Erbschaftsteuer erwartet. Vielleicht muss das auch nicht sein.

Es gibt noch weitere Punkte. Eines ist das Thema **Stabilitätsrat**. Sie haben einen Abbaupfad gemeldet, der übrigens nichts damit zu tun hat, wie viel Steuereinnahmen wir haben. Den haben Sie als Regierungskoalition im Bund melden müssen. Sie halten sich jetzt aber keinen Meter mehr an diesen Abbaupfad. Sie kommentieren das einfach mit: Muss man halt einmal schauen, muss man halt noch einmal darüber reden in Berlin. - Das, finde ich, ist auch unehrlich. So einfach kann man es sich bei

den Polizeistellen zum Beispiel nicht machen. Sie gehen ein bisschen von dem weg, was Sie in Ihrer Regierungszeit an Verantwortung übernommen haben. Sie tun jetzt einfach so, als ob das alles keine Rolle mehr spielt. Das hat nämlich mit den Steuereinnahmen überhaupt nichts zu tun. Wenn Sie ehrlich mit sich sind, dann wissen Sie das auch.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir sind bei dem Thema **Steuereinnahmen**. Da kommt immer das Argument: Rekordsteuereinnahmen, noch nie habe das Land so viele Steuereinnahmen gehabt wie zurzeit. - Ja, klar, das ist so. Wir haben auch dieses Jahr wieder Rekordsteuereinnahmen. Ich möchte Sie aber daran erinnern, dass in über 60 Jahren Bundesrepublik 52 Jahre mit Rekordsteuereinnahmen waren und dass in sieben Jahren mit CDU-Regierungsbeteiligung, von 2005 bis 2012, fünf Jahre mit Rekordsteuereinnahmen waren. Das heißt, das, was Sie als großartiges Argument präsentieren und vor alles stellen, trägt insofern nicht, weil die Annahme der Rekordsteuereinnahme fast schon der Regelfall ist, nicht nur bei uns im Land, sondern bundesweit. Auch da sollten Sie Ihre Argumentation ein bisschen ehrlicher machen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Damit hängt auch zusammen - das wissen Sie eigentlich auch; wir sind hier in der finanzpolitischen Runde -, dass man das **Steueraufkommen** viel besser an der **Wirtschaftsleistung** messen kann, an der sogenannten Steuerquote. Wenn man die nimmt, sieht man, dass sie gar nicht so stark gestiegen ist. Ich habe die Bundeszahlen herausgesucht. Sie hat in den letzten fünf, sechs Jahren um die 22,5 % gelegen. Das heißt, wenn es stimmt, was Finanzwissenschaftler als seriöse Annahme für die Messung von Steuereinnahmen nehmen, zieht Ihr Argument auch nicht. Ich würde Sie bitten, das in Ihrer Argumentation ein bisschen stärker zu berücksichtigen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Der nächste Punkt, der von Ihnen gerne gebracht wird, sind die **Bildungsausgaben**. Sie stellen prozentuale Quoten auf und messen das am Gesamthaushalt. Der Herr Kollege Günther hat das heute Morgen getan. Auch dazu möchte ich ein, zwei Sätze sagen. Wir können das beispielhaft am Abbaupfad bei den Lehrerstellen tun. Wir arbeiten mit einem Abbaupfad, den Sie mit beschlossen haben - Sie noch in anderer Ausprägung, hinter dem Sie viel stärker standen als wir. Wir haben in bestimm-

(Rasmus Andresen)

ten Punkten bei den Lehrerstellen, weil uns das so wichtig ist, mit Mitteln nachgesteuert.

(Tobias Koch [CDU]: Haben wir auch!)

Zum Bildungsbereich und zu den Lehrerstellen wird meine Kollegin Erdmann gleich noch etwas sagen. Deswegen konzentriere ich mich auf das Finanzargument in diesem Bereich. - Gleichzeitig bewegen wir uns aber durch die Schuldenbremse in einem Abbaupfad. Von daher ist es natürlich - Sie könnten uns das genauso vorwerfen wie diesen Punkt mit der Bildungsausgabenquote -, dass bei uns weniger Lehrerstellen im System sind als vor fünf Jahren. Das ist definitiv so. Dieses Argument wird so weitergehen. Aber Sie müssen sich in diesem Punkt ehrlich machen und vergleichen, was Sie hier für Haushaltsansätze beantragen und was wir umsetzen. Dann sieht die Bilanz für unsere Koalition wesentlich besser aus.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich kann verstehen, dass Ihnen das nicht gefällt. Wenn man sich Ihre Anträge konkret ansieht, merkt man, dass das ein Kartenhaus ist, das in sich zusammenfällt. Sie sind Weltmeister in Taschenspielertricks, Herr Kollege Koch, aber zum seriösen Umsetzen, zur seriösen Haushaltspolitik reicht es keinen Meter.

Unterhalten wir uns jetzt über den **Bildungsbereich**. Meine Fraktionsvorsitzende hat heute Morgen schon gesagt, warum wir - wie ich finde, zu Recht - sehr stark den Fokus zum einen auf die Kitas gelegt haben und das sicherlich noch weiter tun werden und zum anderen bei den Lehrerstellen nachgebessert haben. Ich finde es unehrlich, wenn man hier steht und sagt, der Bund wollte, dass alles eins zu eins in die Hochschule geht. Nein, der Bund wollte, dass alles eins zu eins in Bildung geht, und das setzen wir um, und das ist auch gut so.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Nichtdestotrotz ist eines offenkundig. So haben auch alle Koalitionskollegen draußen bei der Demonstration gesprochen, auch Ministerin Alheit, was ich hier loben will. Sie hat sich sehr gut dem Dialog gestellt und mit den Studierenden eine konstruktive Debatte gestartet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das ist leider zu anderen Zeiten hier nicht selbstverständlich gewesen. Ich denke nur an Ihren ehemaligen Landesvorsitzenden, Herr de Jager. Man könnte auch weitere nennen.

Gleichwohl ist es so, dass wir bei der Grundfinanzierung noch Luft nach oben haben, ja, dass wir noch mehr für die **Grundfinanzierung der Hochschulen** tun wollen und auch tun werden. Das kann man aber nicht so unseriös machen wie Sie, indem man so tut, als ob man die Erbschaftsteuereinnahmen zu 100 % behalten kann, indem man Vorsorgetitel kürzt und indem man andere Sachen macht. So funktioniert das halt nicht. Wir werden - das kann ich nicht nur für die Grünen sagen, sondern für die ganze Koalition - gemeinsam einen guten Weg für die Hochschulen finden. Auf Ihre Anträge können wir da gut verzichten. Denn seriös sind sie nicht. Ich glaube, dass Sie sich in dieser Debatte ehrlicher machen sollten. Denn das, was Sie in den letzten Jahren an Glaubwürdigkeit im Bildungsbereich verspielt haben, ist ungeheuerlich. Die Studierenden haben Sie vorhin an der Tür nicht mit offenen Armen empfangen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki. Ihre Restzeit beträgt 10 Minuten.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Ich glaube nicht, dass ich 10 Minuten brauchen werde, weil ich mich schon den ganzen Tag frage, was die deutsche Öffentlichkeit, wenn sie die Debatten, die wir hier führen, wahrnimmt, davon halten soll und was der Antrag bedeuten soll, den wir morgen beraten werden, dass wir die Wahlbeteiligung erhöhen wollen, wenn wir nicht in der Sache argumentieren, sondern mit Argumenten kommen wie: „Das eine ist gut, das andere ist unseriös, ist unsolide.“ Gut und Böse sind keine Kategorien, die in der politischen Auseinandersetzung - jedenfalls bei Finanzfragen - eine große Rolle spielen sollten.

(Zurufe)

- Herr Kollege Dr. Stegner, ich weiß das. - Ich fand die Ausführungen des Ministerpräsidenten interessant, der trotz aller Polemik darauf hingewiesen hat, dass nicht nur wir eine **gemeinsame Verantwortung** für dieses Land haben, sondern dass auch die

(Wolfgang Kubicki)

Vorgängerregierung - jedenfalls in Teilen - diese Verantwortung wahrgenommen hat, indem sie beispielsweise den Schuldenabbaupfad beschriftet hat. Das war - glauben Sie mir das - in den Jahren 2010 und 2011 nicht einfacher als gegenwärtig. Wenn Sie davon reden, dass Sie nicht alle Bedarfe befriedigen könnten - das konnte auch die Vorgängerregierung nicht.

Das ist aber nicht der Grund dafür, dass ich mich zu Wort gemeldet habe. Noch einmal: Ich glaube nicht, dass uns diese Kategorien weiterhelfen, Herr Kollege Andresen. Um es an einem Beispiel deutlich zu machen: Wenn Sie davon reden, Finanzierungsvorschläge seien unseriös, kann ich mich daran erinnern, dass Sie Finanzierungsvorschläge der FDP-Fraktion öffentlich für unseriös erklärt haben, als wir gesagt haben, die Gegenfinanzierung resultiere aus verminderten Zinsausgaben. Einige Tage später hat die Finanzministerin mit genau diesen reduzierten Zinsausgaben einen wesentlichen Teil ihrer Nachschiebeliste finanziert.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Erbschaftsteuer!)

- Wir haben mit der Erbschaftsteuer gar nichts zu tun.

(Tobias Koch [CDU]: Doch, einen Punkt gab es bei Ihnen auch! - Weitere Zurufe)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat der Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Noch einmal: Wir haben zur Finanzierung unserer Haushaltsvorschläge nicht die Erbschaftsteuer angehoben. Das wäre auch ziemlich komisch, weil wir nicht wissen, wann jemand stirbt, und weil wir nicht wissen, wann die entsprechenden Beträge eingehen. Ihr dürft nicht darauf hoffen, dass ich frühzeitig versterbe, damit die Haushaltssanierung funktionieren kann. So einfach ist das nicht.

(Unruhe)

Worauf ich eingehen will, ist der ständige Versuch, Menschen, die angesichts des **Flüchtlingsstroms**, der auf uns zukommt, Sorgen und Nöte haben, sofort in die rechtsradikale Ecke zu stellen. Das hilft nicht. Wir müssen Sorgen und Ängste ernst nehmen und uns mit ihnen argumentativ auseinandersetzen. Die 10.000 Menschen, die in Dresden unterwegs waren, waren nicht alle Rechtsradikale. Die Menschen, die in Boostedt Sorgen haben, sind nicht

Rechtsradikale. Wer sie in die rechtsradikale Ecke stellt, schadet dem Ansinnen, das wir alle gemeinsam haben.

Wir müssen uns mit **vorhandenen Ängsten und Sorgen** argumentativ auseinandersetzen. Dazu gehört auch - das will ich betonen -, dass wir akzeptieren müssen, dass die **Belastungssituation** bei der **Polizei** erhöht wird.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich bitte alle, noch einmal dringend darüber nachzudenken, ob es im Hinblick auf das, was mit weiteren Gewalttätigkeiten, mit weiteren Großdemonstrationen und Großveranstaltungen auf uns zukommt, wirklich noch richtig ist, an dem festzuhalten, was 2010 mit Sicherheit richtig war. Nicht nur, dass die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten frustriert sind, was ihren Job angeht - da können wir sie noch so sehr loben -, die Belastung wird weiter zunehmen. Dem müssen wir entgegenwirken, oder wir werden bei einem wesentlichen Teil der Bevölkerung das Verständnis verlieren, dass die Aufnahmebereitschaft ein Teil unserer konzeptionellen Eigenheit ist, dass wir wollen, dass sich Menschen bei uns sicher fühlen können, dass wir wollen, dass Menschen bei uns aufgenommen werden und dass sie eine würdige neue Heimstätte finden. Das hat miteinander zu tun. Das sage ich ganz bewusst.

Wir hatten früher schon einmal eine Debatte - Herr Kollege Stegner wird sich vielleicht daran erinnern -, als Lothar Hay noch Innenminister war und es um die Frage ging, wie wir Rechtsradikale bekämpfen. Wir müssen aufpassen, dass wir die Menschen, die Sorgen haben, nicht in diese Arme treiben. Dazu gehört - wie gesagt - nicht nur, immerzu zu deklamieren, dass wir die Sorgen ernst nehmen, sondern auch etwas dafür zu tun, dass das **subjektive Sicherheitsempfinden** der Menschen befriedigt wird. Sonst werden wir erleben, dass die Bereitschaft, die wir alle in uns tragen und die von der großen Mehrheit der Bevölkerung getragen wird, zur Aufnahme von weiteren Menschen aus anderen Ländern nicht zunehmen, sondern abnehmen wird. Da habe ich eine sehr große Besorgnis.

Bei aller Auseinandersetzung habe ich Verständnis dafür - glauben Sie mir das, Herr Kollege Dr. Stegner -, dass man auf die AfD einschlägt wie nichts Gutes. Das sind tatsächlich - jedenfalls da, wo sie momentan Verantwortung tragen - überwiegend Rechtspopulisten und teilweise sogar Rechtsradikale. Aber zu erklären, man dürfe mit denen nicht reden, und die Union dafür zu diskreditieren, dass man mit denen redet, andererseits aber - das sage

(Wolfgang Kubicki)

ich in allem Ernst - die Hand dafür zu reichen, dass eine Partei den Ministerpräsidenten stellt, die dafür verantwortlich ist, dass auf deutschem Boden Menschen getötet und in Gefängnisse geworfen und Lebensschicksale vernichtet wurden, ist schon ein Stück aus dem Tollhaus.

(Beifall FDP und CDU)

Es gibt - das weiß die SPD aus eigener Erfahrung - totalitäre Ansichten, menschenverachtende Ansichten nicht nur rechts, sondern auch links. Wir als Demokraten müssen totalitäre und menschenverachtende Ansichten auf jeder Seite bekämpfen und dürfen nicht das eine oder andere Auge zumachen.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Kubicki, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Selbstverständlich.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Kubicki, ich würde Sie gern darauf aufmerksam machen, dass die SPD in der DDR verboten gewesen und zwangsvereinigt worden ist und - das gilt für SPD und Grüne - auch nicht an Blockparteien angeknüpft und deren Vermögen, Personal und Organisation übernommen hat, sondern wir eine Neugründung waren. Das unterscheidet uns von anderen Parteien.

In der Tat gibt es in der Linkspartei, für die ich weit davon entfernt bin, Werbung zu machen, wie es sie auch in der Ost-CDU, wie es sie auch in der Ost-FDP und anderswo gibt, Menschen, die Dinge in ihrem Lebenslauf haben, die wir zu kritisieren haben. Das ist alles richtig. Das hat aber überhaupt nichts damit zu tun, dass man mit Rechtspopulisten nicht gemeinsame Sache macht oder sich mit denen irgendwie zusammentut.

Ich werbe hier nicht für die Linkspartei, aber das ist inzwischen eine normale Partei, jedenfalls im Osten, sie sitzt dort im Parlament. Deswegen kann man die Vergleiche in der Form nicht ziehen, und schon gar nicht mit dem Hinweis, Sozialdemokraten wüssten nicht, was ihnen widerfahren sei. Die brauchen da gerade aus den Reihen derer, die

Blockparteiorgänger haben, keine Belehrung.

Wir haben unsere Mitglieder gefragt. Die haben sich dafür entschieden, das so zu machen. Das kann man gut oder schlecht finden. Es ist aber etwas anderes, ob man mit Rechtspopulisten, teilweise auch Neonazis und was man da so alles findet, was sich da jetzt auf der Straße zusammentut, irgendwelche Dinge macht. Herr Mohring hat das in Thüringen getan. Das habe ich kritisiert, und andere haben sich dazu hier gar nicht geäußert.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Herr Kollege Dr. Stegner, ich bestreite dezidiert, dass DIE LINKE eine normale demokratische Partei ist.

(Beifall FDP und CDU)

Ich akzeptiere die Wahlentscheidung der thüringischen Bevölkerung, ich akzeptiere als Demokrat auch die Entscheidung Ihrer Partei, und trotzdem halte ich sie für bedenklich wie mindestens ein Drittel Ihrer Mitglieder im Westen Deutschlands.

Noch einmal: Ich habe nichts dagegen, dass man sich so verhält, weil das der demokratische Prozess ist. DIE LINKE ist nicht verboten, also kann sie sich beteiligen. Aber das ich als Liberaler, dass Sie als Sozialdemokrat, dass viele Sozialdemokraten auch in Schleswig-Holstein ein mulmiges Gefühl dabei haben, dass ausgerechnet die SPD, die unter der SED und den Kommunisten am meisten gelitten hat, jetzt ihre Hand dafür reicht, dass ein Linker Ministerpräsident wird, müssen Sie mir und anderen konzedieren.

(Beifall FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, bisher war es Tradition, dass die finanzpolitischen Sprecher die zweite Runde der Debatte eröffnen. Das war eine gute Tradition. Dann hätten wir uns eine Vielzahl von Redebeiträgen heute Morgen in anderer Form erspart, die wären vielleicht heute Nachmittag gekommen. Auf jeden Fall müssen wir dafür Sorge tragen, dass wir bei den Debatten über die Finanzen unseres Landes zu mehr Sachlichkeit zurückkehren.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sagt der Richtige!)

- Ja, das sagt der Richtige. Denn im Gegensatz zu Ihnen haben wir 2010 bewiesen, als die Grünen und

(Wolfgang Kubicki)

Ihre Finanzministerin noch erklärt haben, es sei unmöglich, dass man einen **Schuldenabbau** beschreiten könne, dass das geht, so schwer es auch war.

Die spannende Frage in den Debatten ist, wofür Geld ausgegeben wird. Wir wollen nichts gegeneinander ausspielen, aber wir müssen doch gucken, wo **Prioritäten** gesetzt werden müssen. Die setzen Sie anders als wir, als ich. Dafür sagen wir aber nicht: „Ihr seid unmoralischer als wir, wir sind die Guten, und ihr seid die Bösen“, sondern wir versuchen zu erklären, was wir für prioritär halten. Zu erklären, wir seien diejenigen, die für gute Löhne, für gute Renten, für gute Menschen arbeiten, und ihr seid diejenigen, die das Elend des Landes wollen, ist einer Debatte über die Finanzen des Landes Schleswig-Holstein unwürdig. Daran wollte ich nur erinnern. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion der PIRATEN hat der Abgeordnete Dr. Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ein Begriff geistert heute in der Haushaltsdebatte durch viele Redebeiträge, und das ist der Begriff der **Investition** und der **Investitionsquote**. Dazu möchte ich gern etwas sagen.

(Unruhe)

Der Herr Ministerpräsident hat in seiner Rede ausgeführt, er würde die Investitionsquote gern steigern. Die CDU fordert in ihrem Antrag, über den wir heute abzustimmen haben, eine höhere Investitionsquote. Die FDP prangert gar - so viel zum Thema Politikstil, Herr Kollege Kubicki - eine „zukunftsvernichtende Politik“ der Landesregierung an und fordert, per Verfassung die Investitionen des Landes pro Jahr um einen Prozentpunkt zu steigern.

Ich will Ihnen sagen, warum von dieser Investitionsbegriffsfixierung nichts zu halten ist und warum das der falsche Weg ist.

(Beifall PIRATEN, Lars Winter [SPD] und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Investitionen sind definiert als Wirtschaftsgüter, die über einen längeren Zeitraum genutzt werden können. Darunter fallen eben auch ganz andere Sachen, als wir uns darunter vorstellen, nämlich Straßen

auszubessern oder Gebäude zu reparieren. Darunter fallen zum Beispiel Grundstückskäufe, der Erwerb von Beteiligungen, Wertpapierkäufe, Eigenkapitalerhöhung, die Vergabe von Darlehen, die Investitionsförderung - das heißt Subventionen - und sogar die Anschaffung von Telefonanlagen, wie sie hier heute beschlossen werden soll. Ich glaube, es liegt auf der Hand, dass all solche Investitionen an dem Sanierungsrückstand, den wir im Land durchaus haben, komplett vorbeigehen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das fordert ja kein Mensch!)

- Herr Kollege Dr. Garg, die Investitionsquote zu steigern, führt uns nicht voran. Es kommt darauf an, was und wie wir es machen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Aber Ihre Vorschläge, die führen uns voran!)

Wenn wir uns allein auf die Investitionsquote fixieren würden, könnte das zum Beispiel dazu führen, dass wir Straßen neu bauen, während aber weiterhin die schon vorhandenen Straßen verrotten. Deswegen ist eine höhere Investitionsquote keineswegs automatisch eine bessere Politik. Was vor allem nicht unter den Investitionsbegriff fällt, sind etwa Ausgaben für Bildung, Ausgaben für Forschung, Lehrergehälter, Lehrer an den Hochschulen. All diese **Zukunftsinvestitionen** dürfen - anders als dieser technischen Abgrenzung zufolge - nicht als Konsum abgetan werden, sondern in einer wissensbasierten Gesellschaft - das ist uns PIRATEN ganz wichtig - sind die Ausgaben für Menschen, für Bildung von ganz herausragender Bedeutung und mindestens genauso wichtig wie Investitionen in Sachkapital.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Was in wirtschaftlicher Hinsicht auch wichtig ist: **Bildungsausgaben** vergrößern auch das **Produktionspotenzial der Unternehmen**. Die Unternehmen sind zunehmend auf gut ausgebildete Arbeitnehmer angewiesen, sie sind also Voraussetzung für die Innovationsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Deswegen ist die reine Forderung nach einer höheren Investitionsquote als Zahl falsch.

Richtig ist, dass es dringend nottut, in die Unterhaltung unserer **Straßen** und auch **Gebäude** auskömmlich zu investieren, sodass wir nicht von Jahr zu Jahr eine Verschlechterung des Zustandes beobachten. Richtig ist aber auch, dass wir, wenn wir diesen **Unterhaltsstau** angehen wollen, nicht noch zusätzlichen Unterhaltsbedarf produzieren dürfen.

(Dr. Patrick Breyer)

Deswegen ist es falsch, so viel in den Neubau von Straßen zu investieren, wenn wir nicht einmal mehr die bestehenden unterhalten können. Deswegen beantragen wir PIRATEN, den Neubau so lange auszusetzen, bis wir überhaupt erst einmal die vorhandenen Straßen instand halten können.

In dem Änderungsantrag der Koalition zum Thema ist zu lesen, dass Sie sich dafür aussprechen, **Investitionen** mit **Schulden** zu finanzieren, soweit das rechtlich im Rahmen der Schuldenbremse möglich ist. Da kann ich nur sagen: Das ist der ganz falsche Weg; denn mit dieser Schuldenpolitik sind früher Investitionen bezahlt worden. Sie ist doch gerade die Ursache dafür, dass uns heute im Haushalt die Spielräume für die erforderlichen Investitionen zum Erhalt unseres Vermögens fehlen, das heißt, gerade diese schuldenfinanzierten Ausgaben engen unsere Investitionsspielräume auf Dauer ein. Nur weil wir hunderte Millionen Euro an Zinsen für Altschulden ausgeben müssen, sind doch unsere Straßen und Gebäude heute in so einem jämmerlichen Zustand. Was könnten wir nicht alles machen, wenn wir diese Schulden nicht aufgenommen hätten? Deswegen: Sie versuchen an dieser Stelle, den Brand mit Benzin zu löschen. Da machen wir nicht mit.

(Beifall PIRATEN und Burkhard Peters
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Unsere Haushaltsanträge zeigen, dass das Prinzip **Instandhaltung vor Neubau** auch ohne zusätzliche Schulden machbar ist. Deswegen wundere ich mich auch sehr, wenn ich im Koalitionsantrag lese, dass die Spielräume auf Landesebene immer enger würden, liege daran, dass es auf Bundesebene keine Mehrheit für Steuererhöhungen gebe.

Die Wahrheit ist doch, dass diese Spielräume, die Sie sich in der Vergangenheit genommen haben, überhaupt nie da gewesen sind. Sie hatten überhaupt nie die finanziellen Spielräume, so viel auszugeben, wie Sie es getan haben. Sie haben mit diesen Verschuldungshaushalten auf Kosten unserer Generation und der Zukunft gelebt, weil Sie eben nicht den Mut hatten, die Bürger auch für das bezahlen zu lassen, was Sie ausgeben, sondern weil Sie es schuldenfinanziert haben. Das ist genau der Fehler gewesen, den wir heute ausbaden müssen und den auch die zukünftigen Generationen ausbaden haben werden.

Wenn ich dann in Ihrem Antrag die Forderung nach einer sozial gerechten, ökologischen Steuerreform lese, dann frage ich mich schon: Wo war denn diese sozial gerechte, ökologische Steuerreform, als Rot-Grün auf Bundesebene an der Regierung war?

Besteht Ihre gerechte Steuerreform darin, dass die Einkommensteuer abgesenkt wurde, dass der Spitzensteuersatz abgesenkt worden ist, dass die Unternehmensteuer so tief

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt erzählt aber auch Opa von früher! - Weitere Zurufe)

abgesenkt wurde wie in keinem anderen EU-Land? In keinem anderen EU-Land sind die Einkommensteuereinnahmen so weit zurückgegangen wie in Deutschland unter Rot-Grün.

(Lars Harms [SSW]: In Luxemburg noch weniger! - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das steht im Antrag der Koalition. Versuchen Sie daher nicht, die Verantwortung für die Aufgaben, die wir hier auf Landesebene haben, abzuschieben, und vor allem bauen Sie nicht unsere Spielräume, die wir jetzt noch haben und die die nächste Generation auch dringend brauchen wird, noch weiter zu, indem Sie die Verschuldung noch weiter erhöhen.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir erkennen durchaus an, dass heute überhaupt nur zwei Bundesländer weniger **Personal** pro Einwohner beschäftigen als Schleswig-Holstein. Wir sehen auch und besonders, dass der Bildungsbereich in Schleswig-Holstein unterfinanziert ist. Wichtig ist auch, dass in den nächsten Jahren die Tilgung der Altschulden ansteht. Deswegen hält die Piratenpartei Schleswig-Holstein durchaus höhere **Einnahmen des Landes** für erforderlich. Wichtig sind aber die sozial gerechte Verteilung der Steuerbelastung und eine zielgerichtete Verwendung der Mehreinnahmen. Nur so können wir auch Akzeptanz der Bürger für moderate Steuererhöhungen bekommen. Da ist wichtig, dass in unserem Wahlprogramm ein Bürgerhaushalt und andere **Instrumente der Bürgerbeteiligung** angestrebt werden, um die Bürger mitreden zu lassen, wie wir die Einnahmen und Ausgaben unseres Landes in Zukunft gestalten wollen. Ich bin mir sicher, Bürgerinnen und Bürger würden an diversen Stellen andere Schwerpunkte setzen. Nehmen Sie allein den Punkt Investitionen und Schuldenabbau: Da hat eine Umfrage im Auftrag des NDR ergeben, dass eine deutliche Mehrheit - 61 % - der Meinung ist, dass größere finanzielle Spielräume eher zum Schuldenabbau benutzt werden sollten und nicht für Investitionen in staatliche Aufgaben.

(Dr. Patrick Breyer)

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN])

- Das passiert nicht. Deswegen glaube ich, dass die **Bürgerinnen und Bürger** einen guten Beitrag zur **Haushaltsaufstellung** leisten können. Wir sehen auch, dass in Staaten mit einer starken direkten Demokratie der Verschuldungsgrad im Schnitt geringer ist als in anderen Staaten, etwa in Kanada oder der Schweiz. Deswegen ist es - so glaube ich - ein Riesenfehler, dass sich uns im Rahmen der Beratungen des Sonderausschusses „Verfassungsreform“ keine einzige Fraktion angeschlossen hat, einen Fehler zu bereinigen, der in der Landesverfassung verankert ist, nämlich dass von Volksentscheiden sämtliche haushaltswirksamen Entscheidungen ausgenommen sind.

(Beifall PIRATEN)

In Schleswig-Holstein sind **Volksentscheide** verboten, die **Finanzfolgen** haben, selbst wenn es die Finanzen des Landes stärken würde. Wenn die Bürger einen Volksentscheid machen wollten, eine Steuer zu erhöhen, ist das bei uns verboten. Das muss man sich einmal vorstellen. Wie absurd ist das denn?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Gott sei Dank!)

- Herr Kollege Dr. Garg, ich sage Ihnen doch: Dort, wo das möglich ist, ist die Verschuldung niedriger. Die Bürger würden eine verantwortungsvollere Finanzpolitik machen.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Davon bin ich überzeugt, und dafür werden wir PIRATEN auch weiter kämpfen.

(Beifall PIRATEN - Zurufe Dr. Heiner Garg [FDP] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch einige Worte zu einem Thema sagen, das uns PIRATEN bei den Haushaltsberatungen ganz wichtig ist, nämlich die **Verbraucherzentrale**. Wir wissen alle, dass die Verbraucherberatung in Schleswig-Holstein eine ganz traurige Entwicklung hinter sich hat. In den letzten zehn Jahren sind trotz ständig steigender Ausgaben für Personalkosten und steigendem Beratungsbedarf die Mittel nie aufgestockt worden. Das Ergebnis ist, dass Anfang diesen Jahres die **Öffnungszeiten** der Beratungsstellen eingeschränkt werden mussten, das heißt, die Beratungsstellen hier in Schleswig-Holstein haben an zwei bis drei Tagen überhaupt nur noch stundenweise geöffnet. Das Ergebnis ist: Wir haben heute so wenig Verbraucherberatung wie noch nie in Schleswig-Holstein. Die Gutachter bescheinigen

der Verbraucherzentrale, dass ihre Existenz gefährdet sei, wenn es weitergeht wie heute.

Jetzt haben wir PIRATEN nicht nur in allen Haushaltsberatungen immer wieder beantragt, dieser Entwicklung Rechnung zu tragen und den Zuschuss zu erhöhen, sondern es ist uns auch gelungen, mit immer wiederkehrenden Anträgen tatsächlich einen Konsens darüber zu erarbeiten, dass die Verbraucherzentrale Ruhe braucht, um sich neu aufzustellen, und die **Finanzierungsdefizite** gedeckt werden müssen.

Deswegen freue ich mich, dass Sie entsprechend unseres Antrags tatsächlich die Mittel der Verbraucherzentrale um 80.000 € erhöhen - mit dem Ziel zu verhindern, wie ich aus Ihren Reihen gehört habe, dass ein noch weiterer Personalabbau und eine noch weitere Einschränkung der Öffnungszeiten im nächsten Jahr stattfinden muss.

Es ist schön, wenn Sie sich bei guten Ideen der PIRATEN so bedienen. Ich sehe im Haushaltsentwurf auch das Thema fahrradfreundliche Kommunen - auch eine Idee von uns - oder Förderung innovativer Radverkehr.

(Zuruf Lars Winter [SPD])

Ich frage mich allerdings - so ist es! -: Ist durch diese 80.000 € wirklich sichergestellt, dass die Beratung in den **Verbraucherzentralen** so aufrechterhalten werden kann? Sie sind nämlich nicht, wie bei uns - es freut mich sehr, dass der Kollege Voß noch etwas dazu sagt -, bei der institutionellen Förderung, sondern bei den Projektmitteln eingestellt. Unbestritten ist aber doch, dass die Verbraucherberatung in der Fläche kein Projekt ist.

(Beifall Uli König [PIRATEN] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Deswegen sagt uns die Verbraucherzentrale selbst, sie bekommt Schwierigkeiten mit den Auflagen, diese Mittel nur projektbezogen für Präventionsarbeit zu verwenden, wenn sie eine Finanzierungsunterdeckung beim Personal hat. Sie warnt: Eine weitere Reduzierung der Öffnungszeiten von bisher vier auf drei Öffnungstage wäre unabdingbar, wenn es nicht gelänge, diese zusätzlichen Mittel zu generieren. Das schrittweise Sterben ginge dann weiter. Deswegen bitte ich Sie zu überdenken, ob Sie nicht unserem Haushaltsantrag zustimmen, der dasselbe Volumen hat, aber die Mittel in die institutionelle Förderung einstellt und so wirklich sicherstellt, dass die Verbraucherberatung, die in Schleswig-Holstein so wichtig ist, erhalten bleiben und gestärkt werden kann. - Vielen Dank.

(Dr. Patrick Breyer)

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für den SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich auf die einzelnen Haushaltstitel beziehungsweise die Äußerungen der einzelnen Kollegen zu einzelnen Bereichen eingehe, will ich erstens die Gelegenheit nutzen und versuchen, vermittelnd tätig zu sein. Der Kollege Kubicki hat sich gerade eben deutlich dazu geäußert, was er davon hält, in irgendeiner Weise mit der LINKEN zusammenzuarbeiten oder gar Regierungen zu bilden. Manchmal ist es von Vorteil, wenn man Friese oder Däne ist. Dann kann man sagen, mit der DDR habe man nichts zu tun gehabt. Ich bin da also relativ unabhängig und sage ganz deutlich - das ist meine persönliche Haltung, die ich aber in der letzten Debatte hier auch schon einmal als Haltung des SSW geäußert habe -: Wenn Einzelpersonen etwas verkehrt gemacht haben, wenn sie sich strafbar gemacht haben, wenn sie etwas Verwerfliches getan haben, gibt es dafür in Deutschland Gerichte. Die haben darüber zu entscheiden. Wenn Einzelpersonen - also Menschen mit einer DDR-Biografie - in irgendeiner Form in ihrem Leben vielleicht einmal Fehler gemacht haben, Fehleinschätzungen unterlegen sind und sich in entsprechender Art und Weise weiterentwickeln, dann ist nicht nur zu akzeptieren, sondern insbesondere zu respektieren, dass die Leute es geschafft haben.

In der letzten Wahlperiode haben wir die **Partei DIE LINKE** hier in diesem Landtag gehabt, demokratisch mit Vertretern gewählt, die hier tätig waren. Wir alle, die wir hier im Landtag tätig waren, haben gemeinsame Anträge mit der LINKEN unterschrieben, auch die FDP, auch die CDU, der SSW, die Grünen und die SPD. Das tat nicht weh. Das waren vielleicht nicht immer alles Menschen, die uns in ihrer politischen Haltung gefielen, aber wenn man sich einig war, konnte man mit diesen demokratischen Vertretern durchaus gemeinsame Politik machen. Vor diesem Hintergrund sollten wir uns nicht gegenseitig etwas vorwerfen, sondern nur den einzelnen Menschen mit seinem Handeln betrachten und nicht unbedingt eine Partei an sich als nicht kompatibel für Zusammenarbeit brandmarken. - Ich glaube, der Kollege Garg will mich etwas fragen oder etwas sagen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Kollege Dr. Garg will Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Sie gestatten das, wie ich Ihrer Bemerkung entnommen habe.

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich möchte eine Zwischenbemerkung machen, weil ich dezidiert anderer Auffassung bin, was die Zusammenarbeit mit Populisten auf der einen wie auf der anderen Seite anbelangt. Ich weise erstens darauf hin, dass mir kein einziger gemeinsamer Antrag - jedenfalls meiner Fraktion - bekannt ist, den wir in der letzten Wahlperiode mit der Fraktion DIE LINKE gestellt hätten. Wir haben damals regiert; es ist also relativ unwahrscheinlich, sehr verehrter Kollege Harms.

Zweitens mache ich darauf aufmerksam, dass ganz andere Parteien in anderen Bundesländern ebenfalls demokratisch in Landtage gewählt wurden, von denen Sie mit Sicherheit nicht behaupten würden, dass man mit ihnen zusammenarbeiten könnte. Ich nehme jedenfalls für mich in Anspruch, dass das für mich für die Partei DIE LINKE ganz genauso gilt.

(Beifall Dr. Axel Bernstein [CDU])

- Lieber Kollege Garg, ich würde gern auf Ihre Stellungnahme antworten.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Wir haben ein Bündnis von CDU, FDP und Linken in Lübeck!)

Lieber Kollege Garg, erstens haben wir in der letzten Wahlperiode interfraktionelle Anträge mit allen sechs damals im Landtag vertretenen Parteien gestellt. Das haben wir gemacht. Der Kollege Vogt nickt. Er weiß das. Er erinnert sich da besser.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist leider so!)

- Das ist leider so, wenn Sie das so formulieren wollen. Aber okay. Wir haben es gemacht. Ich akzeptiere Ihre Haltung. Das ist völlig okay. Die Haltung kann man haben. Man kann dann auch entsprechend einteilen. Wir haben es in der letzten Wahlperiode aber nicht gemacht.

Die Konsequenz der Äußerung des Kollegen Kubicki wäre zweitens gewesen, keinerlei Anträge mit einer solchen Partei zu unterschreiben. Das wäre konsequent gewesen. Dann hätte ich jetzt auch

(Lars Harms)

nichts gesagt. Da wir es alle schon einmal gemacht und gemeinsam mit der LINKEN einen Antrag gestellt haben, finde ich nicht, dass das Argument greifen kann, dass andere in einem anderen Bundesland nicht mit dieser Partei zusammenarbeiten können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Heiner Garg [FDP]: Weil wir einmal einen gemeinsamen Antrag gestellt haben, müssen wir nicht zusammen regieren!)

Nun aber zum eigentlichen Haushalt. Erstens: Der Kollege Kubicki hat eben, was die **Polizei** angeht, deutlich gemacht, dass wir uns darum kümmern müssen, dass die **Arbeitsbelastung** bei der Polizei riesig und steigend ist. Das ist richtig. Wir haben darauf reagiert, indem wir gesagt haben, die Kürzungen beim Personal fallen dort bei Weitem nicht so stark aus wie in dem Restverwaltungskörper. Wir müssen 10 % der Beschäftigtenzahl abbauen. Bei der Polizei werden es um die 3 % sein. Man kann natürlich sagen: Das ist immer noch weniger. Aber da wird schon etwas abgemildert. Man ist auf Bundesebene dabei zu beraten, ob man die Polizei in irgendeiner Weise dahin gehend entlasten kann, dass man zum Beispiel Schwertransporte auch durch Privatunternehmen begleiten lassen kann. Das hätte dann noch Gesetzesänderungen zur Folge, die man umsetzen muss. Ich glaube, da ist man auf dem richtigen Weg.

Herr Kubicki, wir sind uns bei Folgendem einig - das entnehmen wir auch Ihren Anträgen zum Haushalt -: Es geht nicht, dass man, wenn das Personal schon so knapp ist, den Leuten auch noch die Ausstattung wegkürzt. Das geht gar nicht. Das hat die Fraktion der CDU aber gemacht. Ich glaube, wir sind uns einig, dass wir uns gemeinsam darum kümmern müssen, dass wir bei all den Problemen, die wir haben, zumindest dafür sorgen müssen, dass die Polizei vernünftig ausgestattet ist. Zu den anderen notwendigen Maßnahmen für die Polizei hat sich der Ministerpräsident vorhin schon geäußert.

Zweitens: Was die Hochschulen und Schulen angeht, ist es richtig: Die **Bafög-Mittel** gehen voll in die Schulen. Das sage ich auch ganz bewusst. Lieber Kollege Kubicki - auch der Kollege Günther hat das angesprochen -, es ist ein Unterschied in der Politik. Man kann sagen, das finde man gut oder das finde man nicht gut. Das Einzige, das man nicht tun kann, ist, dass man draußen herumläuft und sagt: Wir wollen mehr Lehrerstellen haben, was wir jetzt haben, ist nicht genug. Dann muss man hinausgehen und sagen: Wir hätten es den Hochschulen zu irgendeinem prozentualen Anteil gege-

ben. Das hätte ein Minus bei den Lehrerstellen gegeben, die die Koalition zur Verfügung gestellt hat. Dazu stehen wir.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Unsere Leute sind heute rausgegangen und haben für unsere Politik dagestanden und gesagt: Ja, wir machen das so. Wir meinen es ernst, wie wir das machen. - Ich fände es nur fair, wenn Sie an anderer Stelle, in den Schulen, wenn es Demonstrationen gibt, wenn es Diskussionsrunden in einzelnen Schulen gibt, sagten: Das mit den Lehrerstellen finden wir nicht so prickelnd, wir hätten das Geld lieber in die Hochschulen gegeben. Das wäre zumindest fair.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens: die Landesforsten und der sogenannte Urwald, den es tatsächlich in Schleswig-Holstein gibt. Rein fachlich gesehen sprechen wir von **Naturwaldbildung**. Ich habe es irgendwann schon einmal gesagt - da war ich noch umweltpolitischer Sprecher -, dass neben dem Küstenschutz der Wald eigentlich die größte Naturschutzmaßnahme des Landes Schleswig-Holstein ist. Wald bedeutet nicht nur, dass man den Nutzwald hat, aus dem man den Nutzen komplett aus dem Wald herausziehen will. Das ist eine Maßnahme, die man machen muss. Auch die Landesforste müssen das machen, um Dinge finanzieren zu können.

Allerdings haben unsere Landesforsten - die Betonung liegt auf: Landesforsten - eine soziale Verantwortung. Sie haben etwas zu leisten für dieses Land, nämlich den Zugang zu den Wäldern zu gewähren, die Erholung, wenn man so will. Sie haben aber auch naturschutzrechtlich, naturschutzfachlich etwas zu leisten. Wir versuchen, in diesem Bereich 10 % Naturwald hinzubekommen. Das ist eine Aufgabe, die nur wir als Land leisten können. Wenn wir den gleichen Effekt haben wollten, müssten wir das Geld Privatwaldbesitzern abverlangen. Das wollen wir aber nicht. Die Revolution hier in diesem Hause wäre wahrscheinlich auch riesengroß. Wir sagen, wir machen das gemeinsam mit unseren eigenen Forsten und den Forstbediensteten, die dort tätig sind, im Einklang mit der Natur. Wir entwickeln unsere wirtschaftlichen Bereiche weiter. Ich glaube, so verkehrt ist das nicht. Dafür darf man auch gern den einen oder anderen Euro ausgeben.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Rickers?

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich.

Heiner Rickers [CDU]: Sehr geehrter Herr Kollege Harms, sehen Sie es als verwerflich an, dass man dann, wenn man diese soziale Aufgabe durch die landeseigenen Forsten übernimmt, die Möglichkeit eröffnet, Ausgleichsgelder in Anspruch zu nehmen? Der Zweck wird erfüllt, und gleichzeitig wird bei einer Verschuldung des Landes von 27 Milliarden € noch Geld eingenommen. Was ist daran verwerflich?

- Kollege Rickers, das Argument kann man anführen, darüber kann man reden. Man könnte normal darüber reden, wenn man sich darüber im Ausschuss fachlich unterhalten wollte. Lieber Kollege, das aber geht nicht: Einen Presseartikel zu veröffentlichen, in dem beständig darüber hergezogen wird, was dies für eine Schweinerei sei und dass dort Urwälder geschaffen würden, dass der ganze Naturschutz fürchterlich sei, und am Ende des Artikels in einem Zweizeiler zu sagen: Außerdem hätten wir gern noch diese Flächen als Ausgleichsflächen genutzt. Diese Botschaft ist nicht richtig. Wenn Sie über diese Ausgleichsflächen in anderen Bereichen eine Diskussion führen wollen, dann kann man das gern tun. Man kann aber nicht die Maßnahme an sich, nämlich dass wir mehr Naturwald haben wollen, infrage stellen. Das haben Sie in dem Artikel beispielsweise gemacht. Das ist nicht in Ordnung gewesen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage oder -bemerkung der Frau Abgeordneten Fritzen?

Lars Harms [SSW]:

Selbstverständlich.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lieber Kollege Lars Harms, ich finde es immer gut, wenn man über alles redet. Ich möchte Sie fragen, ob Sie mit mir einer Meinung sind, dass die Logik der Ausgleichsver-

pflichtung so funktioniert: Wenn zum Beispiel durch den Bau einer Straße ein Eingriff geschieht und ein Naturraum zerstört wird, dann muss dieser an anderer Stelle wieder hergerichtet und aufgebaut werden. Wälder, die diese Funktion schon haben und wertvoll sind, können nicht in diesem Sinne weiter aufgewertet werden. Somit kann man so auch keinen Ausgleich und eine Neuschaffung für das, was kaputt gemacht wurde, leisten.

- Es ist mit Sicherheit so, dass solche Maßnahmen flexibel gehandhabt werden können. Ich gebe Ihnen vom Grundsatz her recht, dass man die Eingriffe, die man macht, am besten vor Ort in gleicher Art und Weise ausgleicht. Das ist eigentlich der Grundsatz.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Auf der Straße einen Blumenkübel aufstellen!)

Man kann selbstverständlich flexibel sehen, ob es andere mögliche Maßnahmen gibt. Ich glaube nicht, dass die Maßnahmen in den Landesforsten dazu dienen könnten, in irgendeiner Art und Weise einen Ausgleich zu leisten, weil wir dort schon Wälder haben, die wir nur anders bewirtschaften. Ich glaube aber, dass an einem anderen Ort ein solcher Ausgleich geschaffen werden kann und dass man dies auch tun sollte. Dies wäre jedenfalls meine persönliche Priorität, bevor ich mir Geld auszahlen lassen würde. Sie haben aber natürlich recht. Der Hintergrund Ihrer Frage war wohl die Frage, ob man diese Maßnahmen gegenrechnen kann. Diese Maßnahmen kann man selbstverständlich nicht gegenrechnen, aber man kann über das Thema gern diskutieren. Das wollte ich gegenüber Herrn Rickers deutlich machen. Wir stehen einer Diskussion immer offen gegenüber.

Präsident Klaus Schlie:

Eine weitere Zwischenfrage ist gewünscht.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich würde mich freuen, wenn man diese Diskussion führte, denn ich habe den Eindruck, dass manche an dieser Stelle noch eine ganze Menge zu lernen hätten - Danke.

Lars Harms [SSW]:

Liebe Kollegin, das ist richtig. Das gilt aber nicht für uns und für unsere Fraktion.

(Lachen CDU)

(Lars Harms)

Ich habe glücklicherweise noch knapp 5 Minuten Redezeit, sodass ich noch auf zwei oder drei andere Themen eingehen kann: Es ist mir ganz wichtig, noch einmal deutlich zu machen, dass das **Flüchtlingsthema** für uns eine sehr wichtige Rolle spielt. Es geht darum, die Kommunen zu unterstützen. Das ist übrigens etwas, was wir noch über das FAG hinausgehend tun und durch das wir die Kommunen wie in vielen anderen Bereichen auch unterstützen. Ein Beispiel ist die Betreuung im U-3-Bereich in den Kindergärten. Es geht aber auch darum, dass wir Sammelunterkünfte schaffen. Es geht darum, dass wir DaZ-Lehrer einstellen. Wir reden immer über Integration und darüber, dass uns Rechtspopulisten die Hölle heißmachen. Dabei denken wir nicht darüber nach, was man dagegen tun könnte.

Dagegen hilft nicht nur eine Demonstration, sondern etwas dagegen zu tun, bedeutet insbesondere auch, den Menschen, die zu uns kommen, eine Chance zu geben, sich überhaupt integrieren zu können. Das ist eine Aufgabe, die der Staat hat. Daher müssen wir Geld in die Hand nehmen, um in diesem Bereich eine Leistung zu erbringen, damit Kinder und Jugendliche unsere Sprache und Kultur überhaupt kennenlernen können. Das sind konsumtive Ausgaben, das sind keine Investitionen. Diese Ausgaben für die Einstellung von Lehrern, die Kindern mit Migrationshintergrund Deutsch beibringen, senken die Investitionsquote, so pervers dies auch ist. Das ist so. Trotzdem ist dies eine vernünftige Maßnahme. Ebenso sind Sprachkurse eine vernünftige Maßnahme sowie Projekte, bei denen es darum geht, Ehrenamtler dabei zu unterstützen, Menschen, die zu uns kommen, bei Behördengängen zu unterstützen und dabei, Kontakte in den jeweiligen Orten oder in den Vereinen herzustellen.

All dies unterstützen wir. Formal gesehen sind all dies konsumtive Ausgaben, die die Investitionsquote senken. Trotzdem glaube ich, dass sie richtig sind. Ich sage deutlich: Wir haben einen **Abschiebestopp** erlassen, der letztlich Geld kosten wird, weil die Menschen entsprechende Ansprüche haben und weil wir den Anspruch haben, diese Menschen vernünftig unterzubringen. Dies ist richtig und im Übrigen konsequent, wenn man die Drittstaatenregelung, die vor einigen Monaten angedacht wurde, im Bundesrat ablehnt. Es ist konsequent zu sagen, diese Ablehnung fließt in die eigene Politik ein. Es ist klar, dass wir sagen: Diese Leute bleiben so lange bei uns, bis es wieder warm ist. Das ist ein Gebot der Menschlichkeit.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Ein dritter Punkt: Herr Kollege Kubicki, Sie haben vorhin gesagt, es sei unfair zu sagen, wir seien die Guten und alle anderen seien die Bösen. Sie beziehen sich auf den Begriff der guten Arbeit. Ich will diesen Begriff nicht wieder benutzen. Trotzdem ist es so, dass Leute, die dokumentieren, dass sie keine **Tariftreue** haben wollen, was Sie immer getan haben - das ist eine andere politische Haltung -, und die sagen, die Mittel, die wir den Kommunen dafür als Ausgleich zur Verfügung stellen, streichen wir, weil wir dies nicht wollen, akzeptieren müssen, dass wir sagen: Das ist nicht in Ordnung. Wir wollen den Leuten einen ordentlichen Lohn bezahlen.

Ihr habt das nicht gestrichen, aber dies war in der Diskussion. Ich finde, diese Diskussion muss man ehrlich führen. Man muss dann sagen, die 9,18 €, die wir jetzt mindestens auch für öffentliche Aufträge zahlen, und den Wunsch, den Leuten Tarifentgelte zu bezahlen und nicht unter den Tarifen zu bleiben, lassen wir uns etwas kosten.

In der Tat sind wir davon überzeugt: Gute Arbeit macht Sinn. Gute Arbeit spart letztlich Geld, weil die Leute, die davon profitieren, nicht mehr zum Sozialamt gehen müssen, um sich den Lohn aufstocken zu lassen.

(Vereinzelter Beifall SSW und SPD)

Ein letzter Punkt: Es ist eine Binsenweisheit, dass die **Steuern** steigen und dass wir gleichzeitig den Schuldenabbaupfad einhalten sollen. Wir haben gemeinsam bei einem Defizit von 1,3 Milliarden € angefangen. Dieses sollte bis in das Jahr 2020 auf null reduziert werden. Wenn wir diesen Pfad verfolgen, dann ist es logisch, dass wir die Steuermehreinnahmen nicht für etwas anderes verwenden können. Daher ist es rechnerisch kein Problem, dies nachzuvollziehen. Wir bauen sogar noch einen Puffer ein.

Es ist jedoch erstaunlich: Auch der Kollege Koch hat eben die Kritik, die wir zu den einzelnen großen Positionen genannt haben, nicht widerlegt. Entweder hatte er dazu keine Lust, weil dies zu anstrengend war, oder wir haben recht gehabt. Ich gehe davon aus, dass beides zutrifft. Er hat keine Lust gehabt, und wir haben recht gehabt. Das ist das Problem. Das ist in der Tat der Unterschied zu den anderen beiden Oppositionsfraktionen: Auch wenn ich diese Haushaltsanträge nicht immer teile, nehme ich sie ernst, weil sie gegenfinanziert sind. Die Haushaltsanträge der CDU nehme ich nicht ernst, weil Sie sie nicht gegenfinanziert haben. Das ist das eigentliche Problem, das Sie als Oppositionsfraktion haben. Sie sind nicht in der Lage, das, was Sie gern wollen, gegenzufinanzieren und zu sagen, wo

(Lars Harms)

Sie Ihre Schwerpunkte setzen. Das machen Sie leider nicht. Sie machen Luftbuchungen. Lieber Kollege Koch, das ist zu einfach. Sie sollten eigentlich einen eigenen Anspruch haben, der etwas höher liegt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Wir kommen zu den Kurzbeiträgen. Zunächst hat Herr Abgeordneter Lars Winter das Wort.

Lars Winter [SPD]:

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte vorhin nicht genügend Zeit, um noch einmal auf das kommunale Prüfungsrecht zurückzukommen. Ich bin der Meinung, dass wir hierzu etwas mehr sagen müssen. Das, was hierzu bisher gesagt wurde, muss ich ein wenig widerlegen.

Es war immer die Rede davon, dass das kommunale Prüfungsrecht oder das **Prüfungsrecht des Landesrechnungshofs** in der **Eingliederungshilfe** seit 20 Jahren immer wieder gefordert wurde. Ich weise darauf hin, dass immer gefordert wurde, die Träger zu prüfen. 2005 hat sich der Landtag dazu entschieden, die Eingliederungshilfe zu kommunalisieren. Verantwortlich für die Auszahlung der Eingliederungshilfe und für die Verträge sind also die Kreise und die kreisfreien Städte. Sie sind zuständig. Demnach haben sie auch die Prüfungen, die im Jahr 2013 nach Verhandlungen unserer Sozialministerin Kristin Alheit erstmalig in den Landesvertrag eingeflossen sind, ermöglicht. Sie haben das erste Mal das anlassfreie Prüfungsrecht des Trägers, also der Kreise und kreisfreien Städte, ermöglicht. In den Gesprächen, die wir mit vielen verschiedenen Einrichtungen geführt haben, mit dem Ministerium, dem Landesrechnungshof, dem Landkreistag, der Diakonie, wurde uns überall bestätigt, dass es **Prüfungen** unter anderem der **Kreise** gibt. Vielleicht sind es nicht so viele, wie sich das einige wünschen. Aber es ist Sache des Trägers, seine Prüfungen selbst zu regulieren. Der Kreis Ostholstein zum Beispiel prüft seine Kommunen. Bisher hat er einmal im Jahr eine Kassenprüfung gehabt. Dann hat der Kreis Ostholstein gesagt, das sei aber sehr viel Aufwand, wir sollten das jetzt nur noch alle zwei Jahre prüfen. Das ist Entscheidung des Kreises. Ich höre keinen Widerspruch aus dem Landtag, der gesagt hätte: Jetzt müssen wir da aber noch einmal zusätzlich prüfen, weil ja viel zu wenig geprüft wird.

Oder denken Sie an die Mittel, die wir an die Krankenhäuser geben. Auch der Landesrechnungshof hat dort kein Prüfungsrecht. Auch hier gab es keinen Aufruhr, warum wir das nicht prüfen; denn auch das sind doch Landesmittel. Es wird immer suggeriert, dass es keine Prüfungen gebe. „Blackbox“ hat der Kollege Garg dazu im Ausschuss gesagt. Wir haben zweimal jährlich Belegprüfungen; die Heimaufsicht prüft, Wirtschaftsprüfer der Krankenkassen prüfen, das Finanzamt prüft, die Bundesagentur für Arbeit prüft in unterschiedlicher Weise. Hier wird also geprüft ohne Ende. Und der Landesrechnungshof könnte mit dem Gesetzentwurf, den wir jetzt haben, nur das prüfen, was die Kommunen ohnehin schon prüfen können und tun.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Winter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Lars Winter [SPD]:

Ja, gern.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Herr Kollege Winter, da Sie gerade behauptet haben, kein Mensch wisse, wie die Krankenhausmittel vergeben würden, das würde auch nicht geprüft werden, möchte ich Sie fragen: Wissen Sie denn, wie Krankenhausinvestitionsentscheidungen in Schleswig-Holstein gefällt werden und wer daran beteiligt ist?

- Nein, da sind Sie als ehemaliger Sozialminister mir gegenüber im Vorteil. Das kann ich Ihnen im Detail nicht sagen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Dann sollten Sie solche Behauptungen hier nicht aufstellen!)

- Ich antworte Ihnen, wie ich Ihnen antworten möchte.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Und ich frage, wie ich fragen möchte!)

- Jetzt aber bin ich dran, Herr Kollege.

Es ist also so, ganz egal, wie die Verträge mit den Krankenhäusern sind oder wie die finanzierten Mittel an die Krankenhäuser gehen: Es werden Verträge geschlossen, es werden Vereinbarungen getroffen; trotz alledem kann man ja auch prüfen, wie diese Mittel letztlich verwendet werden. Hier haben wir einen Träger, nämlich die Kreise und die kreisfreien Städte, die Verträge aushandeln, und diese prüfen das auch. Demjenigen, der den Auftrag er-

(Lars Winter)

teilt und die Zuständigkeit hat, obliegt auch die Prüfung. Genau diese Prüfung wird von den zuständigen Stellen durchgeführt.

Dann wollte ich noch kurz etwas zu der Behauptung sagen, wir würden hier unsere Kollegen schützen, weil sie in irgendwelchen Landesverbänden in Verantwortung stünden. Der Kollege Baasch ist Landesvorsitzender der AWO. Die AWO hat drei Einrichtungen, die zu prüfen wären, 70 % sind bei der Diakonie; da spielt die Politik überhaupt keine Rolle. Dankenswerterweise sind auch andere Kollegen in anderen Einrichtungen tätig. Zum Beispiel ist Herr Günther bei der Caritas tätig, oder bei der DRK ist der Exkollege Geerds engagiert. Ich will damit sagen und komme zum Schluss, dass wir dankenswerterweise hauptamtliche Politiker auch in solchen Funktionen haben, in denen sich diese für etwas einsetzen können. Das sollte man deshalb hier im Landtag nicht pauschal einfach so runterbürsten und dabei immer unterstellen, man würde dabei Lobby-Politik machen. - Danke.

(Beifall SPD - Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Rasmus Andresen.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] winkt ab)

- Gut, wollen Sie das nicht wahrnehmen? Sie haben sich vorhin gemeldet. - Nicht. Dann hat jetzt das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag die Frau Abgeordnete Anke Erdmann.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich als Bildungspolitikerin kann sehr gut in den Spiegel schauen. Sie werfen uns vor, dass wir im Bildungsbereich einsparen würden. Ich habe mir jetzt einmal angesehen, was das eigentlich strukturell heißt.

Zum einen streichen wir **Lehrerstellen**. Das ist der alte Personaleinsparpfad. Dabei handelt es sich um ungefähr 165 Stellen, und das entspricht im kommenden Jahr, ab August gerechnet, etwa 4 Millionen €.

Was steht auf der anderen Seite dagegen? 120 Stellen dafür, dass Flüchtlinge zur Schule gehen können, und 2 Millionen €, die in die Betreuung gehen, 13 Millionen € zusätzlich für Schulsozialarbeit, 300 Schulassistenten mehr für unsere Grundschulen. Der Vertretungsfonds wird auf fast 20 Mil-

lionen € aufgestockt. Die freien Schulen bekommen nicht nur 80, sondern sie bekommen 82 %, und erstmals gibt es wieder mehr Förderlehrkräfte, weil wir 50 Förderlehrkräfte mehr eingestellt haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Schon jetzt, meine Damen und Herren, haben wir 500 Stellen mehr im Schulsystem und 45 Millionen € mehr im Bereich Kita, als dies noch im Jahre 2012 von Ihnen geplant war.

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete Erdmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Na klar.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Vielen Dank, Frau Kollegin. - Weil Sie - nicht Sie persönlich, sondern viele Kolleginnen und Kollegen der regierungstragenden Fraktionen - heute Morgen so wenig von Quoten und Prozentzahlen gehalten haben - Sie haben gerade die Prozentzahl für die deutschen Schulen in freier Trägerschaft genannt -, möchte ich Sie fragen: Ist es richtig, dass Sie mit dem nunmehr vorliegenden Haushaltsplanentwurf, den Sie vermutlich beschließen werden, denen insgesamt 4 Millionen € weniger zur Verfügung stellen?

- Nein, wir stellen denen nicht 4 Millionen € weniger zur Verfügung, Herr Garg, sondern es wird das nachvollzogen, was sowohl Ihnen als auch uns aufgefallen ist, dass nämlich die Soll- und die Ist-Zahlen extrem weit auseinandergeklafft haben. Das haben Sie im Finanzausschuss zu Recht angesprochen, und insoweit ist nachkorrigiert worden.

Aber wenn wir gerade beim Thema **freie Schulen** sind, dann möchte ich auch in Ihre Richtung Folgendes bemerken: Wenn Sie die Sätze für die beruflichen Schulen erhöhen wollen, dann wäre es auch sinnvoll, wenn Sie dies in Ihren Haushaltsanträgen abbilden würden. Sie haben das nämlich nur für die allgemeinbildenden Schulen getan. Aber dies nur am Rande.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schon jetzt also haben wir 500 Stellen mehr im System. Daniel Günther, ich war heute Morgen durchaus verwundert, als Sie von 400 zusätzlichen

(Anke Erdmann)

Lehrerstellen sprachen. Erstens werden wir immer wieder zu Recht darauf hingewiesen, dass es gar nicht zusätzliche Stellen sind, sondern dass es ein Anstemmen gegen den Stelleneinsparplan ist, und zweitens von den 400 Stellen, von denen Sie sprachen, können Sie ja nur 200 Stellen für sich in Anspruch nehmen. Mit anderen Worten: Sie haben unsere gleich mitgerechnet.

Da wir bei dem Thema BAföG sind, ist eines heute besonders interessant. Ich kann nur an Folgendes erinnern: Sie hatten im letzten Sommer gesagt, einmal 400 Lehrerstellen müsse reichen. Wir aber sind schon jetzt bei 428 Stellen mehr aus den BAföG-Mitteln. Eigentlich müsste Ihnen schon dies zu weit gehen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Frau Abgeordnete Marlies Fritzen.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich mich zu dem Problem der **Landesforsten** äußern wollte und zu dem Vorwurf, wir würden hier Volksvermögen vernichten.

Erstens. Herr Hamerich, Sie sind selber im Verwaltungsrat der Landesforsten und wissen, dass diese nach Handelsrecht dazu verpflichtet sind, den Werteverzehr in ihrer Bilanz auszuweisen. Darum geht es und nicht um Ausverkauf. Die vielleicht 10 Millionen €, die da zu Buche schlagen, bedeuten 2 % des Eigenkapitals von insgesamt 500 Millionen €. Der Verlust, von dem Sie sprechen, ist ein rein bilanzieller. Man könnte auch sagen, das ist das, was Sie mit Bildungsinvestitionen immer als Nichtinvestition anrechnen wollten nach dem Motto: Beton und Straße sind Investitionen, Bildung ist keine. Das ungefähr ist die Logik, mit der Sie hier arbeiten.

Zweitens wollte ich Sie daran erinnern, dass im Jahre 2006 die CDU-geführte Landesregierung diesen Landeswald verkaufen wollte, und zwar - und das nenne ich Vernichtung von Volksvermögen - für einen einmaligen Verkaufsgewinn. Sie wollten den kompletten Landeswald privatisieren und kommen jetzt mit diesem wirklich dreisten Vorwurf, wir würden hier Volksvermögen vernichten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Bäume, die nicht geschlagen werden, sind ja nicht vernichtete Bäume, sondern das sind Bäume, die weiterhin vorhanden sind, die wir unbedingt brauchen, um Boden, Klima und Wasser zu schützen, die wir unbedingt brauchen, um die von der CDU-geführten Bundesregierung festgelegten Biodiversitätsstrategieziele von 10 % Naturwald im öffentlichen Wald zu erreichen. Schleswig-Holstein hat die Forderung der Bundesregierung an dieser Stelle erfüllt.

Noch einmal: Wir zahlen aus dem Landeshaushalt für diese Gemeinwohlleistung - auch das, Herr Hamerich, wissen Sie - 1 Million € jährlich seit 2007 in den Haushalt der Landesforsten für **Gemeinwohlleistungen**, wie zum Beispiel Flächenstilllegung im Sinne von Naturwaldnutzung.

Nun wird gesagt, wir sollten diese Flächen zurückkaufen. Liebe Leute, wie bescheuert ist das denn? Das ist nicht nur peinlich, das ist richtig bescheuert! 2007 haben wir diesen Landeswald, der dem Land gehörte, den Landesforsten quasi geschenkt. Die haben eine andere Organisationsstruktur als Körperschaft des öffentlichen Rechts. Das kann man sinnvoll finden; an vielen Stellen ist es das vielleicht auch gewesen. Aber wir haben Landesvermögen dahin transferiert.

Wenn wir jetzt die Nullnutzungsflächen, diese Naturwälder, die wir brauchen, zurückkaufen wollen, wie wir es gerade gehört haben, kaufen wir unser eigenes Vermögen zurück. Wie blöd ist das? Das ist linke Tasche, rechte Tasche.

(Lars Harms [SSW]: Das ist linke Tasche!)

Das sind Taschenspielertricks. Das hat mit redlicher Haushaltsführung aber auch gar nichts zu tun.

Herr Hamerich, wenn Sie nicht endlich begreifen, dass ökologische Werte, der Schutz von Boden, Wasser und Klima angesichts der Situation, in der wir sind, auch ein Vermögen sind und das Gesamtvermögen unterm Strich für die Gemeinwohlbelange eher mehren, haben Sie immer noch nicht begriffen, in welchen Zeiten wir leben.

(Lebhafter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich würde es für angemessener halten, wenn wir Wörter wie „bescheuert“ und „blöd“ aus unseren Redebeiträgen

(Präsident Klaus Schlie)

entfernen würden. - Das Wort für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich verspreche Ihnen, dass ich sehr lieb sein und keine bösen Worte verwenden werde.

Ich habe mir tatsächlich noch einmal die **Landesstraßen** angeschaut. Es ist ganz interessant: 15 Jahre lang haben wir die Landesstraßen mit ungefähr 395 Millionen € finanziert. Das waren im Jahr durchschnittlich etwa 24,6 Millionen €. Es gab unterschiedliche Regierungen in diesen Jahren.

Interessanterweise gab es dabei Jahre, in denen wirklich wenig investiert worden ist, also um die 17 Millionen €. Das war ein Jahr unter Rot-Grün, nämlich das Jahr 2002 unter Minister Rohwer. Ich komme aber auch gleich noch zu den anderen Jahren.

Es gab aber auch Ausreißer. 2007 wurden unter Minister Austermann immerhin 33,3 Millionen € ausgegeben. Das war der Spitzenreiter. Der Betrag ist im Jahr darauf auf 23 Millionen € gesunken.

Ich schaue mir jetzt die Hitliste an. Regierungen, an denen SPD und Grüne beteiligt waren, haben ungefähr 23,6 Millionen jährlich für die Landesstraßen ausgegeben. Die Große Koalition von SPD und CDU verausgabte 27 Millionen € im Durchschnitt pro Jahr. Die CDU-FDP-Koalition - sie hat nur drei Jahre regiert - gab 23,3 Millionen € aus. Die Koalition von SPD, Grünen und SSW liegt in der Halbzweijahresbilanz nach jetzt zweieinhalb Jahren bei 25 Millionen €.

Ich schaue mir den Spitzenreiter an. Im Moment liegt die Große Koalition vorne. Dann kommt Rot-Grün. Dann kommt Rot-Grün-Blau. Dann kommt Rot-Grün. An letzter Stelle steht die Koalition von CDU und FDP.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sensationell!)

Wenn man sich das anschaut, wird man feststellen, dass tatsächlich in diesen Kosten - -

(Zurufe)

- Die rote Laterne ist damit zu begründen, dass wir jetzt in der Halbzeit bei 25 Millionen € liegen. Für 2016 und 2017 haben wir - das haben wir bis jetzt noch gar nicht besprochen - im Sondervermögen 38,4 Millionen € eingestellt. Das heißt: Die Ausgaben dieser rot-grün-blauen Landesregierung werden

wahrscheinlich die Ausgaben der Großen Koalition in Höhe von 27 Millionen € im Durchschnitt deutlich überragen. Wenn man das ganz nüchtern betrachtet, heißt das: Bisher haben alle Landesregierungen das Geld in dieser durchschnittlichen Höhe ausgegeben.

(Zuruf Torge Schmidt [PIRATEN])

Aber in den Landtagswahljahren - auch das ist interessant - 2000, 2005, 2009 und 2012 wurde das meiste Geld ausgegeben.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Tietze, gestatten Sie eine Zwischenfrage beziehungsweise -bemerkung des Abgeordneten Christopher Vogt?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, bitte.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, lieber Kollege Dr. Tietze. - Wir sind beim Thema „Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit“. Daher möchte ich Sie fragen, ob Sie auch die jährlichen 7 Millionen € für den Landesverkehrswegeplan, die auch in die Landesstraßen investiert wurden, berücksichtigt haben oder ob Sie diese bei Ihrer interessanten Berechnung ausgeklammert haben?

- Hierin sind jetzt reine Investitionskosten für Altbauten, also für Deckenerneuerungen, und für Neubauten eingeflossen.

(Lachen Dr. Heiner Garg [FDP])

Dass ist sozusagen eins zu eins das, was an Kilometern Landesstraße gebaut worden ist.

(Lars Harms [SSW]: Teer!)

- Das ist in Teer oder in Beton gerechnet. Ich habe keine anderen Kosten aufgerechnet. Hierbei geht es wirklich um einen Kilometer Straße.

Präsident Klaus Schlie:

Gestatten Sie eine weitere Frage des Abgeordneten Vogt?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, bitte.

(Dr. Andreas Tietze)

Christopher Vogt [FDP]: Ich glaube, dass wir aneinander vorbeireden - oder Sie an mir. Ich habe keine Ahnung.

Es gab den Landesverkehrswegeplan. Er wies jährlich 7 Millionen € in den Jahren 2011 und 2012, also insgesamt 14 Millionen €, aus. Bei Ihrer Regierungsübernahme hat die Landesregierung als Erstes das wieder herausgestrichen. Das Geld war zum Beispiel für Brückenerneuerung, Brückenersetzungen und solche Sachen vorgesehen. Die Mittel sind auch ins Landesstraßennetz geflossen. Wenn Sie redlich argumentieren wollen, müssten Sie diese auf die jährlichen Zuschüsse aufschlagen. Deswegen würden wir deutlich höher bei den Mitteln liegen als bei den Mitteln, die Sie vorgesehen haben. Ich wollte Sie nur auf den kleinen Fauxpas, den Sie sich geleistet haben, hinweisen.

(Beifall FDP)

- Vielleicht können wir mit Blick auf die Statistik noch einmal nachrechnen. Aber Fakt ist: Sie haben 2010 18,4 Millionen € für die Landesstraßen ausgegeben. Das war noch nicht das Jahr, das Sie angesprochen haben. 2011 haben Sie 18,3 Millionen € ausgegeben. Das waren die niedrigen Zahlen. Als Sie die Regierung übernommen haben, waren es noch 28 Millionen €. In der Tat waren es 2012 dann 30,3 Millionen €.

In den Jahren, in denen Sie nicht in Übergangszeiten waren, sondern in denen Sie wirklich regiert und Straßen gebaut haben, sind Sie tatsächlich mit 18,4 Millionen € im Jahr auf Platz 13 und 14 gelandet. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Zur Berechnung der CDU in Höhe von 800 Kilometern muss man Folgendes sagen: Lieber Herr Koch, das sind 800 Millionen €. Ein Kilometer kostet ungefähr 1 Million € bei Landesstraßen. Wenn man sich das anschaut, frage ich mich, wie groß Sie tatsächlich in einem einzigen Jahr - ich habe alle durchschnittlichen Summen genannt, nämlich 24,6 Millionen € jährlich aus 15 Jahren -

(Tobias Koch [CDU]: Zehn Jahre!)

Sie wollen diese Summe verdreifachen.

(Tobias Koch [CDU]: Um das in zehn Jahren aufzuholen!)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Tietze, schauen Sie bitte einmal auf Ihre Uhr.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das zeigt, wie unrealistisch Ihre Forderungen sind. Sonst hätten Sie in den Jahren, in denen Sie regiert haben - 30,3 Millionen € waren unter Herrn Austermann der Höchststand -, dies alles machen können. Sie haben es nicht gemacht. Deshalb sind Ihre Vorschläge reine Luftbuchungen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Uli König.

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Beitrag des Kollegen Andresen hat mich dazu bewogen, Stellung zu nehmen. Er hat vorhin behauptet, dass die **BAföG-Millionen**, die wir vom Bund bekommen haben, für Bildung und nicht speziell für die **Hochschulen** seien. Dazu würde ich gern aus dem „Hamburger Abendblatt“ vom 3. November 2014 zitieren:

„In den Verhandlungen mit den Ländern habe der Bund sehr deutlich Wert darauf gelegt, dass das Geld insbesondere für die Hochschulen bestimmt sei.“

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sagt wer?)

„sagte Merkel am Montag in Greifswald.“

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Aha!)

Ich war bei den Verhandlungen zwischen Bund und Ländern leider nicht dabei. Das ist leider nicht das Vorrecht der Opposition, aber ich habe den Eindruck, dass die BAföG-Millionen doch für die Hochschule bestimmt waren.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Herr Andresen, Sie deuten sich hier die Wahrheit zurecht.

(Anita Klahn [FDP]: Genau!)

Ich möchte Sie bitten, bei der Wahrheit an dieser Stelle zu bleiben. Die Hochschulen brauchen die BAföG-Millionen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter König, gestatten Sie eine Zwischenfrage beziehungsweise -bemerkung des Abgeordneten Dr. Stegner?

Uli König [PIRATEN]:

Ich hoffe, er war dabei. - Ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Nein, ich war nicht dabei, als Frau Merkel das „Hamburger Abendblatt“ besucht hat. Normalerweise nimmt sie mich nicht mit. Darauf lege ich auch keinen Wert.

Frau Merkel hat vielmehr - das ist legitim - die Position ihrer Wissenschaftsministerin, Frau Wanka, unterstützt. Aber verhandelt wurde zwischen Bund und Ländern darüber, dass die Mittel im Bildungsbereich bleiben. Schleswig-Holstein tut dies. Das ist Fakt.

Insofern empfehle ich Ihnen, obwohl das „Hamburger Abendblatt“ eine hervorragende Zeitung ist, noch andere Quellen, wenn Sie den Vorwurf des Kollegen Andresen zurückweisen wollen. Das ist Ihnen nicht gelungen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Flemming Meyer [SSW])

- Der Ministerpräsident behauptet gerade, die Mittel seien doch für Bildung. Ich kann mir nur die Quellen durchsehen, die ich habe. Frau Merkel sagt jetzt, es sei für die Hochschulen bestimmt. Der Ministerpräsident sagt, es sei für die Bildung da. Das ist ja sehr interessant.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Das ist etwas anderes?)

Vielleicht sollten wir Frau Merkel einmal in den Bildungsausschuss laden. Vielleicht möchte sie dazu etwas sagen.

Fakt ist auf jeden Fall: Wir haben gerade über 2.500 Studenten vorm Eingang stehen gehabt. Sie sind der Meinung, dass die Hochschulen zumindest einen Teil dieser BAföG-Millionen brauchen. Die Opposition setzt sich geschlossen dafür ein, dass die BAföG-Millionen zumindest zur Hälfte an die Hochschulen fließen. Wir haben Vorschläge gemacht, wie man das gegenfinanzieren kann. Sie haben uns vorgeworfen, wir würden die Schulen und die Hochschulen gegeneinander ausspielen. Das stimmt nicht. Wir haben Vorschläge gemacht, wie man das gegenfinanzieren kann. Diese Vorschläge sind auch seriös.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Gut!)

Wir haben in Schleswig-Holstein das Problem, dass wir hier keine Studiengebühren hatten, auch wenn ich ein großer Verfechter - -

(Zurufe)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, können wir uns darauf verständigen, dass der Abgeordnete König das Wort hat?

Uli König [PIRATEN]:

Wir hatten in Schleswig-Holstein nie Studiengebühren. Ich bin ein großer Gegner von Studiengebühren. Aber es fällt uns an dieser Stelle auf die Füße; denn die Länder, die die Studiengebühren wieder abgeschafft haben, haben den Hochschulen die Einnahmen, die ihnen dadurch entgangen sind, ersetzt und sie damit besser finanziert. Es gab mehrere Runden, in denen die Hochschulen in anderen Ländern besser finanziert wurden und in Schleswig-Holstein nichts passiert ist. Daher sind die Hochschulen in Schleswig-Holstein unterfinanziert, und deswegen müssen wir an dieser Stelle etwas für die Hochschulen tun.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt CDU und FDP)

Das geht mittlerweile so weit, dass die Hochschulen nicht einmal mehr in der Lage sind, mehr Drittmittel zu akquirieren, weil sie ihren Eigenanteil an den Drittmitteln nicht mehr stemmen können. Sie sind durch die Zufinanzierung bei den Drittmitteln mittlerweile bei einer so hohen Auslastung ihrer Grundmittel, dass sie das nicht mehr hinbekommen. Wir müssen die **Grundfinanzierung der Hochschulen** stärken. Hinzu kommt, dass man mit Drittmitteln keine Lehre machen kann. Damit kann man Forschung machen. Wenn Sie die Lehre hier in Schleswig-Holstein halbwegs ordentlich machen wollen, dann müssen Sie die Grundfinanzierung stärken. Dafür sind diese BAföG-Millionen das perfekte Mittel, um unsere Hochschulen konstant und verlässlich zu finanzieren.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Uli König [PIRATEN]:

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Bernd Voß.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich zu Wort gemeldet, einmal um eine frohe Botschaft zu verkünden. Es ist ja sehr positiv, dass, ich glaube, alle Fraktionen im kommenden Jahr den Bereich der **Verbraucherzentrale** mit round about 80.000 € absichern wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Mich ärgert aber, dass die PIRATEN hier ständig als Helden und Retter der Verbraucherzentrale auftreten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, Sie reden die Verbraucherzentrale, die Verbraucherarbeit hier im Land, so wie Sie es immer wieder darstellen, schlicht und einfach gegen die Wand. Da sollten Sie einmal ein bisschen einen anderen Ton an den Tag legen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Voß, gestatten Sie eine Zwischenfrage, -bemerkung des Abgeordneten König?

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, an dieser Stelle nicht.

Zum anderen möchte ich, um noch einmal die Verbraucherarbeit dieser Regierung zurechtzurücken, darauf hinweisen, dass diese Landesregierung im Bereich der Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung endlich die Abwrackarbeit der vergangenen Landesregierung ausgeglichen hat. Wir sind jetzt endlich wieder auf dem Stand, auf dem wir 2008 waren, was die Zuschüsse für das **Landeslabor** angeht, um nur diesen Punkt aufzuführen. Wir werden neben konzeptionellen Änderungen hier in den nächsten Jahren weiter hineingehen.

Der nächste Bereich, der seit einigen Monaten und auch im kommenden Haushalt mehr in die Verbraucherarbeit Eingang findet, ist der Bereich der Energieberatung. Die Kollegen von der CDU wollten das ja komplett streichen. Ich denke, es ist gut und sinnvoll, dass Geld dafür aus dem MELUR an die Verbraucherzentrale geht.

Jetzt zur Verbraucherzentrale. Die Verbraucherzentrale hat eine Strukturanalyse durchlaufen, die wir letztlich alle mitgetragen haben und die wir auch ein Stück weit, soweit wir da waren, in der Verbraucherzentrale begleitet haben. Diese ist jetzt fertig. Herr Kollege Breyer, Sie mussten ja immer ganz aufgeregt vorwegrennen und schon irgendwelche Mutmaßungen nach draußen tragen. Wir sind jetzt dabei, ein Strukturentwicklungskonzept zu erstellen. Dabei geht es insbesondere um die Fragen: Welche institutionelle Förderung ist erforderlich? Welche Projektmittel werden weiter fließen? Dabei muss aber auch irgendwo herauskommen, mit welcher Dynamik neue Fragen in der Verbraucherarbeit bearbeitet werden können. Es geht aber auch um - ich nenne es einmal - Arbeitsplatzkontinuität. Ich glaube, das ist in der Verbraucherzentrale sehr wichtig.

In all diesen Dingen sind wir auf dem Weg, ich glaube, auf einem guten Weg. Die Mittel, die hier von den Regierungsfractionen beziehungsweise vorher über die Nachschiebeliste eingestellt worden sind, haben einfach die Funktion, dass die Verbraucherzentrale über das kommende Jahr hinwegkommt, dass dort keine Kündigungen erforderlich sind und dass wir auf einen guten, neuen Weg kommen. In dem Sinne sind diese Mittel angedacht. Daher ist es einfach gaga, hier irgendetwas anderes darzustellen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Voß, gestatten Sie - -

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, an dieser Stelle nicht. - Ich möchte Sie zum Schluss wirklich bitten, damit aufzuhören, die Verbraucherzentrale in Grus und Mus zu reden, sich endlich konstruktiv in diesen Prozess mit einzubringen und nach vorne zu gehen. Ich glaube, dann werden wir in einem Jahr beim Thema Verbraucherarbeit erheblich erfolgreicher dastehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Besuchertribüne Mitglieder der Abendvolkshochschule Leck und Mitglieder des SPD-Ortsvereins Bordesholm. - Seien Sie uns herz-

(Präsident Klaus Schlie)

lich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Simone Lange.

Simone Lange [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe einmal gelernt: Loben motiviert. Deshalb möchte ich an dieser Stelle den Ministerpräsidenten ganz ausdrücklich für seine Rede zum Haushalt 2015 loben und ihn motivieren, mit seiner Mannschaft auch im nächsten Jahr genauso weiterzumachen. Das war es mir jetzt noch einmal wert.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich möchte mit dem Lob durchaus fortfahren; denn besonders bemerkenswert fand ich auch den Beitrag unseres Alterspräsidenten Wolfgang Kubicki, der als Fraktionsvorsitzender der FDP hier heute eigentlich nicht mehr zu sagen hatte, als dass wir doch sachlich argumentieren sollten. Das kam mir vorhin so in den Sinn: Dafür hätte er hier gar nicht nach vorne kommen müssen. Wenn er sich dafür heute Morgen um 10 Uhr ein wenig nach rechts gedreht hätte, hätte das vielleicht geholfen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich musste bedauerlicherweise die ganze Zeit Ihren Fraktionsvorsitzenden angucken!)

Auch ich möchte gerne einen Beitrag zur Sachlichkeit leisten; denn wir mussten uns heute Morgen mit lautem Gebrüll anhören - im Übrigen hat meine Mutter immer gesagt: wer brüllt, hat unrecht -, dass der Bereich der **Landespolizei** der Einzige sei, in dem wir einsparen würden. Zurück zur Sachlichkeit. In der Debatte um den Haushalt 2015 möchte ich heute feststellen, dass wir im nächsten Jahr 1,5 Millionen € mehr für die Erschwerniszulagen bei der Landespolizei und 100.000 € mehr für die Erfüllung von Schmerzensgeldansprüchen ausgeben und dass wir zusätzlich zu den 940.000 €, die wir im letzten Jahr für das Landeslabor des LKA an Investitionsmitteln freigemacht haben, 230.000 € drauflegen. Ich habe jetzt drei Bereiche genannt.

Der Landtagspräsident hat die Kollegin heute Morgen gerügt, weil sie „Lüge“ dazwischengerufen hat. Es ist ja nun einmal in der Geschäftsordnung festgelegt, dass der Begriff unparlamentarisch ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein, in der Geschäftsordnung steht das nicht! - Weiterer Zuruf)

- Entschuldigung, gerügt hat er das nicht. - Ich finde es extrem unparlamentarisch, wenn man von der Wahrheit so weit weg ist und nichts weiter hat als so eine Luftnummer an Argumentationen. Das hilft überhaupt niemandem in diesem Land. Sie entzaubern sich sowieso relativ schnell, heute noch vor 18 Uhr. Ich finde es einfach nur schade. Ich hoffe, dass wir in Zukunft tatsächlich unserem Alterspräsidenten mehr Gehör schenken und bei der Sachlichkeit bleiben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir mussten uns hier heute wechselseitig den Vorwurf gefallen lassen, entweder sei unser Haushaltsantrag eine reine Luftnummer, ein reiner Taschenspielertrick oder es handele sich um unverantwortliche Ausgabenkürzungen. Sie müssen sich einmal überlegen, welchen Kritikpunkt Sie vorbringen wollen.

(Zuruf: Beide!)

- Ja, im Zweifelsfall immer alles, und das ist dann seriös, genau.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Koch, gestatten Sie eine Zwischenfrage, -bemerkung des Abgeordneten Dr. Stegner?

Tobias Koch [CDU]:

Das erweitert meine Redezeit. Ja, sehr gerne.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Koch, bei Ihnen trifft in der Tat beides zu. Das, was Sie an Kürzungen vorgeschlagen haben, war unverantwortlich, weil unsozial, und das, was Sie jetzt vorschlagen, ist nicht vernünftig finanziert und damit unsolid. Also, erst das Erste, dann das Zweite; Sie können beides.

(Tobias Koch)

- Ich dachte mir, dass Sie das jetzt sagen würden. Zu den Belegen, die Sie und Ihre Fraktionskollegen für die Luftnummer angeführt haben, möchte ich Sie darauf aufmerksam machen: Sowohl das Auflösen von **Rücklagen** als auch das Anheben von Steuereinnahmen dient uns nicht zur Finanzierung einer einzigen Mehrausgabe. Das sind schon Deckungsvorschläge, die eine andere Qualität haben. Das ist uns sehr wohl bewusst. Deswegen stehen sie auch für strukturelle Mehrausgaben nicht zur Verfügung und werden von uns eins zu eins zur Reduzierung der Neuverschuldung eingesetzt. Das ist vollkommen seriös. So macht man das halt.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Kollege Andresen, ich bin gerade am Mikro, ja. - Wie war es denn in den Vorjahren? Wenn wir in den Vorjahren vorgeschlagen haben, **Zinssparnisse** einzusetzen, dann wurde das von Ihnen, Herr Andresen, immer als vollkommen unseriös abgekanzelt. Jetzt macht die Finanzministerin es selber. Als wir bei den Haushaltsberatungen 2014 vorgeschlagen haben, die Rücklage zur Vermeidung von Kreditaufnahmen aufzulösen, haben Sie uns vorgeworfen, es sei total unseriös, was die CDU da vorschlägt. Dann hat die Finanzministerin gesagt: Ja, das mache ich; darauf hätte ich auch selber schon einmal kommen können. - Da war es dann nicht mehr unseriös.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Koch, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Andresen?

Tobias Koch [CDU]:

Auch das gerne.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank. - Herr Kollege, ich möchte deutlich machen, dass das Ganze natürlich eine Gesamtrechnung ist. Wir diskutieren hier über einen Gesamthaushalt. Sie legen zum einen Anträge vor, die eine andere Schwerpunktsetzung haben, die Sie dann mehr oder weniger seriös gegenfinanzieren. Gleichzeitig ist Ihr zentrales Argument immer, Sie seien beim Schuldenabbau schneller, als wir es sind. Sie haben es zwar lange nicht mehr in den Mund genommen, aber Sie haben auch einmal davon gesprochen, dass Sie 2016 strukturell schon bei der schwarzen Null sein wollen. Das habe ich von Ihnen lange nicht mehr gehört. Deswegen weiß ich

nicht, ob das noch Ihr gemeinsames Ziel mit dem Kollegen Günther ist. Zumindest darf man Sie daran einmal erinnern, denn dieses Argument hatten Sie letztes Jahr noch. Gleichzeitig nehmen Sie Luftbuchungen vor oder haben bestimmte Einnahmeerwartungen beispielsweise bei der Erbschaftsteuer, bei der Sie meine Argumente, warum das so nicht funktioniert, nicht widerlegt haben. Dann müssen Sie auch zur Kenntnis nehmen, dass es sehr wohl kritikwürdig ist, wenn Sie behaupten, Sie bauten Schulden ab, und wenn wir Ihnen dann nachweisen, dass die Rechnung mit Ihren Anträgen nicht aufgeht und Sie bei der Verschuldung gar nicht unter dem sind, wo wir sind.

- Vielen Dank für die Zwischenfrage. Ich versuche, es noch einmal zu erläutern. Herr Kollege Andresen, unser Haushaltsantrag ist ein Gesamtkonzept. Das Gesamtkonzept besteht aus zwei Bausteinen. Im Umfang von rund 135 Millionen € nehmen wir Umschichtungen vor, weil wir andere Prioritäten setzen: Mehrausgaben, die wir durch Kürzungen und Umschichtungen an anderer Stelle decken. Dann gibt es einen zweiten Block, mit dem wir die **Neuverschuldung** reduzieren. Dafür ziehen wir die Anhebung der **Erbschaftsteuereinnahmen** und das Auflösen von Rücklagen heran. Das müssen Sie bitte schön sauber trennen, und dann wird es auch verständlich und seriös. Wenn Sie beides vermengen, dann wäre es in der Tat unseriös. Das tun wir aber auch nicht.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Tobias Koch [CDU]:

Gerne.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank. - Wir sind uns zumindest einig, dass es um ein Gesamtkonzept geht. Das stimmt schon einmal.

Sie sagen, Sie haben Ihre Anträge gegenfinanziert. Wir haben uns einmal den anderen Block angeschaut. Im Gegenzug müssten Sie mir zugestehen, dass Sie in diesem Punkt nicht ganz sauber sind und dass Sie bei der Neuverschuldung nicht unter dem landen, wo wir landen, weil beispielsweise Ihre Vorschläge zur Erbschaftsteuer und auch zum Vorsorgetitel nicht durchtragen.

(Tobias Koch)

- Nein, das gestehe ich Ihnen nicht zu, Herr Kollege. Was wir machen, ist die beste Risikovorsorge, die man betreiben kann, nämlich die Neuverschuldung so niedrig anzusetzen wie möglich, und nichts anderes tun wir. Wir werden uns Ende 2015 anschauen können, wie die Zahlen tatsächlich ausgegangen sind.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Koch, nunmehr hat der Abgeordnete Dornquast das Verlangen, Ihnen eine Frage zu stellen.

Tobias Koch [CDU]:

Gerne, ja.

Volker Dornquast [CDU]: Lieber Herr Koch, halten Sie einen Haushaltsansatz bei der Erbschaftsteuer in Höhe von 137 Millionen € für realistisch, wenn die Ergebnisse der letzten Jahre für 2011 mit 152 Millionen €, für 2012 mit 162 Millionen €, für 2013 mit 150 Millionen € und für 2014 mit geschätzten 167 Millionen € vorliegen?

- Herr Kollege Dornquast, auch wir wissen nicht, wann wer stirbt und wann wer wie viel vererbt.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber in der Tat, wir kennen die Vorjahresergebnisse, die in jedem Jahr der Vorjahre bei über 150 Millionen € gelegen haben. Deswegen kann man sich auf solche Erfahrungswerte beziehen, die Sie hier dankenswerterweise gerade zitiert haben. Wir machen nichts anderes, als die Erfahrungswerte der letzten Jahre heranzuziehen. Das sind realistische Zahlen, die die Haushalte in den letzten Jahren bestätigt haben. - Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, unseriös ist dagegen, was die Regierungsfractionen machen. Sie haben sich hier hingestellt und mit Ihrem Änderungsantrag verkündet, Sie würden 32 Millionen € mehr investieren. Tatsächlich sind es nur 19 Millionen €. Das hat auch der Landesrechnungshof so festgestellt. Das war unseriös.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Unseriös war es auch, dann 19 Millionen € mehr zu investieren und den Abbau dieser Infrastrukturschulden einfach eins zu eins durch neue Geldschulden zu ersetzen. Das, was Sie machen, ist unseriös.

Meine Damen und Herren, wenn wir heute in dieser Debatte einen so erfreulich großen Raum für den CDU-Haushaltsantrag verwenden und Sie sich in der heutigen Debatte in der Tat intensiv damit auseinandergesetzt haben, dann, glaube ich, liegt das eher daran, dass wir heute eine echte Alternative aufgezeigt haben,

(Beifall CDU)

dass wir das hinbekommen haben, was Ihnen nicht gelingt, nämlich mehr zu investieren, mehr für die Hochschulen und mehr für die Bildung auszugeben. Wir schaffen auch beides, lieber Lars Harms, mehr Geld für die Hochschulen und mehr Lehrer. Auch das ist bei uns im Gesamtkonzept enthalten, alles gegenfinanziert, alles gedeckt. Deswegen müssen wir keine **Lehrerstellen** streichen. Zu euren 200 Lehrerstellen packen wir noch einmal 200 oben drauf. Das ist alles enthalten, das ist alles gedeckt. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Heike Franzen.

Heike Franzen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Erdmann, wenn Sie hier Ihre Bilanz aufmachen, was die Bildungspolitik betrifft, dann hätten Sie auch gleich hintendran setzen müssen: alles durch den Bund finanziert. Denn das, was Sie aufgegeben haben, ist das neue **Schulgesetz** mit einem Personalbedarf, der überhaupt nicht gedeckt war. Zusätzliche Oberstufen, zusätzliche Differenzierungsstunden, Umwandlung von Regional- und Gemeinschaftsschulen, das hat einen ungeheuren Personalbedarf von - wir haben es ausgerechnet - 450 Planstellen ausgelöst. Ihr Deckungsvorschlag dafür war null. Sie sind diejenige, die hier ewig am Mikrofon steht und erzählt, Inklusion ist nicht zum Nullbeitrag zu haben. Sagen Sie herzlichen Dank der Bundeskanzlerin, dass sie bereit ist, 36 Millionen € in dieses Land zu schicken, um all das, was Sie aufgezählt haben, schulische Assistenz und so weiter, zu refinanzieren.

(Beifall CDU)

Das ist wahrlich nicht das Werk dieser Landesregierung, sondern das Werk des Bundes.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle **Hochschulen** gegen **Schulen** auszuspielen und zu sugge-

(Heike Franzen)

rieren, die Hochschulen würden den Schulen das Geld wegnehmen, wenn sie fordern, dass die Mittel in die Hochschulen fließen - uns ist deutlich gemacht worden, dass es solche Argumentationen gegeben hat -, ist wirklich ungeheuerlich. Ich finde, beide Einrichtungen brauchen das Geld. Wir haben mit unseren Haushaltsanträgen deutlich gemacht, dass das auch möglich ist.

Meine Damen und Herren, ich will eines deutlich machen. Im nächsten Schuljahr werden 150 Planstellen gestrichen. Mit unserem Haushaltsantrag haben wir deutlich gemacht, dass das nicht notwendig ist, sondern dass es 200 Planstellen on top gibt, einen leichten Anhub. Ich will auch noch einmal ganz klar sagen, das sind gar nicht unsere Hausaufgaben, die wir machen. Wir haben diesen hohen Personalbedarf in diesem Haushalt nicht beschlossen. Wir haben dieses Schulgesetz nicht beschlossen, sondern wir zeigen auf, dass Sie Ihre Hausaufgaben machen müssen und dass das im Haushalt auch möglich ist.

(Beifall CDU und Wolfgang Kubicki [FDP])

Ein Wort noch zu dem Thema schulische Assistenten und dem Vertretungsfonds. Es ist schon spannend, Frau Erdmann, dass ausgerechnet Sie sich hier hinstellen und sagen: Toll, wir haben den **Vertretungsfonds** ausgeweitet. - Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie Sie darüber gewettert haben, wie unnützlich dieser Vertretungsfonds sei, dass der überhaupt nicht dazu beitrage, Krankheitsfälle aufzufangen. Jetzt weiten Sie ihn aus. Warum machen Sie das eigentlich? Das kann ich Ihnen sagen. Sie machen das aus einem einzigen Grund: Sie haben mir in der Kleinen Anfrage bestätigt, dass die Restmittel, die nicht verausgabt werden, in den Landeshaushalt zurückfließen. Also, Sie werden ein bisschen Krankheit vertreten, und der Rest dieses Fonds ist ein Haushaltssanierungsfonds, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Frau Abgeordnete Franzen - -

Heike Franzen [CDU]:

Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Wissen Sie, Herr Stegner, Ihre Fragen lasse ich in Zukunft überhaupt nicht mehr zu, solange Sie dieses Pult hier nutzen, um Kollegen aus diesem

Hause in der Art und Weise zu diffamieren, wie Sie es machen.

(Beifall Volker Dornquast [CDU])

Im Übrigen will ich eines sagen. Ich bin Bildungspolitikerin. Sollten Sie sich da einmal geändert haben, lasse ich Ihre Zwischenfragen wahrscheinlich wieder zu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch zur Frage der **schulischen Assistenz** will ich ein Wort sagen. Staatssekretär Loßack hat gesagt: 314 Stellen ausgeweitet auf 600 Personen. Sie stehen hier für Mindestlohn, dafür, dass man von seinem Gehalt leben soll. Können Sie mir einmal sagen, welchen Nebenjob diejenigen übernehmen sollen, die diese Stellen ausfüllen, wenn Sie das alles nur in Teilzeit in die Stellen hineingeben? Meine Damen und Herren, das ist nicht die Bildungspolitik, die Sie nach außen vertreten, und das, von dem Sie behaupten, dass es Ihre Bildungspolitik ausmacht. Das ist völlig unterfinanziert. Wir haben deutlich gemacht, dass es auch anders geht. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat der Abgeordnete Hamerich zu einem weiteren Kurzbeitrag.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegin Fritzen, das war ja ein Strauß von Vorwürfen. Das Einzige, was davon als wahr zurückbleibt, ist die Tatsache, dass ich Mitglied im Verwaltungsrat bin.

(Beifall CDU)

Wir wollen die Dinge ganz gern aufarbeiten, damit solche Unwahrheiten nicht stehenbleiben. Ich entschuldige - weil Sie zu dieser Zeit nicht dabei waren - die Behauptung, wir wollten den **Landeswald** verkaufen. Das ist einfach falsch. Es gab einen Kabinettsbeschluss. In diesem Kabinett waren damals vier Minister der SPD, drei der CDU und ein Ministerpräsident, der gesagt hat, drei Verfahren sollen geprüft werden. Es soll über ein Interessenbekundungsverfahren geprüft werden, ob es einen Interessenten für den Wald gibt. Es soll geprüft werden, ob wir eine Anstalt öffentlichen Rechts einrichten. Es soll geprüft werden, ob wir eine GmbH installieren. Das ist das Ergebnis gewesen: Es wurde eine Anstalt öffentlichen Rechts. - Das ist das Erste.

(Hartmut Hamerich)

(Vereinzelter Beifall CDU)

Die zweite Behauptung: Wir geben 1 Million € in die besonderen **Gemeinwohlleistungen**. - Das stimmt nicht, es sind 3 Millionen €, und das ist gedeckelt worden.

Das Dritte: Biodiversitätsstrategie. Wir stehen zu dieser **Biodiversitätsstrategie**. Es geht hier nicht um das Ob, es geht nur um das Wie.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Andresen, reden Sie über das, wovon Sie etwas verstehen. Halten Sie hier einfach den Mund. - Es geht darum, bis zum Jahr 2020 10 % in die Nichtnutzung zu nehmen. Wir haben jetzt das Jahr 2014 und wollen schneller sein als alle anderen. Mir als Verantwortlichem im Verwaltungsrat geht es um etwas ganz anderes. Ich möchte nicht irgendwann vor einen Untersuchungsausschuss zitiert werden, wie es den Mitgliedern des Aufsichtsrats der HSH Nordbank passiert ist, weil ich dafür verantwortlich bin, dass unverantwortlich mit Eigentum umgegangen wird. Das möchte ich nicht.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN)

Ich möchte in dieses Verfahren eingebunden werden. Am 15. September 2014 gab es eine Verwaltungsratsitzung. Da wurden wir mit einem Plan überrascht, auf dem die **Kartierung der Gebietskulisse** zu sehen war. Da waren alle beteiligt, nur nicht der Aufsichtsrat und die politischen Gremien. Diesen Plan habe ich bekommen. Er hat heute schon keinen Bestand mehr, weil er zigmal geändert worden ist. Ich möchte, dass man als verantwortlicher Verwaltungsrat dort eingebunden ist.

Vielleicht noch etwas zum Abschluss, gerade weil Ausdrücke wie „wie bescheuert“, und „wie blöd ist das“ im Zusammenhang mit Ausgleichsmöglichkeiten, mit Ökopunkten, gefallen ist.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Habe ich nicht getan!)

- Ich zitiere das nur mit Erlaubnis des Präsidenten.

(Heiterkeit SPD)

- Gut, dann rede ich nicht mehr über „bescheuert“ und „bekloppt“ oder „blöd“. Aber für mich darf ich es sagen. Frau Fritzen, ich weiß nicht, wie Ihre persönliche Ökobilanz aussieht. Ich war so blöd und bescheuert und habe 1996 40.000 Bäume gepflanzt. Das zu meiner persönlichen Ökobilanz. Ich weiß nicht, wie Ihre aussieht. - Danke.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Gleich, unter welchem Vorzeichen man den rhetorischen Versuch unternimmt, die Wörter wieder in die Debatte zu binden: Ich halte sie für ungeeignet für dieses Haus. - Das Wort hat Frau Abgeordnete Herdejürgen.

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Präsidium war heute Vormittag ein wenig unzufrieden mit einem Zwischenruf, den ich gemacht habe, und hat mich gebeten, mich dazu noch einmal zu äußern. Der Kollege Daniel Günther hat heute Vormittag vehement und wiederholt behauptet, dass die schwarze Null Bestandteil unserer Landesverfassung ist. Herr Günther, in unserer Landesverfassung wird beschrieben, dass wir den **Abbau des strukturellen Defizits** vornehmen müssen. Das ist etwas anderes.

(Tobias Koch [CDU]: Auf null!)

- Es ist aber nicht diese schwarze Null im Haushalt, die wir im vergangenen Jahr hier erreicht haben. Das ist etwas anderes. Das werden Sie, Herr Koch, dem Herrn Günther sicherlich erklären können.

In diesem Zusammenhang ist mir das Wort Lüge herausgerutscht. Eine Lüge ist eine Aussage, von der der Sender weiß oder vermutet, dass sie unwahr ist. Ich gebe zu, dieser Zwischenruf hat eine gewisse Unterstellung beinhaltet. Insofern ersetze ich das Wort Lüge durch den Begriff Unwahrheit. Das zumindest ist ein beliebtes Stilmittel des Kollegen Günther. Das heißt, der entscheidende Unterschied besteht darin,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Vorsatz!)

ob ich annehme, dass die falsche Aussage wissenschaftlich oder unwissenschaftlich geschieht. Ob es allerdings besser ist, dass ich dann folgerichtig unterstellen muss, dass der Oppositionsführer schlichtweg nicht weiß, was die Verfassung, auf die er ja vereidigt wurde, vorsieht, das glaube ich nicht. Ich folge also gern der Aufforderung des Präsidiums, möchte aber bezweifeln, dass dies den Kollegen Günther in einem besseren Licht dastehen lässt. Vielleicht kennt jemand Oliver Hassencamp.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Burg Schreckenstein!)

- Genau, danke. - Er hat folgende Aussage gemacht:

(Birgit Herdejürgen)

„Wer lügt, hat die Wahrheit immerhin gedacht.“

Ich setze das fort: Wer die Wahrheit nicht denkt, hat noch viel Luft nach oben. - Danke schön.

(Heiterkeit und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Manchmal ist es sinnvoller, die Großzügigkeit des Präsidiums, Ordnungsrufe nicht zu erteilen, einfach durch eine kurze Entschuldigung zu rechtfertigen.

(Beifall CDU)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Manchmal ist das so. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Präsident Klaus Schlie:

Sie müssen das nicht kommentieren, Herr Abgeordneter.

Martin Habersaat [SPD]:

Ich habe das nicht kommentiert, Herr Präsident. - Die Bundeskanzlerin spielt eine bedeutende Rolle in der CDU und durchaus auch in der Bundesrepublik und möglicherweise für uns alle. Allerdings ist es meines Wissens noch nicht so weit, dass die Bundeskanzlerin in Berlin sitzt und entscheidet, ob sie Geld zu uns schickt oder nicht. Das habe ich anders verstanden, Frau Franzen. Ich hatte den Eindruck, da seien **Koalitionsverhandlungen** vorausgegangen, und da habe es einen **Kompromiss zwischen Bund und Ländern** gegeben, und deshalb seien die BAföG-Mittel schließlich vom Bund übernommen worden.

Ich habe auch ein schönes Zitat gefunden:

„Durch die Übernahme der Ausbildungsförderung BAföG ... entlastet der Bund die Länder dauerhaft um 1,17 Milliarden € pro Jahr, ... ‚Das ist die Weichenstellung für Bildung und Forschung‘, betonte die Bundesbildungsministerin. Die Länder könnten jetzt selbst entscheiden, wie sie das freigewordene Geld für Bildung verwenden.“

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Da, Herr König, zitiere ich nicht etwa das „Hamburger Abendblatt“, sondern das Bundespresseamt.

(Heiterkeit SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nun haben wir gelernt, was im „Abendblatt“ steht, reicht vielleicht noch nicht alleine, um die Wahrheit herauszufinden. Herr König, so ähnlich war es auch mit Ihren Äußerungen zu den Haushaltsanträgen. Nur weil Sie behaupten, die Finanzierung sei seriös, ist sie noch nicht seriös.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben jetzt leider nur die Kurzbeitragsrunde. Deswegen muss ich ein bisschen zusammenfassen.

(Beifall Hartmut Hamerich [CDU])

Ich möchte gern noch auf den Punkt Vertretungsfonds eingehen. Hier kam die erstaunliche Aussage des Kollegen Oppositionsführer, die Koalition bunkere Geld im Vertretungsfonds. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Dann muss man sich vielleicht 30 Sekunden nehmen, um sich die Entwicklung so zu vergegenwärtigen. Sie haben Lehrerstellen gestrichen und im Gegenzug den **Vertretungsfonds** erhöht - als Trostpflaster. Wir haben den Vertretungsfonds zunächst gekürzt, um wieder reguläre Lehrerstellen zu schaffen, was ich nach wie vor für richtig halte.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Habersaat, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten König?

Martin Habersaat [SPD]:

Nein. - Wir haben monatliche Abfragen von Frau Franzen zu vergegenwärtigen, die sich immer nach dem Stand des Vertretungsfonds erkundigt, sorgenvoll. Wir haben jetzt, als es finanziell möglich war, eine kleine Aufstockung im Vertretungsfonds vorgenommen. Aber das Wort bunkern passt ein bisschen zu „Geld versickert im Haushalt“, es passt ein bisschen zu „wir wollten den Feuerwehren an die Kameradschaftskassen“. Das ist alles von einer Dreistigkeit, die ich sonst nur von der Tea Party kenne, Herr Günther.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Martin Habersaat)

Was die Frage angeht, ob man Hochschulen und Schulen gegeneinander ausspielt oder nicht: Das Prinzip „Mehr, mehr, mehr“ funktioniert nur bei der Opposition und nicht einmal beim kleinen Hävelmann.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Daniel Günther.

Daniel Günther [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist interessant, wie viele Ausreden Sie finden, warum das Geld nicht bei den Hochschulen gelandet ist. Das haben Sie gerade faktenreich zu begründen versucht. Sie haben auch versucht, den geschätzten Kollegen Uli König im Regen stehen zu lassen, sich alle möglichen Dokumente herausgesucht, wo Sie irgendeinen Beleg dafür finden können, dass sich der Bund überhaupt nichts dabei gedacht hat, dieses Geld zur Verfügung zu stellen.

Es wäre vielleicht hilfreich gewesen, wenn Sie sich die Mühe gemacht hätten, sich anzusehen, was CDU und SPD gemeinsam im Deutschen Bundestag beschlossen haben. Schauen Sie sich einfach die Bundestagsdrucksache 18/3142 an. Da ist genau aufgelistet worden, was mit den BAföG-Mitteln zu geschehen hat und warum diese **BAföG-Mittel** vom Bund übernommen werden. Jetzt zitiere ich aus der Bundestagsdrucksache:

„Um den Ländern zusätzlichen Spielraum für die Bildungsfinanzierung, insbesondere für Hochschulen, zu eröffnen, übernimmt der Bund allein die Finanzierung der Geldleistungen nach dem BAföG ab 1. Januar 2015.“

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN - Zurufe)

Ich will gar nicht die Rhetorik von Frau Herdejürgen bemühen, aber was Sie eben erzählt haben, um den Kollegen König am Rednerpult bloßzustellen, war die Unwahrheit. Sie hätten sich auf diese Drucksache beziehen müssen. Das war alles richtig, was der Kollege König gesagt hat. Sie haben hier die Unwahrheit gesagt.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN - Unruhe)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es eindrucksvoll, wie sich der Oppositionsführer hier für den Kollegen König ins Feld wirft. Es wird aber nicht richtiger, was Sie gesagt haben. Denn das, was der Kollege Habersaat hier zitiert hat, war das, was die Frau Bundeskanzlerin ihr eigenes Bundespresseamt öffentlich sagen lässt. Da kann man nicht behaupten, es sei eine dreiste Unwahrheit, wenn man das zitiert, wenn das im Kontext der Drucksache so ausgeführt wird. Wir haben auf der anderen Seite Verhandlungen darüber geführt, welche Geldströme zwischen Bund und Ländern hin und her gehen. Was das Bundespresseamt im Auftrag der Bundeskanzlerin gesagt hat, war das, was damit beabsichtigt war.

(Unruhe)

In dem Kontext ist kritisiert worden, dass es Länder gab - übrigens nicht Schleswig-Holstein - -

(Unruhe)

- Regen Sie sich doch nicht so auf, Herr Koch!

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, der Abgeordnete Dr. Stegner hat das Wort. Herr Dr. Stegner, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten König zu?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Er hat es vorhin auch getan, dann will ich das umgekehrt auch einmal tun.

Uli König [PIRATEN]: Vielen Dank, Herr Stegner. - Wollen Sie jetzt sagen, dass der Bundestag das, was in der Drucksache steht, gar nicht beschlossen hat oder eine andere Beschlusslage vorliegt, oder wie darf ich mir das vorstellen? Halten wir Drucksache und Beschlusslage des Bundestags gegen Pressemitteilungen von Frau Merkel?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Von Frau Wanka! - Unruhe)

- Ich habe überhaupt nicht gesagt, dass es falsch ist, was der Bundestag beschlossen hat, sondern ich habe die Interpretation, was mit den Mitteln geschehen kann, durch das eigene Bundespresseamt der Bundeskanzlerin hier dargestellt. Die Kritik richtete sich dagegen, dass es Länder gegeben hat, die die Mittel nicht komplett im Bildungsbereich einsetzen. Schleswig-Holstein tut dies.

(Dr. Ralf Stegner)

Ich will Ihnen noch etwas anderes sagen: Die Entlastung durch die BAföG-Mittel findet dauerhaft statt. Wir werden in den nächsten Jahren sicherlich Haushalte haben, wo wir auch - Kollege Andresen und andere haben das dargestellt - Verbesserungen bei den Hochschulen erreichen können. Das ist eine dauerhafte **strukturelle Entlastung**.

Tun Sie doch nicht so, als ob das, was wir jetzt bei den Schulen tun, illegitim wäre! Im Augenblick setzen wir den Schwerpunkt da, und es wird sicherlich auch Zeiten geben, wo wir bei den Hochschulen mehr tun können.

Herr Kollege Günther, wenn Ihr letzter Beitrag darin besteht, den Kollegen König rauszuhauen, und das nicht gelingt, wird deutlich, dass die Aufstellung dessen, was Sie hier insgesamt geboten haben, nicht besonders gut gewesen ist.

Wir treten gleich in die Abstimmung über den Landeshaushalt ein. Herr Kollege Koch, wir haben uns in der Tat intensiv mit Ihren Anträgen befasst. Das haben Sie vorhin auch gesagt. Es sind eben keine seriösen Alternativen, die Sie anzubieten haben. Das ist immer nur Ihre Behauptung. In Wirklichkeit ist das nur extrem dünne Suppe, was Sie hier aufgekocht und uns dargeboten haben.

Ich glaube, dass unser Haushalt den Interessen des Landes Schleswig-Holstein dient. Ihre Anträge tun das nicht. Deswegen werden wir sie weitgehend ablehnen - mit den wenigen Ausnahmen, die wir hier geschildert haben.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Koch?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Bitte sehr!

Tobias Koch [CDU]: Herr Kollege Dr. Stegner, habe ich Sie gerade richtig verstanden, dass die BAföG-Millionen, die Sie für zusätzliche Lehrerstellen und Schulassistenten einsetzen, dort gar nicht dauerhaft bleiben sollen? Sind diese Lehrerstellen und die Schulassistenten nicht dauerhaft, weil Sie das Geld nächstes Jahr doch vielleicht zugunsten der Hochschulen umschichten wollen?

- Herr Kollege Koch, das ist zwar ein netter Versuch, aber das ist kompletter Unsinn. Ich habe nur gesagt, dass es erfreulicherweise eine dauerhafte strukturelle Entlastung durch den Bund gibt, die wir

zugunsten des Bildungsbereichs nutzen. Wo wir jeweils neue Akzente setzen, entscheiden wir von Jahr zu Jahr. Aber anders als Sie streichen wir die Lehrerstellen nicht - das haben Sie richtig verstanden -, sondern wir setzen sie ein, weil wir sie dauerhaft brauchen. Das tun wir in der Tat; das haben Sie richtig verstanden.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich freue mich, dass Sie mir Gelegenheit gegeben haben, das hier noch einmal auszuführen, Herr Kollege Koch. - Wenn Sie eine weitere Frage stellen wollen, sehr gern.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Koch, Sie haben das Wort zu einer weiteren Frage.

Tobias Koch [CDU]: Herr Kollege Dr. Stegner, Sie haben gerade versucht, den Eindruck zu erwecken: Sie kriegen eine dauerhafte Entlastung vom Bund, die Sie im nächsten Jahr nicht für die Hochschulen einsetzen, aber das könnte in der Zukunft geschehen. Gleichzeitig sagen Sie aber: Die Lehrerstellen sind dauerhaft, die Schulassistenten sind auch dauerhaft. Es besteht also gar kein Spielraum mehr bei Ihnen, die BAföG-Mittel zugunsten der Hochschulen umzuschichten - es sei denn, Sie streichen Ihre eigenen Lehrerstellen oder die Stellen für Schulassistenten. Darauf wollte ich aufmerksam machen.

(Beifall Uli König [PIRATEN] - Unruhe)

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Verehrter Herr Kollege Koch, auch dieser Versuch funktioniert nicht. Sie haben uns vorhin irgendetwas von einem Gesamtkonzept Ihrer Anträge erzählt. Mit dem Haushalt ist das genauso: Es gibt einen Gesamthaushalt, und wir verhandeln mit dem Bund darüber, wo der Bund die Länder entlastet. Er tut das erfreulicherweise strukturell, indem er die **BAföG-Kosten** komplett übernimmt. Wir werden Jahr für Jahr entscheiden, wo wir jeweils neue Akzente setzen. Aber anders als Sie - ich wiederhole das gern - sind wir der Meinung, dass man bei zurückgehenden Schülerzahlen die **Lehrerstellen** nicht komplett streichen kann, wie Sie es getan haben, sondern dass wir mindestens die Hälfte dafür brauchen, um Qualitätsverbesserungen im Schulbereich zu erreichen. Das wiederhole ich gern. Jede Gelegenheit, die Sie mir geben, um das öffentlich

(Dr. Ralf Stegner)

zu sagen, ist hilfreich, weil die Menschen dann verstehen, dass diese Küstenkoalition etwas Gutes für das Land tut und Sie das Gegenteil tun wollen. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Torge Schmidt.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte das gar nicht in die Länge ziehen, sondern ich möchte festhalten, dass wir uns im Land daran halten sollten, was der Bundestag beschließt, und nicht daran, was Bundesminister per Pressemitteilung herausgeben.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP - Zurufe SPD: Genau das machen wir auch so!)

Somit ist es folgerichtig, auch Mittel an die **Hochschulen** zu geben. Ich halte es für falsch, und das habe ich vorhin versucht - -

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Wir halten das auch für falsch!)

- Es kritisiert ja auch keiner die Stellen.

(Zurufe SPD)

- Nein, haben Sie mir in meiner Rede zugehört? Ich habe das vorhin sogar ausdrücklich unterstützt. Ich habe vorhin gesagt, dass - -

(Zurufe)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Torge Schmidt.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Die 728 Stellen halte ich für richtig. Deswegen kann man uns PIRATEN dafür auch nicht kritisieren. Wir haben die Summe von 18,2 Millionen €, die wir den Hochschulen geben wollen, eins zu eins gegenfinanziert durch **Ausgabekürzungen** an anderer Stelle. Wir haben keine Luftbuchungen vorgenommen, wir haben andere Ausgaben weggestrichen. Das ist eine vernünftige Gegenfinanzierung.

(Beifall PIRATEN)

Es ist machbar, den Hochschulen mehr zu geben; da muss man Schwerpunkte setzen.

¹ Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 1 bei

Ich habe vorhin gesagt: Wenn jemand **Bildung als Schwerpunkt** setzt, dann muss man auch dafür sorgen, dass die erforderlichen Ausgaben für Hochschule und Schule strukturell aus dem Gesamtbudget erwirtschaftet werden. Dann müssen wir uns gar nicht darüber streiten, ob wir die BAföG-Millionen bekommen und sie doppelt oder dreifach ausgeben. Es muss unserer Meinung nach beides drin sein.

Herr Andresen, Sie hätten jetzt wahrscheinlich eine Gegenfrage gestellt. Wir haben 18 Millionen € beim Sondervermögen gestrichen, wir haben Wirtschaftsförderprogramme gestrichen. Das macht weit über 18 Millionen € aus. Das ist eine Gegenfinanzierung. - Ich danke Ihnen.

(Uli König [PIRATEN]: Und sie ist solide! - Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Debatte.

Bevor wir in die Abstimmung zum Haushalt 2015 eintreten, lasse ich über die weiteren Tagesordnungspunkte der gemeinsamen Beratung abstimmen.

Ich lasse zunächst über den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zur Änderung des Kommunalprüfungsgesetzes, Drucksache 18/1467, Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses, Drucksache 18/2503, abstimmen.

Es liegt ein Antrag der FDP-Fraktion auf namentliche Abstimmung vor. Ich lasse darüber abstimmen. Wer diesen Antrag unterstützen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit ist das erforderliche Quorum für die namentliche Abstimmung erreicht.

Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/1467. Ich schlage vor, in der namentlichen Abstimmung über den Gesetzentwurf selbst abzustimmen.

Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 18/1467 zustimmen will, erklärt dies in der namentlichen Abstimmung bitte mit Ja. Ich bitte die Schriftführer, mit der Abstimmung zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)¹

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Dem Gesetzentwurf Drucksache 18/1467 haben 33 Abgeordnete zugestimmt, 35 Abgeordnete haben ihn abgelehnt. Der Gesetzentwurf ist damit abgelehnt.

(Präsident Klaus Schlie)

Ich lasse über den Entwurf eines Gesetzes zur institutionellen Förderung des Landesfeuerwehrverbandes der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/1151, in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung, Drucksache 18/2508, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen. Damit ist der Gesetzentwurf Drucksache 18/1151 in der Fassung der Drucksache 18/2508 angenommen.

Ich lasse über den Antrag der Fraktion der CDU Schuldenbremse einhalten - Investitionen erhöhen, Drucksache 18/2405, und den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/2453, abstimmen. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag Drucksache 18/2405 abzulehnen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von CDU und FDP. Damit ist der Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der PIRATEN gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Der Ausschuss empfiehlt weiter die unveränderte Annahme des Antrags Drucksache 18/2453. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die übrigen Fraktionen. Damit ist der Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der anderen Fraktionen angenommen.

Ich lasse über den Antrag der Fraktion der PIRATEN Transparenter Haushalt für den Verfassungsschutz, Drucksache 18/1972, abstimmen. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen der Fraktion der PIRATEN ist damit die Ausschussempfehlung angenommen und der Antrag Drucksache 18/1972 abgelehnt.

Ich lasse über den Antrag der Fraktionen von FDP und CDU Ausweitung des Regelungsbereiches der Erschwerniszulagenverordnung auf Berufsfeuerwehrbeamtinnen und -beamte, Drucksache 18/1940 (neu), abstimmen. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD,

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP ist damit der Antrag Drucksache 18/1940 (neu) abgelehnt.

Ich lasse über den Bericht der Landesregierung Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2012, Drucksache 18/1360, und die Bemerkungen 2014 des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein mit Bericht zur Landeshaushaltsrechnung 2012, Drucksache 18/2514 (neu), abstimmen.

Erstens. Der Ausschuss empfiehlt, der Landesregierung gemäß Artikel 55 Absatz 2 der Verfassung und gemäß § 114 Absatz 2 der Landeshaushaltsordnung für das Haushaltsjahr 2012 Entlastung zu erteilen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Zweitens. Weiter empfiehlt der Ausschuss die Annahme seiner Beschlussempfehlung Drucksache 18/2514 (neu), Nummer 2. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die übrigen Fraktionen. Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der anderen Fraktionen ist damit die Beschlussempfehlung Drucksache 18/2514 (neu), Nummer 2, angenommen.

Ich lasse über den Bericht und die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zur Entlastung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2012, Drucksache 18/2515, abstimmen. Der Ausschuss empfiehlt, dem Landesrechnungshof Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2012 gemäß § 101 der Landeshaushaltsordnung Entlastung zu erteilen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich lasse über den Bericht der Landesregierung zur Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2013, Drucksache 18/2492, abstimmen. Es ist beantragt worden, den Bericht dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Bevor wir mit der Abstimmung zu den Einzelplänen beginnen, rufe ich zunächst den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Schleswig-Holstein zukunftsfähig und generationengerecht gestal-

(Präsident Klaus Schlie)

ten - Konsolidieren und Investieren, Drucksache 18/2493, auf, da es sich um einen generellen Entschließungsantrag handelt. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Fraktion der PIRATEN. Wer enthält sich? - Das ist die CDU-Fraktion. Damit ist der Antrag Drucksache 18/2493 abgelehnt.

Bevor wir die Abstimmungen zum Haushaltsentwurf 2015 beginnen, weise ich zum Ablauf darauf hin, dass zunächst - wie bereits in den vergangenen Jahren - die Änderungsanträge nach Stärke der Oppositionsfraktionen und dann die der Koalitionsfraktionen zur Abstimmung aufgerufen werden.

Weiter weise ich zur Klarstellung darauf hin, dass sich die Änderungsanträge der CDU-Fraktion sowie der FDP-Fraktion zum Haushalt auf die Gesetzentwürfe selbst einschließlich der Nachschiebelisten I und II beziehen. Die Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN hingegen beziehen sich auf die Gesetzentwürfe in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung.

Wir treten jetzt ein in die Abstimmungen zum Haushaltsgesetz zum Haushaltsplan 2015, Drucksache 18/2100, sowie dem Haushaltsbegleitgesetz zum Haushaltsplan 2015, Drucksache 18/2101, Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 18/2480, Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/2553, Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/2554, Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/2555, Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/2556.

Ich rufe zunächst den Gesetzentwurf der Landesregierung, Haushaltsbegleitgesetz, Drucksache 18/2101, auf.

Wir kommen zu den Änderungsanträgen der Fraktion der CDU aus der Drucksache 18/2553, Seite 3 bis 5. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. - Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der PIRATEN. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe dann die Änderungsanträge der Fraktion der FDP aus der Drucksache 18/2554 - die Seiten 19 und 20 - auf. Wer zustimmen will, den bitte ich

um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von CDU und PIRATEN. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2015. Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 18/2101, in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. - Damit ist das Haushaltsbegleitgesetz 2015 angenommen.

Wir treten nunmehr ein in die Abstimmungen zum Haushaltsgesetz und zu den Einzelplänen. Ich rufe den **Einzelplan 01** - Landtag - auf.

Zunächst rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion der CDU aus der Drucksache 18/2553, die laufende Nummer 1, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen. - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu den Änderungsanträgen der CDU-Fraktion zum Stellenplan des Einzelplans 01. Wer den Änderungen zu den Titeln 0102-428 01 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen. - Damit sind die Änderungsanträge zum Stellenplan abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Einzelplan 01 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung auf. Zu Titel 0101-812 01, Erwerb von Geräten und Ausstattungsgegenständen, hat die CDU-Fraktion Einzelabstimmung beantragt. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. - Damit ist der Titel einstimmig angenommen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW zum Stellenplan des Einzelplanes 01, Drucksache 18/2556. Wer dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Wer

(Präsident Klaus Schlie)

enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU und FDP. - Damit ist der Änderungsantrag in der Drucksache 18/2556 angenommen.

Wer dem Einzelplan 01 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung im Übrigen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktion der PIRATEN und die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion und der Abgeordnete Dr. Breyer. - Damit ist der Einzelplan 01 einschließlich des angenommenen Änderungsantrages in der Drucksache 18/2556 angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 02** - Landesrechnungshof - auf.

Ich komme zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU aus der Drucksache 18/2553, die laufende Nummer 2. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie der Abgeordnete Dr. Breyer. Wer enthält sich? - Das sind die restlichen Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 02 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so angenommen. Damit ist der Einzelplan 02 angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 03** - Ministerpräsident, Staatskanzlei - auf.

Ich lasse zunächst über die Titel abstimmen, zu denen die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW Einzelabstimmung beantragt haben, zunächst den Titel 0303-684 21, Kulturelle Arbeit der dänischen Minderheit. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. - Damit ist der Titel angenommen.

Wir kommen dann zur Einzelabstimmung über Titel 0303-684 23, Nordfriesisches Institut e. V.. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das

sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU und FDP. - Damit ist der Titel angenommen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung über Titel 0303-686 06, Förderung der Beratung für Sinti und Roma. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von CDU und FDP. - Damit ist der Titel angenommen.

Ich rufe jetzt die Änderungsanträge der Fraktion der CDU aus der Drucksache 18/2553 auf, die laufenden Nummern 3 bis 9. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von CDU und FDP. - Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Fraktion der PIRATEN. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP aus der Drucksache 18/2554 auf, die laufenden Nummern 1 bis 7. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Fraktion der PIRATEN. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der CDU. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN aus der Drucksache 18/2555, die laufende Nummer 1, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der PIRATEN, die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu den Änderungsanträgen der CDU-Fraktion zum Stellenplan des Einzelplan 03. Wer den Änderungen zu den Titeln 0301-422 01 sowie 0301-428 01 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist der Abgeordnete Dr. Breyer, nein, das ist die gesamte Fraktion der PIRATEN, die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. - Damit sind die Änderungsanträge zum Stellenplan abgelehnt.

Dann kommen wir zu den Änderungsanträgen der FDP-Fraktion zum Stellenplan des Einzelplanes 03. Wer den Änderungen zu dem Titel 0301-428 01 zu-

(Präsident Klaus Schlie)

stimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von PIRATEN, CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. - Damit sind die Änderungsanträge zum Stellenplan abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 03 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung im Übrigen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die übrigen Fraktionen. - Damit ist der Einzelplan 03 angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 04** - Innenministerium - auf.

Wir kommen zu den Änderungsanträgen der Fraktion der CDU in der Drucksache 18/2553, zu denen Einzelabstimmung beantragt worden ist, zunächst zur Nummer 16 des Änderungsantrags, Zuweisungen des Landes an die Kommunen zum Zweck der Erstellung von Sportentwicklungsplänen, der Sanierung und der Grundinstandsetzung sowie dem Neubau von öffentlichen Sportanlagen und Bädern. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen dann zur Einzelabstimmung über die Nummer 21 des Änderungsantrags, Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie der Abgeordnete Dr. Breyer. Wer enthält sich? - Das sind die übrigen Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der CDU auf, die laufenden Nummern 10 bis 15, 17 bis 20 sowie 22 und 23. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktion der PIRATEN und die Fraktion der FDP. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wir kommen dann zur Einzelabstimmung über die Nummer 13 des Änderungsantrags der Fraktion der

FDP aus der Drucksache 18/2554, Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Abgeordneten Dr. Breyer und Beer von der Fraktion der PIRATEN. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion und die restlichen Abgeordneten der PIRATEN. - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe auf die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der FDP, die laufenden Nummern 8 bis 12 sowie 14 bis 16. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und der Abgeordnete Dr. Breyer. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion und die restlichen Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich lasse dann über die Haushaltstitel abstimmen, zu denen die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW Einzelabstimmung beantragt haben.

Wir kommen zunächst zu Titel 0407-633 03, Erstattungen für die Betreuung dezentral untergebrachter Flüchtlinge. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen. - Damit ist der Titel einstimmig angenommen.

Wir kommen dann zur Einzelabstimmung über Titel 0407-684 02, Förderung von Sprache und Erstorientierung. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktion der PIRATEN und die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der CDU. - Damit ist der Titel angenommen.

Wir kommen jetzt zu den Änderungsanträgen der CDU-Fraktion zum Stellenplan des Einzelplans 04. Wer den Änderungen zu den Titeln 0401-422 01 sowie 0410-422 03 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und der Abgeordnete Dr. Breyer. Wer enthält sich? - Das sind die übrigen Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN.

(Präsident Klaus Schlie)

Damit sind die Änderungsanträge zum Stellenplan abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion zum Stellenplan des Einzelplans 04. Wer der Änderung zu dem Kapitel 0401 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten von der Fraktion der CDU und der Fraktion der PIRATEN. - Damit ist der Änderungsantrag zum Stellenplan abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 04 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung im Übrigen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. - Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. - Damit ist der Einzelplan 04 angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 05** - Finanzministerium - auf:

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der CDU die laufenden Nummern 24 bis 29 auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie Herr Abgeordneter Dr. Breyer. Stimmenthaltungen? - Die FDP-Fraktion und die übrigen Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN enthalten sich. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP auf, die laufenden Nummern 17 bis 29. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der FDP und der PIRATEN. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Stimmenthaltungen? - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Stellenplan des Einzelplans 05. Wer der Änderung zum Titel 0505-428 01 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und der PIRATEN. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Damit ist der Änderungsantrag zum Stellenplan abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 05 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die übrigen Fraktionen. Damit ist der Einzelplan 05 angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 06** - Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie - auf.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der CDU auf. Zunächst zur Einzelabstimmung über die Nummern 37 bis 40, Zuweisungen für den kommunalen Radwege- und Straßenbau sowie für ÖPNV-Maßnahmen: Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der PIRATEN und die Abgeordneten des SSW. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Dann kommen wir zur Einzelabstimmung über die Nummer 41 Zuweisungen an den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr für Investitionen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie Herr Abgeordneter Dr. Breyer. Stimmenthaltungen? - Die übrigen Abgeordneten der Piratenfraktion. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der CDU die laufenden Nummern 30 bis 36 auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und Herr Abgeordneter Dr. Breyer. Stimmenthaltungen? - Das sind die Abgeordneten der FDP-Fraktion sowie die übrigen Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Einzelabstimmung aus dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf, zunächst Abstimmung über die Nummer 47, Zuweisungen aus Bundesmitteln für den kommunalen Straßenbau. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie Herr Abgeordneter Dr. Breyer. Stimmenthaltungen? - Die übrigen Ab-

(Präsident Klaus Schlie)

geordneten der Piratenfraktion. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann kommen wir zur Einzelabstimmung über die Nummer 50, Investitionsprogramm für den kommunalen Straßenbau. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie Herr Abgeordneter Dr. Breyer. Stimmenthaltungen? - Das sind die CDU-Fraktion und die übrigen Abgeordneten der Piratenfraktion. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Einzelabstimmung über die Nummer 51, An den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein für Betriebskosten. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie Herr Abgeordneter Dr. Breyer. Stimmenthaltungen? - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion sowie die übrigen Abgeordneten der Piratenfraktion. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann folgt jetzt die Einzelabstimmung über die Nummer 52, An den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein für Investitionen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie Herr Abgeordneter Dr. Breyer. Stimmenthaltungen? - Das sind die übrigen Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der FDP, die laufenden Nummern 30 bis 46 sowie 48 und 49, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie Herr Abgeordneter Dr. Breyer. Stimmenthaltungen? - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion sowie die übrigen Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN auf, zunächst zur Einzelabstimmung über die Nummer 2 des Änderungsantrages Standortmarketing. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der FDP

und der PIRATEN. Gegenstimmen? - Das sind die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW. Stimmenthaltungen? - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann kommen wir zur Einzelabstimmung über die Nummer 4 des Änderungsantrags, An die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e.V.. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und der PIRATEN. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Weiter geht es mit der Einzelabstimmung über die Nummern 5 und 6, Maßnahmen zur Stärkung des Mittelstandes und Maßnahmen im Rahmen der Strukturfondsperiode 2014 bis 2020. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Wer stimmt dagegen? - Das sind die übrigen Abgeordneten des Hauses. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Dann folgt die Einzelabstimmung über die Nummer 7, Innovationsförderung für schleswig-holsteinische Werften zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Wer stimmt dagegen? - Das sind die übrigen Abgeordneten des Hauses. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Einzelabstimmung über die Nummern 10 bis 14, Investitionsleistungen an den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr sowie Zuweisungen aus Bundesmitteln für den kommunalen Straßen- und Radwegebau und Leistungen für ÖPNV-Maßnahmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Gegenstimmen? - Das sind alle übrigen Fraktionen des Hauses. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Dann folgt die Einzelabstimmung über die Nummer 15, Zuweisungen zur Realisierung eines Förderprogramms für kommunalen Radverkehr. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten aller anderen Fraktionen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN, die laufenden Nummern 3, 8 und

(Präsident Klaus Schlie)

9, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten von CDU und FDP. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 06 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion der PIRATEN. Damit ist der Einzelplan 06 angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 07** - Bildung und Wissenschaft - auf.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der CDU auf, zunächst Einzelabstimmung über die Nummern 47 bis 51 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten an Grundschulen, Förderzentren, Regionalschulen, Gymnasien und Beruflichen Schulen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Stimmenthaltungen? - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der CDU, die laufenden Nummern 42 bis 46, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Stimmenthaltungen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von FDP und der PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Einzelabstimmung aus dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf, zunächst die Nummer 63, Schulinvestitionsprogramm. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten der SPD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Stimmenthaltungen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der PIRATEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann kommen wir zur Einzelabstimmung über die Nummer 64, Gewinnung von Sonderpädagogen zur Umsetzung der Inklusion an allgemein- und berufsbildenden Schulen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Stimmenthaltungen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU und der PIRATEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der FDP, die laufenden Nummern 53 bis 62 sowie 65, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Stimmenthaltungen? - Das sind die Fraktionen der CDU und der PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu den Änderungsanträgen der CDU-Fraktion zum Stellenplan des Einzelplans 07, die laufenden Nummern 12 bis 19. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Stimmenthaltungen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge zum Stellenplan abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu den Änderungsanträgen der FDP-Fraktion zum Stellenplan des Einzelplans 07. Wer den Änderungen zu den Titeln 0710, neue Maßnahmengruppe 24, sowie 0711-422 01 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Stimmenthaltungen? - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion und der Fraktion der PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge zum Stellenplan abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 07 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen der CDU, der FDP und der PIRATEN. Damit ist der Einzelplan 07 angenommen.

(Präsident Klaus Schlie)

Ich rufe den **Einzelplan 09** - Ministerium für Justiz, Kultur und Europa - auf.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, die laufenden Nummern 52 bis 60, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW; weiter sind das die PIRATEN und die FDP-Fraktion. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, die laufenden Nummern 66 bis 75, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der FDP-Fraktion und der Fraktion der PIRATEN bis auf Herrn Dr. Breyer. - Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion.

(Zuruf Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

- Habe ich Sie übersehen?

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Ja!)

- Ich achte sehr speziell auf Sie, Herr Dr. Breyer. Aber diesmal hatte ich Sie übersehen. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, die laufende Nummer 17, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion sowie der FDP-Fraktion. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann folgt auf Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Einzelabstimmung über Titel 0946-684 01, Förderung von Heimvolkshochschulen und Bildungsstätten. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW sowie die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten von CDU und FDP. Damit ist der Titel angenommen.

Wer dem Einzelplan 09 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung im Übrigen zustimmen will, den

² Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 2 bei

bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der FDP und der PIRATEN. Damit ist der Einzelplan 09 angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 10** - Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung - auf.

Wir kommen zunächst zur Einzelabstimmung über die Nummer 64 des Änderungsantrages der Fraktion der CDU, Psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung von traumatisierten Flüchtlingen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CDU, der FDP und der PIRATEN. - Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Die Fraktion der CDU hat zu ihren Änderungsanträgen der laufenden Nummern 80 bis 97 - Zuschüsse an die Universitäten und Fachhochschulen - namentliche Abstimmung beantragt. Nach § 63 Abs. 2 Satz 1 unserer Geschäftsordnung muss eine namentliche Abstimmung stattfinden, wenn sie von 18 Abgeordneten oder zwei Fraktionen beantragt wird. Die Fraktionen haben gegenseitige Unterstützung für ihre Anträge auf namentliche Abstimmung erklärt. Das erforderliche Quorum ist somit erreicht.

Ich bitte, die Schriftführungen, mit der namentlichen Abstimmung zu beginnen und freue mich, dass meine Schriftführer jetzt reden.

(Namentliche Abstimmung)²

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Den Änderungsanträgen in der Drucksache 18/2553, laufende Nummern 80 bis 97, haben 33 Abgeordnete zugestimmt, 35 Abgeordnete haben ihn abgelehnt. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der CDU auf, die laufenden Nummern 61 bis 63 sowie 65 bis 79. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen der FDP und der PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

(Präsident Klaus Schlie)

Ich rufe die Einzelabstimmung aus dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf und lasse zunächst über die Nummer 85 - Zur Finanzierung von Krankenhausbaumaßnahmen und zum Abbau des Investitionsstaus an Krankenhäusern in Schleswig-Holstein - abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und der Abgeordnete Dr. Breyer. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion sowie die restlichen Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann kommen wir zur Einzelabstimmung über die Nummern 99 bis 107, Zuschüsse an die Universitäten/Fachhochschulen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von CDU, FDP und die Fraktion der PIRATEN. - Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Schließlich kommen wir zur Einzelabstimmung über die Nummern 108 bis 116, Zuschüsse an die Universitäten/Fachhochschulen für Investitionen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CDU, der FDP und der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der FDP auf, die laufenden Nummern 76 bis 84 sowie 86 bis 98. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und der Abgeordnete Dr. Breyer. - Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion und die restlichen Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN auf, zu denen Einzelabstimmung beantragt worden ist. Ich lasse zunächst abstimmen über die Nummer 18, Psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung von traumatisierten Flüchtlingen, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN, nein, das ist der Abgeord-

nete Dr. Breyer - Sie müssen klären, wie Sie jetzt abstimmen wollen.

(Heiterkeit)

Dem Änderungsantrag haben zugestimmt die Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. Wer ist dagegen? - Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zur Einzelabstimmung über die Nummer 22, An die Hochschulen zu Verteilende Mittel der Grundausrüstung. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. Wer ist dagegen? - Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann kommen wir zur Einzelabstimmung über die Nummer 23, Maßnahmen zur Vorbereitung auf den doppelten Abiturjahrgang an den Hochschulen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktionen von FDP und PIRATEN. Wer ist dagegen? - Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Die Abgeordneten der CDU-Fraktion. - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN mit den Nummern 19 bis 21 und 24 auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Mitglieder der Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP sowie die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Die Abgeordneten der CDU-Fraktion. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Dann kommen wir auf Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW zunächst zur Einzelabstimmung über Titel 1012-684 09, Zuschüsse zur institutionellen Förderung der auf Landesebene anerkannten Jugendverbände. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Die Abgeordneten der FDP-Fraktion. Wer enthält sich? - Die Abgeordneten der CDU-Fraktion. - Damit ist der Titel angenommen.

Wer dem Einzelplan 10 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung im Übrigen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Präsident Klaus Schlie)

sowie die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Alle übrigen Fraktionen. - Damit ist der Einzelplan 10 angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 11** - Allgemeine Finanzverwaltung - auf.

Ich rufe zunächst die Änderungsanträge der Fraktion der CDU mit den laufenden Nummern 98 bis 105 auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Abgeordneten der CDU-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PIRATEN sowie die Abgeordneten des SSW. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe auf die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, die laufenden Nummern 117 bis 124. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Abgeordneten der FDP. - Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN sowie die Abgeordneten des SSW. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe auf die Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN mit den laufenden Nummern 25 bis 28. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Die Abgeordneten der CDU-Fraktion. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 11 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. - Damit ist der Einzelplan 11 angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 12** - Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes, auf.

Ich rufe auf die Änderungsanträge der Fraktion der CDU mit den laufenden Nummern 106 bis 110. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Abgeordneten der CDU-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe auf die Änderungsanträge der Fraktion der FDP mit den laufenden Nummern 125 und 126. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzei-

chen. - Die Fraktionen von FDP und PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Die Abgeordneten der CDU-Fraktion. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe auf den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN mit der laufenden Nummer 29 - Zuführung an das Sondervermögen ZGB. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktionen von FDP und PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Die Abgeordneten der CDU-Fraktion. - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 12 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Die übrigen Abgeordneten des Hauses. - Damit ist der Einzelplan 12 angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 13** - Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume - auf.

Ich rufe zunächst die Änderungsanträge der Fraktion der CDU mit den laufenden Nummern 111 bis 132 auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. - Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der PIRATEN. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe auf die Änderungsanträge der Fraktion der FDP mit den laufenden Nummern 127 bis 151. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. - Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen der CDU und der PIRATEN. - Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wir kommen auf Antrag der Fraktion der PIRATEN zur Einzelabstimmung über die Nummer 31 des Änderungsantrages - Untersuchungen aus Tierschutzgründen. - Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Die

(Präsident Klaus Schlie)

Abgeordneten der CDU-Fraktion. - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe auf den weiteren Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN mit der laufenden Nummer 30. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Abgeordneten der Fraktionen von FDP und PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. - Wer enthält sich?

(Zuruf CDU: Die CDU hatte zugestimmt!)

- Damit ist der Änderungsantrag trotzdem abgelehnt.

Ich lasse dann abstimmen über die Haushaltstitel, zu denen die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW Einzelabstimmung beantragt haben:

Zunächst kommen wir zum Titel 1318-684 02, Freiwilliges Ökologisches Jahr. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Die Fraktionen von CDU und FDP. - Damit ist der Titel angenommen.

Dann kommen wir zur Einzelabstimmung über Titel 1320-683 04, An landwirtschaftliche Betriebe für eine markt- und standortangepasste Landbewirtschaftung. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Die Fraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich? - Die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. - Damit ist der Titel angenommen.

Wer dem Einzelplan 13 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung im Übrigen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Die übrigen Fraktionen des Hauses. - Damit ist der Einzelplan 13 angenommen.

Ich rufe den **Einzelplan 14** - Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Organisation - auf.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN mit der laufenden Nummer 32 auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer ent-

hält sich? - Die Fraktionen von CDU und FDP. - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 14 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen. - Damit ist der Einzelplan 14 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 15 - **Landesverfassungsgericht** - auf.

Änderungsanträge liegen nicht vor. Wer dem Einzelplan 15 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Einstimmig so beschlossen. Damit ist der Einzelplan 15 angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Feststellung eines **Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2015**.

Die CDU-Fraktion hat Einzelabstimmung über § 8 Absatz 12 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung beantragt. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so geschehen. Damit ist diese Bestimmung angenommen.

Dann kommen wir zur Einzelabstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP aus der Drucksache 18/2554, Seite 2 - Gewährung von Darlehen zur Krankenhausfinanzierung. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Nur die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? - Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Die Fraktionen von CDU und PIRATEN. - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe auf den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN aus der Drucksache 18/2555, Buchstabe a). Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Mitglieder der Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Die Fraktionen von CDU und FDP. - Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Nach den Abstimmungen über die Einzelpläne und die Anträge zum Haushaltsgesetz kommen wir nun zur Feststellung des Haushaltsplanes und zur Schlussabstimmung.

Ich stelle für das Haushaltsjahr 2015 fest: Das Haushaltsvolumen in § 1 beträgt 14.111.085.000 €. Die Verpflichtungsermächtigungen in § 1 betragen 1.038.036.000 €. Die Kreditermächtigungen in § 2 beträgt 4.010.254.700 €.

(Präsident Klaus Schlie)

Bevor wir zur Schlussabstimmung über den Gesamthaushalt kommen, frage ich: Wer dem Entwurf eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2015 in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung einschließlich der soeben beschlossenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Gegenprobe! - Die Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. - Das Haushaltsgesetz 2015 ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN angenommen.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung insgesamt. Wer dem Haushaltsgesetz 2015, dem Gesamtplan und den Einzelplänen in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung einschließlich der beschlossenen Änderung zum Haushaltsplan zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Die Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. - Damit ist der Haushalt 2015 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN angenommen.

(Langanhaltender lebhafter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes (LBG)

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2494 (neu) - 2. Fassung

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Ohne Aussprache!)

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf ohne Aussprache zu überweisen.

- Frau Abgeordnete Dr. Bohn, zur Geschäftsordnung.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident, entschuldigen Sie bitte! Uns war mitgeteilt worden, dass wir die Reden zu Protokoll geben können.

Präsident Klaus Schlie:

Dann habe ich die Anregung des Abgeordneten Arp so verstanden, dass alle Reden zu Protokoll gegeben werden.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Machen wir so!)

- Gut. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf in der Drucksache 18/2494 (neu - 2. Fassung) dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Ich nehme an, dass das einstimmig so beschlossen werden soll. - Das ist der Fall.

(Heiterkeit)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (AG-SGB XII)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/2499

Der Abgeordnete Arp hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Es gibt einen Vorschlag der Parlamentarischen Geschäftsführer: ohne Aussprache Überweisung in den Ausschuss, bitte.

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zur Begründung wird also nicht gewünscht.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf in der Drucksache 18/2499 dem Sozialausschuss zu überweisen. - Ich gehe davon aus, dass das einstimmig so beschlossen werden soll. - Das ist so. Damit haben wir den Gesetzentwurf an den Sozialausschuss überwiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Rehabilitierung verurteilter homosexueller Menschen

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2329

Aufarbeitung der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Menschen

(Präsident Klaus Schlie)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/2560

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Simone Lange.

Simone Lange [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wenn es schon spät ist, so ist das, glaube ich, doch ein Thema, das uns allen sicherlich am Herzen liegt. - Im 19. Jahrhundert gab es trotz Verfolgung und Bestrafung eine lebendige Homosexuellenszene. In Großstädten gab es eine florierende Bar- und Clubszene, die Treffpunkte vieler Homosexueller waren. Berlin zum Beispiel war zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine der wichtigsten Metropolen, in der Homosexuelle relativ frei und gefahrlos leben konnten. Der Jurist Karl Heinrich Ulrichs forderte bereits 1867 öffentlich auf einem deutschen Juristentag in München vor 500 Mitgliedern die Strafflosigkeit homosexueller Handlungen. Das löste damals Tumulte aus. Seine zweite Forderung, nämlich die nach einer gleichgeschlechtlichen Ehe, ging in seiner Rede sogar unter.

Die Anfang des 20. Jahrhunderts aufkeimende Emanzipationsbewegung der Homosexuellen wurde durch die Nationalsozialisten Anfang der 30er-Jahre jäh gestoppt. Der aus der Kaiserzeit stammende **Strafrechtsparagraf**, der homosexuelle Handlungen unter Strafe stellte, wurde unter den Nazis erheblich verschärft. Die Höchststrafe wurde von sechs Monaten auf fünf Jahre heraufgesetzt, und der Tatbestand um die Tathandlung „unzüchtiges Verhalten“ ausgedehnt. Es genügte demnach, sich Blicke zuzuwerfen oder sich an den Händen zu halten. In erschwerten Fällen drohte sogar eine zehnjährige Zuchthausstrafe. Homosexuelle wurden während der NS-Zeit nicht nur verfolgt, sie wurden gefoltert, in Konzentrationslager verbracht und ermordet.

Der § 175 des Strafgesetzbuchs galt in der Fassung der NS-Zeit noch lange in der Bundesrepublik Deutschland weiter. Er wurde, wenn auch verändert, erst 1994 tatsächlich und komplett abgeschafft. Das Fortbestehen dieser NS-Gesetzgebung in der Zeit der Bundesrepublik Deutschland stellte für die ohnehin gesellschaftlich ausgegrenzten Homosexuellen eine darüber hinaus bestehende Härte dar. Bis zum Ende der 60er-Jahre wurden in der Bundesrepublik mehr als 50.000 Männer wegen ihrer Homosexualität verurteilt. In der DDR, wo der Paragraf 1968 abgeschafft wurde, waren es eben-

falls Unzählige, die für das Ausleben ihrer sexuellen Identität verurteilt wurden.

Heute wissen wir, die **Verfolgung Homosexueller** war und ist eine **Menschenrechtsverletzung**. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Bestrafung einvernehmlicher homosexueller Handlungen unter Erwachsenen als Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention eingestuft, ebenso die Feststellung unterschiedlicher strafrechtlicher Schutzaltersgrenzen für homo- und heterosexuelle Handlungen.

2002 hat sich der Deutsche Bundestag offiziell bei den homosexuellen Opfern der Nazi-Zeit entschuldigt und mit einer Ergänzung des NS-Aufhebungsgesetzes symbolisch alle Urteile aus der NS-Zeit aufgehoben. Die **Rehabilitierung** der nach Kriegsende Verurteilten blieb bis heute aus. Diese Rehabilitierung verfolgter und verurteilter Homosexueller ist nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit. Vielmehr ist sie eine gebotene Notwendigkeit bei der Verwirklichung von Menschenrechten;

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW)

denn die Verwirklichung der Menschenrechte darf nicht vom Datum abhängig sein. Menschenrechte gelten jetzt, in der Zukunft und in der Vergangenheit. Auch hier gilt der Satz: Unrecht bleibt Unrecht, auch wenn es rechtsförmig daherkam. Den Homosexuellen wurde mit dem § 175 Strafgesetzbuch Unrecht getan. Dafür bitten wir hier heute erneut um Entschuldigung. Wir bitten die Landesregierung, sich auf Bundesebene für deren Rehabilitierung einzusetzen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Danke, Frau Kollegin. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat die Frau Kollegin Katja Rathje-Hoffmann.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Sehr geehrtes Präsidium! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Von Januar 1872 durch das Reichsstrafgesetzbuch bis zum 11. Juni 1994 wurden sexuelle Handlungen unter Männern in Deutschland unter Strafe gestellt, mehr als 120 Jahre lang. Etwa 140.000 Männer wurden in dieser Zeit nach den verschiedenen Fassungen des § 175 Strafgesetzbuch verurteilt. Während der Nazi-herrschaft 1935 wurde dieser Paragraf sogar noch weiter verschärft

(Katja Rathje-Hoffmann)

und das Höchstmaß der Strafen von sechs Monaten auf fünf Jahre Gefängnis angehoben. In besonders schweren Fällen drohte auch Zuchthaus. Ende der 60er- und in den 70er-Jahren wurde dieser Paragraf in beiden Teilen Deutschlands mehrfach reformiert. Danach waren einvernehmliche homosexuelle Handlungen nicht mehr strafbar, abgesehen von einer Schutzaltersgrenze für sexuelle Handlungen mit männlichen Jugendlichen unter 18 Jahren. Erst im Jahr 1994, fünf Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands, wurde dieser Paragraph ersatzlos gestrichen.

Aus heutiger Sicht bedarf es keiner Diskussion, dass die Kriminalisierung homosexueller Menschen **moralisch gesehen Unrecht** war. Homosexuelle Männer wurden verfolgt und damit in ihrer Menschenwürde und in ihren Entfaltungsmöglichkeiten, in ihrer Lebensqualität und in ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz empfindlich und erheblich beeinträchtigt.

Deshalb spreche ich gegenüber denjenigen, die von dieser staatlichen Verfolgung betroffen waren, auch unser Bedauern aus. Die Ehre der Menschen, die unter dieser staatlichen Verfolgung gelitten haben und davon betroffen waren, gilt es, wieder herzustellen.

(Beifall im ganzen Haus)

Auch sprechen wir uns dafür aus, Initiativen, die zur **geschichtlichen Aufarbeitung** der strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Männer und des späteren Umgangs mit den Opfern führen, zu unterstützen.

In dieser historischen Aufarbeitung ist aber auch zu berücksichtigen, dass sich die gesellschaftlichen Wertvorstellungen in den Jahren verändert haben. Noch im Jahre 1957 entschied das Bundesverfassungsgericht im Sinne des seinerzeit gültigen § 175 StGB, und das auf der Grundlage der damaligen gesellschaftlichen Werte. Fakt ist, dass sich die Einstellung der Bevölkerung und der Rechtsprechung in den Jahren danach geändert hat, und das ist gut so.

Es muss nun bei weiteren Diskussionen auf der Bundesebene geprüft werden, ob im Rahmen der **Rehabilitierung** auch die **Aufhebung** der gefällten **Urteile** ein Ergebnis sein kann. Dabei muss aber auch berücksichtigt werden, dass die Entscheidungen der Gerichte immer von der gesellschaftlichen Wertvorstellung und den gültigen Gesetzen der Zeit geprägt sind. Auch diese können sich in den folgenden Jahren immer wieder verändern.

Die Aufhebung der Urteile muss verfassungsrechtlich geprüft werden, und zwar gründlich, und unter dem Aspekt der Gewaltenteilung und der Rechtsstaatlichkeit.

Deswegen haben wir einen **Änderungsantrag** eingebracht, der nicht nur einfach die Aufhebung der Verurteilung fordert, sondern vordergründig das Bedauern über die strafrechtliche Verfolgung Homosexueller äußert und deren Rehabilitierung fordert. Zudem muss die gesamte Geschichte der jeweiligen Auswirkung des § 175 StGB geschichtlich aufgearbeitet werden.

Meine Damen und Herren, wir können das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen und das erlittene Unrecht der Betroffenen nicht wiedergutmachen. Wir glauben aber, dass die Kette von möglichen Entschädigungsforderungen kaum absehbar ist, weil auch durch andere Gesetze der früheren Zeit weitere Bevölkerungsgruppen diskriminiert und benachteiligt worden sind. Unser Änderungsantrag beschreibt daher, was machbar ist und was deutlich zum Ausdruck gebracht werden muss.

Heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, sollte die gesamte Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union so weit sein, Menschen nicht nach ihrer sexuellen Orientierung und Identität zu bewerten, sondern nach dem Handeln, nach dem Tun, als Person, als Mensch und als Individuum. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. - Das Wort für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Rasmus Andresen.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank. - Liebe Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Schritt, den wir heute gehen, ist längst überfällig. Er hätte aus grüner Sicht auch viel früher gegangen werden müssen.

Seit 1872 stellt der **§ 175 StGB** - stellte, muss man sagen - sexuelle Handlungen zwischen zwei Männern unter Strafe. 1935 wurde dieser Paragraf nach zwischenzeitlicher Lockerung von den Nationalsozialisten wieder verschärft. Rund 100.000 schwule Männer wurden von den Nazis eingesperrt und verfolgt. 15.000 homosexuelle Männer - das sind natürlich Circa-Zahlen - wurden in Konzentrationsla-

(Rasmus Andresen)

ger eingeliefert, und kaum einer überlebte. Trotz dieses wahnsinnigen Unrechts zur NS-Zeit hielt sich die Verschärfung des § 175 StGB bis 1969 in unserem Strafgesetzbuch. Es ist richtig, dass wir uns entschuldigen. Es ist ein Signal an die vielen Opfer des § 175 StGB.

Einige Männer wurden doppelt bestraft. Nachdem sie bereits während der NS-Zeit verfolgt wurden, ist ihnen auch im Nachkriegsdeutschland Unrecht getan worden. § 175 StGB wurde erst vor 20 Jahren vollständig abgeschafft, 1994. Nach wie vor leben Männer, die wegen ihrer Liebe zu anderen Männern im Gefängnis saßen. Ihnen muss endlich Recht geschehen. Sie müssen **Rehabilitierung** erfahren, gerade jetzt, damit möglichst viele von ihnen davon noch etwas mitbekommen. So gravierende Fehler in der Gesetzgebung und Rechtsprechung müssen thematisiert werden. Das sind wir den Betroffenen schuldig. Es ist schlichtweg nicht akzeptabel, dass Männer dem Stigma ausgesetzt sind, vorbestraft zu sein, nur weil sie homosexuell sind. Wir fordern deshalb **Entschädigung** und eine **Aufhebung der Urteile**, oder, so wie es auch in unserem Antrag steht, Frau Kollegin Rathje-Hoffmann, zumindest sollte dies juristisch geprüft werden.

Lassen Sie mich auch noch etwas zu dem aktuellen Kontext sagen, denn die Verfolgung homosexueller Männer ist auch bei uns im Land kein großes Thema. Dies stärker in Erinnerung zu rufen, wäre, glauben wir Grüne, sehr wichtig. Wir haben letztes Jahr damit begonnen, einen **Aktionsplan für sexuelle Vielfalt** aufzulegen. Gerade eben haben wir mit dem Haushalt die Fortsetzung beschlossen. Das freut uns sehr. Gerade die Erinnerung an das Unrecht der Vergangenheit muss auch zu einem stärkeren Engagement für sexuelle Vielfalt in der Gegenwart führen. Wir halten es für richtig, den Aktionsplan auch um diese historischen Aspekte zu erweitern.

Wir wurden mehrfach in Briefen oder E-Mails dazu aufgefordert, ähnlich wie unsere Kolleginnen und Kollegen in Hessen, Sachsen-Anhalt, Hamburg, Berlin oder auch in anderen Parlamenten, diesen Schritt endlich zu gehen. Der Bundesrat hat bereits eine Entschließung dazu beschlossen, und viele Landtage haben eine solche Resolution, wie wir sie heute beschließen werden, schon beschlossen.

Dieser Schritt sollte aber auch endlich im Deutschen Bundestag ankommen. Wir Grüne sind immer wieder, egal mit welchen Partnern die Union regiert hat, mit Initiativen zu diesem Thema im Deutschen Bundestag gescheitert. Ich möchte die Aussprache hier noch einmal dazu nutzen, an die

Kollegen im Deutschen Bundestag zu appellieren, diesen Schritt auch endlich im Deutschen Bundestag zu gehen, denn sie können konkreter handeln als wir.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, vereinzelt CDU und FDP)

Ich begrüße es ausdrücklich, Frau Kollegin Rathje-Hoffmann, dass Sie einen Antrag eingebracht haben, der - so interpretiere ich ihn jedenfalls - im Kern dasselbe will oder nicht weit von dem entfernt ist, was wir beantragt haben. Ich bedauere es trotzdem, dass Sie, anders als beispielsweise Ihre Kollegen in Hessen oder auch Sachsen-Anhalt, nicht so weit gehen und sich zu einem gemeinsamen Antrag durchgerungen haben. Ich respektiere Ihren Schritt. Ich weiß, dass das aus Ihrer Sicht ein Schritt in die richtige Richtung ist. Ich hätte mir aber durchaus gewünscht, dass Sie hier noch weiter wären und wir hier einen einstimmigen Beschluss heute hinbekommen hätten. Das wäre ein noch stärkeres Signal gewesen. Ich hoffe - ich weiß es nicht -, dass die Kollegen der PIRATEN und der FDP, ähnlich wie wir es bei anderen Themen in diesem Bereich schon gemacht haben, dazu beitragen, dass dieser Antrag keine Koalitionsinitiative ist, sondern wir ihn fraktionsübergreifend hinbekommen werden.

Es ist ein schweres Versäumnis, das man auf keinen Fall - das ist gesagt worden - wiedergutmachen kann. Nichtsdestotrotz steht es uns allen gut zu Gesicht, uns in dieser Debatte zu positionieren und die vielen Opfer um Entschuldigung zu bitten. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW, vereinzelt CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der FDP hat der Herr Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem 29. Strafrechtsänderungsgesetz wurde vor 20 Jahren der bis dahin geltende **§ 175 des Strafgesetzbuches** gestrichen. In der Plenardebatte des Deutschen Bundestages führte die Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger damals aus, diese Gesetzesänderung leiste „einen entscheidenden Beitrag zum Abbau von Vorurteilen und gesellschaftlichen Diskriminierungen gegenüber Homosexuellen“.

(Dr. Ekkehard Klug)

Diese Entscheidung - die 1994 nach ersten wichtigen Reformschritten Ende der 60er-, Anfang der 70er-Jahre getroffen wurde - war auch längst überfällig, nachdem sowohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte als auch das Bundesverfassungsgericht solche diskriminierenden Gesetzesbestimmungen wiederholt für unvereinbar mit den **Grund- und Menschenrechten** erklärt hatten.

Die FDP-Fraktion begrüßt daher die Initiative der Regierungsfractionen. Wir werden Ihrem Antrag zustimmen. Wir begrüßen die Initiative der Regierungsfractionen, sich auf Bundesebene für Bestrebungen zu einer **Rehabilitierung** jener Menschen einzusetzen, die aufgrund des alten Rechts verurteilt worden sind, und eine Aufhebung dieser Urteile zu prüfen.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

In der alten Bundesrepublik waren, wie auch im Begründungstext Ihres Antrags erwähnt wird, etwa 50.000 Urteile aufgrund des § 175 StGB ergangen, der homosexuelle Handlungen unter Strafe gestellt hat. Mit einer Rehabilitierung würde ein Kapitel der deutschen Rechtsgeschichte endgültig abgeschlossen, in dem es um Urteile geht, die eindeutig eine Verletzung der Menschenwürde darstellen und die zudem bis 1969 in Westdeutschland auf Strafrechtsbestimmungen beruht haben, die noch aus dem Jahre 1935 stammten und die in dieser von der NS-Diktatur verschärften Form einen besonders diskriminierenden Charakter hatten.

Das Anliegen des Antrags war bereits Gegenstand einer **Bundesratsinitiative** des Landes Berlin, auf dessen Grundlage der Bundesrat im Oktober 2012 einen entsprechenden Entschluss gefasst hat. Der Antrag selbst ist eine aktualisierte, redaktionell nur geringfügig geänderte Version eines **Unterstützungsantrags**, den die rot-grünen Regierungsfractionen Anfang September 2012 im Landtag **Nordrhein-Westfalen** eingebracht haben. Man könnte also durchaus die Frage stellen, warum dieses Thema im „echten rot-grünen Norden“ erst mehr als zwei Jahre später angekommen ist, aber das schmälert keineswegs die Bedeutung und Richtigkeit dieser Initiative. Allenfalls ließe sich noch anmerken, dass die rot-grünen Antragsteller in Düsseldorf ihre Landesregierung dazu aufgefordert haben, die Rehabilitierungsinitiative auf Bundesebene zu unterstützen, während sich die hiesigen rot-grün-blauen Kräfte damit begnügen, eine entsprechende Bitte an die Landesregierung zu richten.

So what - ich zähle ja zu den dienstältesten Mitgliedern dieses Landtags. Ich kann mich erinnern, dass frühere sozialdemokratische Landtagsfractionen gegenüber ihren jeweiligen Landesregierungen in der Vergangenheit durchaus selbstbewusster aufgetreten sind, etwa zu der Zeit von Gert Börnsen, aber dies nur am Rande.

Wir stimmen Ihrer Initiative ausdrücklich zu. - Danke.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Kolleginnen und Kollegen der Piratenfraction hat der Abgeordnete Torge Schmidt das Wort.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Homosexuelle oder jene, die ihr Anliegen unterstützen, wurden schon seit jeher für Naturkatastrophen, Kriege, politische Niederlagen, Hungersnot, Seuchen, den Niedergang der Gesellschaft oder das Ende der herrschenden Zivilisation verantwortlich gemacht. Natürlich hat auch die preußische Zucht und Ordnung zu Kaisers Zeiten keinen Zweifel daran gelassen, dass Homosexualität ein Verbrechen ist. Der **§ 175 des preußischen Strafbuches** war recht deutlich:

„Die widernatürliche Unzucht, welche zwischen Personen männlichen Geschlechts oder von Menschen mit Thieren verübt wird, ist mit Gefängniß ... sowie mit zeitiger Untersagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte zu bestrafen.“

Dieser Paragraph wurde 1872 fast wortgleich in das Reichsstrafgesetzbuch übernommen, fand als sogenannter Schwulenparagraph bis 1987 in der deutschen Rechtsprechung Anwendung und wurde erst vor 20 Jahren, am 10. März 1994, abgeschafft. Mehrere Versuche einzelner politischer und bürgerlicher Akteure, diesen Unrechtsparagraphen zuvor abzuschaffen, scheiterten immer wieder an politischen Mehrheiten.

Im Jahr 1935 verschärften die Nationalsozialisten diesen Paragraphen um subjektiv „wollustige Absicht“ und die Verletzung des „allgemeinen Schamgefühls“. Ein harmloser Kuss reichte aus. Aber wie kann ein Kuss harmlos sein unter Männern, im Tiergarten, im Dritten Reich?

(Torge Schmidt)

Die Nazis ergänzten den Paragrafen um einen weiteren, den § 175 a StGB, der qualifizierte Fälle als schwere Unzucht mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestrafte. Diese Verschärfung zog eine Verzehnfachung der Verurteilungen nach sich. Allein zwischen 1937 und 1939 wurden fast 100.000 Männer in der geheimen Reichszentrale zur Bekämpfung der Homosexualität und Abtreibung erfasst. Etwa 100.000 Homosexuelle sind während der NS-Herrschaft inhaftiert, gefoltert und zu Tausenden in deutschen Konzentrationslagern ermordet worden.

Frauen fielen formaljuristisch zwar nicht unter den § 175 StGB, der die Unzucht unter Strafe stellte. Aber für sie begann eine Zeit der Maskierung. „Bloß nicht auffallen“, war die Devise. Es gibt aber auch zahlreiche Berichte von KZ-Insassinnen, die darüber berichten, dass auch lesbische Frauen unter dem Vorwand der Asozialität in die Konzentrationslager eingeliefert wurden. Als asozial galten unter anderem Personen, die durch unsittlichen Lebenswandel aus der Volksgemeinschaft herausfielen. Ohnehin gingen die Nationalsozialisten davon aus, dass es sich bei lesbischen Frauen zu zwei Dritteln um Vorbestrafte oder Dirnen, also Kriminelle und Asoziale, handelte.

Nun könnte man annehmen, dass dies ausschließlich Ereignisse in dunkleren Kapiteln deutscher Geschichte gewesen sind. - Mitnichten. Während sich die Rechtsprechung in diesem Zusammenhang auf dem Staatsgebiet der DDR liberal entwickelte, bestanden in der alten Bundesrepublik kaum Zweifel an der Fortgeltung der §§ 175 und 175 a StGB in der Fassung von 1935. Auf dieser Grundlage kam es zwischen 1950 und 1969 zu mehr als 100.000 Ermittlungsverfahren und zu etwa 50.000 rechtskräftigen Verurteilungen.

Erst im Zuge der Rechtsangleichung zwischen Ost- und Westdeutschland entschied man sich im Jahre 1994 für die Streichung aus dem Strafgesetzbuch. Am 17. März 2002 beschloss der **Bundestag** gegen die Stimmen von CDU/CSU und FDP die **juristische Rehabilitierung** von Männern, die vor NS-Gerichten als Homosexuelle verurteilt worden waren. Urteile nach 1975 von bundesdeutschen Gerichten, die sich auf § 175 StGB stützten, blieben jedoch unangetastet und sind es bis heute. Es ist nicht schwierig, den logischen Schluss nachzuvollziehen, dass Urteile von vor 1945 und nach 1950, die aus jeweils demselben Grund gefällt wurden, auch aus demselben Grund aufzuheben sind. Es ist dann auch nicht schwierig, nachzuvollziehen, dass die Rehabilitierung der nach 1950 Verurteilten ge-

nauso erfolgen muss wie die der vor 1945 Verurteilten.

(Beifall PIRATEN)

Das gebietet nicht nur die Logik, das gebietet das Menschenbild aller PIRATEN. Niemand sollte aufgrund eines Jahrzehnts, aufgrund eines Stichtages oder einer anderen willkürlich gewählten Datumsgrenze, verurteilt oder gar stigmatisiert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der **Bundesratsbeschluss** aus Oktober 2012 über die Rehabilitierung von Homosexuellen nach 1945 gibt zwar Anlass zur Hoffnung, dass die Politik prinzipiell zu einer Aufarbeitung der Unrechtsurteile bereit ist, er sorgt für Hoffnung, dass eine Rehabilitierung aller nach § 175 StGB Verurteilten möglich ist, dass die Würde noch lebender Opfer zeitnah wiederhergestellt wird und sie entschädigt werden. Faktisch passierte in den letzten Jahren allerdings wenig.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege!

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Das ist traurig und enttäuschend, das ist nicht nachvollziehbar. Die tatsächlichen Bemühungen der Bundesregierung sind marginal. Das muss sich schleunigst ändern. Insbesondere müssen wir unverzüglich Maßnahmen zur Rehabilitierung und zur Unterstützung der nach 1975 in beiden deutschen Staaten auf der Grundlage von § 175 und § 175 a StGB Verurteilten vorschlagen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist. Kommen Sie bitte zum Schluss.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Ich weiß. - Aus diesem Grund - das steht tatsächlich auf meinem Sprechzettel - ist es unsere moralische Pflicht, dem Antrag der Koalition zuzustimmen. - Ich danke Ihnen und freue mich auf die Beratung.

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Danke schön. - Für die Kollegen und die Kollegin des SSW erteile ich das Wort dem Abgeordneten Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

„Ziel“

- des Allgemeines **Gleichbehandlungsgesetzes** -

„ist, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen“.

So steht es in § 1. Bis zu dieser klaren Formulierung war es ein weiter Weg in Deutschland. Wir haben endlich ein klares **gesetzliches Diskriminierungsverbot**, das auch Arbeitgeber und Vermieter umfasst.

Die tatsächliche und allgemeine Umsetzung des Toleranzgebots steht aus, solange auf unseren Schulhöfen das Wort „schwul“ die Liste der böartigen Schimpfwörter anführt. Schwule und Lesben werden nach wie vor diskriminiert, aus der Wohnung geschmissen, geschmäht oder am beruflichen Aufstieg gehindert. So sollte ein schwuler Mitarbeiter nach der Anordnung seines Filialleiters in einem Supermarkt eine Frauenbluse tragen. Dieser und andere Fälle sind im aktuellen Bericht der Antidiskriminierungsstelle nachzulesen. Dort werden in jedem Jahr zwischen 70 und 80 Diskriminierungsfälle von Schwulen und Lesben vorgebracht. Die meisten Fälle werden nicht öffentlich, weil die Opfer keine Hetzjagd riskieren wollen. So sieht die **gesellschaftliche Realität** bei uns aus.

Es sind nicht immer die anderen, die diskriminieren, sondern auch der Gesetzgeber ist davon nicht frei. Die Bundesrepublik hat bis zur Strafrechtsreform 1969 eine ganze Generation von Männern, die Männer liebten, um ihr Lebensglück betrogen. Sie hat die Liebesbeziehung der Schwulen und Lesben kriminalisiert und beschmutzt. In der DDR sah es ganz genauso aus, dass Schwule und Lesben verfolgt und verurteilt wurden.

Die **Diskriminierung** geht weiter. Denn die Gesetze gelten zwar nicht, wirken aber weiter. Die Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Identität verurteilt wurden, erhalten nämlich keine **Entschä-**

digung, es sei denn, die Verurteilung lag in der Zeit des Nationalsozialismus. Das demokratische Deutschland verweigert bislang eine Entschädigung und schafft eine Zweiklassendiskriminierung. Das ist ein unerträglicher Zustand, der umgehend behoben werden muss.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die **Urteile** müssen rückwirkend **aufgehoben** und Entschädigungsansprüche umgehend geprüft und anerkannt werden.

Das ist inzwischen allgemein anerkannt und durch einen Beschluss des **Bundesrates** auch festgelegt. Der stammt allerdings aus dem Oktober 2012. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass der lange zeitliche Vorlauf, mit dem wir es hier zu tun haben, voll beabsichtigt ist, um die Ansprüche zu verkleinern. Schließlich sterben jedes Jahr Berechtigte und können ihre Ansprüche nicht mehr durchsetzen. Seit dem Beschluss des Bundesrates sind auch wieder zwei Jahre ins Land gegangen. Wir lassen die Opfer hängen, und das ist einer Demokratie einfach unwürdig.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PIRATEN)

Aber es geht auch um etwas anderes. Das **Unrecht** von damals muss **aufgearbeitet** werden, damit auch heutige Generationen erkennen, dass Demokratie lernfähig und bereit ist, Fehler einzugestehen und zu korrigieren. Wie sollen wir glaubwürdig bleiben, wenn wir Toleranz als Bildungsauftrag verstehen, sie aber selbst nicht umsetzen? Diese Urteile waren falsch und müssen darum aufgehoben werden.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PIRATEN)

Seit einem Jahr gehört Schleswig-Holstein der **Koalition gegen Diskriminierung** an. Das war ein bewusster Schritt. Wir haben uns verpflichtet, gemeinsam gegen Diskriminierung anzugehen. Der SSW ist davon überzeugt, dass der vorliegende Vorstoß dieses Ziel tatkräftig umsetzen wird. Der Schutz vor Diskriminierung beinhaltet im Falle der Schwulen und Lesben nämlich die unverzügliche Rehabilitierung und Entschädigung auch der nach 1945 Verurteilten. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt FDP und PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Kai Dolgner von der SPD-Fraktion das Wort.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich aufgrund eines Beitrag von Frau Rathje-Hoffmann noch einmal zu Wort gemeldet. Ein Teil Ihrer Argumentation ist ja, dass es ein gültiges **Verfassungsgerichtsurteil** von 1957 gibt. Was damals Recht war, kann heute trotzdem Unrecht sein. Daher finde ich Ihre Argumentation an der Stelle ein bisschen gefährlich. Und das Urteil von 1957 ist garantiert kein glorreiches Urteil, wenn Sie sich einmal die Begründung anschauen.

(Katja Rathje-Hoffmann [CDU]: Das habe ich auch nicht behauptet!)

Auch damals war zu erkennen, dass es ein Tendenzurteil ist. - Hören Sie sich das bitte zu Ende an, dann können Sie mir gern eine Zwischenfrage stellen.

(Unruhe)

Ich appelliere einfach nur, sich noch einmal zu überlegen, ob das die richtige Grundlage ist. Einer der Hauptgutachter des Urteils war Professor Ernst Kretschmer, der unter anderem in die Aktion T 4 im Nationalsozialismus verstrickt war, ein hochangesehener Wissenschaftler, der auf seinem Lebensweg sehr stark geirrt und noch 1955 in einem Gutachten behauptet hat, es gebe keine verfolgungsbedingten Neurosen.

Ich könnte das noch weiter ausführen. Das Urteil von 1957 ist ein Beispiel für den damaligen **Zeitgeist**, auch wenn man sich anguckt, wer damals als Gutachter berufen worden ist. Es hat leider lange ein Unrecht manifestiert. Ja, es werden sich auch sozialdemokratische Landesregierungen und Polizeibehörden finden, die das viel zu lange umgesetzt haben.

Deshalb ist das übrigens nicht das Gleiche wie bei anderen Rechtsänderungen. Es wird dann ja immer angeführt, dann müssten wir auch die rehabilitieren.

Jetzt komme ich zu meinem zweiten Punkt. Nichts war in dieser Gesellschaft lange Zeit schwerwiegender an ungerechtfertigten Vorwürfen als der Vorwurf der Homosexualität. Das können Sie noch an der Kießling-Wörner-Affäre 1983 erkennen. Der Skandal war 1984 nicht, dass man jemandem Homosexualität zum Vorwurf machte, sondern dass es

ein ungerechtfertigter Vorwurf war. Sie müssen einmal darüber nachdenken, was das bedeutet. Selbst die Rücknahme des Vorwurfs war ja nicht die Rücknahme davon, dass es völlig ungerechtfertigt ist, jemandem Homosexualität vorzuwerfen, sondern dass man ihm das fälschlicherweise vorgeworfen hat. Das war noch 1984 so.

Das hat Menschen zerstört, es hat Karrieren zerstört - neben den Strafen. Die Strafmaße waren teilweise gar nicht so hoch, sondern der Vorwurf hat Menschen zerstört, die zum Teil immer noch leben und sich nicht damit zufriedengeben können - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die Strafen, das haben Sie so nicht gemeint, Herr Kollege!)

- Herr Kollege Kubicki, das erläutere ich Ihnen gern in meinen letzten zehn Sekunden. Das Strafmaß, das ausgesprochen worden ist, stand zum gesellschaftlichen und Karrieretod teilweise nicht im richtigen Verhältnis. Sie wissen als Strafverteidiger doch selbst, dass es Vorwürfe gibt, die zu einer gesellschaftlichen Ächtung führen, die teilweise erheblich stärkere Auswirkungen als der Strafbefehl haben. So habe ich das gemeint.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Okay!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ich komme zum Schluss. - Daran können Sie erkennen, dass das nicht ein Vorwurf wie jeder andere war. Deshalb gibt es einen **besonderen Rehabilitierungsbedarf**, den wir in unserem Antrag fordern, der mit anderen Rehabilitierungsbedarfen nach meiner Auffassung nicht vergleichbar ist. Ansonsten empfehle ich Ihnen ein intensives Studium des Urteils von 1957. Googeln Sie einfach einmal die Gutachter. - Ich danke Ihnen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Landesregierung erteile ich der Frau Ministerin Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Homosexuelle Menschen waren in der Vergangenheit schweren Verfolgungen ausge-

(Ministerin Anke Spoorendonk)

setzt. Unser heutiges Verständnis vom Schutz der sexuellen Identität und Selbstbestimmung ist noch vor wenigen Jahrzehnten keineswegs selbstverständlich gewesen. Erst 1994 - wir hörten es bereits - wurde § 175 des Strafgesetzbuchs endlich gestrichen, der ursprünglich die Homosexualität unter Männern insgesamt kriminalisierte.

Die **Verfolgung Homosexueller** ist keine Erfindung der NS-Zeit; es gab sie schon vor 1933 und auch noch nach 1945, und zwar in beiden Teilen des Nachkriegsdeutschlands. Denn schon - auch das haben wir schon gehört - im Reichsstrafgesetzbuch von 1871 war die sogenannte Unzucht zwischen Männern in § 175 unter Strafe gestellt.

In der NS-Zeit aber wurde der Paragraph erheblich erweitert und seine Strafdrohung erhöht. Homosexualität wurde total kriminalisiert, und Menschen kamen wegen ihrer Homosexualität in Konzentrationslager, wo sie weiter verfolgt, gefoltert, und ermordet wurden.

Dass § 175 Strafgesetzbuch in der Nazifassung bis 1969 unverändert in Kraft blieb und das Bundesverfassungsgericht ihn 1957 mit dem Grundgesetz für vereinbar hielt, erscheint mir - milde gesagt - unverständlich. Um es im Klartext zu sagen: Das ist ein Skandal.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

1969 beschloss der Bundestag nicht zuletzt auf Drängen von Gustav Heinemann - damals Bundesjustizminister in der Großen Koalition von SPD und CDU - die Entkriminalisierung der einfachen Homosexualität.

Meine Damen und Herren, vor ziemlich genau 14 Jahren sprach sich der **Bundestag** einstimmig für eine **Rehabilitierung** der in der **NS-Zeit** wegen homosexueller Handlungen Verurteilten aus. Auf eine Rehabilitierung auch der nach 1945 Verurteilten konnte man sich nicht einigen. Das war der Preis für die Entkriminalisierung der einfachen Homosexualität. Das kann man wenigstens in der Fachliteratur nachlesen.

Immerhin stellte der Bundestag im Jahr 2000 einstimmig fest, dass „durch die nach 1945 weiter bestehende Strafdrohung homosexuelle Bürger in ihrer Menschenwürde verletzt worden sind“. In diesem Satz drückt sich das Unbehagen der damaligen Abgeordneten aus. Ich meine, man darf nicht auf halber Strecke stehen bleiben.

Eine **Aufhebung von Urteilen**, die unter der Geltung des Grundgesetzes und damit in einem rechts-

staatlichen System gefällt worden sind, ist sicherlich nicht selbstverständlich. Sie lässt sich nicht in gleicher Weise rechtfertigen wie die Aufhebung von Naziurteilen. Dennoch meine ich, dass es richtig und längst überfällig ist, sich für eine Aufhebung dieser Urteile einzusetzen. Dies hat der Bundesrat mit Unterstützung Schleswig-Holsteins im Oktober 2012 in Form einer Entschließung getan. Leider ist weiterhin nichts geschehen.

Meine Damen und Herren, die entscheidende Frage lautet aus meiner Sicht: Ist eine Aufhebung von Urteilen legitim und richtig, die formal in einem rechtsstaatlichen Verfahren ergangen sind, die nach unseren heutigen Maßstäben aber eindeutig die Menschenwürde verletzt haben? Über diese Frage wird seit Langem vielleicht eher justizintern diskutiert. Ich will die Argumente hier nicht wiederholen, aber für mich gilt: Natürlich müssen wir die grundlegenden Prinzipien unseres Rechtsstaats wie die Gewaltenteilung und den Gleichheitsgrundsatz beachten. Wir sind uns aber inzwischen darüber einig - auch die heutige Debatte zeigt das -, dass die Verfolgung einvernehmlicher gleichgeschlechtlicher Beziehungen sowohl gegen das Grundgesetz als auch gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstößt.

Zugespitzt lautet deshalb die Frage: Kann es sich unser **Rechtsstaat** erlauben, Fehler einzugestehen? Ich meine: Ja, das kann, und das sollte er. Das macht unsere Demokratie eben erst stark.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt FDP und Beifall Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Aus heutiger Sicht waren das Festhalten am § 175 StGB und die hieraus resultierenden Verurteilungen Homosexueller mit dem Grundgesetz und der Menschenwürde eben nicht vereinbar. Sie waren schlichtweg ein Irrweg. Dass man dies in früheren Jahrzehnten bis hinauf zum **Bundesverfassungsgericht** anders gesehen hat, sollte uns nicht daran hindern, diesen inzwischen erkannten Fehler zu korrigieren und die Betroffenen zu rehabilitieren. Ich bin Herrn Abgeordneten Kai Dolgner dankbar dafür, dass er erläutert hat, wie dieses Urteil des Bundesverfassungsgerichts damals zustande gekommen ist. Das könnte man auch weiter ausführen, denn es geht zuletzt auch in die Frage über, wie man in der Zeit nach 1945 mit Naziurteilen und mit Nazigesetzen umgegangen ist.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Kubicki?

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Ja.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Ministerin, eine Bemerkung in eine Frage gekleidet: Stimmen Sie mit mir überein, dass es sich jedenfalls bei den Urteilen nach 1945 in erster Linie um gesetzgeberisches Unrecht handelt und weniger um Rechtsprechungsunrecht? - Das ist ein Unterschied.

(Beifall PIRATEN)

Wir müssen immer darauf hinweisen, dass nicht die Richter, die § 175 StGB angewandt haben, diejenigen sind, die das Recht missachtet haben, sondern dass der Gesetzgeber derjenige war, der bis 1994 gewartet hat, dieses Unrecht zu beseitigen, und dass es deshalb eine etwas andere Herangehensweise sein muss, indem wir uns als Parlamentarier im Nachhinein dazu bekennen, dass diejenigen, die vor uns in Parlamenten gesessen haben, von den Möglichkeiten, die sie damals schon hatten, nicht Gebrauch gemacht haben.

- Gut, da stimme ich Ihnen zu. Ich denke, das ist grundsätzlich eine ganz spannende Frage, wie man damit umzugehen hat. Natürlich haben Sie in der Sache recht. Ich muss sagen: Als ich mich damit befasste, war mir wirklich mulmig zumute, als ich las, wie damals mit dem § 175 StGB umgegangen worden ist. Da ich mich gerade in anderen Zusammenhängen sehr intensiv mit der Frage der Kontinuität in der Justiz bezogen auf die Nazizeit und die Zeit nach 1945 beschäftige, finde ich, dass wir da noch eine zusätzliche Dimension zu beachten haben. Aber natürlich haben Sie recht.

Die Landesregierung teilt und unterstützt das Anliegen der antragstellenden Fraktionen vollauf. Wir werden uns mit aller Kraft für die Rehabilitierung wegen Homosexualität verurteilter Menschen einsetzen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und schließe deshalb die Beratung. Ich habe, wenn ich der Debatte richtig gefolgt bin, keinen dezidierten Antrag auf Ausschussüberweisung vernommen. Allerdings gab es manchmal Beiträge, die wenigstens angedeutet haben, dass man möglicherweise noch weiter beraten will. Deshalb bitte ich um ein Zeichen: Ist Ausschussüberweisung gewünscht?

(Zurufe: Nein! Abstimmung in der Sache!)

- Nein. Dann kommen wir zur Abstimmung in der Sache. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/2560, abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion.

(Unruhe)

- Entschuldigung, meine Damen und Herren, wir sind in der Abstimmung. Es erleichtert es uns allen, wenn wir uns jetzt konzentrieren. Dem Änderungsantrag der CDU hat soeben die CDU-Fraktion zugestimmt. Wer lehnt diesen Änderungsantrag ab? - Das sind die Kolleginnen und Kollegen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von FDP und PIRATEN. Damit ist der CDU-Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/2329, abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion, der Piratenfraktion, vom SSW, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Antrag gegen die Stimmen der Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 29 auf:

Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. Juli 2014 bis 30. September 2014

Drucksache 18/2477

Ich erteile das Wort dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Herrn Abgeordneten Uli König.

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es tut mir leid, dass das jetzt wieder zu so später Stunde stattfindet. Ich werde es so kurz wie möglich machen.

Der Petitionsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages hat im Berichtszeitraum 89 neue Petitionen erhalten. In fünf Sitzungen hat sich der Ausschuss mit diesen und den aus den vorigen Quartalen anhängigen Verfahren befasst. Im Berichtszeitraum sind 81 Petitionen abschließend behandelt worden. Von den 81 Petitionen, die der Petitionsausschuss abschließend behandelt hat, erledigte er acht Petitionen im Sinne und 21 teilweise im Sinne der Petentinnen und Petenten. 45 Petitionen konnte er nicht zum Erfolg verhelfen, sieben Petitionen haben sich anderweitig erledigt.

Der Ausschuss hat einen Ortstermin durchgeführt. Während der Ausschusssitzung erörterte der Ausschuss mit Vertretern der Landesregierung und einer Hauptpetentin eine öffentliche Petition sowie mit Vertrauenspersonen eine Volksinitiative.

Vom 21. bis 23. September 2014 haben der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses an einer Tagung der Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Petitionsausschüsse des Bundes und der Länder in Bremen teilgenommen.

Wir haben diverse Petitionen, unter anderem aus der JVA Itzehoe, bekommen. Das ist etwas Besonderes, weil wir von dort sonst keine Petitionen bekommen. Wir haben uns die JVA angesehen und nichts gefunden, an dem man hätte etwas bemängeln können. Wir haben einen Ortstermin durchgeführt - das war nicht in dem Berichtszeitraum, sondern im aktuellen Quartal -, und wir haben überrascht festgestellt, dass die JVA Itzehoe in einem prima Zustand ist, was das Personal angeht, was die Stimmung vor Ort angeht, dass es von keinem einzigen Gefangenen etwas zu meckern gibt und dass auch der Krankenstand in dieser JVA wirklich gering ist.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bis auf den nicht ganz aktuellen baulichen Zustand der JVA ist es eine sehr gute JVA.

Außerdem haben wir - wie jedes Quartal - eine große Menge an Petitionen

(Unruhe - Zuruf: Wir haben Zeit!)

- wenn Sie mir zuhören würden, ginge es schneller;

(Beifall PIRATEN)

ich habe noch genug Zeit, wir können auch warten -

(Zuruf Peter Eichstädt [SPD])

zum Thema Gebühren für das Fernsehen bekommen. Dazu gibt es regelmäßig Petitionen. Wir können da leider regelmäßig wenig machen, weil es im Staatsvertrag so geregelt ist, dass jeder zahlen muss. Ich gebe Ihnen trotzdem hier zur Kenntnis, dass es durchaus breiten Unmut in der Bevölkerung darüber gibt, dass man diese Gebühren zahlen muss.

Außerdem haben wir eine durchaus ansehnliche Anzahl an Petitionen bekommen, die dazu aufforderten, dass wir keinen Gottesbezug in die Landesverfassung hineinschreiben, aber auch welche, in denen steht, dass wir es hineinschreiben sollen.

(Martin Habersaat [SPD]: Und einigen konnten wir helfen! - Heiterkeit)

Der Ausschuss bittet den Landtag, hiervon Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Petitionen zu bestätigen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Berichterstatter. - Gibt es Wortmeldungen zu dem Bericht? Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt, den Bericht Drucksache 18/2477 zur Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Petitionen zu bestätigen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von FDP, CDU, die Mehrheit der Piratenfraktion, SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Wer lehnt diese Ausschussempfehlung ab? - Das ist der Kollege Dr. Breyer. Wer enthält sich? - Das ist niemand. Damit ist das gegen die Stimme des Abgeordneten Breyer so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich schließe für heute die Beratungen und wünsche Ihnen allen einen guten Abend. Wir sehen uns morgen hier um 10 Uhr wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:29 Uhr

Reden zu Protokoll

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes (LBG)

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2494 (neu)

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Herr Präsident! Am 8. Dezember berichtete dpa über zwei Polizisten, die von einem Betrunkenen auf Fehmarn durch Schläge und Tritte im Einsatz verletzt wurden. Gott sei Dank waren die Verletzungen mit Schürfwunden und Prellungen hier vergleichsweise harmlos. Aber es gibt auch Fälle, in denen Angehörige des öffentlichen Dienstes, und hier vornehmlich Polizisten, schwerste, teils lebensgefährliche Verletzungen erleiden.

Es gibt im öffentlichen Dienst Berufe, die mit dem erhöhten Risiko verbunden sind, Opfer von Gewalt zu werden. Für die Polizei wissen wir sehr genau, dass Angriffe auf Polizisten zunehmen. Ich wiederhole gerne und ausdrücklich den Appell von Bundesinnenminister de Maizière, dass alle Vertreter des Staates Respekt verdient haben. Auch zu dieser Debatte wollen wir einen Beitrag leisten.

Natürlich haben Angehörige des öffentlichen Dienstes, die im Dienst durch einen rechtswidrigen Angriff verletzt werden, einen Anspruch auf Schmerzensgeld gegen den Angreifer. Dies wird im Regelfall auch von den Gerichten relativ problemlos zugesprochen. Aber was, wenn der Schädiger nicht zahlen kann?

Bislang ist es das Problem der Betroffenen, wenn sie auf ihren Schmerzensgeldansprüchen sitzen bleiben, weil dem Täter das Geld fehlt und somit eine Vollstreckung der Forderung nicht möglich ist.

Jemandem, der in Ausübung seines Dienstes für die Bürgerinnen und Bürger durch Gewalt verletzt wird, wird bisher an dieser Stelle allein gelassen.

Herr Präsident, ich freue mich sehr, dass die regierungstragenden Fraktionen den Vorschlag der CDU aufgegriffen haben, hier eine Vorleistung bei Schmerzensgeldansprüchen einzuführen. Und ich bin sehr froh, dass es uns schnell gelungen ist, uns auf einen gemeinsamen Gesetzentwurf zu einigen.

Das Parlament hat hier erkannt, was der Innenminister als Dienstherr der Polizei am 11. November

2014 in den Kieler Nachrichten noch ausdrücklich abgestritten hatte: Einen dringenden Bedarf für eine solche Regelung.

Angesichts der Zahlen aus dem Bereich der Polizei ist es - das muss ich an dieser Stelle sagen - unverständlich, dass Ihr Haus, Herr Minister Studt, den Vorschlag gleich abgelehnt hat mit dem Argument, solche Fälle kämen so gut wie gar nicht vor.

Die Wirklichkeit spricht hier eine andere Sprache: Rund 40.000 € an Schmerzensgeld sind aus dem Jahr 2012 allein bei Polizisten nicht eintreibbar. 354 Polizeibeamte wurden im Jahr 2013 im Einsatz von Gewalttätern verletzt. Über 360 Krankentage wurden durch solche Verletzungen verursacht.

Aktuell keine Zahlen liegen für die Dienstbereiche außerhalb der Polizei vor. Aber auch hier wird es solche Fälle geben.

Deshalb, Herr Innenminister, wäre es ratsam, dass Sie bei Ideen aus der Opposition nicht gleich auf Abwehr schalten.

Herr Präsident, der vorliegende Gesetzentwurf hilft den Betroffenen. Wer einen rechtskräftig festgestellten Schmerzensgeldanspruch hat und diesen nicht vollstrecken kann, der erhält das Schmerzensgeld durch den Dienstherrn. Im Gegenzug geht der Anspruch gegen den Schädiger auf den Dienstherrn über. Der Dienstherr nimmt also in Zukunft diese Fürsorgepflicht für seine Mitarbeiter effektiv wahr. Besonders wichtig für die Betroffenen ist, dass der Dienstherr bereits ab einem Betrag von 250 € einspringt und nicht erst ab 500 €. Denn nicht wenige Schmerzensgeldansprüche bewegen sich zwischen diesen Beträgen. Wichtig war uns als CDU, dass die Regelung für den gesamten öffentlichen Dienst gilt, für Polizisten ebenso wie für Mitarbeiter im Justizvollzug, für Beamte ebenso, wie für Angestellte. Ich glaube daher, dass wir hier einen guten Gesetzentwurf geschaffen haben. Ich hoffe, dass wir ihn im Sinne der Betroffenen zügig im Innen- und Rechtsausschuss beraten werden.

Simone Lange [SPD]:

Herr Präsident! Jeder Vorfall zum Nachteil einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters, der im Dienste für das Land Schleswig-Holstein verletzt wird, ist ein Vorfall zu viel. Schlimm genug, dass Gewalt gegen Polizeibeamte zum Alltag des Polizeidienstes gehört, schlimm genug, dass auch Mitarbeiterinnen

(Simone Lange)

und Mitarbeiter in den Büros unserer Behörden Opfer von Übergriffen ihres Gegenübers werden - so sind wir gehalten, alles zu tun, um die Folgen von im Dienst erlittenen Verletzungen und Schäden weitest möglich abzumildern.

Das tut das Land einerseits durch die Übernahme der Verfahrenskosten und durch kurze gerichtliche Verfahrensdauern. Die Verfahrensdauer bei den Straftaten des Widerstands gegen Polizeibeamte liegt deutlich unter dem Durchschnitt und dauert in Schleswig-Holstein in der Regel nicht länger als drei Monate. Mit 45 % Anklagequote liegen diese Verfahren ebenfalls deutlich über dem Durchschnitt der allgemeinen Anklagequote. Das zeigt, dass Gewalt gegen Polizei- und Vollstreckungsbeamte in Schleswig-Holstein konsequent geahndet wird.

Zu diesen bereits bestehenden Unterstützungen wird nun auch die Erfüllung von bestehenden Schmerzensgeldansprüchen hinzukommen.

Wir wollen und werden die Landesbediensteten, die einen Schmerzensgeldanspruch haben, bei Ausbleiben der Zahlung durch den Schädiger nicht alleinlassen. In Zukunft wird jede Polizeibeamtin oder jeder Vollstreckungsbeamte oder jede Mitarbeiterin, die Opfer einer im Dienst erlittenen Gewalttat wurden, ihren nicht eintreibbaren Schmerzensgeldanspruch auf ihrer Dienststelle beim Dienstherrn beantragen können. Das kostet das Land ein bisschen bürokratischen Aufwand, bringt den Menschen unserer Landesverwaltung aber verlässliche Hilfe über die ohnehin bestehende Übernahme der Verfahrenskosten hinaus.

Ich danke der CDU für die Bereitschaft, einen gemeinsamen Gesetzentwurf auf den Weg zu bringen. Ich hoffe auf ein zügiges Gesetzgebungsverfahren, um die betroffenen Beamtinnen und Beamten nicht länger auf diese Hilfe warten zu lassen.

Ich möchte aber ganz klar sagen: Gewalt, auch gegen Vollzugsbeamte, darf nicht zu einem Mittel der Auseinandersetzung werden; das Gewaltmonopol ist und bleibt beim Staat!

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Recht haben und recht bekommen, sind bekanntlich zwei unterschiedliche Paar Schuhe. Einen Vollstreckungstitel zu erstreiten, ist oft das kleinere Problem. Eine viel größere Herausforderung in der Praxis ist es, den Titel im Wege der Zwangsvollstreckung in klingende Münze umzuwandeln. Viele Schuldnerinnen und Schuldner sind schlicht mittellos. Sie haben kein pfändbares Gut

oder Einkommen und haben die eidesstattliche Versicherung längst abgegeben, den ehemaligen Offenbarungseid. In diesen Fällen schaut die Gläubigerin oder der Gläubiger auf Dauer in die Röhre. Sie können sich den Titel einrahmen lassen und an die Wand hängen, mehr nicht.

Das ist äußerst unbefriedigend für alle Menschen, die sich ein Urteil erstritten haben und trotzdem leer ausgehen. Man kann sich natürlich fragen: Warum wollen wir jetzt mit der vorliegenden Gesetzesänderung dieses Vollstreckungsrisiko nur für Beamtinnen und Beamte auf Risiko des Portemonnaies der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler abmildern?

Dafür gibt es zwei gewichtige Gründe: Die Beamtinnen und Beamten, die im Verhältnis zu anderen Gläubigern bessergestellt werden sollen, haben als Vollzugskräfte des Staates ein deutlich erhöhtes Risiko, im Dienst körperlichen Angriffen und Verletzungen ausgesetzt zu sein. Polizistinnen und Polizisten, Strafvollzugskräfte, Zollbeamtinnen und Zollbeamte, sie alle halten für uns häufig und im Wortsinne „die Knochen hin“.

Der zweite Grund für eine Sonderregelung für die Gruppe der Vollzugskräfte ist, dass die Beamtinnen und Beamten es bei verletzungsträchtigen Auseinandersetzungen offenbar häufig mit Menschen zu tun haben, die verarmt sind. Das erhöht deutlich das Risiko, Schmerzensgeldforderungen bei dieser Personengruppe nicht vollstrecken zu können.

Es ist daher billig und gerecht, die Vollzugsbeamtinnen und Vollzugsbeamten des Staates durch die jetzt auf den Weg gebrachte Gesetzesänderung für den Bereich unerfüllbarer Schmerzensgeldforderungen zu entlasten. Denn für den Bereich von Sachschäden haben wir in § 83 LBG schon eine ähnliche Regelung.

Es steht auch nicht zu befürchten, dass der öffentlichen Hand ein übermäßiges finanzielles Risiko aufgebürdet wird. Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter der Polizei sprechen davon, dass in den letzten Jahren im Bereich der schleswig-holsteinischen Polizei unbezahlte Schmerzensgeldforderungen in Höhe von ungefähr 40.000 € aufgelaufen sind. Dieser relativ geringfügige Gesamtbetrag erklärt sich vor allem dadurch, dass nach deutscher Rechtsprechung, anders als zum Beispiel in den USA, geradezu lächerlich geringe Schmerzensgeldbeträge für vorsätzliche und fahrlässige Verletzungen ausgereicht werden.

Ein paar Beispiele aus der Rechtsprechung: Für sogenannte Bagatellschäden gibt es überhaupt nichts.

(Burkhard Peters)

Das können durchaus umfangreiche Prellungen mit blauen Flecken und ein leichtes HWS-Syndrom sein. Für Blutergüsse und blutende Verletzungen an den Beinen, die verbunden werden mussten, gab es nach einem Urteil des Amtsgerichts Köln aus dem Jahr 2005 nur 250 €. Die Beleidigung eines Polizeibeamten als „Scheißbulle“ ergab vor dem Amtsgericht Böblingen 2006 immerhin ein Schmerzensgeld von 300 €. Um in den Bereich von circa 1.500 € zu kommen, muss es schon eine Nasenbeinfraktur durch einen Schlag ins Gesicht sein. Für eine Schussverletzung aus nächster Nähe in den Oberkörper mit schweren Verletzungsfolgen sprach der Bundesgerichtshof 2013 ein Schmerzensgeld von 10.000 € zu.

Sie sehen also, dass von einer Genugtuungsfunktion, die mit dem Schmerzensgeld erzielt werden soll, in den meisten Fällen nicht wirklich die Rede sein kann. Umso ärgerlicher ist es für die betroffenen Beamtinnen und Beamten, wenn selbst diese geringen Beträge mangels Zahlungsfähigkeit des Schädigers nicht vollstreckt werden können. Im Falle der - Gott sei Dank wenigen - schwerverletzten Beamtinnen und Beamten ist es erst recht nicht zumutbar, dass sie neben den Verletzungsfolgen offene Schmerzensgeldforderungen ertragen müssen.

Wir sind der Überzeugung, dass der Staat aus dem Gesichtspunkt der Fürsorge eine Verpflichtung hat, seine Beamtinnen und Beamten vor dieser Frustration zu bewahren. Der vorliegende Änderungsvorschlag am Landesbeamtengesetz bildet eine gute Grundlage für die Lösung des Problems. Er ermöglicht auch eine Erweiterung auf nicht im Beamtenstatus stehende Vollzugskräfte.

Mit dem heute im Rahmen der Haushaltsanträge eingebrachten Entschädigungsfonds wird die gesetzliche Abhilfe auch haushälterisch hinterlegt, sodass wir gemeinsam eine tragfähige Lösung für alle in Betracht kommenden Risikofälle ermöglichen. In der Ausschussberatung werden wir noch Detailfragen zu klären haben, der eingeschlagene Weg ist aber ohne Zweifel richtig.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Die Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte nimmt zu. Die Täter gehen dabei sowohl gegen einzelne Polizisten vor, als auch gegen Einsatztrupps, zum Beispiel im Zuge eines Fußballspiels: geworfene Flaschen und Steine, Tritte und Schläge. Diese Gewaltexzesse sind regelmäßig in den Schlagzeilen. Die Gewerkschaft der Polizei berichtet, dass Polizisten dagegen vor allem bei

nichtöffentlichen Einsätzen, wenn sie beispielsweise wegen häuslicher Gewalt gerufen werden, Opfer von Körperverletzung werden. Bei diesen Routineeinsätzen droht Gewalt gegen Polizisten immer mehr zur Routine zu werden.

Wir sollten uns nicht an diese Art der Gewalt gewöhnen. Bei Gewalt gegen Polizisten gibt es keine Toleranz, kein Abwiegeln und Verharmlosen. Die meisten Täter wissen ja schließlich, mit wem sie es zu tun haben: nämlich mit uniformierten und dementsprechend gut erkennbaren Polizisten, die verfassungsrechtlich die Staatsgewalt ausüben. Bundesinnenminister Thomas de Maizière sprach in diesem Zusammenhang vor einigen Jahren davon, dass jeder dieser Angriffe ein Angriff auf die freiheitliche demokratische Grundordnung und das Gewaltmonopol des Staates sei.

Genau aus diesem Grund meldet sich der Landtag mit diesem Gesetzentwurf zu Wort. Der ist als eindeutige Kampfansage gegen die Täter zu verstehen und ist eine unbürokratische Unterstützung der Opfer. Die antragstellenden Fraktionen stellen sich schützend vor die Opfer. Wer dem Staat sein Gewaltmonopol im wahrsten Sinne des Wortes aus der Hand schlagen will, muss mit Konsequenzen rechnen: neben einer strafrechtlichen Verurteilung eben auch mit Schmerzensgeldzahlungen. Deren Durchsetzung nimmt der Staat stellvertretend in die Hand, wenn der Täter anfangs nicht dafür geradestehen kann.

Die Täter sind weit überwiegend junge Männer, die jünger als 30 Jahre sind. In den vielen Fällen von Gewalt gegen Polizisten spielt Alkohol eine große Rolle. Die Hemmschwelle der Täter ist herabgesetzt. Das ist aber bei Weitem nicht der einzige Grund für Gewalt gegen Polizisten. Vielfach ist die Hemmschwelle der Gewalt in der Bevölkerung ohnehin schon gesunken und gegenüber Polizisten im Besonderen. Hier müssen wir die Polizisten schützen, und zwar von den Tätern als auch vor den Folgen ihrer Taten. Wir sprechen hier aber nicht von Pöbeleien oder kleinen Ausrutscher. Mit so einem Kaliber kommen die besonnenen Polizistinnen und Polizisten nämlich sehr gut zurecht.

Es geht darum, Gewalttaten gegenüber Polizistinnen und Polizisten nicht nur verbal zu bannen und ein Zeichen zu setzen, sondern um eine handfeste Unterstützung der Polizistinnen und Polizisten. Man mag die steigende Gewaltbereitschaft beklagen, aber wir müssen einen Schritt weiter gehen. Es ist notwendig, dass sich Regierung und Parlament vor die Polizisten stellen. Ein gebrochener Arm oder eine Schnittwunde sind keine Lappalien.

(Lars Harms)

Der Gesetzentwurf ist keine wohlfeile Gefälligkeitsadresse an die Polizei-Lobby. Das ist nicht der Fall. Viele Polizisten und Polizistinnen erwarten von uns Unterstützung nach einem Gewaltvorfall, wenn sie selber ihre Ansprüche „mangels Masse“ nicht durchsetzen können. Sie haben im wahrsten Sinne des Wortes den Kopf für uns alle hingehalten. Sie wollen dann nicht ewig und drei Tage auf Schmerzensgeld warten, sondern in unmittelbaren

Zusammenhang mit der Tat auch das Schmerzensgeld bekommen. Das ist auch ihr gutes Recht - und genau dabei werden sie mit Inkrafttreten des Gesetzes unterstützt.

Namentliche Abstimmung
76. Sitzung am 11. Dezember 2014
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalprüfungsgesetzes
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1467
(Seite **6335** des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
CDU		Jürgen Weber	Nein
Hans-Jörn Arp	Ja	Lars Winter	Nein
Dr. Axel Bernstein	Ja		
Johannes Callsen	Ja	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Astrid Damerow	Ja	Rasmus Andresen	Nein
Volker Dornquast	Ja	Dr. Marret Bohn	Nein
Heike Franzen	Ja	Anke Erdmann	Nein
Hauke Göttisch	Ja	Marlies Fritzen	Nein
Daniel Günther	Ja	Eka von Kalben	Nein
Hartmut Hamerich	Ja	Detlef Matthiessen	Nein
Karsten Jasper	Ja	Burkhard Peters	Nein
Klaus Jensen	Ja	Ines Strehlau	Nein
Tobias Koch	Ja	Dr. Andreas Tietze	Nein
Peter Lehnert	Ja	Bernd Voß	Nein
Jens-Christian Magnussen	Ja		
Hans Hinrich Neve	Ja	FDP	
Petra Nicolaisen	Ja	Dr. Heiner Garg	Ja
Barbara Ostmeier	Ja	Anita Klahn	Ja
Katja Rathje-Hoffmann	Ja	Dr. Ekkehard Klug	Ja
Heiner Rickers	Ja	Wolfgang Kubicki	Ja
Klaus Schlie	Ja	Oliver Kumbartzky	Ja
Peter Sönnichsen	Abwesend	Christopher Vogt	Ja
Rainer Wiegard	Ja		
SPD		PIRATEN	
Torsten Albig	Nein	Angelika Beer	Ja
Wolfgang Baasch	Nein	Dr. Patrick Breyer	Ja
Dr. Kai Dolgner	Nein	Wolfgang Dudda	Ja
Peter Eichstädt	Nein	Uli König	Ja
Kirsten Eickhoff-Weber	Nein	Sven Krumbek	Ja
Martin Habersaat	Nein	Torge Schmidt	Ja
Bernd Heinemann	Nein		
Birgit Herdejürgen	Nein	SSW	
Thomas Hölck	Nein	Lars Harms	Nein
Simone Lange	Nein	Flemming Meyer	Nein
Serpil Midyatli	Nein	Jette Waldinger-Thiering	Nein
Birte Pauls	Nein		
Tobias von Pein	Nein		
Regina Poersch	Nein		
Beate Raudies	Nein	Zusammenstellung:	
Sandra Redmann	Nein	Abgegebene Stimmen	68
Thomas Rother	Nein	davon	
Olaf Schulze	Nein	Jastimmen	33
Dr. Ralf Stegner	Nein	Neinstimmen	35
Kai Vogel	Nein	Enthaltungen	-

Anlage 2

Namentliche Abstimmung

76. Sitzung am 11. Dezember 2014

a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015) Drucksache 18/2100 b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2015 Drucksache 18/2101

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/2553 Nummern 80 bis 97
(Seite 6343 des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
CDU		Jürgen Weber	Nein
Hans-Jörn Arp	Ja	Lars Winter	Nein
Dr. Axel Bernstein	Ja		
Johannes Callsen	Ja	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Astrid Damerow	Ja	Rasmus Andresen	Nein
Volker Dornquast	Ja	Dr. Marret Bohn	Nein
Heike Franzen	Ja	Anke Erdmann	Nein
Hauke Göttsch	Ja	Marlies Fritzen	Nein
Daniel Günther	Ja	Eka von Kalben	Nein
Hartmut Hamerich	Ja	Detlef Matthiessen	Nein
Karsten Jasper	Ja	Burkhard Peters	Nein
Klaus Jensen	Ja	Ines Strehlau	Nein
Tobias Koch	Ja	Dr. Andreas Tietze	Nein
Peter Lehnert	Ja	Bernd Voß	Nein
Jens-Christian Magnussen	Ja		
Hans Hinrich Neve	Ja	FDP	
Petra Nicolaisen	Ja	Dr. Heiner Garg	Ja
Barbara Ostmeier	Ja	Anita Klahn	Ja
Katja Rathje-Hoffmann	Ja	Dr. Ekkehard Klug	Ja
Heiner Rickers	Ja	Wolfgang Kubicki	Ja
Klaus Schlie	Ja	Oliver Kumbartzky	Ja
Peter Sönnichsen	Abwesend	Christopher Vogt	Ja
Rainer Wiegard	Ja		
SPD		PIRATEN	
Torsten Albig	Nein	Angelika Beer	Ja
Wolfgang Baasch	Nein	Dr. Patrick Breyer	Ja
Dr. Kai Dolgner	Nein	Wolfgang Dudda	Ja
Peter Eichstädt	Nein	Uli König	Ja
Kirsten Eickhoff-Weber	Nein	Sven Krumbeck	Ja
Martin Habersaat	Nein	Torge Schmidt	Ja
Bernd Heinemann	Nein		
Birgit Herdejürgen	Nein	SSW	
Thomas Hölck	Nein	Lars Harms	Nein
Simone Lange	Nein	Flemming Meyer	Nein
Serpil Midyatli	Nein	Jette Waldinger-Thiering	Nein
Birte Pauls	Nein		
Tobias von Pein	Nein		
Regina Poersch	Nein		
Beate Raudies	Nein	Zusammenstellung:	
Sandra Redmann	Nein	Abgegebene Stimmen	68
Thomas Rother	Nein	davon	
Olaf Schulze	Nein	Jastimmen	33
Dr. Ralf Stegner	Nein	Neinstimmen	35
Kai Vogel	Nein	Enthaltungen	-